

# Bundesblatt

Bern, 2. Mai 1977 129. Jahrgang Band II

Nr. 18

Erscheint wöchentl. Preis: Inland Fr. 85.– im Jahr, Fr. 48.50 im Halbjahr; Ausland Fr. 103.– im Jahr, zuzüglich Nachnahme- und Postzustellgebühr. Inseratenverwaltung: Permedia, Publicitas-Zentralsdienst für Periodika, Hirschmattstrasse 36, 6002 Luzern, Tel. 041/23 66 66

77.029

## **Botschaft über die Änderung des Militärstrafgesetzes und die Totalrevision der Militärstrafrichtsordnung**

Vom 7. März 1977

Sehr geehrte Herren Präsidenten,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Wir unterbreiten Ihnen die Entwürfe zu Bundesgesetzen über die Änderung des Militärstrafgesetzes und die Totalrevision der Militärstrafrichtsordnung mit dem Antrag auf Zustimmung.

Im weiteren beantragen wir Ihnen abzuschreiben

- die folgenden parlamentarischen Vorstösse:
  - 1971 P 10752 Änderungen in der Militärjustiz (N 9. 3. 71, Allgöwer)
  - 1973 P 11782 Militärisches Beschwerdewesen (N 11. 12. 73, Haller)
  - 1973 P 11591 Militärstrafrichtsordnung (N 25. 9. 73, Muheim)
- die Standesinitiative 10949 des Kantons Basel-Stadt betreffend Revision der Militärstrafrichtsordnung (N 1. 6. 71, S 1. 6. 71)

Wir versichern Sie, sehr geehrte Herren Präsidenten, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Bern, 7. März 1977

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:

**Furgler**

Der Bundeskanzler:

**Huber**

## Übersicht

*Die letzte Revision des Strafgesetzbuches (SR 311.0) vom 18. März 1971 hatte bedeutende Unterschiede zwischen dem bürgerlichen und dem militärischen materiellen Strafrecht zur Folge. Mit der Änderung vom 4. Oktober 1974 wurden im Militärstrafgesetz die dringenden Anpassungen vorgenommen. Nachzuholen sind heute der Einbau des im Strafgesetzbuch sehr differenziert ausgestalteten Massnahmenrechtes sowie die Übernahme der besonderen Bestimmungen über jugendliche Erwachsene in das Militärstrafgesetz. Ebenso sind die Bestimmungen über den Vollzug der Busse, über die Einziehung von Gegenständen und Vermögenswerten und den Verfall von Geschenken und anderen Zuwendungen dem bürgerlichen Recht anzugleichen.*

*Auch in Bereichen, die in keinem Zusammenhang mit dem bürgerlichen Recht stehen, sind Anpassungen an heutige Anschauungen und Erfordernisse vorzunehmen. Der Geltungsbereich des Militärstrafgesetzes und damit die Zuständigkeit der militärischen Gerichte wird in zweierlei Hinsicht eingeschränkt: Wehrmänner im Urlaub sollen für den überwiegenden Teil der gemeinen Delikte dem Schweizerischen Strafgesetzbuch und dem bürgerlichen Richter unterworfen sein, sofern die Tat in keinem Zusammenhang mit dem Dienst der Truppe steht. Kinder und Jugendliche sollen ausschliesslich dem bürgerlichen Jugendstrafrecht und der bürgerlichen Gerichtsbarkeit unterstehen. Unter den vereinzelt Änderungen im besonderen Teil des Militärstrafgesetzbuches sei lediglich auf die präzisere Fassung der Vorschrift über die Nichtbefolgung von Dienstvorschriften hingewiesen.*

*Beim militärischen Disziplinarstrafrecht hat uns das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Sachen Engel und andere (Niederlande) in der Ansicht bestärkt, dass bei Arreststrafen anstelle des Oberauditors ein Richter mit voller Überprüfungskompetenz als Weiterzugsinstanz vorzusehen ist. Ebenso werden die Verfahrensvorschriften den Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention angepasst, indem beispielsweise Disziplinarbeschwerde und Weiterzug in jedem Fall aufschiebende Wirkung erhalten und das Verfahren vor der Weiterzugsinstanz grundsätzlich nach den Vorschriften des Militärstrafprozesses durchgeführt werden soll. Dagegen vermag bei Fällen von geringer Tragweite (Verweis, Busse) eine truppeninterne Überprüfung zu genügen. Die Bestimmungen über den Vollzug von Disziplinarstrafen sollen vereinfacht und verschiedene Lücken im Disziplinarstrafrecht, beispielsweise hinsichtlich der Verjährung, des Vollzugs von Disziplinarbussen und der Wiederherstellung von Fristen, geschlossen werden.*

*Im Gegensatz zum materiellen Strafrecht wurde das militärische Prozessrecht seit seinem Erlass im Jahre 1889 nur in untergeordneten Punkten geändert. Die Sprache des Gesetzes wird deshalb zum Teil als antiquiert empfunden, und es sind umfangreiche Ergänzungen nötig. Es wird daher eine Totalrevision vorgeschlagen.*

Von besonderer Bedeutung ist die Verwirklichung der mit der Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt vom 29. April 1971 unterbreiteten Begehren. Appellationsgerichte sollen als zusätzliche Instanz neu geschaffen werden. Auf das Militärkassationsgericht ist allerdings auch in Zukunft nicht zu verzichten. Entsprechend der Forderung der Standesinitiative sollen dem Oberauditor lediglich noch die Verwaltung der Militärjustiz und die Ausbildung der Justizoffiziere obliegen. Seine bisherigen Funktionen im gerichtlichen Verfahren werden eliminiert.

Die Militärgerichte werden – wie dies Erfahrungen im letzten Weltkrieg gezeigt haben – im Falle eines aktiven Dienstes auf eine besondere Bewährungsprobe gestellt. Die in Friedenszeiten inaktiven Territorialgerichte vermöchten mangels Praxis der Richter und Justizoffiziere den ihnen gestellten Anforderungen nicht zu genügen. Sie sollen deshalb aufgehoben werden. Ebenso ist das ausserordentliche Militärgericht aufzuheben, da es als Ausnahmegericht erscheint und damit rechtsstaatlichen Prinzipien widerspricht.

Rechtsstaatliche Überlegungen führen auch zu vielen Änderungen im Verfahrensrecht, wobei die Europäische Menschenrechtskonvention besonders berücksichtigt wird. Die Stellung des Angeklagten wird im ordentlichen wie auch im Abwesenheitsverfahren verbessert. So werden neu Bestimmungen über die Berechnung, Erstreckung und Wiederherstellung von Fristen aufgenommen. Die aus der Praxis entwickelten Regeln über das freie Geleit werden im Gesetz verankert und die Normen über Verteidigung, vorläufige Festnahme, Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie Kosten und Entschädigung ergänzt und präzisiert. Neu sind auch verschiedene Regeln im Bereiche der Untersuchungsmassnahmen, so beispielsweise über die körperliche Untersuchung, das Privat- und Berufsgeheimnis und über die Rückgabe beschlagnahmter Gegenstände.

Das Institut der vorläufigen Beweisaufnahme zur Abklärung verwickelter Sachverhalte ist aus der Praxis entstanden und soll nun im Gesetz geregelt werden. Das Strafmandatsverfahren hat sich im bürgerlichen Bereich bewährt. Nicht zuletzt im Interesse des betroffenen Wehrmannes wird seine Einfügung in das militärische Strafverfahren vorgeschlagen.

Die im Militärstrafprozess zulässigen Rechtsmittel werden erweitert. Neben der bereits erwähnten Appellation soll der Rekurs an das Militärkassationsgericht als neues Rechtsmittel für jene Fälle zur Verfügung stehen, in denen weder Appellation noch Kassationsbeschwerde gegeben sind. Ausgedehnt werden auch die Beschwerdemöglichkeiten: Beschwerde soll hinfort nicht nur gegen Amtshandlungen des Untersuchungsrichters, sondern auch gegen bestimmte Verfügungen der Divisions- und Militärappellationsgerichtspräsidenten zulässig sein. Einen Ausbau erfahren schliesslich die Bestimmungen über das Revisionsverfahren.

*Von verschiedener Seite ist die Forderung nach einer Abschaffung der Militärjustiz gestellt worden. Nach einer sorgfältigen Abwägung der Argumente treten wir nach wie vor für die Beibehaltung der Militärjustiz ein. Sie garantiert eine einwandfreie Beurteilung spezifisch militärischer Sachverhalte und die Berücksichtigung der auch bei gemeinen Delikten stark ins Gewicht fallenden besonderen Umstände des Militärdienstes.*

---



## Botschaft

### 1 Allgemeiner Teil

#### 11 Ausgangslage

Das materielle wie auch das formelle Militärstrafrecht wurden seit ihrem Bestehen wiederholt geändert. So musste das Militärstrafgesetz (SR 321.0) 1941 dem neu eingeführten bürgerlichen Strafgesetzbuch in einigen Punkten angepasst werden, während es 1951 darum ging, im Krieg geschaffene Notverordnungen soweit nötig in das Gesetz einzufügen. Die Änderung vom 5. Oktober 1967 brachte die Revision der Bestimmungen über die Dienstverweigerung, die Verletzung des Völkerrechts im Falle bewaffneter Konflikte, der Verletzung militärischer Geheimnisse, des Strassenverkehrsrechtes und der Disziplinarstrafordnung. Schliesslich wurden am 4. Oktober 1974 die wichtigsten Unterschiede zum bürgerlichen Strafrecht, die sich aus der Änderung vom 18. März 1971 des allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches (SR 311.0) ergeben hatten, behoben.

Die Militärstrafgerichtsordnung (SR 322.1) wurde geändert mit den Bundesgesetzen vom 23. Dezember 1911, 13. Juni 1927, 28. Oktober 1937 und 21. Dezember 1950. Alle diese Revisionen beschränkten sich jedoch auf Punkte von eher sekundärer Bedeutung.

Sowohl das Militärstrafgesetz wie auch die Militärstrafgerichtsordnung haben sich in ihrer bisherigen Struktur grundsätzlich bewährt. In beiden Gesetzen finden sich jedoch Regelungen, die den heutigen rechtsstaatlichen Anschauungen nicht mehr entsprechen und teilweise im Widerspruch zu den Forderungen der Menschenrechtskonvention stehen. Dies trifft insbesondere auf das Prozessrecht zu, das wohl in seinem Aufbau übersichtlich ist, jedoch nicht nur in der sprachlichen Formulierung, sondern auch in vielen Einzelheiten modernen Auffassungen angepasst werden muss.

#### 111 Änderungsbegehren zum Militärstrafgesetz

Eine Revision des Disziplinar- und Beschwerderechts fordert das Postulat Haller (Nr. 11782; N 11. 12. 73).

#### 112 Änderungsbegehren zur Militärstrafgerichtsordnung

Bei der letzten Gesetzesänderung im Jahre 1951 konnten – wie beim Militärstrafgesetz – verschiedene wichtige Änderungsvorschläge, die in erster Linie von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft ausgingen, aus zeitlichen Gründen nicht be-

rücksichtigt werden. Ein in den fünfziger Jahren ausgearbeiteter Revisionsentwurf wurde nicht weiter verfolgt, da die Absicht bestand, einerseits das materielle und formelle Militärstrafrecht gleichzeitig zu revidieren, anderseits die Änderung des bürgerlichen Strafrechts abzuwarten. Das Postulat Allgöwer (P 10752; N 9. 3. 71) fordert die Schaffung einer Appellationsinstanz mit zivilen Richtern und deren Wahl durch die eidgenössischen Räte, die Übertragung der Dienstverweigererprozesse an zivile Gerichte sowie eine Modernisierung der Prozessordnung der Divisionsgerichte, beispielsweise durch Verzicht auf das Tragen der Uniform bei den Sitzungen.

Bedeutende Impulse für die Weiterverfolgung der seinerzeit von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft gestellten Anträge wie auch der erwähnten parlamentarischen Vorstösse ergaben sich aus der Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt vom 29. April 1971 zur Revision der eidgenössischen Militärjustiz. Zentrale Punkte dieser Initiative bilden die Forderungen nach der Ersetzung des Militärkassationsgerichts durch ein Appellationsgericht sowie nach einer Eliminierung der richterlichen und richterähnlichen Funktionen aus dem Aufgabenbereich des Obergerichtes. Der Bericht zur Standesinitiative der Basler Grossratskommission vom 8. März 1971 enthält ferner Reformvorschläge zum Haftrecht, zum Kassations- und Revisionsverfahren, zum Abwesenheitsverfahren, zur Entschädigung des Verteidigers usw.

Das Postulat Muheim (Nr. 11591; N 25. 9. 73) stellt das Begehren nach einer Totalrevision der Militärstrafgerichtsordnung mit dem Ziel, die Militärjustiz für Friedenszeiten aufzuheben. Die Petitionskommissionen der Räte haben schliesslich dem Bundesrat eine Petition Saner/Geiser vom 20. Januar 1970 überwiesen. Die Petition fordert die Übertragung der Kompetenzen des Militärkassationsgerichts an das Bundesgericht, sowie die Abschaffung des ausserordentlichen Militärgerichts.

## 12 Vorarbeiten

Im Einvernehmen mit dem Bundesrat setzte das Eidgenössische Militärdepartement im August 1971 eine Studienkommission ein mit dem Auftrag, Vorentwürfe für die Revision des Militärstrafgesetzes und der Militärstrafgerichtsordnung auszuarbeiten. Die Studienkommission hat am 29. November 1974 dem Eidgenössischen Militärdepartement ihren Bericht erstattet und die Revisionsentwürfe vorgelegt. Bereits in der Schlussphase der Arbeiten der Studienkommission zeigte sich, dass für die Weiterbehandlung ihrer Vorschläge wesentlich mehr Zeit nötig sein werde, als ursprünglich angenommen wurde. Es war indessen nicht zu verantworten, alle mit der Änderung des bürgerlichen Strafrechts entstandenen Differenzen länger bestehen zu lassen. Mit der Änderung des Militärstrafgesetzes vom 4. Oktober 1974 wurden daher gestützt auf die Vorschläge der Studienkommission die dringendsten Anpassungen vorgenommen.

## 13 Vernehmlassungsverfahren

Über die Revisionsentwürfe der Studienkommission wurde vom Eidgenössischen Militärdepartement im Frühjahr 1975 ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt, in das die Kantonsregierungen, die politischen Parteien, militärische Organisationen und andere interessierte Kreise einbezogen wurden.

Die Grundsatzfrage nach der Beibehaltung der Militärgerichtsbarkeit wurde von allen Kantonsregierungen, die geantwortet haben, und den meisten grossen Parteien und Organisationen bejaht. Die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit wurde dagegen von der Sozialdemokratischen Partei und ihr nahestehenden Gruppierungen sowie von pazifistischen Organisationen verlangt. Auch aus Kreisen, die der Militärjustiz positiv gegenüberstehen, wurde verschiedentlich vorgeschlagen, die Beurteilung von Dienstverweigerern sei zivilen Gerichten zu übertragen.

Beim Militärstrafgesetz stiess vor allem die vorgeschlagene Änderung von Artikel 72 (Nichtbefolgung von Dienstvorschriften) auf Kritik. Besonders viele, sich zum Teil diametral gegenüberstehende Vorschläge gingen zum Disziplinarstrafrecht ein. Es ist eine deutliche Tendenz zu erkennen, rechtsstaatliche Garantien vermehrt auch in diesem Bereich einzubauen, so beispielsweise durch die Einführung einer richterlichen Weiterzugsinstanz im Disziplinarbeschwerdeverfahren.

Recht vielfältig waren die vertretenen Auffassungen auch auf dem Gebiete des Militärstrafprozesses. Das Wahlverfahren für die erstinstanzlichen Militärrichter (Wahl durch den Bundesrat) stiess nur bei vereinzelt Parteien und Gruppierungen auf Kritik. Dagegen wurde in weiteren Kreisen eine Wahl des obersten Militärgerichtes durch das Parlament befürwortet. Kontrovers waren die Meinungen hinsichtlich der Einführung eines Appellationsgerichtes. Sie wird von verschiedenen Kantonen wie auch von mehreren grossen politischen Parteien gefordert. Jene Kantone und Parteien, die an der bisherigen Lösung ausdrücklich festhalten wollten, blieben in der Minderheit. Auf keinerlei Widerstand grundsätzlicher Art stiess der Vorschlag, auch im Militärstrafprozess das Strafmandatsverfahren einzuführen. Dagegen wurde aus rechtsstaatlichen Überlegungen verschiedentlich die Stellung des Obergerichtes im Prozessverfahren kritisiert und verlangt, dass seine Funktionen auf die Verwaltung und Schulung der Militärjustiz beschränkt werden.

Der überwiegende Teil der im Vernehmlassungsverfahren eingegangenen Antworten stimmt, wie bereits gesagt, der Beibehaltung der Militärgerichtsbarkeit zu. Zustimmung fand – abgesehen von Einzelfragen – auch der grösste Teil der vorgeschlagenen Änderungen des Militärstrafgesetzes und des Militärstrafprozesses. Wesentliche und wohlbegründete Änderungsvorschläge aus dem Vernehmlassungsverfahren, so vor allem hinsichtlich der vermehrten Berücksichtigung rechtsstaatlicher Grundsätze und der Forderungen der Menschenrechtskonvention,

werden berücksichtigt. Wo sich Begehren als nicht realisierbar erwiesen haben, wird dies in den betreffenden Abschnitten begründet.

In formeller Hinsicht führte das Vernehmlassungsverfahren dazu, bei der Militärstrafgerichtsordnung angesichts der umfangreichen Änderungen eine Totalrevision vorzuschlagen.

## **14      Hauptzüge der Neuordnung**

### **141      Militärstrafgesetz**

Das Militärstrafgesetz bedarf strukturell keiner Änderung. Allerdings ist die Frage nach seiner Aufhebung aufgeworfen worden. Materiell würde dadurch nichts gewonnen, indem spezifisch auf die militärischen Bedürfnisse zugeschnittene Tatbestände nicht eliminiert werden können und daher dem bürgerlichen Gesetz beispielsweise in Form eines Anhangs beigelegt werden müssten. Dadurch würde jedoch die Übersichtlichkeit leiden, was weder für den Rechtsuchenden noch für den Richter von Vorteil wäre. Das Militärstrafgesetz ist daher beizubehalten.

Dies soll jedoch weder eine Anpassung an das bürgerliche Recht noch eine Modernisierung verhindern. Unterschiede zwischen dem materiellen militärischen und bürgerlichen Strafrecht sind dort gerechtfertigt, wo dies die Besonderheiten des Militärdienstes verlangen. In allen anderen Fällen sind Differenzierungen unnötig, ja sie können stossend wirken. Eine Modernisierung des Militärstrafgesetzes ist dort am Platz, wo sich die Verhältnisse und Anschauungen im Laufe der Zeit gewandelt haben. Für die vorliegende Gesetzesrevision trifft dies beispielsweise mit Bezug auf die Menschenrechtskonvention zu.

#### *141.1      Anpassung an das bürgerliche Recht*

Eine der bedeutendsten Änderungen des bürgerlichen Strafrechts bezieht sich auf den Ausbau und die Neugestaltung des Massnahmenrechts. Der Militär Richter kann nach dem geltenden Recht keine Massnahmen verhängen. Hält er eine solche für angezeigt, dann hat er nach seinem Urteil den Fall der zuständigen bürgerlichen Behörde zu überweisen. Diese Doppelspurigkeit hat sich in der Praxis wiederholt als unzweckmässig erwiesen. Einmal führt sie für den Angeklagten zu einer Zusatzbelastung, indem er sich zwei Verfahren unterziehen muss. Zudem ist die Durchführung von Massnahmen vor dem Strafvollzug nur bei fehlender oder verminderter Zurechnungsfähigkeit möglich. Mit der Übernahme des Massnahmenrechtes des Schweizerischen Strafgesetzbuches können diese Nachteile behoben werden. Der Vorschlag fand im Vernehmlassungsverfahren weitgehende Zustimmung; die vereinzelt angemeldeten Bedenken sind unbegründet. So geht beispielsweise das Argument fehl, selbst der zivile Strafrichter finde sich im Grenzge-

biet zwischen Medizin, Sozialfürsorge und Recht oft nur mühsam zurecht, was für den Militärrichter in vermehrtem Masse zutrefte. Einmal ist der militärische wie der zivile Richter in Fällen, wo eine Massnahme in Frage steht, in der Regel verpflichtet, das Gutachten von Fachleuten beizuziehen. Zudem ist auch ein Militärrichter durchaus in der Lage, sich die nötige Erfahrung zur sachgemässen Beurteilung von Fragen des Massnahmenrechtes anzueignen.

Die Aufnahme des Massnahmenrechtes in das Militärstrafgesetz erfordert auch eine Anpassung der Bestimmungen über die Zurechnungsfähigkeit. Desgleichen müssen die einer differenzierten Beurteilung dienenden Bestimmungen über junge Erwachsene wie im bürgerlichen Recht auch im Militärstrafrecht Anwendung finden.

Zu Abweichungen zwischen den Normen des bürgerlichen und des militärischen Strafrechtes auf dem Gebiete des Strafvollzugs besteht, abgesehen vom Sonderfall des militärischen Strafvollzugs, kein Anlass. Die entsprechenden Bestimmungen sind daher dem Strafgesetzbuch (SR 311.0) anzugleichen. Dasselbe gilt für die Amtsentsetzung und die Einziehung.

#### *141.2 Weitere Änderungen des Militärstrafgesetzes*

Militärgerichte sind Fachgerichte. Die Unterstellung unter das Militärstrafgesetz hat daher restriktiv zu erfolgen. Es wird deshalb vorgeschlagen, Kinder und Jugendliche dem bürgerlichen Jugendstrafrecht und der bürgerlichen Gerichtsbarkeit zu unterwerfen. Damit ist dafür gesorgt, dass jugendliche Delinquenten sich vor den im bürgerlichen Bereich geschaffenen Fachgerichten (Jugendgerichten) zu verantworten haben. Der Geltungsbereich des Militärstrafrechts soll jedoch auch für erwachsene Täter eingeschränkt werden: Für den überwiegenden Teil der gemeinen Delikte im besonderen Teil des Militärstrafgesetzes soll der Täter weder dem Militärstrafgesetz noch der Militärgerichtsbarkeit unterstehen, wenn er im Urlaub gehandelt hat und das Delikt in keinem Zusammenhang mit dem Dienst der Truppe steht.

Nur vereinzelte Änderungen werden bei den Tatbeständen im besonderen Teil des Militärstrafgesetzes vorgeschlagen. Von Bedeutung ist die Neuformulierung des Artikels 72 (Nichtbefolgung von Dienstvorschriften), der in Berücksichtigung vieler Einwände im Vernehmlassungsverfahren in seiner Tragweite eingeschränkt wird. Änderungen von untergeordneter Bedeutung werden zu den Tatbeständen der Störung des Militärdienstes, der Verletzung militärischer Geheimnisse sowie bei den Ehrverletzungen vorgeschlagen.

Im Bereich des Disziplinarstrafrechtes muss eine Reihe teils grundlegender Bestimmungen präziser gefasst werden, und es sind verschiedene Lücken zu schliessen. Die Begriffe des Disziplinarfehlers und der Schuld werden einfacher um-

schrieben, ebenso die Grundsätze über die Strafzumessung. Hier wird gleichzeitig der in der Praxis entwickelte Grundsatz gesetzlich verankert, dass ein durch vorläufige Festnahme erlittener Freiheitsentzug an die Arreststrafe anzurechnen ist. Eine weitere Anpassung an die Erfordernisse der Praxis erfolgt bei der Verjährung. Die Vorschriften über die Disziplinarstrafen und deren Vollzug werden übersichtlicher gruppiert und von gewissen Detailvorschriften entlastet, die nicht der Regelung auf Gesetzesstufe bedürfen. Die Strafkompetenzen des Bataillons- und des Regimentskommandanten sollen erhöht werden, nicht jedoch jene des Einheitskommandanten. Strafverfügungen sollen hinfort ausnahmslos schriftlich erlassen werden, und dem Bestraften steht Anspruch auf Akteneinsicht zu.

Die wichtigsten Modifikationen des militärischen Disziplinarstrafrechts ergeben sich bei Beschwerde und Weiterziehung. Sie erhalten auf jeden Fall aufschiebende Wirkung. Auf die Weiterziehungsmöglichkeit an den Oberauditor wird bei Disziplinarstrafverfügungen, die auf Verweis oder Busse lauten, verzichtet. In diesen leichten Fällen genügt das truppeninterne Beschwerdeverfahren. Dagegen wird bei Arreststrafen als Weiterzugsinstanz anstelle des Oberauditors je nach der Stufe derjenigen Stelle, welche über die Disziplinarbeschwerde entschieden hat, der Präsident des Divisionsgerichts, des Appellationsgerichts oder das Militärkassationsgericht vorgesehen. Für das Verfahren sind sinngemäss die Vorschriften des Militärstrafprozesses über die Hauptverhandlung anzuwenden. Diese Regelung steht im Einklang mit der Europäischen Menschenrechtskonvention.

## 142      **Militärstrafprozess**

Die Militärstrafgerichtsordnung aus dem Jahre 1889 hat sich in ihrer Struktur bis heute bewährt. Sie enthält auf verschiedenen Gebieten, so beispielsweise bei der obligatorischen Verteidigung, Regelungen, die im Vergleich zu anderen Prozessordnungen als vorbildlich bezeichnet werden dürfen. Trotzdem drängt sich eine Totalrevision auf. Eine umfassende Überprüfung des Gesetzestextes hat ergeben, dass der überwiegende Teil seiner Bestimmungen nicht zuletzt sprachlich einer Modernisierung bedarf. Ausserdem wäre durch Streichung überholter und Einföhrung neuer Institute die Übersichtlichkeit verloren gegangen.

Im Bereiche der Militärgerichtsverfassung wird der bisher in der Militärorganisation (SR 510.10) festgehaltene Grundsatz der Unabhängigkeit der Militärjustiz ausdrücklich verankert. An der Wahl der Militärrichter durch den Bundesrat muss grundsätzlich festgehalten werden. Die Mitglieder des Militärkassationsgerichts sollen jedoch hinfort wie die Bundesrichter durch die Bundesversammlung gewählt werden. Damit wird im Prinzip eine Forderung erfüllt, die unter anderem in der Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt vom 29. April 1971 erhoben wurde. Ebenso wird dem in weiten Kreisen erhobenen Begehren nach Einföhrung von Appellationsgerichten im Militärstrafverfahren entsprochen. Dagegen wird die Aufhebung der Territorialgerichte vorgeschlagen, wobei die bis dahin in die-

sen Gerichten eingeteilten Justizoffiziere und Richter in die Divisionsgerichte übernommen werden sollen. Die für den Aktivdienst vorgesehenen Territorialgerichte verfügen in Friedenszeiten über keinerlei Praxis, was sich im Ernstfall höchst nachteilig auswirken muss. Das ausserordentliche Militärgericht wird aufgehoben. Eine neue, gegenüber dem bisherigen Recht erheblich eingeschränkte Umschreibung erfährt die Stellung des Oberauditors der Armee. Er wird in Zukunft im Militärstrafverfahren, abgesehen vom Rekursrecht bei Einstellungsverfügungen durch den Auditor, keinerlei gerichtliche Funktionen mehr wahrzunehmen haben. Seine Stellung wird allerdings auch in Zukunft – wenn auch verlagert auf andere Gebiete – von grosser Bedeutung sein: Neben reinen Verwaltungsaufgaben wird er sich vor allem auch der Schulung der Justizoffiziere zu widmen haben.

Die allgemeinen Bestimmungen über das Militärstrafverfahren enthalten neben vielen Detailänderungen die bisher fehlende Regelung über die Fristen und deren Wiederherstellung sowie über das freie Geleit. Die Voraussetzungen für vorläufige Festnahme, Anhaltung und Verhaftung werden unter Berücksichtigung der Europäischen Menschenrechtskonvention neu umschrieben und ergänzt. Lücken werden auch bei den Untersuchungsmassnahmen geschlossen. Neu sind die Normen über das Privat- und Berufsgeheimnis im Zusammenhang mit Durchsuchungen, die Rückgabe oder Verwertung von beschlagnahmten Gegenständen sowie die Sektion und Exhumierung. Wie auf andern Gebieten des Militärstrafprozesses sind auch bei den übersichtlicher gruppierten Bestimmungen über die Zeugen Anpassungen an neuere kantonale Strafprozessordnungen und den Bundesstrafprozess vorgenommen worden. Das in der Praxis entwickelte Institut der sogenannten Auskunftsperson wird gesetzlich geregelt. Die Möglichkeiten der Verteidigung in der Voruntersuchung erfahren eine Erweiterung; in Übereinstimmung mit den meisten bürgerlichen Strafprozessordnungen sollen jedoch nur noch juristisch gebildete Personen als Verteidiger zugelassen werden.

Das Verfahrensrecht wird ergänzt durch die Aufnahme des in der Praxis entwickelten Institutes der vorläufigen Beweisaufnahme ins Gesetz. Zuständig zur Einstellung eines Verfahrens ist in Zukunft der Auditor. Dem Beschuldigten und dem Oberauditor wird ein Rekursrecht an den Präsidenten des Divisionsgerichts eingeräumt.

Das Strafmandatverfahren hat sich in verschiedenen Kantonen zur Erledigung von nicht besonders schwerwiegenden Straftaten bewährt. Es dient letztlich dem Angeklagten, dem in solchen Fällen die Nachteile und Kosten eines öffentlichen Gerichtsverfahrens erspart werden. Das Institut soll daher in den Militärstrafprozess aufgenommen werden.

Die Vorschriften über die Hauptverhandlung erfahren nur in untergeordneten Punkten materielle Änderungen; dagegen werden jene über das Verfahren gegen Abwesende und die Wiederaufnahme wesentlich ausgebaut, und es wird eine be-

sondere Hauptverhandlung vorgesehen für Fälle, bei denen über den Widerruf des bedingten Strafvollzugs zu entscheiden ist.

Wesentliche Ergänzungen sind bei den Rechtsmitteln vorgesehen. Die bisher nur gegen Amtshandlungen des Untersuchungsrichters gegebene Beschwerdemöglichkeit soll auf solche der Präsidenten des Divisionsgerichtes und des Militärappellationsgerichtes ausgedehnt werden. Die Appellation mit vollem Devolutiveffekt gegen Urteile der Divisionsgerichte wird neu eingeführt. Wo eine Appellation nicht zulässig ist, so beispielsweise bei Entscheidungen über die Vollstreckung aufgeschobener Strafen nach Vollzug richterlicher Massnahmen oder über zivilrechtliche Ansprüche usw., steht als neues Rechtsmittel der Rekurs an das Militärkassationsgericht zur Verfügung. Schliesslich sind die Vorschriften über das Revisionsverfahren ergänzt und zugunsten des Verurteilten bzw. seiner Angehörigen verbessert worden.

## 2 Frage der Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit

Die schweizerische Militärgerichtsbarkeit blickt auf eine jahrhundertealte Tradition zurück. Zu Recht wird jedoch im Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über das Volksbegehren vom 11. Dezember 1918 betreffend Aufnahme eines Artikels 58<sup>bis</sup> in die Bundesverfassung (Aufhebung der Militärjustiz) gesagt: «Freilich ist klar, dass diese Tatsache eines ehrwürdigen Alters keinen genügenden Grund bilden kann, diese Sondergerichtsbarkeit beizubehalten, wenn sie unsern heutigen Anschauungen unzweckmässig, unnötig oder gar gefährlich erscheint.» Wie 1916, als die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ein Volksbegehren auf Aufhebung der Militärjustiz einreichte, erfolgten ähnliche Bestrebungen nach anderen Zeitabschnitten mit längeren Truppenaufgeboten, so nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 und nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch in Zeiten nachlassenden Wehrwillens ist die Institution der Militärjustiz wiederholt in Frage gestellt worden.

Aus verschiedenen Gründen und mit unterschiedlicher Zielsetzung wird die Forderung auf Abschaffung der Militärjustiz wiederum erhoben. So fordert das vom Parteitag der Schweizer Sozialdemokraten am 30. September/1. Oktober 1972 angenommene «Leitbild für eine friedensstrategische Sicherheitspolitik unseres Landes» einen Verzicht auf die Militärgerichte in Friedenszeiten. Ihre Aufgaben unter Einschluss von Untersuchung und Anklage sollten den zivilen Gerichten übertragen werden. Nach Auffassung der Sozialdemokratischen Partei wäre lediglich eine Schattenorganisation für den Ernstfall, vergleichbar also mit den heutigen Territorialgerichten, beizubehalten. Diese Meinung, die unter anderem auch von pazifistischen Organisationen unterstützt wird, findet auch in parlamentarischen Vorstössen ihren Ausdruck.



Das Begehren nach Aufhebung der Militärjustiz wird unter anderem damit begründet, die Militärgerichtsbarkeit verstosse gegen Artikel 58 der Bundesverfassung, die Militär Richter urteilen in eigener Sache und seien daher befangen, und die Verwirklichung des Leitbildes vom Bürger als Soldat mache die volle Verschmelzung des militärischen mit dem zivilen Strafrecht notwendig.

Aus folgenden Überlegungen schlagen wir Ihnen vor, die Militärjustiz sei beizubehalten:

Die Gegner der Militärjustiz verneinen deren Verfassungsmässigkeit oder stellen sie zumindest in Frage. Sie unterstellen dabei, die Militärgerichte seien Ausnahmegerichte im Sinne von Artikel 58 Absatz 1 der Bundesverfassung. Ausnahmegerichte sind solche, die gewisse Personenkreise dem ordentlichen Richter entziehen wollen. Fleiner/Giacometti, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, § 84, Seite 867 f., versteht unter Ausnahmegerichten solche, «die im Hinblick auf einen in Aussicht stehenden Fall (oder konkrete Fälle) aus bestimmten Gründen, insbesondere politischer Natur, *neben* der normalen Gerichtsorganisation eingesetzt werden». Als Beispiel für ein Ausnahmegericht nennt Fleiner das zur Beurteilung der Teilnehmer am Aufstand vom 22. April 1853 eingesetzte Freiburger Kriegsgericht. Er stellt ferner fest, dass staatliche Spezialgerichte (Sondergerichte) nicht unter das Verbot der Ausnahmegerichte fallen.

Wissenschaft und Rechtspraxis stimmen darin überein, dass die Militärgerichte zwar Sondergerichte, nicht jedoch Ausnahmegerichte im Sinne von Artikel 58 der Bundesverfassung sind.

Spezial- oder Fachgerichte entstehen aus dem Bestreben heraus, bestimmte Lebensverhältnisse durch Richter beurteilen zu lassen, die sich darin besonders gut auskennen. So werden Gewerbe-, Handels-, Versicherungs-, Verwaltungs- und Jugendgerichte eingesetzt, um unter voller Wahrung des Grundsatzes der Rechtsgleichheit Fälle aus bestimmten Fachgebieten sachverständigen Richtern zur Beurteilung zuweisen zu können. Von keiner Seite wird behauptet, derartige Gerichte würden gegen Artikel 58 der Bundesverfassung verstossen. Wie die erwähnten Spezialgerichte aus dem bürgerlichen Bereich, sind auch die Militärgerichte Fachgerichte. Sie sind von der Sache her begründet, nämlich von den besonderen Verhältnissen des Militärdienstes. Dabei geht es nicht nur um die spezifisch militärischen Delikte, sondern um die militärischen Verhältnisse ganz allgemein. Auch ein im Militärdienst begangenes gemeines Delikt muss im Rahmen der besonderen Verhältnisse im Militärdienst gesehen und gewürdigt werden. Nur wer Militärdienst geleistet hat, weiss, dass unter anderem auch die psychische Belastung während des Dienstes anders und oft grösser ist als im Zivilleben. Die Militärgerichte als Fachgerichte haben wie die zivilen Gerichte «die Erforschung der Wahrheit über den Tatvorgang und die Verwirklichung des sachlichen Rechts in einem gerechten Urteil» (Ernst Buob, Die Berechtigung der Militärgerichtsbarkeit im schweizerischen demokratischen Rechtsstaat, S. 48) zum Ziel. Als Fachgerichte kennen sie die besonderen Umstände des Militärdienstes und können diese

bei der Wahrheitsfindung nicht nur hinsichtlich des äusseren Tatbestandes, sondern auch ganz besonders hinsichtlich der psychischen Komponenten richtig würdigen.

Die Verfassungsmässigkeit der Militärjustiz wird unter anderem auch mit dem Argument in Frage gestellt, die Zugehörigkeit zur Armee stelle einen personellen Anknüpfungspunkt dar, während nach der bundesgerichtlichen Praxis Spezialgerichte nur zulässig seien, wenn sie von der Sache oder vom Streitgegenstand her begründet sind. Das Ziel der besondern militärischen Gerichtsbarkeit liegt jedoch nicht darin, jede Militärperson grundsätzlich einem besondern Richter zuzuführen, sondern die gerichtliche Beurteilung militärischer Straftatbestände und solcher, die mit dem Dienst einen engen Zusammenhang aufweisen, einem fachlich kompetenten Gericht zu übertragen. Der besondere Teil des Militärstrafgesetzes enthält demnach – abgesehen von den mit der Dienstleistung direkt zusammenhängenden Tatbeständen, die im Strafgesetzbuch nicht enthalten sind – nur jene Tatbestände des bürgerlichen Rechts, deren Übertretung in der Regel gleichzeitig militärische Interessen verletzt, wie beispielsweise die Aufforderung und Verleitung zur Verletzung militärischer Dienstpflichten, oder die anderswie mit dem Dienst und seinen spezifischen Verhältnissen zusammenhängen. Derartige Lösungen finden sich auch im zivilen Bereich. So beurteilen beispielsweise Handelsgerichte Streitigkeiten aus dem Gebiete des Obligationenrechtes dann, wenn beide Parteien im Handelsregister eingetragen sind (vgl. als Beispiel dazu § 9 des Bernischen Dekretes betreffend das Handelsgericht vom 17. Nov. 1938).

Der Einwand, die Militärgerichtsbarkeit sei eine Ausnahmegerichtsbarkeit und verletze deshalb Artikel 58 der Bundesverfassung, ist auch aus weiteren Überlegungen nicht haltbar. Das Verbot der Ausnahmegerichte war schon in der Bundesverfassung von 1848 (Art. 53) enthalten. Zu jenem Zeitpunkt existierte indessen bereits eine eidgenössische wie auch eine kantonale Militärgerichtsbarkeit. Hätte das Verbot der Ausnahmegerichte bezweckt, die bereits bestehende Militärgerichtsbarkeit abzuschaffen, so wäre dieses Ziel im Verfassungstext wie beim Verbot der geistlichen Gerichtsbarkeit zum Ausdruck gekommen. Weder 1848 noch 1874 war überhaupt davon die Rede, die Militärgerichtsbarkeit als Ausnahmegerichtsbarkeit zu betrachten. Das erste eidgenössische Militärstrafgesetz datiert von 1851; und auch im Zusammenhang mit dem Erlass dieses Gesetzes stand die Frage der Verfassungsmässigkeit überhaupt nicht zur Diskussion. Ebenso wenig wurde in der Fachliteratur jener Zeit auch nur in Erwägung gezogen, das Verbot der Ausnahmegerichte könnte sich auch auf die Militärgerichte beziehen (Dubs, Das öffentliche Recht der Schweizerischen Eidgenossenschaft, II. Teil, S. 148). Auch neuere Veröffentlichungen stehen auf dem gleichen Standpunkt (Giacometti, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, S. 867; Favre, Droit constitutionnel Suisse, II. A. 428; His, Geschichte des neuern Schweizerischen Staatsrechts, Band III, S. 481). Offensichtlich wurde auch von der Sozialdemokratischen Partei ursprünglich die Verfassungsmässigkeit der Militärgerichte nicht in Frage gestellt. Ihre Abschaffung am Ende des Zweiten Weltkrieges wurde auf

dem Wege einer Verfassungsinitiative angestrebt. Sowohl Artikel 53 der Bundesverfassung von 1848 wie auch der heutige Artikel 58 der Bundesverfassung wollen einzig ad hoc zusammengestellte Gerichte ausschliessen. Ein Verbot der Militärgerichtsbarkeit kann aus dieser Verfassungsbestimmung nicht hergeleitet werden.

Unabhängig von der Frage der Verfassungsmässigkeit wird von verschiedener Seite behauptet, die Militärjustiz sei in ihrer heutigen Form nicht mehr zeitgemäss. Sowohl die Abklärung wie auch die Beurteilung der sich im Militärdienst ergebenden Straffälle seien aus diesem Grunde zivilen Organen zu übertragen. Es ist zu prüfen, wie sich eine Übertragung der Militärgerichtsbarkeit vom Untersuchungs- bis zum Urteilsstadium an die bürgerliche Gerichtsbarkeit auswirken würde.

Vorweg ist Stellung zu nehmen zur Behauptung, der Militärrichter richte in eigener Sache. Diese Unterstellung geht an der Tatsache vorbei, dass auch der Militärrichter nicht nur Soldat, sondern auch Bürger unseres Landes ist und dass er einzig und allein der Verwirklichung des durch die Bundesversammlung gesetzten Rechtes zu dienen hat. Der Vorwurf des Richtens in eigener Sache läuft im Grunde genommen darauf hinaus, einen Gegensatz zwischen Volk und Armee zu schaffen, obwohl in unseren schweizerischen Verhältnissen – im Gegensatz zu gewissen ausländischen Staaten – der Bürger gleichzeitig Soldat ist. Warum der Bürger wohl Soldat sein darf, nicht jedoch Fachrichter in militärischen Belangen, ist nicht einzusehen. Einige Gegner der Militärjustiz versuchen allerdings diesem Argument mit dem Hinweis zu begegnen, der Vorwurf, Militärgerichte seien Parteigerichte, treffe nicht den einzelnen Richter, sondern die Militärjustiz als Dienstzweig der Armee. Sie lassen dabei bewusst oder unbewusst ausser acht, dass die Militärgerichte in keiner Weise in eine militärische Kommandostruktur eingeordnet sind. Sie sind vielmehr von der Truppe und deren Kommandanten in jeder Beziehung unabhängig, was mit dem Einleitungsartikel zum neuen Militärstrafprozess noch betont wird. Die Zusammenfassung der Justizoffiziere in einem besonderen Dienstzweig ist aus organisatorischen und administrativen Gründen notwendig. Die sonst im Militärdienst unumgängliche Befehlsgewalt ist im Bereich des Militärstrafprozesses, vollends in seiner neuen Ausgestaltung, durch die auch im bürgerlichen Bereich üblichen verfahrensrechtlichen Vorschriften ersetzt. Ein Anlass zur Abschaffung der Militärjustiz ergibt sich infolgedessen auch unter diesem Gesichtswinkel nicht.

Militärgerichte sind Fachgerichte. Ihre Zusammensetzung mit einem Justizoffizier als Vorsitzendem und Richtern aus der Truppe, die ihren normalen Dienst leisten, garantiert ein sachgerechtes Urteil. Es mag in Einzelfällen zutreffen, dass der bürgerliche Richter bei der Anwendung von Bestimmungen des gemeinen Rechts, die im Strafgesetzbuch und im Militärstrafgesetz übereinstimmen, unter Umständen mehr Erfahrung mitbringt als der Militärrichter. Das gleiche Argument kann allerdings auch innerhalb der bürgerlichen Gerichtsbarkeit verwendet werden. Bei den zivilen Richtern bestehen ebenfalls grosse Erfahrungsunter-

schiede. Zudem ist einem vor den Schranken des Gerichts stehenden Motorfahrer mit der Erfahrung des Richters in Verkehrsdelikten wenig gedient, wenn der Unfall, der er zu verantworten hat, mit besondern militärischen Verhältnissen im Zusammenhang steht. Andererseits wird die Auffassung vertreten, als Folge der allgemeinen Wehrpflicht sässen wohl in jedem zivilen Gericht Leute, die Militärdienst leisten oder geleistet haben. Im zivilen Bereich sind jedoch viele erstinstanzliche Gerichte mit Einzelrichtern besetzt, die eventuell überhaupt nie Militärdienst geleistet haben oder deren Militärdienstleistung lange Zeit zurückliegt. Bei den Militärgerichten besteht indessen eine *Garantie* dafür, dass nur aktive Wehrmänner dem Gericht angehören. Dabei kommt dem Präsidenten des Gerichts, entgegen einer verschiedentlich aufgestellten Behauptung, kein Übergewicht zu. Die Richter aus der Truppe haben ein volles Stimmrecht, das sie in der Praxis auch auszuüben wissen. Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass der Angeklagte vor einem bürgerlichen Gericht wohl auf Fachleute stossen *kann*, vor Militärgericht jedoch sicher auf solche treffen *wird*. In seinem Bericht vom 11. Dezember 1918 (S. 16) zur Militärjustizinitiative der Sozialdemokratischen Partei umschreibt der Bundesrat die Forderung nach einem militärisch-fachlich denkenden Gericht mit folgenden Worten.

Der bürgerliche Richter, der Ungehorsam, Dienstverletzungen, Meuterei, Aufruhr und andere rein militärische Delikte zu beurteilen hat, würde immer wieder vor Tatsachen gestellt, die er nicht zutreffend zu würdigen versteht. Das hätte zur Folge, dass ein gewissenhaftes Gericht in solchen zahlreich auftretenden Zweifelsfragen mit den militärischen Verhältnissen vertraute Sachverständige, also Militärpersonen, zuziehen müsste. Ja es ist vorauszusehen, dass sich mit der Zeit eine eigentliche Gutachterwirtschaft in dem schlimmen Sinne ausbilden würde, dass der Richter, der sich pflichtgemäss ein eigenes selbständiges Urteil bilden müsste, blindlings der Auffassung des militärisch erfahrenen Experten folgt. Wenn man damit die heutige Besetzung der Militärgerichte vergleicht, so kann man nicht zweifeln, welche Ordnung vernünftiger, zweckmässiger, ja auch vielfach für den Angeklagten vorteilhafter ist. Vor dem militärischen Richter weiss er, dass seine Angaben richtig verstanden werden, während ihm mancher bürgerliche Richter diese Gewähr nicht bieten kann.

Diese Ausführungen des Bundesrates haben in den vergangenen beinahe 60 Jahren nichts von ihrer Aktualität eingebüsst. Im Gegenteil: Infolge der zunehmenden Technisierung und Spezialisierung der Armee und des wesentlich intensiveren Dienstbetriebes, der auch an die psychische Belastbarkeit des Wehrmannes höhere Anforderungen stellt, haben sie an Bedeutung noch gewonnen. Dem Wehrmann kann übrigens sein Recht auf ein militärisches Fachgericht nicht verweigert werden, ohne ihn beträchtlich zu benachteiligen.

Eine Aufhebung der Militärjustiz müsste zu Schwierigkeiten hinsichtlich des Gerichtsstandes führen. Die Militärstrafergerichtsordnung sieht vor, dass sich jeder Wehrmann grundsätzlich vor dem Gericht seiner Division zu verantworten hat. Truppen, die nicht einer Division angehören, sind jenem Gericht zugeteilt, das

ihrem üblichen Truppenstandort am nächsten liegt. Diese Lösung hat verschiedene Vorteile, die in erster Linie im Interesse des Angeklagten liegen. So besteht Gewähr dafür, dass sich jeder Wehrmann vor einem Gericht in eigener Sprache verteidigen kann. Welche Bedeutung diesem Grundsatz beigemessen wird, ergibt sich daraus, dass die gemischtsprachigen Divisionen über je ein Divisionsgericht der entsprechenden Sprache verfügen. Die Zuständigkeit des Gerichts ist von Truppenverschiebungen unabhängig.

Diesen Tatsachen wird entgegengehalten, die Schwierigkeiten der Distanz oder der Sprache seien überwindbar. Der Richter, der am Begehungsort seinen Sitz habe, sei wegen seiner Ortskenntnisse am besten in der Lage, die Straftat zu untersuchen und zu beurteilen. Der Umstand, dass sich ein Soldat vor einem weit entfernten und eventuell fremdsprachigen Gericht zu verantworten hätte, bilde wohl einen gewissen Nachteil, der jedoch nicht grösser sei, als wenn auf einer Reise oder in den Ferien Vergehen passieren. Dieser Argumentation ist vorweg entgegenzuhalten, dass sich der Wehrmann nicht zum Vergnügen von seinem Wohnort entfernt. Wer sich in die Ferien oder auf eine Reise begibt, tut dies freiwillig und nimmt den Nachteil eines eventuellen Gerichtsverfahrens an einem fremden Ort und in fremder Sprache in Kauf. Der Wehrmann hat keine Möglichkeit, den Ort seiner Dienstleistung auszusuchen. Es ist nur recht und billig, dafür zu sorgen, dass er sich zumindest vor einem Gericht verantworten kann, das seine eigene Sprache spricht und möglichst nahe bei seinem Wohnort tagt.

Es mag in vereinzelten Fällen zutreffen, dass der Richter am Begehungsort bessere Ortskenntnisse besitzt als der zuständige Militärrichter. In vielen Straffällen indessen ist die Örtlichkeit von untergeordneter Bedeutung. Ist sie jedoch, beispielsweise bei Verkehrsunfällen, wichtig, so zeigt die Erfahrung, dass auch der Richter am Begehungsort ohne Augenschein nicht auskommt. Ortskenntnis allein genügt für die richtige Beurteilung eines Sachverhaltes nicht. Es gilt vielmehr, die örtlichen Verhältnisse im Hinblick auf den besonderen Tatbestand an Ort und Stelle zu prüfen.

Es wird für den Fall der Aufhebung der Militärjustiz vorgeschlagen, für die Frage der Zuständigkeit das Wohnsitzprinzip anzuwenden. Auch dieser, dem Jugendstrafrecht entnommene Vorschlag müsste zu Schwierigkeiten führen. Das in Artikel 372 des Strafgesetzbuches (SR 311.0) als Regel vorgesehene Wohnsitzprinzip geht davon aus, dass Kinder erfahrungsgemäss in ihrer gewohnten Umgebung delinquieren. Zudem werden bei Kindern in der Regel Massnahmen am Platze sein, was wiederum Erhebungen am Wohnort oder Aufenthaltsort erforderlich macht. Diese Überlegungen gelten jedoch für Wehrmänner nicht. Zudem ergäben sich Probleme hinsichtlich der Strafverfolgung vor allem für Delikte, die in Schulen und Kursen begangen werden. Das im Hinblick auf die Mobilität der Truppe vorgeschlagene Wohnsitzprinzip müsste eine Mobilität des zivilen Richters bedingen, die diesem angesichts der bekannten Belastung wohl nicht zugemutet werden kann.

Die Aufhebung der Militärjustiz müsste ferner zur Folge haben, dass anstelle der bisherigen zwölf Divisionsgerichte (wovon zwei mit zwei Abteilungen) eine grosse Anzahl verschiedener ziviler Gerichtsbehörden über delinquierende Wehrmänner zu urteilen hätte. Statt eines einheitlichen Strafverfahrens müssten die verschiedenen kantonalen Strafgerichtsordnungen zur Anwendung gelangen, die noch beträchtliche Verschiedenheiten in der Prozessgestaltung aufweisen. Statt einem einheitlich zusammengesetzten Gericht sähen sich angeklagte Wehrmänner verschiedensten Gerichtsbehörden gegenüber. Es wird zwar vorgeschlagen, den Kantonen zur Beurteilung von Militärpersonen die Anwendung eidgenössischen Verfahrensrechts vorzuschreiben. Abgesehen davon, dass eine solche Regelung mit Artikel 64<sup>bis</sup> Absatz 2 der Bundesverfassung (SR 101) nicht in Einklang stünde, kann damit der Vielfalt der kantonalen Gerichtsbehörden nicht begegnet werden.

Gerichtsurteile können überhaupt nicht miteinander verglichen werden, da jeder Fall anders liegt. Wie bei allen Gerichten sind daher auch bei den 14 Divisionsgerichten gewisse Verschiedenheiten in der Beurteilung unvermeidlich. Die Aufhebung der Militärjustiz müsste dazu führen, dass die bis dahin angesichts der geringen Anzahl von Gerichten relativ grosse Einheitlichkeit, welche durch die Einführung von Appellationsgerichten noch verstärkt werden dürfte, verlorenginge. Es würde damit das Rad der Geschichte zurückgedreht.

Die Militärgerichte kennen sodann seit jeher die obligatorische Verteidigung. Diese fortschrittliche Regelung, die eine einwandfreie Abklärung auch in minder bedeutenden Strafsachen garantiert, ist den meisten kantonalen Gerichtsordnungen, sofern es nicht um schwere Verbrechen geht, unbekannt. Die Aufhebung der Militärjustiz würde in diesem Punkt zu einer Schlechterstellung des Wehrmannes führen.

Besonders problematisch würde sich eine Abschaffung der Militärjustiz bei der Abgrenzung zwischen der Disziplinarstrafgewalt der Truppenkommandanten und der Zuständigkeit des zivilen Richters auswirken. Viele Vergehens- und sogar einige Verbrechenstatbestände des Militärstrafgesetzes können, sofern es sich um leichte Fälle handelt, disziplinarisch erledigt werden. Bei der gegenwärtigen gesetzlichen Regelung besteht eine gute Koordination zwischen Truppenkommandanten und Militärjustiz. Fälle, bei denen eine disziplinarische Erledigung nicht zum vorneherein gegeben ist, werden durch einen Justizoffizier untersucht, der über die nötigen Fachkenntnisse sowohl des kriminellen Strafrechts wie im disziplinarischen Bereich verfügt, um dem Kommandanten hinsichtlich des weiteren Vorgehens (disziplinarische oder gerichtliche Behandlung) die richtigen Anträge zu stellen. Kompetenzstreitigkeiten sind dabei praktisch unbekannt. Würde die Militärjustiz aufgehoben, müssten die zuständigen bürgerlichen Strafverfolgungsorgane von Amtes wegen gegen den Täter vorgehen. Da eine scharfe Trennung zwischen strafrechtlich zu ahndenden Tatbeständen einerseits, blossen Disziplinarfällen und leichten Fällen von Vergehen andererseits vor einer eingehenden Abklärung des Sachverhaltes vielfach unmöglich ist, wären Reibereien zwischen

den Truppenkommandanten und den kantonalen Strafverfolgungsbehörden kaum zu vermeiden. Am meisten betroffen wäre der Wehrmann, der unter Umständen lange Zeit im Ungewissen darüber bleiben müsste, ob sein Fall disziplinarisch oder durch ein Gericht zu entscheiden sei oder sich im schlimmsten Fall sogar parallel laufenden Verfahren gegenübersehe. Das gegen diese Überlegungen ins Feld geführte Argument, zivile Gerichte wären durchaus in der Lage, sachgemäss den Weg der Disziplinarstrafe zu beschreiten, wo die Umstände dies rechtfertigen, geht an der Sache vorbei. Der Grundsatz, dass das Disziplinarstrafverfahren wenigstens erstinstanzlich in der Hand der Truppe verbleiben muss, wurde praktisch von keiner Seite bestritten. Konflikte müssten aber entstehen, wenn neben der Disziplinarstrafkompetenz der Truppe die kantonalen Behörden nach dem Offizialprinzip in jedem Fall, der nicht eine reine Disziplinarsache darstellt, eingreifen müssten.

Das Vernehmlassungsverfahren hat übrigens ergeben, dass eine Reihe von Kantonen praktisch nicht in der Lage wäre, die infolge einer Aufhebung der Militärjustiz eintretende Mehrbelastung ihrer Gerichte zu übernehmen.

Mit wenigen Ausnahmen bejahen auch die Gegner der Militärjustiz deren Daseinsberechtigung für den Kriegsfall. Die bisherige Lösung mit den ausschliesslich für den Kriegsfall vorgesehenen Territorialgerichten vermag aber nicht zu befriedigen, da ihnen hinreichende Praxis fehlt. Versuche, diesen Mangel durch zeitlich beschränkten Einsatz zu beseitigen, waren wenig erfolgreich. Dies führt zum Vorschlag, die Territorialgerichte aufzuheben und an ihrer Stelle die Divisionsgerichte so zu besetzen, dass sie auch im Kriegs- oder Aktivdienstfall den erhöhten Anforderungen zu genügen vermögen. Keinesfalls kann daran gedacht werden, die Militärjustiz als Schattenorganisation für den Kriegs- oder Krisenfall aufzuziehen. Vor eigentlichen Kampfhandlungen kommt es erfahrungsgemäss oft zu Landesverrat, Sabotage, Spionage und ähnlichen Verbrechen. In derartigen Situationen müssen aktive, erfahrene Gerichte und Richter zur Verfügung stehen. Untersuchungsrichter, die seit Jahren keine Untersuchung mehr geführt haben, Richter, die den Kontakt mit der Entwicklung der militärischen Belange verloren haben, können nicht mit gutem Gewissen eingesetzt werden. Aus diesem Grund ist die Militärjustiz auch in Friedenszeiten beizubehalten. Vollends unrealistisch ist der Vorschlag, die Militärjustiz auch für den Kriegsfall abzuschaffen.

Die Militärjustiz hat dank ihrer besonderen Organisation als Fachgericht, das ein einheitliches und mit allen rechtsstaatlichen Garantien versehenes Verfahren anzuwenden hat, ihre Bedeutung in keiner Weise verloren. Ihr Bestehen liegt nicht zuletzt im Interesse des angeklagten Wehrmannes.

## 3 Änderung des Militärstrafgesetzes

### 31 Allgemeine Fragen

Das Militärstrafgesetz hat ausser den in den Artikeln 61–85 enthaltenen besonders militärischen Tatbeständen den Katalog der gemeinen Delikte aus dem bürgerlichen Recht so weit übernommen, als dies für militärische Verhältnisse notwendig erscheint. Mehr als die Hälfte der im bürgerlichen Strafgesetzbuch enthaltenen gemeinen Delikte sind dem Militärstrafgesetz unbekannt.

Die Prüfung der Frage, ob einzelne oder gar alle gemeinen Delikte aus dem Militärstrafgesetz eliminiert werden können, führt zu einem negativen Ergebnis. Es darf nicht übersehen werden, dass die spezifischen Verhältnisse des Militärdienstes nicht nur bei den rein militärischen Delikten eine Rolle spielen. Auch bei gemeinen Delikten, wie beispielsweise fahrlässiger Tötung, Urkundenfälschung oder Unzucht mit Kindern, spielt zumindest in subjektiver Hinsicht der Umstand eine Rolle, dass die Tat im Militärdienst begangen wurde. Der Wehrmann wird im Dienst gezwungenermassen vor psychische Situationen und Belastungen gestellt, denen er im Privatleben überhaupt nicht begegnen würde oder die er dann freiwillig auf sich nähme. Würden alle gemeinen Delikte aus dem Militärstrafgesetzbuch eliminiert, so hätte sich der Täter vor einem bürgerlichen Gericht zu verantworten, das ihm wohl die Möglichkeit, keineswegs aber die Garantie eines fachgerechten Urteils bietet. Dazu kommt, dass bei vielen Tatbeständen auch in objektiver Hinsicht Umstände mitspielen oder gar entscheidend sind, die unmittelbar mit der Dienstleistung zusammenhängen. Dies trifft beispielsweise zu für die fahrlässige Körperverletzung im Zusammenhang mit Schiessunfällen oder für Verkehrsunfälle mit Militärfahrzeugen. Schliesslich wird in der Bevölkerung erwartet, dass die Armee dort, wo zwischen einem Delikt und dem Militärdienst ein Zusammenhang besteht, selbst eingreift und zum Rechten sieht.

Es bestand ursprünglich die Absicht, die militärische Gerichtsbarkeit auf Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz auszudehnen. Im Vernehmlassungsverfahren wurde darauf hingewiesen, dass sich im zivilen Bereich in der Regel spezialisierte Instanzen mit derartigen Vergehen befassen, wobei sich deren Zusammenarbeit mit den zuständigen Gerichten gut eingespielt hat. Die in der letzten Zeit gewonnenen Erfahrungen auf diesem Gebiet zeigen, dass für eine Ausdehnung der militärgerichtlichen Zuständigkeit auf Drogendelikte keine Notwendigkeit besteht. Es wird daher auf diesen Vorschlag verzichtet.

Ein Vorschlag, ins Gesetz eine Definition des sogenannten «leichten Falles» eines Verbrechens oder Vergehens aufzunehmen, muss abgelehnt werden. Die Praxis hat klare und eindeutige Abgrenzungen entwickelt, so dass sich aus dieser Sicht eine gesetzliche Regelung nicht aufdrängt. Für die Truppe findet sich in Ziffer 60 Absatz 3 des Dienstreglementes eine Umschreibung, die ebenfalls unmissverständlich ist. Auch das Strafgesetzbuch (SR 311.0) hat auf eine Legaldefinition



des «leichten Falles» und des «besonders leichten Falles» verzichtet und die Interpretation dieser Rechtsbegriffe der Praxis überlassen.

### **311      Ausklammerung der Dienstverweigerung aus dem Militärstrafgesetz**

Von verschiedener Seite wird die Ausklammerung der Dienstverweigerung aus dem Militärstrafgesetz angeregt. Ein Entscheid in dieser Frage kann heute noch nicht getroffen werden. Dies wird erst nach der Volksabstimmung über die Münchensteiner Initiative möglich sein.

## **32      Kommentar zu den einzelnen Gesetzesartikeln des Militärstrafgesetzes**

### **321      Allgemeine Bestimmungen**

#### *321.1      Der Bereich des Strafgesetzes*

##### *Artikel 2 Ziffern 1 und 3*

Nach geltendem Recht untersteht der Dienstpflichtige dem Militärstrafgesetz auch während des Urlaubs. Unter Berücksichtigung der Entwicklung in den letzten Jahren und des Grundsatzes, wonach das Militärstrafrecht nur dann zur Anwendung gelangen sollte, wenn dies militärische Gründe verlangen, wird eine Einschränkung des Geltungsbereiches des Militärstrafrechts vorgeschlagen: Es sollen die in den Artikeln 115–137 und 145–179 genannten strafbaren Handlungen dem Militärstrafrecht dann nicht unterstehen, wenn der Täter im Urlaub gehandelt hat und kein Zusammenhang mit dem Dienst der Truppe besteht. Nach wie vor in vollem Umfang dem Militärstrafrecht unterstellt bleiben sollen aber Dienst- und Hilfsdienstpflichtige für militärische Delikte, Verbrechen oder Vergehen gegen die Landesverteidigung und gegen die Wehrkraft des Landes, Völkerrechtsverletzungen sowie für bestimmte Vermögensdelikte, die auf militärische Verhältnisse zugeschnitten sind (Marode, Plünderung, Kriegsraub, aktive und passive Bestechung, Annahme von Geschenken und ungetreue Geschäftsführung). In der Praxis kann die Frage zur Diskussion Anlass geben, wann eine strafbare Handlung in keinem Zusammenhang mit dem Dienst der Truppe stehe. Problematisch ist beispielsweise die Abgrenzung, wenn ein Urlauber einem Kollegen militärische Ausrüstungsgegenstände stiehlt, um seine eigene Ausrüstung zu vervollständigen, oder wenn er unter Hervorhebung seines Offiziersgrades betrügt. Eine einfache Abgrenzungsformel zu finden, ist jedoch unmöglich. Es wird der Gerichtspraxis überlassen bleiben müssen, Abgrenzungskriterien zu entwickeln, wobei immerhin die Annahme eines Zusammenhanges mit dem Dienst der Truppe nicht leichthin erfolgen sollte. Unter «Dienst der Truppe» ist der eigentliche Dienstbetrieb zu verstehen. Dieser wird beispielsweise betroffen bei der im Urlaub begangenen Fälschung einer Soldabrechnung, beim Diebstahl von Ausrüstungsgegenständen

eines Dienstkameraden, kaum jedoch bei Diebstählen von Ausrüstungsgegenständen bei Dritten.

Dienstpflichtige und Hilfsdienstpflichtige, die ausserhalb des Dienstes in Uniform auftreten, müssen gleich behandelt werden wie die Urlauber. Das Tragen der Uniform ist in diesem Fall eine rein äusserliche Erscheinung; der Wehrmann befindet sich nicht im Militärdienst. Eine Abweichung vom neuen Grundsatz des Artikels 2 Ziffer 1 wäre nicht gerechtfertigt.

### *321.2 Die Strafbarkeit*

#### *Artikel 10 und 11*

Die vorgesehene Übernahme des Massnahmenrechts aus dem Strafgesetzbuch (SR 311.0) bedingt eine entsprechende Anpassung der Artikel 10 und 11 des Militärstrafgesetzes. Wie im bürgerlichen Recht ist vorzusehen, dass bei unzurechnungsfähigen oder vermindert zurechnungsfähigen Tätern Massnahmen vorbehalten bleiben.

#### *Artikel 11b*

Im Militärstrafgesetz fehlt eine Bestimmung, die eine Untersuchung des Beschuldigten sicherstellt, wenn Zweifel über dessen Zurechnungsfähigkeit bestehen oder wenn zum Entscheid über die Anordnung einer sichernden Massnahme Erhebungen nötig sind. Eine Schliessung der schon bis dahin störenden Lücke erweist sich mit der Übernahme des Massnahmenrechts als unumgänglich. Es wird vorgeschlagen, den Text von Artikel 13 des Strafgesetzbuches (SR 311.0) mit einer redaktionellen Anpassung an die Erfordernisse des Militärstrafgesetzes zu übernehmen.

#### *Artikel 12*

Mit der Übernahme des Massnahmenrechts ist der Richter nicht mehr darauf angewiesen, den wegen Unzurechnungsfähigkeit Freigesprochenen oder unter Annahme verminderter Zurechnungsfähigkeit Verurteilten gegebenenfalls der bürgerlichen Behörde zu weiteren Massnahmen zu überweisen. Absätze 2 und 3 des Artikels 12 können daher gestrichen werden. Gleichzeitig werden die Absätze 1 und 4 (neu Abs. 2) sowie die Marginalie redaktionell überarbeitet.

#### *Artikel 13 und 14*

Die Verschiebung der Altersgrenzen für Kinder und Jugendliche im Strafgesetzbuch (SR 311.0) bedingt eine entsprechende Anpassung der Artikel 13 und 14 des Militärstrafgesetzes. Das neue Kinder- und Jugendstrafrecht des Strafgesetzbuches ist sehr stark auf die Person des Täters zugeschnitten. In der Regel haben sich Kinder und Jugendliche vor spezialisierten Behörden zu verantworten. Es rechtfertigt sich aus diesen Überlegungen, die militärgerichtliche Zuständigkeit einzuschränken und Kinder und Jugendliche dem zuständigen Jugendrichter zu

überantworten. Bei ihrer Beurteilung sollen die Artikel 83 ff. bzw. 90 ff. des Strafgesetzbuches zur Anwendung gelangen. Diese Lösung hat zwar den Nachteil, dass bei Mittäterschaft Jugendlicher an rein militärischen Delikten diese Täter durch die bürgerlichen Behörden zu verfolgen und zu beurteilen sind, während über 18jährige Mittäter dem zuständigen Militärgericht zugewiesen werden. Dieser Nachteil fällt jedoch gegenüber den Vorteilen der fachgerechten Beurteilung durch das spezialisierte Jugendgericht nicht entscheidend ins Gewicht. Die neue Regelung bringt im übrigen einen weiteren Vorteil in dem Sinne, dass die bisherige Möglichkeit eines doppelspurigen Verfahrens (ein straflos gelassener Jugendlicher wird der bürgerlichen Behörde zu weiteren Massnahmen überantwortet, muss also ein zweites Verfahren über sich ergehen lassen) vermieden wird.

Gewisse Bedenken könnten sich ergeben, wenn sich Jugendliche beispielsweise als Mittäter der Verletzung militärischer Geheimnisse im Sinne von Artikel 86 und 106 des Militärstrafgesetzes schuldig machen. In solchen Fällen darf das militärische Geheimnis durch die Öffentlichkeit der Verhandlung nicht gefährdet werden. Ein entsprechender Vorbehalt an die Adresse der bürgerlichen Strafverfolgungsbehörden kann jedoch unterbleiben, da sich auch der kantonale Richter an die eidgenössischen Vorschriften über die Geheimhaltung im militärischen Bereich halten muss. Auch der Einwand, bei Mittäterschaft werde die Voruntersuchung erschwert dadurch, dass der jugendliche Täter sich vor einer anderen Untersuchungsbehörde zu verantworten habe, fällt nicht entscheidend ins Gewicht. Der Militärrichter kann einen Jugendlichen jederzeit als auskunftgebende Person einvernehmen und sich auf dem Rechtshilfeweg die Akten der bürgerlichen Behörde vorlegen lassen.

#### *Artikel 14a*

Die neuen Bestimmungen des Strafgesetzbuches (SR 311.0) über junge Erwachsene (Art. 64 letzter Abs. und Art. 100 ff. StGB) schaffen besondere Strafmilderungsmöglichkeiten und die Möglichkeit einer Nacherziehung durch Einweisung in eine Arbeitserziehungsanstalt. Es besteht kein Anlass, diese neue Regelung, welche eine individuelle Behandlung jedes einzelnen Täters gestattet, nicht in das Militärstrafgesetz zu übernehmen. In der Praxis werden sich hauptsächlich Strafmilderungen ergeben, während sich die Massnahme nach Artikel 100<sup>bis</sup> Strafgesetzbuch nur ausnahmsweise aufrängen dürfte. Bedenken gegen diese Lösung wurden nur in einer Vernehmlassung vorgebracht. Dabei wurde die Meinung vertreten, Massnahmen im Sinne von Artikel 100<sup>bis</sup> des Strafgesetzbuches dürften nicht verhängt werden, wenn der in Frage stehende Täter ein rein militärisches Delikt begangen habe. Übersehen wird jedoch dabei, dass die Einweisung in die Arbeitsanstalt nicht in erster Linie von der Art des Deliktes abhängt, sondern von der Persönlichkeit des Täters. Ob der Richter die Verwahrlosung eines Jugendlichen bei der Beurteilung eines Kameradendiebstahls oder eines Wachtvergehens feststellt, ist unerheblich. Zudem muss der Militärrichter wie sein bürgerlicher Kollege, falls erforderlich, den Täter durch Fachleute begutachten lassen.

### 321.3 *Die einzelnen Strafen und Massnahmen*

#### *Artikel 29b*

Die vom Militärgericht verhängten Freiheitsstrafen werden gemäss Artikel 209 Militärstrafprozess durch die kantonalen Behörden vollzogen. Die in den Artikeln 37, 37<sup>bis</sup> und 39 des Strafgesetzbuches (SR 311.0) vorgesehenen Vollzugsvorschriften für Zuchthaus- und Gefängnisstrafen sowie für kurze Gefängnis- und Haftstrafen sollen ausdrücklich auch bei den vom Militärrichter verhängten Freiheitsstrafen Anwendung finden. Ein entsprechender Hinweis ist im neuen Artikel 29b Absatz 1 enthalten, wobei der militärische Strafvollzug vorbehalten bleibt.

Das Militärstrafgesetz enthält keine Artikel 40 des Strafgesetzbuches entsprechende Vorschrift über die Unterbrechung des Strafvollzuges. Diese Lücke ist zu schliessen. Artikel 40 Strafgesetzbuch wird in Artikel 29b Absätze 2 und 3 des Militärstrafgesetzes übernommen unter Übertragung der Verfügungskompetenz auf die zuständigen kantonalen Behörden.

#### *Artikel 29c*

Das Militärstrafgesetz kennt bis dahin kein Massnahmenrecht. Gerade auf diesem Gebiet (Art. 42–44 StGB) brachte die Änderung des bürgerlichen Strafrechts wichtige Neuerungen. Das Massnahmenrecht ist wesentlich differenzierter ausgestaltet worden und soll, mehr als es eine blossе Strafe vermöchte, den individuellen Gegebenheiten beim einzelnen Täter Rechnung tragen.

Die Tatsache, dass der militärische Richter beispielsweise Massnahmen gegenüber geistig abnormen Personen nicht selbst treffen kann, sondern gemäss Artikel 12 Absatz 2 Militärstrafgesetz den wegen Unzurechnungsfähigkeit Freigesprochenen oder unter Annahme verminderter Zurechnungsfähigkeit Verurteilten den zuständigen bürgerlichen Verwaltungsbehörden zu weiteren Massnahmen überweisen musste, hat sich wiederholt als unzweckmässig erwiesen. Die Lösung des Strafgesetzbuches (SR 311.0) überträgt die Verantwortung für die zu treffenden Massnahmen dem Richter, womit Doppelspurigkeiten vermieden und klare Verhältnisse geschaffen werden. Diese Überlegungen gelten auch für die sichernden Massnahmen gegenüber Trunk- und Rauschgiftsüchtigen. Die leider immer noch anhaltende Zunahme des Rauschgiftkonsums führt dazu, dass sich auch Militärgerichte immer mehr mit solchen Delinquenten zu befassen haben. Es ist angezeigt, ihnen auch die Anordnung entsprechender Massnahmen zu übertragen.

Etwas anders liegen die Verhältnisse auf dem Gebiet der Verwahrung, die von Militärgerichten selten auszusprechen sein dürfte, weil Gewohnheitsverbrecher nach wie vor gestützt auf Artikel 17 der Militärorganisation von der persönlichen Dienstleistung ausgeschlossen werden. Für die Übernahme auch dieser sichernden Massnahme sprechen jedoch nicht nur rechtssystematische Gründe. Wenn eine Verwahrung am Platz ist, muss sie ausgesprochen werden, unbekümmert darum, ob der ausschlaggebende Fall nun in die Kompetenz der zivilen oder der

militärischen Gerichte fällt. Es ist in gewissem Sinne unverantwortlich, wenn eine objektiv angezeigte Verwahrung vom Militärgericht nicht ausgesprochen werden kann und diese Massnahme vom Zivilrichter beim vielleicht sehr schweren «nächsten Fall» nachzuholen wäre. Die Verwahrung bezweckt den Schutz der Bevölkerung ganz allgemein vor Gewohnheitsverbrechern und sie muss angeordnet werden, wenn objektiv dazu die Voraussetzungen gegeben sind. Welches Gericht den auslösenden Fall zu beurteilen hat, darf dabei keine Rolle spielen.

Zu der Frage, ob der Militärrichter die nötigen Fähigkeiten besitze, auch sichernde Massnahmen zu verfügen, wurde bereits unter Ziffer 141.1 Stellung genommen. Zusätzlich sei auf die Überlegung eingetreten, es sei problematisch, dass ein Divisionsgericht beispielsweise einen Wehrmann in Verwahrung schicke, der vorsätzlich einen Wiederholungskurs versäumt habe. Diese Äusserung übersieht, dass die Verwahrung von Gewohnheitsverbrechern nur in schweren Fällen überhaupt zur Anwendung gelangen kann und dass auch das neue Delikt den Hang zu Verbrechen oder Vergehen bekunden muss. Auch die Militärgerichte werden sich in ihrer Praxis an die vom Bundesgericht entwickelten Grundsätze zu halten haben und die Verwahrung nur dann aussprechen dürfen, wenn die Voraussetzungen des Strafgesetzbuches (SR 311.0) gegeben sind.

Aus diesen Überlegungen sind die sichernden Massnahmen gemäss den Artikeln 42–44 des Strafgesetzbuches in das Militärstrafgesetz zu übernehmen. Der Vollzug hat nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches zu erfolgen. Als zuständige Behörde gemäss Artikel 42–45 des Strafgesetzbuches wird die entsprechende Behörde des Vollzugskantons bezeichnet.

### *Artikel 30*

Der militärische Strafvollzug hat sich bewährt und soll beibehalten werden. Dabei wird im Sinne einer Vereinfachung darauf verzichtet, den Umstand, dass der Strafvollzug in Festungen oder in einer besonderen Anstalt (Militärstrafdetachment Zugerberg) vollzogen wird, im Gesetz zu erwähnen. Derartige Vollzugsvorschriften bedürfen nicht der Gesetzesstufe.

An der bisherigen Regelung, wonach der Richter nach freiem Ermessen über die Zubilligung des militärischen Strafvollzuges entscheidet, ist festzuhalten. Massgebend wird dabei auch in Zukunft Artikel 1 der Verordnung vom 24. Februar 1971 über den militärischen Vollzug der Gefängnisstrafe (SR 345.2) sein. Der militärische Strafvollzug kommt demnach nur bei einer bestimmten Mindestdauer der noch zu verbüssenden Strafe, in Frage und weder die Tat noch das Vorleben des Delinquenten dürfen eine ehrlose Gesinnung erkennen lassen. Es wurde geprüft, ob die Voraussetzungen der Gewährung des militärischen Strafvollzuges von der Verordnung ins Gesetz zu übernehmen seien. Angesichts der gefestigten Praxis der Militärgerichte und des Umstandes, dass Einzelheiten nicht der Gesetzesstufe bedürfen, wird darauf verzichtet.

### *Artikel 31 Ziffern 1-3, Ziffer 4 Absätze 1, 2 und 4*

Diese Bestimmung wurde bereits mit der Änderung vom 4. Oktober 1974 dem Strafgesetzbuch (SR 311.0) angepasst. Als zuständige Behörde für die im Zusammenhang mit der bedingten Entlassung stehenden Entscheidungen wurde noch das Eidgenössische Militärdepartement belassen. Dieser Lösung wurde entgegengehalten, es sei unlogisch, einerseits die Militärgerichtsurteile durch die Kantone vollziehen zu lassen, anderseits jedoch diesen für den Strafvollzug zuständigen Behörden die damit verbundenen Entscheidungsbefugnisse vorzuenthalten. Diese Überlegung ist richtig. Die kantonalen Vollzugsbehörden stehen den Problemen der bedingten Entlassung näher als das Eidgenössische Militärdepartement. Sie sind aus diesem Grunde zu den damit verbundenen Verfügungen zuständig zu erklären.

### *Artikel 32 Ziffer 1 Absatz 1, Ziffer 2 Absatz 3, Ziffern 3 und 4*

Auch die Vorschriften über den bedingten Strafvollzug wurden mit der Änderung des Militärstrafgesetzes vom 4. Oktober 1974 grundsätzlich dem bürgerlichen Recht angepasst. Abgesehen von redaktionellen Änderungen in Ziffer 1 ist Absatz 3 von Ziffer 2 zu streichen: Die Aufsicht über die mit bedingtem Strafvollzug verurteilten Dienstpflichtigen obliegt den zuständigen kantonalen Behörden, so dass für eine Verordnung des Bundesrates kein Raum bleibt. Die dem bisherigen Recht entsprechende Lösung, wonach eine bedingt aufgeschobene Strafe u. a. dann widerrufen werden kann, wenn sich der Verurteilte bei der Leistung eines Militärdienstes schlecht führt oder wenn er wiederholt zu einer militärischen Disziplinarstrafe verurteilt wird, ist auf berechtigte Kritik gestossen. Auf diese Voraussetzungen für den Widerruf soll verzichtet werden. In schweren Fällen kann im übrigen die wiederholte disziplinarische Bestrafung eine Täuschung des richterlichen Vertrauens bedeuten. Schliesslich soll nicht das Eidgenössische Militärdepartement, sondern, wie im bürgerlichen Recht, der Richter über den Widerruf des bedingten Strafvollzuges entscheiden, womit dem Betroffenen die ordentlichen Rechtsmittel zur Verfügung stehen.

Ergänzend wird schliesslich in Ziffer 4 die Löschung des Urteils im Strafregister durch die zuständigen Behörden des Vollzugskantons geregelt.

### *Artikel 33 Ziffer 1 Absatz 1*

In Übereinstimmung mit dem bürgerlichen Strafrecht wird der Höchstbetrag der Busse auf 40 000 Franken erhöht.

### *Artikel 34*

Wie im geänderten Artikel 49 Strafgesetzbuch (SR 311.0) ist bei der Umwandlung von Busse in Haft der Betrag von 30 Franken Busse einem Tag Haft gleichzusetzen. Die Bestimmungen des Militärstrafgesetzes über den Bussenvollzug sind im übrigen mit dem Wortlaut des bürgerlichen Rechts in Übereinstimmung zu bringen. Abgesehen von Anpassungen redaktioneller Natur fällt damit die bis dahin

in Artikel 34 Ziffer 2 Absatz 2 vorgesehene Möglichkeit dahin, einen Verurteilten, der die Busse aus Böswilligkeit, Arbeitsscheu, Liederlichkeit oder Nachlässigkeit nicht bezahlt, mit einfachem Arrest bis zu drei Monaten zu bestrafen. Abweichend vom Strafgesetzbuch muss für Disziplinarbussen die Sonderbestimmung von Artikel 191a ausdrücklich vorbehalten werden.

#### *Artikel 36*

Die Voraussetzungen für den Ausschluss aus der Armee als Nebenstrafe sind in den Artikeln 28 und 29 geregelt. Diese Einordnung vermag systematisch nicht zu befriedigen. Die Bestimmungen über den Ausschluss aus der Armee sollen daher in Artikel 36 zusammengefasst werden, unter Aufhebung von Artikel 28 Absatz 2 und Artikel 29 Absatz 2. Der materielle Gehalt der Normen bleibt unverändert: Nach wie vor soll eine Zuchthausstrafe obligatorisch, eine Gefängnisstrafe fakultativ den Ausschluss aus der Armee nach sich ziehen. Ergänzend wird der Beginn der Rechtskraft dieser Nebenstrafe bestimmt. Ein Vorschlag, auch bei Gefängnisstrafen den obligatorischen Ausschluss vorzusehen, wenn der Täter wegen Verletzung der Artikel 61–114 verurteilt wird und eine gute Prognose ausgeschlossen werden muss, kann nicht berücksichtigt werden. Der Vorschlag zielt darauf ab, für Dienstverweigerer den Ausschluss aus der Armee praktisch bereits bei der ersten Verurteilung obligatorisch vorzusehen. Neben der Dienstverweigerung sind jedoch unter den Artikeln 61–114 eine ganze Reihe von Tatbeständen enthalten, deren Übertretung sogar bei schlechter Prognose den Ausschluss aus der Armee nicht rechtfertigt.

#### *Artikel 37*

Der degradierte Offizier ist nach dem gültigen Gesetzestext von der weiteren Erfüllung der Dienstpflicht ausgeschlossen. Demgegenüber entscheidet bei Unteroffizieren und Gefreiten das Eidgenössische Militärdepartement über die weitere Dienstleistung. Diese unterschiedliche Behandlung ist nicht gerechtfertigt. Wie Offiziere, sollten auch Unteroffiziere und Gefreite grundsätzlich von der Dienstpflicht ausgeschlossen bleiben und nur durch Verfügung des Oberbefehlshabers im Falle aktiven Dienstes wieder in den Dienst eingestellt werden können.

#### *Artikel 38 Ziffer 2 Absatz 2, Ziffer 3 Absatz 2*

Die Übernahme des Massnahmenrechtes führt dazu, dass Militärgerichte auch in die Lage versetzt werden, unter Umständen eine Verwahrung zu verfügen. Dementsprechend ist Artikel 38, der bereits mit der Revision vom 4. Oktober 1974 dem Text des bürgerlichen Rechts angepasst wurde, zu ergänzen.

#### *Artikel 41, 41a, 42 und 42a*

Im Zusammenhang mit der Revision des Verwaltungsstrafrechts wurden die Artikel 58, 58<sup>bis</sup> und 60 Absatz 1 des Strafgesetzbuches (SR 311.0) geändert und dabei wesentlich detaillierter gefasst. Die Artikel 41, 41a und 42a Absatz 1 übernehmen die neue Regelung im Wortlaut. Gleichzeitig sollen auch die Absätze 2 und 3 des Artikels 60 Strafgesetzbuch, die im Militärstrafgesetz bis dahin nicht enthalten

sind, als Artikel 42a Absätze 2 und 3 eingefügt werden. Damit besteht für die Einziehung vollständige Übereinstimmung zwischen militärischem und bürgerlichem Recht.

### 321.4 *Die Verjährung*

#### *Artikel 55*

Eine grundsätzliche Anpassung der Bestimmungen über die Verjährung an das bürgerliche Recht wurde bereits mit der Gesetzesänderung vom 4. Oktober 1974 vorweggenommen. Zu ergänzen bleibt die Regelung über den Beginn der Verjährung im Falle des Vollzuges einer Massnahme.

### 321.5 *Die Rehabilitation*

#### *Artikel 57*

Eine Rehabilitationsmöglichkeit ist im geltenden Recht bloss für die Nebenstrafe der Amtsunfähigkeit enthalten. Es entspricht dem Resozialisierungsgedanken der modernen Gesetzgebung, die Rehabilitation auch für andere Nebenstrafen einzuführen. Dies trifft in erster Linie zu für den Ausschluss aus der Armee. Es besteht kein Anlass, beispielsweise einen zu Zuchthaus verurteilten Täter, der sich gebessert, oder einen Dienstverweigerer, der seine Einstellung zur Armee geändert hat, dauernd von der Dienstleistung auszuschliessen. Der Einwand, ein aus der Armee ausgeschlossener Täter habe sich während der Ausschlusszeit der Armee entfremdet und seine Neueingliederung werde aus administrativen und technischen Gründen schwierig sein, vermag nicht zu überzeugen. Bei der Rehabilitation dürfen nicht irgendwelche administrativen Schwierigkeiten im Vordergrund stehen. Massgebend ist vielmehr die Überlegung, dass einem Verurteilten die Möglichkeit einzuräumen ist, durch gutes Verhalten auch die dauernden Folgen einer Nebenstrafe beseitigen zu können. Allerdings stellt es einen wesentlichen Unterschied dar, ob ein Verurteilter nach Verbüssung seiner Strafe und Ablauf einer bestimmten Frist wieder als Soldat Dienst leistet oder ob er als Vorgesetzter Untergebene führen sollte. Die Nebenstrafe der Degradation ist von derart einschneidender Wirkung, dass auch nach einem gewissen Zeitablauf das notwendige Vertrauensverhältnis zu den Untergebenen kaum hergestellt werden könnte. Daher ist die Rehabilitation bei der Degradierung nach wie vor auszuschliessen.

#### *Artikel 58*

Die Regelung des Strafgesetzbuches (SR 311.0) für die Wiedereinsetzung in die Amtsfähigkeit (Art. 77 StGB) wurde mit der Novelle vom 4. Oktober 1974 in das Militärstrafgesetz übernommen. Sie ist allerdings unvollständig, da bei bedingtem Strafvollzug eine Fristbestimmung fehlt. Diese Lücke ist für das Militärstrafgesetz zu schliessen, indem festgestellt wird, das Gesuch um Wiedereinsetzung könne frühestens nach Ablauf der Probezeit gestellt werden.



*Artikel 59*

Die Bestimmungen über die Löschung des Eintrages im Strafregister wurden in der Gesetzesnovelle von 1974 nur in den wichtigsten Punkten dem Artikel 80 des Strafgesetzbuches (SR 311.0) angepasst. Nachzuholen ist die Anpassung hinsichtlich der Löschung des Eintrages von Amtes wegen und die dem Strafgesetzbuch entsprechende redaktionelle Gestaltung. In zwei Punkten sind Abweichungen vom Text des Strafgesetzbuches notwendig. Einmal ist in Artikel 59 Absatz 3 festzustellen, dass der Ausschluss aus der Armee und die Degradation mit der Rechtskraft des Urteils als vollzogen gelten. Dies erweist sich als notwendig, um den Beginn des Fristenlaufes dieser nur dem Militärstrafgesetz bekannten Nebenstrafen einwandfrei feststellen zu können. Ferner soll die im bisherigen Artikel 59 Absatz 2 enthaltene Regelung, wonach die Löschung des Urteils unter bestimmten Voraussetzungen auch verfügt werden kann, wenn die Strafe verjährt ist, beibehalten werden.

*Artikel 60*

Auch bei dieser Bestimmung erfolgte bis dahin nur eine teilweise Anpassung (Abs. 1) an das bürgerliche Recht. Die vollständige Übereinstimmung wird durch die Übernahme der Absätze 2 und 3 des Artikels 81 Strafgesetzbuch (SR 311.0) hergestellt.

**322 Die einzelnen Verbrechen oder Vergehen****322.1 Dienstverletzungen***Artikel 72*

Der Wortlaut der Gesetzesbestimmung über die Nichtbefolgung von Dienstvorschriften bildet seit Jahren Gegenstand eingehender Diskussionen. Vor allem seitens der Truppenoffiziere wird geltend gemacht, die Formulierung der Vorschrift bringe die Gefahr mit sich, dass jeder Dienstpflichtige, der irgendein Reglement oder eine allgemeine Dienstvorschrift nicht beachtet, deswegen vor den Strafrichter gestellt werden könne. Ein Dienstpflichtiger, der eine Reglementsvorschrift nicht kenne, weil er sie nicht gelesen habe, werde diese Unkenntnis schwerlich mit blosser Fahrlässigkeit begründen können. Andere Kreise empfinden die Bestimmung als überflüssig mit der Begründung, wenn die Missachtung reglementarischer Sicherheitsvorschriften zu einem Unfall führe, gelange sie ohnehin zur Anwendung, während die Missachtung ohne schwere Folgen in der Praxis kaum gehandelt werde.

Diese und andere Bedenken dürfen nicht ohne weiteres von der Hand gewiesen werden. Viele Truppenoffiziere sehen sich heute einer Flut von Reglementen jeder Art gegenüber, die eingehend zu studieren ihnen oft einfach unmöglich ist. Weiter ist festzuhalten, dass die Lehrmeinungen zu Artikel 72 nicht immer eindeutig waren. Der Charakter dieses Vergehens als Vorsatzdelikt war einige Zeit umstritten.

ten, wobei allerdings beizufügen ist, dass heute eine absolut gefestigte Praxis des Militärkassationsgerichts den Charakter als Vorsatzdelikt bestätigt hat.

Dem Vorschlag, Artikel 72 aufzuheben, kann nicht gefolgt werden. Zwar ist zuzugeben, dass der Bestimmung, wenn die Reglementsverletzung schwere Folgen hat, neben Tatbeständen wie fahrlässiger Tötung oder Körperverletzung, Wachtverbrechen und dergleichen nur subsidiäre Bedeutung zukommt. Eine Aufhebung würde jedoch die Gefahr mit sich bringen, dass schwerwiegende, vorsätzlich begangene Reglementsverletzungen, die zufällig keinen anderen Tatbestand des Militärstrafgesetzes erfüllen, nicht oder höchstens disziplinarisch bestraft werden könnten. Werden beispielsweise Sicherheitsvorschriften vorsätzlich verletzt, kann dies zu einem schweren Unfall führen. Der Täter hat mit einem Strafverfahren wegen fahrlässiger Tötung oder Körperverletzung zu rechnen. Hat die Verletzung von Sicherheitsvorschriften dank glücklicher Umstände keine Folgen, käme bei Eliminierung von Artikel 72 aus dem Gesetz in der Regel bloss eine Disziplinarstrafe in Frage. Dies wäre unter Umständen, am Verschulden gemessen, sehr stossend. Auch wenn – wie dies behauptet wird – die grosse Masse der Verstösse gegen Artikel 72 ungeahndet bleiben sollte, wäre dies noch kein Grund für die Elimination aus dem Gesetz. Mit gleichem Recht könnten dann gewisse Verkehrsvorschriften, die erfahrungsgemäss häufig ungeahndet übertreten werden, ebenfalls aufgehoben werden.

Immerhin ist eine Verdeutlichung der Bestimmung angezeigt trotz Artikel 15 Militärstrafgesetz, wonach grundsätzlich nur strafbar ist, wer ein Verbrechen oder Vergehen vorsätzlich verübt. Ein Vorschlag, den bisherigen Gesetzestext mit dem Wort «wissentlich» zu ergänzen, stiess im Vernehmlassungsverfahren auf lebhafte Kritik. So wurde darauf hingewiesen, nach der Praxis des Militärkassationsgerichts (EMKG Band 8 Nr. 17) genüge es zur Annahme vorsätzlicher Nichtbefolgung von Dienstvorschriften, wenn der Täter – ohne Kenntnis der verletzten Dienstvorschrift – die verletzende Handlung als solche mit Wissen und Willen begehe. Die Absicht, die Tragweite der Bestimmung in dem Sinne einzuschränken, dass sich der Vorsatz des Täters anders als bisher auf die Nichtbefolgung der Dienstvorschrift als solche beziehen müsse, werde durch die Beifügung des Wortes «wissentlich» verwischt.

Diese und andere angemeldete Bedenken sind begründet. Beim vorliegenden neuen Vorschlag wird nun ausdrücklich festgehalten, dass nur strafbar ist, wer ein Reglement, das er kennt oder bei pflichtgemässigem Verhalten kennen sollte, nicht befolgt. In der bisherigen Praxis wurde in vielen Fällen nicht abgeklärt, ob der Täter Anlass hatte, sich nach dem Bestehen von Vorschriften zu erkundigen. Insünftig verlangt bereits das Gesetz die Abklärung, ob die Kenntnis eines Reglementes wirklich notwendig bzw. vorhanden war. Der Nachteil, dass es unter Umständen schwierig sein wird nachzuweisen, dass der Täter eine Dienstvorschrift gekannt hat, muss in Kauf genommen werden. In wichtigen Fällen wird er dadurch gemindert, dass jener, der eine Vorschrift aus Pflichtvergessenheit nicht

zur Kenntnis nimmt, ebenfalls bestraft werden kann. Wer Vorschriften kennt und sie bewusst übergeht, kann unter Umständen weniger strafwürdig sein als jener, der sich um das Bestehen von Vorschriften überhaupt nicht kümmert.

### 322.2 *Verletzung der Pflicht zur Dienstleistung*

#### *Artikel 81 Ziffer 2 Absatz 1*

Die Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit ist aufgehoben worden. Der entsprechende Hinweis in Artikel 81 Ziffer 2 Absatz 1 kann daher gestrichen werden.

### 322.3 *Verbrechen oder Vergehen gegen die Landesverteidigung und gegen die Wehrkraft des Landes*

#### *Artikel 86*

Die Marginalie von Artikel 86 stimmt mit jener des Artikels 106 überein, obwohl die beiden Bestimmungen von unterschiedlicher Tragweite sind. Um die erwünschte Differenzierung herzustellen, wird eine präzisere Marginalie für Artikel 86 vorgeschlagen.

#### *Artikel 98*

Im Vernehmlassungsverfahren wurde eine Änderung von Artikel 98 im Hinblick auf eine restriktive Fassung verlangt. Es sollten nur Taten, welche in einem strengen Sinn zu einer Gefährdung der militärischen Sicherheit führen, strafrechtlich verfolgt werden. Diesem Begehren kann nicht entsprochen werden. Jeder öffentliche Aufruf zum Ungehorsam gegen militärische Befehle und dergleichen führt zu einer Störung der militärischen Sicherheit und muss strafrechtlich geahndet werden. Artikel 98 bedeutet auch in keiner Weise eine Einschränkung der Meinungsfreiheit. Es steht jedermann frei, sich über die Armee kritisch zu äussern und auf politischem Wege seine Ziele zu verfolgen. Es stehen ihm dazu die in Verfassung und Gesetzgebung vorgesehenen Rechte zur Verfügung. Die militärische Sicherheit ist unteilbar und daher umfassend zu schützen.

#### *Artikel 100*

Sowohl Artikel 100 des Militärstrafgesetzes wie auch Artikel 278 des Strafgesetzbuches (SR 311.0) schützen die Militärperson bei der Ausübung ihres Dienstes. Ein Unterschied besteht jedoch darin, dass Artikel 100 Militärstrafgesetz auf die Zeit des Aktivdienstes beschränkt ist, so dass eine Militärperson in Friedenszeiten nicht gestützt auf diese Bestimmung bestraft werden kann. Diese Lösung vermag nicht zu befriedigen, so dass eine Anpassung des Textes von Artikel 100 an Artikel 278 des Strafgesetzbuches vorgeschlagen wird. Immerhin drängt sich eine Differenzierung in dem Sinne auf, als die Störung des Militärdienstes in Friedenszeiten milder bestraft werden sollte als bei Aktivdienst. Der Strafrahmen wird daher für Friedenszeiten auf höchstens sechs Monate Gefängnis beschränkt.

*Artikel 106 Absatz 4*

Nach geltendem Recht existiert im Falle der Verletzung militärischer Geheimnisse der leichte Fall nicht. In der Praxis führt dies oft zu Schwierigkeiten, da auch für Bagatellfälle ein militärgerichtliches Verfahren ohne Disziplinierungsmöglichkeit durchgeführt werden muss. Es wird daher vorgeschlagen, bei der Verletzung militärischer Geheimnisse den leichten Fall mit der Möglichkeit der disziplinarischen Bestrafung vorzusehen.

*322.4 Ehrverletzungen**Artikel 145–148b*

Entsprechend dem bürgerlichen Recht kennt das Militärstrafgesetz für die Ehrverletzungen die Verjährungsfrist von zwei Jahren. Eine einzige Ausnahme von diesem Grundsatz enthält Artikel 148 Ziffer 3, wo für die Beschimpfung die Verfolgungsverjährung auf sechs Monate beschränkt ist. Angesichts der im Militärstrafprozess neu einzuführenden Appellationsmöglichkeit ist jedoch eine Verjährungsfrist von sechs Monaten zu kurz. Sie ist wie bei den übrigen Ehrverletzungen auf zwei Jahre auszudehnen. Damit wird gleichzeitig die Anpassung an das Strafgesetzbuch erreicht. Eine Präzisierung erweist sich ferner in Artikel 148a Absatz 3 als notwendig, wo – ebenfalls wegen der Einführung der Appellation – festzuhalten ist, dass der Strafantrag zurückgezogen werden kann, solange das Urteil erster Instanz noch nicht verkündet ist. Im Sinne einer übersichtlicheren Darstellung wird schliesslich vorgeschlagen, die Verfolgungsverjährung für alle Ehrverletzungsdelikte gemeinsam in einem neuen Artikel 148b zu regeln.

**323 Disziplinarstrafordnung***323.1 Allgemeine Bestimmungen**Artikel 180*

Von verschiedener Seite wurde wiederholt eine bessere Formulierung von Artikel 180, wenn möglich mit einer Definition des Disziplinarfehlers, verlangt. Ein historischer Rückblick zeigt, dass eine Umschreibung des Disziplinarfehlers von jeher grosse Schwierigkeiten bot und praktisch unmöglich war. Das Militärstrafgesetz vom 27. August 1851 behalf sich, abgesehen von der noch heute grundsätzlich im Gesetzestext enthaltenen allgemeinen Formulierung, mit der Aufzählung von rund 30 einzelnen Disziplinarstraftatbeständen. Diese Lösung wurde später aufgegeben, da die Aufzählung ohnehin nicht vollständig sein konnte und zu Verwirrung Anlass gab. An der bisherigen allgemeinen Umschreibung muss daher festgehalten werden, jedoch wird eine Straffung des Gesetzestextes ohne materielle Änderung vorgeschlagen. Die allgemeine Formulierung lässt Raum für eine detailliertere Regelung im Dienstreglement im Hinblick auf eine bessere Verständlichkeit für den Wehrmann. Sie gilt auch für die recht zahlreichen ausserdienstlich begangenen Disziplinarfehler.

Nach der Praxis des Militärkassationsgerichts (MKGE 5 Nr. 101) ist der «leichte Fall» eines Deliktes dem Disziplinarfehler gleichgestellt. Im Interesse der die Disziplinarstrafordnung handhabenden Truppenkommandanten wird dieser Grundsatz ins Gesetz aufgenommen.

#### *Art. 181 und 181a*

Artikel 181 Absatz 1 ist im geltenden Gesetzestext unglücklich formuliert, da der Eindruck erweckt wird, fahrlässiges Handeln sei nicht schuldhaftes Handeln. Am Grundsatz, dass sowohl der vorsätzlich wie der fahrlässig handelnde Täter strafbar sein soll, ist mit einer klareren Formulierung festzuhalten.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird vorgeschlagen, die Normen über die Strafzumessung, bis dahin in Artikel 181 Absatz 2 enthalten, in einen neuen Artikel 181a zu verweisen. Dabei wird die Grundsatzbestimmung über die Strafzumessung stark vereinfacht: Anstelle der bisherigen Aufzählung einer Reihe von Strafzumessungsfaktoren (Beweggründe, Charakter, militärische Führung und verletztes Dienstinteresse) wird das Verschulden als einziger Strafzumessungsfaktor aufgeführt. Damit ist allerdings keine Änderung in materieller Hinsicht beabsichtigt. Eine korrekte Beurteilung des Verschuldens bedingt in der Regel die Abklärung der Motive, eine Beurteilung des Charakters und der militärischen Führung. Der bisher ebenfalls im Gesetz enthaltene Strafzumessungsfaktor des verletzten Dienstinteresses wird dann zu berücksichtigenden sein, wenn dieses für den Täter erkennbar war. Es geht dann allerdings nicht mehr um das objektive Dienstinteresse, was aber kein Nachteil ist.

Die Anrechnung eines durch vorläufige Festnahme erlittenen Freiheitsentzuges auf die Arreststrafe erfolgt in der Praxis durch analoge Anwendung von Artikel 50 Militärstrafgesetz. Der Grundsatz wird nun auch für das Disziplinarstrafrecht ausdrücklich geregelt.

Nach dem geltenden Recht besitzt der Kommandant die Möglichkeit, bei blosser Fahrlässigkeit auf eine disziplinarische Bestrafung zu verzichten. Es wird vorgeschlagen, bei geringem Verschulden auch bei vorsätzlicher Tatbegehung die Bestrafung bloss fakultativ vorzusehen. Dem Kommandanten soll es freistehen, auch bei einem vorsätzlich begangenen Disziplinarfehler auf eine Bestrafung zu verzichten, wenn er zum Schluss kommt, das Verschulden des Täters sei gering. In der Hand eines verantwortungsbewussten Truppenkommandanten kann diese Möglichkeit sehr wertvoll sein und in gutem Sinne erzieherisch wirken. Im Interesse der Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze ist allerdings Artikel 181 Absatz 3 restriktiv zu handhaben. Die Bestimmung darf nicht dazu führen, dass willkürlich auf eine Bestrafung oder sogar auf die Durchführung eines Disziplinarverfahrens verzichtet wird. Sie soll es jedoch gestatten, nach Abschluss des Verfahrens bei ausgesprochen leichtem Verschulden auf eine Disziplinarstrafe zu verzichten.

### Artikel 183

Die Verjährungsvorschriften im Disziplinarstrafrecht sind unvollständig und haben sich wiederholt als unbefriedigend erwiesen. Der geltende Gesetzestext lässt verschiedene Interpretationen zu. Ein Vorschlag, Verfolgungs- und Vollstreckungsverjährung in verschiedenen Bestimmungen detailliert zu umschreiben, stiess im Vernehmlassungsverfahren mehrfach auf Kritik. Der Regelung wurde vorgeworfen, sie sei allzu subtil und zu kompliziert. Der Truppenkommandant wie auch die kantonalen Militärbehörden wären damit überfordert. Vor allem kantonale Militärbehörden machten darauf aufmerksam, dass die Verfolgungsverjährungsfrist von sechs Monaten zu kurz sei. Zur Begründung wurde darauf hingewiesen, dass Inspektionspflichtige, welche die Hauptinspektion versäumen, jedoch stillschweigend an der oft mehr als sechs Monate später stattfindenden Nachinspektion teilnehmen, wegen der kurzen Verjährungsfrist straflos ausgehen. Dagegen müssen andere Wehrmänner, welche ihr Versäumnis gemeldet haben, disziplinarisch bestraft werden. Diese in der Praxis nicht zu umgehende Rechtsungleichheit wird als stossend empfunden.

Diesen Überlegungen ist Rechnung zu tragen. Es wird deshalb eine starke Vereinfachung der Verjährungsvorschriften vorgeschlagen. Einerseits soll die Verfolgungsverjährungsfrist auf zwölf Monate erhöht werden, andererseits aber die Unterbrechung durch Untersuchungshandlungen einer Disziplinarinstanz oder in einer vorläufigen Beweisaufnahme ausgeschlossen sein. Dagegen muss am Ruhen der Verfolgungsverjährung während einer vorläufigen Beweisaufnahme, einer Voruntersuchung oder eines gerichtlichen Verfahrens festgehalten werden. Die Einführung von Appellationsgerichten wird bei Ausnützung des Instanzenzuges unweigerlich zu einer Verlängerung des Verfahrens führen, was bei der Verfolgungsverjährung in Rechnung zu stellen ist. Hinsichtlich der Vollstreckungsverjährung erfolgt keine Änderung.

### 323.2 Disziplinarstrafen und Disziplinarmassnahmen

Das bisherige Recht enthält über die Disziplinarstrafen und deren Vollzug relativ detaillierte Vorschriften, die nicht der Gesetzesstufe bedürfen. Auch das bürgerliche Recht begnügt sich mit den wichtigsten Grundsätzen und überlässt Detailregelungen den Ausführungserlassen. Ein Abbau von rechtsstaatlichen Grundsätzen kann in einer derartigen Vereinfachung sicher nicht erblickt werden; es sind denn auch keinerlei materielle Änderungen beabsichtigt.

### Artikel 184

Das geltende Recht stellt lediglich fest, die Eröffnung eines Verweises habe schriftlich oder mündlich zu erfolgen, lässt jedoch eine Definition vermissen. Diese Lücke kann mit der Umschreibung des Verweises als Rüge und Ermahnung geschlossen werden. Zur Abgrenzung von blossen Verwarnungen und Belehrungen ist der Verweis ausdrücklich als Strafe zu bezeichnen. Schliesslich verlangt die

Rechtssicherheit im Beschwerdeverfahren die schriftliche Eröffnung des Verweises.

#### *Artikel 185*

Die Grundsätze über den einfachen Arrest werden vereinfacht, ohne dass eine materielle Änderung eintreten soll. Die Vollzugsvorschrift in Artikel 185 Absatz 3 bedarf nicht der Gesetzesstufe; sie kann in einer Verordnung geregelt werden.

#### *Artikel 186*

Der scharfe Arrest unterscheidet sich vom einfachen Arrest wie bisher dadurch, dass der Arrestant von der Leistung des Dienstes ausgeschlossen ist und auf jeden Fall in Einzelhaft verbleiben muss. Auch hier sind die in den Absätzen 2 und 4 enthaltenen Details in einem Vollzugserlass zu regeln, während auf Absatz 5 überhaupt verzichtet werden kann, da es sich um eine Selbstverständlichkeit handelt.

#### *Artikel 187–189*

Die nach wie vor unentbehrlichen Vollzugsvorschriften sollen neu gegliedert werden. In je einem Artikel sind die Bestimmungen über den Vollzug der Arreststrafe im Dienst und ausserhalb des Dienstes, sowie gemeinsame Regeln zusammengefasst. Dabei ist allerdings nicht zu umgehen, auf Arreststrafen, die wohl im Dienst angetreten, jedoch erst nach dem Dienst beendet werden, einzelne Bestimmungen über den Arrestvollzug ausserhalb des Dienstes anzuwenden. Grundsätzlich ist die Reststrafe bei einer anderen Truppe zu vollziehen. Besteht hiezu keine Möglichkeit, so hat der Vollzug durch die kantonale Behörde des Entlassungs- oder Wohnortes zu erfolgen. Mit dieser Regelung wird gegenüber den bisherigen Bestimmungen, die bloss den Vollzug durch den Wohnortskanton vorsehen, eine grössere Flexibilität gewonnen (Art. 187 Abs. 2).

Die bis anhin in Artikel 188 enthaltenen Bestimmungen über Arrestlokale auf Waffenplätzen und die hygienischen Anforderungen werden – da im Zusammenhang mit dem Strafvollzug durch die Truppe stehend – in Artikel 187 übernommen und redaktionell leicht modifiziert.

Die Regelung des Arrestvollzugs ausserhalb des Dienstes entspricht grundsätzlich dem bisherigen Recht. Eine Änderung wird lediglich hinsichtlich der Beschäftigung von Arrestanten vorgeschlagen. Die mit der Revision von 1967 eingeführte Vorschrift, wonach bei Vollzug des einfachen Arrestes ausserhalb des Dienstes der Arrestant mit angemessener Arbeit zu beschäftigen sei, hat sich in vielen Kantonen als undurchführbar erwiesen. Diesem Umstand kann dadurch Rechnung getragen werden, dass dem Arrestanten gestattet wird, sich selbst angemessene Arbeit zu beschaffen. Damit entfällt der Zwang für die Kantone, für Arrestanten selbst Arbeit zu besorgen. Umgekehrt erhält der Arrestant die Möglichkeit, eine ihm zusagende Tätigkeit ausüben zu können, die allerdings den Strafvollzug nicht beeinträchtigen darf.

Der bisher in Artikel 189 Absatz 1 enthaltene Hinweis, der Arrestant erhalte die reglementarische Verpflegung, wird als Selbstverständlichkeit wie im bürgerlichen Recht gestrichen. Demgegenüber werden Artikel 189 Absätze 2 und 3 in Artikel 188 Absätze 3 und 4 übernommen.

Die gemeinsamen Bestimmungen sind in Artikel 189 zusammengefasst und enthalten die Vorschriften des bisherigen Artikels 187, wonach Arrestanten in der Regel keine Besuche empfangen dürfen und der Vollzug von Arreststrafen in Strafanstalten oder Untersuchungsgefängnissen unzulässig ist. Verschiedene Kantone haben darauf aufmerksam gemacht, dass ihnen die Einhaltung dieser Vorschrift praktisch nicht möglich sei, da sie über keine geeigneten Lokalitäten für den Vollzug von Arreststrafen verfügen. Mit der Bestimmung soll verhindert werden, dass Arrestanten mit Untersuchungshäftlingen und Kriminellen in Kontakt gelangen. Es ist anzuerkennen, dass gewisse Kantone Schwierigkeiten haben, die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen. Dies darf jedoch nicht dazu führen, auf eine sachlich notwendige Vorschrift zu verzichten, die übrigens schon im geltenden Recht in Artikel 187 Absatz 4 enthalten ist.

#### *Artikel 191*

Entsprechend der Teuerung soll der Höchstbetrag der Busse für ausserhalb des Dienstes begangene Disziplinarfehler von 200 auf 400 Franken erhöht werden.

#### *Artikel 191a*

Das geltende Recht verweist hinsichtlich des Vollzugs von Disziplinarbussen in Artikel 193 auf die allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes. Diese Lösung war unter dem bisherigen Recht gangbar, da bei Nichtbezahlung einer Busse aus Böswilligkeit, Arbeitsscheu, Liederlichkeit oder Nachlässigkeit eine Bestrafung durch das Eidgenössische Militärdepartement mit einfachem Arrest bis zu drei Monaten eintrat. Mit der Übernahme des Artikels 49 Strafgesetzbuch (SR 311.0) in das Militärstrafgesetz scheidet diese Möglichkeit aus, und nicht bezahlte Bussen werden in Haft umgewandelt. Dies wiederum bedingt eine besondere Regelung für die Disziplinarbussen, die nicht in Haft, sondern nur in scharfen Arrest umgewandelt werden dürfen. Die Bestimmungen über den Vollzug von Disziplinarbussen werden daher in einem neuen Artikel zusammengefasst, der grundsätzlich auf die allgemeinen Vollzugsbestimmungen verweist und zusätzlich die für die Disziplinarbussen nötigen besonderen Vorschriften enthält. In Anlehnung an die allgemein kurzen Fristen beim Disziplinarstrafverfahren wird die Zahlungsfrist auf höchstens zwei Monate festgesetzt. Bei der Umwandlung von Disziplinarbussen in scharfen Arrest darf die gesetzliche Höchstdauer des scharfen Arrestes von 20 Tagen nicht überschritten werden. Neu ist ferner die Einräumung eines Beschwerde- und Weiterziehungsrechtes gegen Verfügungen der Disziplinarinstanz im Zusammenhang mit dem Bussenvollzug. Ergänzend wird schliesslich festgehalten, dass durch kantonale Militärbehörden ausgesprochene Disziplinarbussen dem betreffenden Kanton verfallen.



### *Artikel 192*

Zivilpersonen, die der Disziplinarstraftordnung unterstehen, können mit Arrest oder Busse bestraft werden. In Übereinstimmung mit Artikel 191 ist der Höchstbetrag der Busse auf 400 Franken, im Wiederholungsfall auf 1000 Franken zu erhöhen. Personen, die sich entweder in einem besonderen Verhältnis zur Truppe befinden oder interniert sind, können nur mit Arrest bestraft werden. Diese Regelung ist auf Kriegsgefangene auszudehnen, und gleichzeitig wird in redaktioneller Hinsicht eine Anpassung an den Wortlaut der internationalen Abkommen vorgenommen.

### *Artikel 193*

Mit der Übernahme der Vollzugsbestimmungen über die Busse in Artikel 191a ist der entsprechende Passus in Artikel 193 zu streichen.

### *Artikel 194a*

Die Entlastung des Gesetzestextes von Vollzugsvorschriften geringerer Bedeutung bedingt eine entsprechende Kompetenznorm für den Bundesrat.

## *323.3 Zuständigkeit und Strafbefugnisse*

### *Artikel 195 Absatz 1 Buchstabe c, Artikel 198b und c, Artikel 199 Buchstabe b*

Der Text von Artikel 195 Absatz 1 Buchstabe c ist der Neufassung von Artikel 192 Absatz 2 anzupassen.

Im Vernehmlassungsverfahren wurde vorgeschlagen, die Disziplinarstrafkompetenz solle aus der Hand des Truppenkommandanten auf ein Kollegium verlagert werden, dem neben dem Kommandanten zwei von der Truppe gewählte Wehrmänner angehören. Begründet wird dieser Vorschlag mit dem Argument, der Kommandant sei den mit dem Disziplinarstrafverfahren gestellten Anforderungen nicht gewachsen. Das Beschwerderecht vermöge nicht zu genügen, da der vorgesetzte Kommandant nur in Extremfällen zugunsten des Beschwerdeführers eingreifen würde.

Die Disziplinarstrafgewalt gehört zu den Mitteln der Führung und muss daher in der Hand des Einheitskommandanten verbleiben. Er kennt seine Untergebenen am besten und ist auch durchaus in der Lage, ein Disziplinarstrafverfahren ordnungsgemäss durchzuführen. Da als Weiterzugsinstanz hinfort eine gerichtliche Instanz vorgesehen ist, verlieren auch die behaupteten Mängel des Beschwerderechtes ihre Bedeutung.

Von verschiedener Seite wurde eine Erhöhung der Strafkompetenz auf der Stufe Einheit und Bataillon verlangt. Eine Erhöhung der Strafkompetenz des Einheits-

kommandanten bei scharfem Arrest von drei auf fünf Tage muss abgelehnt werden, da eine scharfe Arreststrafe von fünf Tagen die Wiederholung des Wiederholungskurses nach sich ziehen muss. Derart schwerwiegende Entscheide müssen von höherer Stelle getroffen werden. Dagegen steht einer Erhöhung der Strafkompetenz des Bataillonskommandanten beim scharfen Arrest von fünf auf zehn Tage nichts entgegen. Der Ausbau des Disziplinarverfahrens lässt eine solche Ausdehnung der Strafkompetenz als verantwortbar erscheinen. Die Streichung der Maximalbegrenzung beim einfachen Arrest in Artikel 198 Buchstabe *b* und Artikel 199 Buchstabe *b* hat bloss redaktionelle Bedeutung: Die neue Fassung von Artikel 185 befristet den einfachen Arrest im Gegensatz zur bisherigen Lösung ausnahmslos auf zehn Tage.

### 323.4 *Das Disziplinarverfahren*

#### *Artikel 203*

Die Abklärung des Sachverhaltes in Disziplinarangelegenheiten kann nach geltendem Recht durch mündliche Verhandlung oder auf schriftlichem Wege erfolgen. Dagegen verlangt Ziffer 66 des Dienstreglementes, der Beschuldigte sei zu Protokoll anzuhören. Diese Vorschrift wird ins Gesetz übernommen. Zusätzlich muss die Möglichkeit vorgesehen werden, dem Beschuldigten Gelegenheit zur schriftlichen Äusserung einzuräumen. Während des Dienstes wird die Einvernahme zu Protokoll die Regel sein, bei Disziplinarstrafverfahren ausserhalb des Dienstes dürfte in einfachen Fällen die schriftliche Äusserung genügen. Die bisherigen, etwas umständlichen Vorschriften über die Feststellung des Sachverhalts werden redaktionell wesentlich vereinfacht, wobei jedoch am Grundsatz, auch im Disziplinarstrafverfahren eine möglichst umfassende Abklärung vorzunehmen, ausdrücklich festgehalten wird. Die neue Fassung des Artikels 203 gewährleistet die aus rechtsstaatlicher Sicht zu stellenden Anforderungen nach einwandfreier Abklärung des Sachverhaltes und gebührender Berücksichtigung der Verteidigungsrechte.

#### *Artikel 204*

Die seit 1967 bestehende Lösung für den Fall, bei dem der zuständige Kommandant selbst nicht über die Strafbefugnisse verfügt, um die ihm richtig scheinende Disziplinarstrafe auszusprechen, vermag nicht zu befriedigen. Probleme haben sich insbesondere daraus ergeben, dass die Regeln des Dienstreglements mit dem Gesetzestext nicht konform sind. Besonders der erste Satz von Ziffer 71 des Dienstreglements, wonach der Vorgesetzte des Kommandanten, der einen Disziplinarstrafantrag erhält, diesem zu entsprechen habe, führte zu Unsicherheiten und Missverständnissen. Der Wortlaut legt die Annahme nahe, der Vorgesetzte sei an den Strafantrag des untergebenen Kommandanten absolut gebunden. Wird Ziffer 71 des Dienstreglements im Sinne von Artikel 204 Absatz 2 Militärstrafgesetz interpretiert, besagt jedoch die Vorschrift nur, dass der Vorgesetzte verpflich-

tet ist, den Antrag eines untergebenen Kommandanten an den für das beantragte Strafmass zuständigen Kommandanten weiterzuleiten. Dieser kann dem Strafantrag entsprechen, eine niedrigere als die beantragte Strafe aussprechen oder – innerhalb seiner eigenen Strafkompetenz – eine schärfere Strafe verfügen. Dagegen ist es im Hinblick auf Artikel 204 Absatz 2 fraglich, ob ihm die Möglichkeit zustehe, seinerseits der vorgesetzten Stelle Antrag zu stellen, falls er eine Strafe für angezeigt hält, die seine eigene Kompetenzen übersteigt.

Die eingetretenen Unsicherheiten erfordern eine materielle Überprüfung der bisherigen Regelung. Im Vernehmlassungsverfahren wurde vorgeschlagen, dass sich der Einheitskommandant bei Fällen, die seine Strafkompetenz überschreiten, bei der zuständigen höheren Instanz ermächtigen lassen sollte, die ihm angemessen scheinende Strafe auszufällen. Die mit diesem Vorschlag verbundene Hoffnung, die Stellung des Einheitskommandanten werde gestärkt, dürfte sich jedoch kaum erfüllen. In der Praxis dürfte zudem nicht völlig auszuschliessen sein, dass der vorgesetzte Kommandant bei diesem Vorgehen den Strafantrag des Einheitskommandanten nur oberflächlich prüft, und es ergäben sich schliesslich praktisch unüberwindliche Schwierigkeiten bei der Disziplinarbeschwerde.

Soll die Stellung des Einheitskommandanten gestärkt werden, könnte ihm die Kompetenz eingeräumt werden, den Vorgesetzten mit einem Strafantrag absolut oder in einem engen Rahmen zu binden. Auch diese Lösung vermag nicht zu befriedigen. Trotzdem der Einheitskommandant der Truppe am nächsten steht und die ihm anvertrauten Wehrmänner am besten kennt, sollte er die Befugnisse des erfahreneren höheren Vorgesetzten nicht beschränken dürfen. Eine Bindung des höheren Kommandanten durch den Strafantrag des Einheitskommandanten könnte ferner zur Folge haben, dass dieser Disziplinarstrafverfügungen treffen müsste, zu denen er persönlich nicht stehen kann.

Es wird aus diesen Überlegungen vorgeschlagen, dem höheren Kommandanten, der den Strafantrag eines Einheitskommandanten erhält, alle Möglichkeiten hinsichtlich des weiteren Vorgehens offenzulassen. In der Regel wird er dem Strafantrag entsprechen. Er soll aber auch innerhalb seiner eigenen Befugnisse eine andere Disziplinarstrafe aussprechen dürfen. Ist er der Ansicht, der Fall sei derart schwer, dass auch seine eigene Strafkompetenz nicht ausreiche, kann er seinerseits den Strafantrag an die zuständige höhere Stelle weiterleiten. Schliesslich ist ihm auch die Möglichkeit einzuräumen, auf eine Bestrafung überhaupt zu verzichten. In allen Fällen jedoch, wo der höhere Vorgesetzte von dem ihm unterbreiteten Strafantrag abweichen will, hat er vorher mit dem untergebenen Kommandanten Rücksprache zu nehmen. Damit soll dem Grundsatz, dass in erster Linie der Einheitskommandant für die Disziplin seiner Truppe verantwortlich ist, im Rahmen des Möglichen Rechnung getragen werden. Die vorgeschlagene Lösung garantiert, dass der Einheitskommandant seinen Einfluss geltend machen und die grössere Erfahrung des höheren Kommandanten berücksichtigt werden kann. Die Verantwortung für den Strafentscheid liegt bei einer einzigen Stelle.

### Artikel 205

Die Möglichkeit einer vorläufigen Festnahme, «wenn es die Umstände erfordern», wurde im Vernehmlassungsverfahren als zu weitgehend und zu wenig klar kritisiert. Bei einfachen Disziplinarfehlern genügt es, den Fehlbaren zur Feststellung der Personalien und des Sachverhaltes anzuhalten. Andererseits soll für schwerwiegendere Disziplinarfehler die vorläufige Festnahme des fehlbaren Wehrmannes durch den militärischen Vorgesetzten für höchstens drei Tage dann möglich sein, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen der Verhaftung vorliegen oder wenn es zwingende dienstliche Gründe erfordern. Unter den gleichen Voraussetzungen soll der Untersuchungsrichter diese Massnahme in einer vorläufigen Beweisaufnahme für höchstens sieben Tage anordnen können. Gegen die vorläufige Festnahme steht dem fehlbaren Wehrmann das Beschwerderecht zu.

### Artikel 206 Randtitel, Absätze 1 und 3

Die Bestimmungen des Dienstreglements über die Eröffnung von Disziplinarstrafverfügungen weisen gewisse Widersprüche auf. Gemäss Ziffer 74 des Dienstreglements ist eine schriftliche Eröffnung vorgesehen, wenn die Strafe auf fünf Tage scharfen Arrest oder mehr lautet. Demgegenüber schreibt Ziffer 66 Absatz 2 des Dienstreglements ein schriftliches Verfahren vor, und Ziffer 76 verlangt die schriftliche Bestätigung des mündlich erteilten Verweises. Um Unsicherheiten und Missverständnisse zu vermeiden sowie im Interesse der Rechtssicherheit beim Fristenlauf für Beschwerde und Weiterzug wird vorgeschlagen, die schriftliche Eröffnung für jede Disziplinarstrafverfügung vorzusehen. Dem Bestraften wird neu das Recht auf Akteneinsicht nach Eröffnung der Strafverfügung eingeräumt. Er soll damit die Möglichkeit erhalten, seinen Entschluss, eine Beschwerde zu erheben oder darauf zu verzichten, in Kenntnis aller Umstände zu treffen.

### 323.5 Die Disziplinarbeschwerde

#### 323.51 Allgemeines

Mit Entscheid vom 8. Juni 1976 in Sachen Engel und andere hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Anwendung von Artikel 5 Absatz 1 der Menschenrechtskonvention festgestellt, dass scharfe Arreststrafen des militärischen Disziplinarstrafrechts nur dann zulässig seien, wenn eine rechtmässige Verurteilung durch ein zuständiges Gericht erfolgte. Unser Land ist gehalten, seine eigenen Vorschriften dem Entscheid anzupassen. Die Einführung einer gerichtlichen Instanz im Disziplinarstrafverfahren ist daher notwendig. Nicht erforderlich ist, dass ein gerichtlicher Entscheid in erster Instanz ergeht. Eine derartige Lösung würde übrigens kaum im Interesse jenes Wehrmannes liegen, der sich mit einer truppeninternen Überprüfung einer Disziplinarstrafe zufriedengeben möchte. Es wird vorgeschlagen, als neue Weiterzugsinstanz eine gerichtliche Behörde einzusetzen und ihr die volle Überprüfungsmöglichkeit zu gewähren. Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe *a* der Menschenrechtskonvention schliesst es ferner aus, bei

scharfem Arrest einer Disziplinarstraßbeschwerde in irgendeinem Verfahrensstaadium die aufschiebende Wirkung zu entziehen. Auf die im bisherigen Recht vorgesehene Kompetenz der Disziplinarbeschwerdeinstanz, unter bestimmten Voraussetzungen die aufschiebende Wirkung der Disziplinarbeschwerde aufzuheben, ist daher zu verzichten.

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Sachen Engel sprach sich nur über den scharfen Arrest des niederländischen Rechtes aus. Es erhebt sich jedoch aufgrund dieses Entscheides die Frage, ob auch einfacher Arrest im Sinne des schweizerischen Rechtes nur noch dann zulässig ist, wenn die Voraussetzungen von Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a der Europäischen Menschenrechtskonvention erfüllt sind. Der mit einfachem Arrest bestrafte Wehrmann leistet wohl seinen Dienst, wird jedoch in der dienstfreien Zeit, d. h. während der Nacht und gegebenenfalls über das Wochenende, in seiner Zelle eingeschlossen. Ausserhalb des Dienstes unterscheidet sich der Vollzug des einfachen Arrestes vom scharfen Arrest einzig dadurch, dass dem Arrestanten Arbeit zugewiesen werden kann und es ihm gestattet ist, sich selbst angemessene Arbeit zu verschaffen. Die Ausführungen im Urteil Engel über den leichten, verschärften und strengen Arrest nach niederländischem Recht zeigen deutlich, dass der einfache Arrest des schweizerischen Rechtes, so wie er heute vollzogen wird, dem scharfen Arrest gleichgesetzt werden muss (vgl. Ziff. 61–63 des Urteils in Sachen Engel). Ein gerichtliches Verfahren ist daher nicht nur für scharfen Arrest, sondern auch für einfachen Arrest einzuführen. Würde bei einfachem Arrest davon abgesehen, wäre damit zu rechnen, dass eine entsprechende Gesetzesänderung später aufgrund eines neuen Entscheides des Europäischen Gerichtshofes erfolgen müsste.

Die Frage, ob sich die Einführung einer gerichtlichen Instanz auch zur Beurteilung von Beschwerden gegen Verweis und Disziplinarbusse rechtfertige, muss verneint werden. Fälle, die mit Verweis oder Busse erledigt werden, sind objektiv und subjektiv leicht und sollen auch in Zukunft in einem einfachen Verfahren erledigt werden. Die Praxis des Oberauditors als Weiterzugsinstanz hat zudem gezeigt, dass vom Rechtsmittel des Weiterzugs bei Busse und Verweis nur selten Gebrauch gemacht wird. Für diese Disziplinarstrafen genügt daher ein einstufiges Beschwerdeverfahren.

### 323.52 Die einzelnen Bestimmungen

#### *Artikel 208 und 209*

Aus Konsequenzgründen soll auch gegen Disziplinarstrafen, die vom Oberbefehlshaber der Armee ausgesprochen werden, eine Beschwerdemöglichkeit eingeräumt werden. Artikel 208 wird daher aufgehoben unter Verschiebung des Inhaltes von Absatz 1 in Artikel 209 Absatz 1. Wie bisher enthält Artikel 209 das Verzeichnis jener Stellen, an die die Disziplinarbeschwerde zu richten ist. Als neue

Disziplinarbeschwerdeinstanz wird der Direktor der Eidgenössischen Militärverwaltung eingefügt mit der Kompetenz, über Beschwerden gegen Disziplinarverfügungen kantonaler Militärbehörden zu entscheiden.

#### *Artikel 210*

Nach geltendem Recht kann die Disziplinarbeschwerde schriftlich oder mündlich eingereicht werden. Mit dem Ausbau des Verfahrens wird aus Gründen der Rechtssicherheit die schriftliche Einreichung notwendig. Demgegenüber ist auf eine Begründung nach wie vor zu verzichten. Die Beschwerde soll ein einfaches Rechtsmittel bleiben und auch vom einfachen Wehrmann ohne Schwierigkeiten erhoben werden können.

#### *Artikel 211 Absätze 1 und 3*

Der Verzicht auf eine Begründung der Beschwerde lässt sich um so eher rechtfertigen, als die Beschwerdeinstanz zu weiteren Erhebungen ausdrücklich verpflichtet wird, falls sich diese als notwendig erweisen. Diese Ergänzung ist erforderlich, weil es unter Umständen nicht genügt, die am bisherigen Verfahren beteiligten Stellen bzw. Personen bloss anzuhören. Die Erfahrungen des Obergerichtes haben gezeigt, dass sogar auf dieser letzten Verfahrensstufe in vielen Fällen zusätzliche Abklärungen durch einen Untersuchungsrichter notwendig werden. Dagegen ist es nicht notwendig, dass sich die Stelle, deren Strafverfügung angefochten ist, zur Sache nochmals äussert. Ebenso ist es im Hinblick auf einfache Fälle überflüssig, die Disziplinarbeschwerdeinstanz obligatorisch zu verpflichten, die erforderlichen Einvernahmen selbst durchzuführen. Sie soll diese Aufgabe an eine geeignete Stelle oder Person delegieren können. Es darf nicht übersehen werden, dass das Disziplinarverfahren auch für unzählige ausser Dienst begangene Tatbestände Anwendung findet, die oft bloss administrativen Charakter haben und in einfachen Fällen ohne besondere Abklärungen erledigt werden können. Bei Disziplinarbeschwerden während des Dienstes wird allerdings die Anhörung die Regel sein, wenn die Beschwerde nicht offensichtlich unbegründet ist.

#### *Artikel 212 Absätze 1, 3 und 4*

Wie bereits unter Ziffer 323.51 festgestellt, wird als neue Disziplinarweiterzugsinstanz eine gerichtliche Behörde eingesetzt, falls Arreststrafen angefochten sind. Es wird vorgeschlagen, je nach dem dienstlichen Grad bzw. der Stellung der Beschwerdeinstanz den Präsidenten des zuständigen Divisionsgerichts oder des zuständigen Militärappellationsgerichts als Einzelrichter vorzusehen. Im Gegensatz zum geltenden Recht sollen auch Beschwerdeentscheide des Chefs des Eidgenössischen Militärdepartements und des Generals weitergezogen werden können, und zwar an das Militärkassationsgericht.

#### *Artikel 213*

Obwohl nach dem Entscheid des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Sachen Engel ein öffentliches Verfahren im Sinne von Artikel 6 Absatz 1 der

Menschenrechtskonvention nur für scharfe Arreststrafen nötig ist, wird eine in den Hauptzügen dem Militärstraßprozess entsprechende Hauptverhandlung für alle Arreststrafen vorgesehen. Gerichtliche Disziplinarstrafentscheidungen sind hinfort in einem öffentlichen Verfahren mit allen rechtsstaatlichen Garantien durchzuführen. Insbesondere ist auch die Verteidigung zulässig.

#### *Artikel 213a*

Der Ausbau des Disziplinarstrafverfahrens erfordert klare Bestimmungen auch über die Fristen und deren Wiederherstellung. Die neue Norm entspricht grundsätzlich den Vorschriften des Militärstraßprozesses (SR 322.I).

#### *Artikel 214a*

Verschiedene Detailfragen des neuen Beschwerde- und Weiterzugsverfahrens, so beispielsweise die genauere Umschreibung der zuständigen Stellen, müssen auf dem Verordnungswege geregelt werden. Dies erfordert eine ausdrückliche Ermächtigungsnorm.

### **324 Einführung und Anwendung des Gesetzes**

#### *324.1 Die Gerichtsbarkeit*

##### *Artikel 218 Absatz 1*

Kinder und Jugendliche sollen dem Militärstrafrecht nicht mehr unterstehen. Dieser Umstand ist in der Formulierung von Artikel 218 Absatz 1 zu berücksichtigen.

#### *324.2 Rehabilitationsverfahren*

Da in Anpassung an das bürgerliche Recht das Rehabilitationsverfahren von jenen Gerichten durchzuführen ist, die das Urteil gesprochen haben, entfällt die Zuständigkeit des Militärkassationsgerichts. Die Vorschriften der Artikel 228–232 werden angepasst.

#### *324.3 Begnadigung*

##### *Artikel 232b Buchstabe a, 232c Absatz 4*

Das ausserordentliche Militärgericht soll aufgehoben werden. Dementsprechend ist in Artikel 232b Buchstabe a der Hinweis auf dieses Gericht zu streichen.

Artikel 211 der Militärstrafgerichtsordnung (SR 322.I), der den sofortigen Urteilsvollzug in Kriegszeiten vorsieht, verstösst in bezug auf Kriegsgefangene gegen Artikel 101 des Dritten Genfer Abkommens vom 12. August 1949 über die Be-

handlung der Kriegsgefangenen und muss aufgehoben werden. Der Vorbehalt dieser Gesetzesbestimmung in Artikel 232c Absatz 4 ist daher zu streichen.

#### 324.4 *Schlussbestimmungen*

##### *Artikel 234*

Die Bestimmung sieht vor, dass, für den Fall, dass das Schweizerische Strafbuch beim Verbrechen des Mordes die Todesstrafe einführe, diese Strafandrohung im Militärstrafgesetz anstelle derjenigen von Artikel 116 trete. Diese Übergangsbestimmung hat mit dem Erlass des Schweizerischen Strafbuches vom 21. Dezember 1937 ihre Bedeutung verloren und ist aufzuheben.

#### 325 **Redaktionelle Änderungen**

Im Sinne einer moderneren Fassung des Gesetzestextes soll in den Artikeln 4 Ziffern 2 und 3, 12 Absätze 1 und 2, 32 Ziffer 1, 86a, 87 Ziffern 1 und 2, 88, 89, 90, 141 Absatz 1, 143 Ziffer 1, 160 Absatz 2, 161 Ziffer 1, 162 Absatz 3 und 165 Ziffer 1 des Militärstrafgesetzes der Ausdruck «Heer» durch «Armee» ersetzt werden. Ferner ist als Anpassung an die Terminologie der internationalen Übereinkommen in den Artikeln 4, 192 und 195 die Formulierung «Personen, die dem Heere folgen» durch «Personen, die der Truppe folgen, ohne ihr direkt anzugehören» zu ersetzen.

In Artikel 6 Absatz 1 wird der Ausdruck «gegen das Völkerrecht im Falle bewaffneter Konflikte» eingefügt. In der gleichen Bestimmung ist das Wort «und» nach Landesverteidigung durch «oder» zu ersetzen und ein falsches Artikelzitat (Art. 108 statt richtig Art. 107) zu korrigieren. Artikel 12 Absatz 1 spricht fälschlicherweise nur von Dienstpflichtigen; richtig muss es heissen «Dienst- oder Hilfsdienstpflichtigen».

In Artikel 182 wurde die Formulierung «wenn und soweit eine Person dem Militärstrafrecht untersteht» ersetzt durch «wer dem Militärstrafrecht untersteht». Der Randtitel von Artikel 194 erhält die Ziffer 6 statt wie bisher Ziffer 7. In Artikel 214 am Anfang wird das Wort «bloss» als überflüssig gestrichen.

Die Bezeichnung «Militärstrafgerichtsordnung» wird überall durch «Militärstrafprozess» ersetzt, und anstelle der römischen Numeralien werden Buchstaben verwendet.

#### 326 **Übergangsbestimmungen**

Keine Bemerkungen.



## 4      **Änderung des Militärstrafprozesses**

### 41      **Allgemeine Fragen**

#### 411     **Gerichte**

##### 411.1    *Aufhebung der Territorialgerichte*

Wie der letzte Aktivdienst gezeigt hat, wurden die Territorialgerichte unmittelbar nach ihrer Aktivierung vor überdurchschnittlich schwere Tatbestände gestellt. Auch in Zukunft ist damit zu rechnen, dass im Falle eines Aktivdienstes die Territorialgerichte eher noch als die Divisionsgerichte mit rechtlich und tatbeständlich komplizierten Fällen von Landesverrat, Sabotage, Spionage und dergleichen befasst würden. Es ist jedoch – besonders in Anbetracht der überaus raschen Entwicklung auf dem technischen Gebiet – nicht zu verantworten, ungeübte und nicht eingespielte Gerichte von einem Tag auf den andern in Funktion zu setzen. Um die Leistungsfähigkeit wenigstens der Justizoffiziere auf einem Mindeststand zu erhalten, wurden in den letzten Jahren Ausbildungskurse durchgeführt und auch Justizoffiziere der Territorialgerichte zu Dienstleistungen in Divisionsgerichten abkommandiert. Die Resultate waren nicht durchwegs befriedigend. Die durch jahrelange Inaktivität verursachte Lücke in der praktischen Erfahrung konnte in verschiedenen Fällen nicht überbrückt werden.

Es wurden aus diesem Grunde andere Möglichkeiten geprüft, die Territorialgerichte so zu aktivieren, dass sie dauernd auf einer einigermaßen genügenden Leistungsstufe bleiben. Grundsätzlich war dabei davon auszugehen, dass es nicht zu verantworten wäre, im Falle einer Aktivierung der Territorialgerichte diesen nur vereinzelte Fälle zuzuweisen. Eine echte Gerichtspraxis und Gerichtserfahrung kann damit nicht entstehen. Zudem könnten Angeklagte den Eindruck erhalten, blosser Übungsobjekte eines unerfahrenen Gerichts zu sein. Der Versuch, den Territorialgerichten dadurch echte Einsatzmöglichkeiten zu verschaffen, dass ihnen alle innerhalb der Territorialtruppen anfallenden Straftatbestände zur Beurteilung überwiesen würden, scheitert daran, dass nach den vorliegenden Erfahrungszahlen aus dem Territorialdienst jährlich 30–40 Straffälle zu erwarten wären. Jedes Territorialgericht hätte sich demnach pro Jahr mit drei bis höchstens zehn Fällen zu befassen, was keine echte Aktivierung bedeutet.

Aus diesen Überlegungen muss der Schluss gezogen werden, die Territorialgerichte aufzuheben. Die ihnen bis dahin zugeteilten Justizoffiziere und Richter sind dabei in die Divisionsgerichte zu integrieren. Mit der Aufhebung der Territorialgerichte geht allerdings die für den Ernstfall vorgesehene Personalreserve verloren. Der Sollbestand der verbleibenden 14 Divisionsgerichte muss daher im Ausmass der durch den Wegfall der Territorialgerichte entstehenden Bestandeslücken ergänzt werden. Ferner ist die Möglichkeit vorzusehen, innerhalb der Divisionsgerichte zusätzliche Abteilungen zu schaffen. Damit kann am Grundsatz, ein Ge-

richt pro Division vorzusehen, wie auch an den bisherigen Zuteilungskriterien festgehalten werden. Dem zusätzlichen Arbeitsanfall besonders in Aktivdienst- oder Kriegszeiten kann einerseits durch Anpassung der Sollbestandstabellen, anderseits durch Bildung weiterer Abteilungen innerhalb der Gerichte begegnet werden. Die Möglichkeit, Abteilungen zu bilden, verhindert gleichzeitig, dass die Personalbestände der einzelnen Gerichte allzu gross und damit unübersichtlich würden. Eine Personalreserve muss selbstverständlich bereits in Friedenszeiten geschaffen werden. Die Divisionsgerichte sind also derart mit Justizoffizieren und Richtern zu dotieren, dass einerseits ein den Anforderungen der Praxis genügender Einsatz sichergestellt ist, anderseits die Mehrbelastung im Falle von Aktiv- oder Kriegsdienst aufgefangen werden könnte. Dies führt gleichzeitig zu der dringend wünschbaren Entlastung von stark beanspruchten Divisionsgerichten und wird es gestatten, hinsichtlich des Einsatzes der einzelnen Justizoffiziere eine gewisse Flexibilität zu üben. Die Aufhebung der Territorialgerichte wird nämlich dazu führen, dass die Justizoffiziere hinfort grundsätzlich bis zu ihrer Entlassung aus der Dienstpflicht im Einsatz bleiben. Um zu verhindern, dass Justizoffiziere wesentlich mehr Dienst leisten müssen als Truppenoffiziere, können bei genügender Dotation die älteren Justizoffiziere etwas entlastet werden.

Die Bildung von Gerichtsabteilungen kann – da sie von verschiedenen Entwicklungsfaktoren abhängig ist – nicht im Gesetz geregelt werden. Es sollte daher dem Bundesrat überlassen bleiben, nicht nur wie bis anhin die Zahl der Gerichte, sondern auch die ihrer Abteilungen zu bestimmen.

#### *411.2    Aufhebung des ausserordentlichen Militärgerichts*

Die Aufhebung des ausserordentlichen Militärgerichts ist aus rechtsstaatlichen Gründen geboten. Der Umstand, dass hohe Offiziere sich in Zukunft vor einem Gericht zu verantworten haben, dessen Angehörige durchwegs niedrigere militärische Grade besitzen, darf keine Rolle spielen. Die Tätigkeit der Divisionsgerichte ist nicht eine Frage des militärischen Grades. Die Zusammensetzung der Divisionsgerichte aus Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten führt schon im geltenden Recht dazu, dass der Angeklagte einen höheren Grad besitzen kann als ein Teil des Gerichts.

Das ausserordentliche Militärgericht ist daher aufzuheben.

#### *411.3    Einführung von Appellationsgerichten*

Ein zentrales Anliegen der Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt ist die Einführung eines obersten militärischen Appellationsgerichts. Es wird dort vorgeschlagen, das Militärkassationsgericht durch ein von der Bundesversammlung zu

wählendes Appellationsgericht zu ersetzen, wobei die Wahlvoraussetzungen jenen der Bundesrichter entsprechen sollten und als zusätzliche Voraussetzung geleisteter Militärdienst zu fordern sei. Dieses Begehren ist keineswegs neu, enthielt doch bereits der Bericht der Schweizerischen Offiziersgesellschaft aus dem Jahre 1954 eine ähnliche Forderung, nachdem ein entsprechendes Postulat von Nationalrat Grendelmeier im Parlament abgelehnt worden war.

Die Berufung oder Appellation bewirkt die Neubehandlung eines durch Urteil abgeschlossenen erstinstanzlichen Verfahrens durch ein Appellationsgericht. Sie kann sich gegen das Urteil als ganzes richten oder aber gegen Teile davon, wie die Tat- oder Schuldfrage in einzelnen Punkten der Anklage, das Strafmass, die Verweigerung des bedingten Strafvollzuges, die Anordnung von Massnahmen und Nebenstrafen. Das Appellationsgericht entscheidet in einem neuen unmittelbaren Verfahren über die angefochtenen Punkte.

Nach dem geltenden militärischen Strafverfahren sind für die Divisionsgerichte im wesentlichen folgende Verfahrensgrundsätze massgebend:

- Das Verfahren der Hauptverhandlung ist mündlich, womit die Unmittelbarkeit des Prozessablaufes gewährleistet ist.
- Die Urteilsbildung erfolgt aufgrund einer umfassenden Beweisaufnahme über alle für den Fall massgebenden Umstände.
- Die Verteidigung ist in jedem Fall gewährleistet.
- Das Verfahren in der Hauptverhandlung ist öffentlich.
- Das Urteil wird von einem aus sieben Mitgliedern zusammengesetzten Gericht gefällt.

Die Rechtsstellung des Angeklagten ist hier also besser ausgebaut als in den meisten kantonalen Prozessordnungen. Es stellt sich daher die Frage, ob sie einer weiteren Verbesserung durch die Einführung der Appellation bedarf.

Als Nachteil eines Appellationsverfahrens muss der Umstand gewertet werden, dass das zeitliche Hinausschieben der Prozesserledigung eine Beweisverdunkelung bewirken kann. Bis zur Appellationsverhandlung können Beweismittel beeinträchtigt werden oder verlorengehen, so dass unter Umständen der Appellationsrichter hinsichtlich des Beweismaterials schlechter gestellt ist als sein Vorrichter. Die Praxis des Bundesgerichts zeigt ferner, dass sich auch Appellationsrichter irren können. Schliesslich verlängert die Einschaltung einer Appellationsinstanz die Dauer des Strafverfahrens.

Demgegenüber kann für das Appellationsverfahren ins Feld geführt werden, dass die Gewähr, das Verfahren mit einem richtigen und gerechten Urteil abzuschliessen, massgeblich erhöht werde. Der zeitbedingten Verschlechterung der Beweislage steht die Tatsache gegenüber, dass Mängel in der Feststellung des Tatbestan-

des in erster Instanz möglich sind und dass sogar nach abgeschlossenem erstinstanzlichen Verfahren neue tatbeständliche Elemente auftauchen können. Fehlt die Appellation, steht, abgesehen vom ausserordentlichen Rechtsmittel der Revision, keine Möglichkeit der Anfechtung zur Verfügung. Das Argument der längeren Dauer des Verfahrens kann also sowohl gegen wie auch für die Einführung einer Appellation verwendet werden.

Verschiedene schweizerische Kantone, so vor allem jene der Westschweiz und der Kanton Tessin, kennen keine Appellation gegen erstinstanzliche Strafurteile. In anderen Kantonen ist das Rechtsmittel – oft beschränkt auf schwerere Fälle – gegeben, wobei allerdings in erster Instanz nicht überall das Unmittelbarkeitsverfahren gilt und in vielen Fällen Einzelrichter eingesetzt sind. Die obligatorische Verteidigung für ausnahmslos alle Fälle erster Instanz existiert in den Kantonen nicht.

Verschiedene moderne kantonale Strafprozessordnungen kennen ein dem Militärstrafverfahren ähnliches unmittelbares Verfahren in erster Instanz, ohne auf das Rechtsmittel der Appellation zu verzichten. Sie haben mit dieser Lösung gute Erfahrungen gemacht und weisen darauf hin, ein Verfahren, das dem Verurteilten das ordentliche Rechtsmittel der Appellation anbiete, würde vom verurteilten Wehrmann als beispielhaft empfunden. Die Gewähr, das Verfahren mit einem richtigen und gerechten Urteil abzuschliessen, werde massgeblich erhöht. Im Vernehmlassungsverfahren wurde diese Auffassung auch von verschiedenen Parteien mit ähnlicher Motivierung geteilt. Der Vorschlag, die Kognitionsbefugnis des Militärkassationsgerichts auf die Frage der Strafzumessung auszudehnen und damit ein appellatorisches Moment einzuführen, wurde demzufolge als unkonsequente Zwitterlösung mehrheitlich abgelehnt und nur in vereinzelten Fällen ausdrücklich bejaht.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Vorteile der Einführung einer Appellation vor allem in rechtsstaatlicher Hinsicht deren Nachteile überwiegen. Sie soll daher im Militärstrafprozess eingeführt werden.

Die Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt schlägt vor, das Militärkassationsgericht durch ein Appellationsgericht zu ersetzen. Zwei Überlegungen sprechen dafür, trotz der Einführung der Appellation das Militärkassationsgericht beizubehalten. Einerseits wird die Zahl der zu erwartenden Fälle die Leistungsgrenze eines nebenamtlich tätigen Appellationsgerichtes übersteigen, so dass mehrere Gerichte oder zumindest mehrere Abteilungen geschaffen werden müssen. Diese Massnahme drängt sich übrigens auch aus sprachlichen Gründen auf. Andererseits ist es nach wie vor notwendig, innerhalb der Struktur der Militärgerichte eine einheitliche Praxis zu garantieren. Dies kann durch ein über den Appellationsgerichten stehendes Kassationsgericht erfolgen. Es wird daher vorgeschlagen, das Militärkassationsgericht im Sinne eines Garanten für die einheitliche Rechtssprechung beizubehalten.

## 412 Oberauditor

Die vom Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt eingesetzte Kommission, die mit der Ausarbeitung der Ständesinitiative des Kantons Basel-Stadt zur Revision der eidgenössischen Militärjustiz beauftragt war, hat sich mit der Stellung des Oberauditors sehr eingehend befasst. Sie betrachtet vor allem jene Bestimmungen der Militärstraferichtsordnung als revisionsbedürftig, die dem Oberauditor der Armee Kompetenz und Funktionen geben, die nach moderner rechtsstaatlicher Auffassung nur richterlichen Behörden zustehen.

Nach der geltenden Militärstraferichtsordnung steht der Oberauditor der gesamten Militärstrafrechtspflege vor. Er leitet und überwacht sie unter Aufsicht des Eidgenössischen Militärdepartements und trifft die ihm durch dieses Gesetz und das Militärstrafgesetz übertragenen Verfügungen und Entscheide (Art. 25 Abs. 1 MStGO). Ferner ist der Oberauditor gemäss Artikel 25 Absatz 2 Militärstraferichtsordnung (SR 322.1) der unmittelbare Vorgesetzte der Auditoren und der Untersuchungsrichter.

In Übereinstimmung mit den Feststellungen der Ständesinitiative des Kantons Basel-Stadt ist einzuräumen, dass die Umschreibung der Stellung des Oberauditors in der Militärstraferichtsverfassung (Art. 25ff. MStGO) missverständlich ist. Die gegenwärtige Formulierung gestattet – entgegen den tatsächlichen Verhältnissen – beispielsweise den Schluss, der Oberauditor könne den Grossrichtern oder andern Justizoffizieren unbeschränkt Weisungen erteilen. Ein solches Recht besteht jedoch nur in sehr engem Rahmen, indem der Oberauditor gemäss Artikel 5 der Verordnung über die Militärstrafrechtspflege vom 29. Januar 1954 (SR 322.2) den Auditoren gewisse Weisungen allgemeiner Natur für die Erhebung von Kassationsbeschwerden erteilen kann. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass Artikel 5 der Militärstrafverordnung in der Militärstraferichtsordnung keine Stütze findet. Von der Bestimmung wurde daher schon seit einiger Zeit nicht mehr Gebrauch gemacht. Eingriffsmöglichkeiten auf den Gang des Verfahrens stehen dem Oberauditor nicht zu. Dagegen entscheidet er beispielsweise über die Zulassung eines Verteidigers in der vorläufigen Beweisaufnahme, über Ausschluss- und Ablehnungsbegehren vor der Überweisung an das Gericht und ist ermächtigt, bei Kassationsbeschwerden seine Bemerkungen und Anträge dem Gericht vorzulegen. Dazu kommen verschiedene Aufgaben im Zusammenhang mit dem Strafvollzug.

Im Interesse einer klaren und eindeutigen Gewaltentrennung und der Berücksichtigung rechtsstaatlicher Überlegungen erweist es sich als notwendig, die Stellung des Oberauditors wesentlich enger zu umschreiben und insbesondere seine bisherigen Funktionen im Zusammenhang mit dem Prozessverfahren, auch wenn sie dieses nicht direkt beeinflussen konnten, zu eliminieren. Der Oberauditor wird

sich hinfort praktisch ausschliesslich mit Aufgaben der Militärjustizverwaltung sowie mit der Ausbildung der Justizoffiziere zu beschäftigen haben. So entscheidet beispielsweise über die Ablehnung von Gerichtspersonen vor der Überweisung hinfort der Präsident des Divisionsgerichts. Der Auditor wird Einstellungsverfügungen zu treffen haben, wobei dem Oberauditor lediglich ein Rekursrecht an den Präsidenten des Divisionsgerichts zusteht. Das Vernehmlassungsrecht des Oberauditors im Kassationsverfahren wird eliminiert und als Beschwerdeinstanz ein Richter eingesetzt. Schliesslich wird auch auf die bisherige Bestimmung verzichtet, wonach der Oberauditor der Vorgesetzte der Auditoren und Untersuchungsrichter ist. Einerseits ergeben sich die militärischen Kompetenzen des Oberauditors als Chef eines Dienstzweiges (beispielsweise Disziplinarstrafgewalt bei pflichtwidrigem Verhalten von Justizoffizieren, das nicht dem Beschwerdeverfahren unterliegt) aus der Militärorganisation, anderseits wird seine Kommandobefugnis durch eine Neuformulierung von Artikel 25 Militärstrafgerichtsordnung (322.1) ausdrücklich auf administrative Belange beschränkt.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Kompetenzen des Oberauditors an gerichtliche Instanzen übergehen, soweit sie mit dem gerichtlichen Verfahren in Zusammenhang stehen.

#### **413 Wahl der Militärrichter und Justizoffiziere**

Die Justizoffiziere wie auch die Militärrichter werden vom Bundesrat ernannt. Dies wird von verschiedener Seite als undemokratisch bezeichnet. Es wird die Auffassung vertreten, nur die Volkswahl biete die volle Garantie für Richter, die unabhängig und nur dem Gesetz verpflichtet seien. Demzufolge wird beispielsweise vorgeschlagen, alle Richter der Militärgerichte seien durch die Bundesversammlung zu wählen. Ein anderer Vorschlag geht dahin, nur die Präsidenten der Gerichte von der Bundesversammlung wählen zu lassen, während die Richter und Ersatzrichter durch die dem Gericht zugeteilten Truppen gewählt werden sollten.

Für die Wahl der Justizoffiziere und der Militärrichter durch den Bundesrat bestehen gewichtige Gründe. Es darf vorweg festgestellt werden, dass sich aus diesem Wahlmodus keine Unzukömmlichkeiten ergeben haben. Die Militärrichter werden in Zusammenarbeit zwischen den Heereseinheitskommandanten und den zuständigen Militärdirektoren der Kantone des Gerichtskreises dem Bundesrat zur Wahl vorgeschlagen. Dabei werden unter anderem die Kantonszugehörigkeit, die politischen und konfessionellen Verhältnisse wie auch die Zugehörigkeit zu den verschiedenen Waffengattungen berücksichtigt. Die Bedeutung des letztgenannten Punktes darf nicht unterschätzt werden. Sollen die Militärgerichte ihrer Rolle als Fachgerichte gerecht werden, ist es unumgänglich, sie mit Angehörigen der verschiedenen Waffengattungen zu besetzen, damit für Straffälle, die entspre-

chende Spezialkenntnisse erfordern, auch die richtigen Fachleute zur Verfügung stehen. Schliesslich wird bei der Wahl der Militärrichter besonderes Gewicht auf Truppenverbundenheit, Reife und Erfahrung gelegt. Die effektive Mitwirkung einer Mehrheit von Organen bei der Wahlvorbereitung vermeidet jede Abhängigkeit des Gewählten vom Wahlorgan und verhindert eine unsachliche Auslese. Die bisherige Lösung für die Wahl der Militärrichter ergibt sich aus deren spezifischen Aufgaben und hat sich in der Praxis bewährt. Ähnliche aus der Besonderheit der Aufgabe sich ergebende Regelungen sind übrigens auch im zivilen Bereich anzutreffen.

Eine Änderung des Wahlmodus für die erstinstanzlichen Gerichte wurde im Vernehmlassungsverfahren nur vereinzelt gefordert. Der Vorschlag, ein Gericht für Truppenkörper in Bataillonsstärke zu bilden und es durch die Angehörigen der Truppe wählen zu lassen, ist unrealistisch. Gerichte für derart kleine Truppenkörper hätten praktisch kaum Arbeit und könnten sich überhaupt nie einspielen. Auch die Wahl aller Militärrichter durch die Bundesversammlung dürfte gegenüber dem gegenwärtigen Zustand keine Vorteile mit sich bringen. Es wären in der Regel rund 400 Richter zu wählen, und die Bundesversammlung wäre kaum in der Lage, eine echte Prüfung der Wahlvorschläge durchzuführen. Der Bundesversammlung würde wohl nichts anderes übrigbleiben, als die Vorschläge des Bundesrates zu sanktionieren, so dass die Änderung nur formelle Tragweite hätte. Aus allen diesen Gründen und insbesondere auch in Berücksichtigung der Tatsache, dass bis dahin nie die geringsten Anstände oder Nachteile geltend gemacht werden konnten, die sich aus der Wahlart ergeben hätten, sollte an der Wahl der Militärrichter durch den Bundesrat grundsätzlich festgehalten werden.

In der Basler Standesinitiative wurde die Frage aufgeworfen, ob das oberste Militärgericht durch die Bundesversammlung zu wählen sei. Die soeben dargestellten grundsätzlichen Überlegungen haben an und für sich auch hier Gültigkeit. Immerhin entfällt ein bedeutendes Argument: Die Zahl der Richter am obersten Militärgericht ist durchaus überblickbar, und die Bundesversammlung kann echte Wahlen durchführen. Es darf allerdings nicht übersehen werden, dass die Wahl der obersten Militärrichter durch die Bundesversammlung einen Einbruch in das bisherige System darstellt. Ebenso dürften die Wahlchancen von parteilosen Juristen im Gegensatz zur heutigen Lage gering werden. Diesen Nachteilen steht aber der Vorteil gegenüber, dass jeder Angeklagte auf jeden Fall die Gelegenheit erhält, sich vor einem durch die Bundesversammlung gewählten Gericht verantworten zu können. Es wird aus diesem Grunde vorgeschlagen, die Wahl der Richter am Militärkassationsgericht der Bundesversammlung zu übertragen.

Hinsichtlich der Ernennung der Justizoffiziere durch den Bundesrat wurde vereinzelt kritisiert, das System entspreche nicht rechtsstaatlichen Prinzipien. Besonders wird eine Beeinflussung der Justizoffiziere durch den Grossrichter befürchtet, da er indirekt einen Druck auf Auditoren und Untersuchungsrichter ausüben könne. Beweise für eine solche Einflussnahme fehlen. Justizoffiziere müssen, wie alle an-

dern Offiziere der Armee, von ihren Vorgesetzten qualifiziert werden. Ihre Beförderung richtet sich nach den objektiven Fähigkeiten. Es ist nicht ersichtlich, auf welche Weise ein Grossrichter die Tätigkeit von Untersuchungsrichtern und Auditoren beeinflussen könnte. Diese sind in ihren Entscheidungen frei und unabhängig. Einseitig oder ungenau geführte Untersuchungen würden ohnehin im gerichtlichen Verfahren von der Verteidigung beanstandet und in der Hauptverhandlung berichtigt werden, da in dieser nach dem Unmittelbarkeitsprinzip der gesamte Prozessstoff noch einmal aufgerollt wird. Vollends nach Einführung der Appellation verliert das Argument, der Grossrichter könne andere Justizoffiziere niedrigeren Grades beeinflussen, jede Bedeutung. An der Ernennung der Justizoffiziere durch den Bundesrat ist daher festzuhalten.

#### 414      **Strafmandatverfahren**

Vereinfachungen des Verfahrens können nur dann erfolgen, wenn dadurch die bisherigen Rechtsgarantien des Angeklagten nicht geschmälert werden. Der Vorschlag, verschiedenen kantonalen Strafprozessordnungen folgend, auch im Militärstrafprozess das Strafmandatverfahren einzuführen und damit eine verfahrenstechnische Vereinfachung zu erzielen, wurde aus diesem Grunde besonders sorgfältig geprüft. Verschiedene Argumente sprechen dagegen. Im Militärstrafprozess gilt das Prinzip der obligatorischen Verteidigung. Sie fällt im Strafmandatverfahren weg. Ebenso geht das Öffentlichkeitsprinzip verloren, und der Täter wird nicht durch eine Mehrheit von Richtern, sondern durch einen Einzelrichter beurteilt. Trotzdem rechtfertigt sich die Einführung des Strafmandatverfahrens. Es erfasst nur Fälle von geringerer Bedeutung, in welchen der geständige Angeklagte in der Regel an der Durchführung einer Hauptverhandlung mit der Möglichkeit seiner öffentlichen Blossstellung kein Interesse hat. Der Erlass des Strafmandats wird dem Präsidenten des Divisionsgerichts übertragen, der alle Gewähr für eine sachgerechte Beurteilung bietet. Missbräuche sind ausgeschlossen, da der Angeklagte (neben dem Auditor) das Recht besitzt, gegen das Strafmandat auf einfachste Weise und in der Regel ohne Verpflichtung zu einer Begründung Einspruch zu erheben, worauf das ordentliche Verfahren durchgeführt werden muss. In einem solchen Falle wird dem Angeklagten, sofern er nicht bereits einen Verteidiger beigezogen hat, ein amtlicher Verteidiger beigegeben. Von diesem kann er sich beraten lassen und gegebenenfalls noch zu Beginn der Hauptverhandlung die Einsprache wieder zurückziehen, worauf das Strafmandat in Rechtskraft erwächst.

Die Einführung des Strafmandatverfahrens im Militärstrafprozess bedeutet daher keinen Einbruch in das bisherige System, sondern vielmehr eine Ergänzung, die – neben einer Entlastung der Gerichte – in erster Linie dem Angeklagten zugute kommt: Er kann die Hauptverhandlung vermeiden oder aber den Prozess unter Ausnützung sämtlicher Rechtsmittel durchfechten.



## 415 Uniformfrage

Die Frage, ob die Militärrichter in Uniform oder in Zivilkleidung verhandeln sollen, machte Nationalrat Allgöwer neben anderen Punkten zum Gegenstand eines Postulats. Eher am Rande wurde sie auch von der Basler Grossratskommission zur Vorbereitung der Standesinitiative diskutiert, ohne dass jedoch ein Änderungsbegehren gestellt worden wäre.

Die in der Öffentlichkeit verschiedentlich geäusserten Bedenken gegen das Tragen der Uniform an Gerichtssitzungen sind unbegründet. Lässt sich ein vielleicht unbeholfener Angeklagter vor Gericht beeindrucken, so spielt dabei die Uniform, die er von seiner dienstlichen Tätigkeit her kennt, kaum eine Rolle. Die Erfahrung zeigt, dass der nicht sehr selbstsichere Angeklagte – wie im zivilen Bereich – in erster Linie durch die Tatsache beeindruckt wird, dass er sich überhaupt vor einem Gericht verantworten muss. Gerade das Tragen der Uniform zeigt aber dem angeklagten Soldaten oder Unteroffizier, dass im Gericht auch Leute seines eigenen Standes sitzen und kann dazu beitragen, Hemmungen abzubauen. Gewicht ist ferner auf die Feststellung zu legen, dass vor den Militärgerichten jeder Angeklagte verbeiständet ist. Der Verteidiger kann jederzeit eingreifen, wenn er den Eindruck erhalten sollte, der Angeklagte sei gehemmt und demzufolge nicht in der Lage, sich frei zu äussern.

Zu einem Verzicht auf das Tragen der Uniform bei den Militärgerichten besteht aus diesen Gründen kein Anlass.

## 416 Bezeichnungen

Gelegentlich wurde vorgeschlagen, verschiedene Bezeichnungen richterlicher Organe im Militärstrafprozess zu ändern, da sie antiquiert seien. Eine Prüfung der Frage hat ergeben, dass an den Bezeichnungen des Auditors (Staatsanwalt, Ankläger) und des Oberauditors nichts geändert werden sollte. Andere Bezeichnungen wie militärischer Staatsanwalt, Militärankläger, Direktor der Militärjustizverwaltung wären kompliziert und würden in der Praxis kaum besser verstanden als die bisherigen. Im militärischen wie im zivilen Bereich bestehen im übrigen häufig alte Bezeichnungen, die dem heutigen Sprachgebrauch nicht mehr unbedingt entsprechen, aus Gründen der Tradition oder der Gewohnheit jedoch beibehalten werden. Es sei beispielsweise erinnert an Bezeichnungen wie Oberkriegskommissär, Polizeiinspektor (für Polizeichef) und dergleichen. Demgegenüber wird vorgeschlagen, auf die bisherige Bezeichnung «Grossrichter» zu verzichten und den allgemein eingebürgerten Ausdruck «Präsident» zu verwenden. Ebenso soll auch die bisherige komplizierte Bezeichnung «Militärstrafgerichtsordnung», die im übrigen sachlich nicht ganz richtig ist, entsprechend dem Bundesstrafprozess durch den Ausdruck «Militärstrafprozess» (*procédure pénale militaire* / *procedura penale militare*) ersetzt werden.

## 42      **Kommentar zu den einzelnen Artikeln des Militärstraßprozesses**

### 421      **Gerichtsordnung**

#### 421.1      *Grundsatz*

##### *Artikel 1*

Die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Militärstrafrechtspflege in Artikel 183<sup>ter</sup> der Militärorganisation (SR 510.10) gehört gesetzestechnisch gesehen in den Militärstraßprozess. Die Bestimmung soll daher als Artikel 1 neu aufgenommen werden. Damit wird dem fundamentalen Prinzip der Unabhängigkeit der Militärjustiz im Militärstraßprozess der gebührende Platz eingeräumt.

#### 421.2      *Justizoffiziere*

##### *Artikel 2*

Gemäss Artikel 10 der Militärstraßgerichtsordnung müssen Justizoffiziere juristische Bildung besitzen und als Truppenoffiziere in der Armee gedient haben. In der Praxis hat sich das Bedürfnis gezeigt, ausnahmsweise auch Offiziere zur Militärjustiz versetzen zu können, die – ohne ein Universitätsstudium abgeschlossen zu haben – als erfahrene Kriminalisten tätig sind. Es besteht kein Anlass, Persönlichkeiten, die sich in ihrem zivilen Beruf als Untersuchungsrichter oder in ähnlichen Funktionen während längerer Zeit bewährt haben, nur deshalb von der Militärjustiz auszuschliessen, weil sie kein Hochschuldiplom vorweisen können. Artikel 2 Absatz 2 öffnet die Möglichkeit, Offiziere ohne Hochschulausbildung ausnahmsweise und unter Voraussetzung hinreichender juristischer Kenntnisse und entsprechender Praxis zur Militärjustiz umzuteilen. Ein Absinken des Leistungsniveaus der Justizoffiziere ist mit dieser Regelung, die in der Praxis restriktiv zu handhaben sein wird, nicht zu befürchten.

Im Vernehmlassungsverfahren wurde verschiedentlich vorgeschlagen, auch juristisch ausgebildete und fachlich ausgewiesene Unteroffiziere und Soldaten wenigstens für Funktionen bis und mit Auditor zur Militärjustiz einzuteilen. Es muss durchaus anerkannt werden, dass auch Unteroffiziere und Soldaten von ihren beruflichen Qualifikationen her Funktionen der Militärjustiz übernehmen könnten. Nach den gegenwärtig gültigen gesetzlichen Bestimmungen ist jedoch die Dienstpflicht von Soldaten und Unteroffizieren zeitlich begrenzt. Die Anforderungen an die ständige Dienstbereitschaft, die bei Justizoffizieren gestellt werden müssen, sind für Unteroffiziere und Soldaten nicht durchsetzbar. Es rechtfertigt sich nicht, für eine einzelne kleine Gruppe eine Ausnahme von allgemeinen gesetzlichen Vorschriften vorzusehen.

##### *Artikel 3*

Die den bisherigen Artikeln 9 und 15 der Militärstraßgerichtsordnung entsprechende Bestimmung wird ergänzt im Hinblick auf die Einführung von Militärappellationsgerichten.

### 421.3 *Militärgerichte*

#### 421.31 *Divisionsgerichte*

##### *Artikel 4–8*

Die Bestimmungen über die Divisionsgerichte werden – wie jene über andere Militärgerichte – systematisch neu geordnet. Bei der Regelung der sachlichen Zuständigkeit ist die Aufhebung der Territorialgerichte und des ausserordentlichen Militärgerichtes zu berücksichtigen. Nach wie vor soll der Bundesrat die Zahl der Gerichte bestimmen, neu aber auch die ihrer Abteilungen. Auch diese Änderung hängt mit der Aufhebung der Territorialgerichte zusammen, da im Hinblick auf eine genügende Personalreserve die Bildung von Abteilungen bei den aktiven Gerichten notwendig sein dürfte. Der ebenfalls in Artikel 5 enthaltene Vorbehalt des Artikels 31 (besonderer Gerichtsstand) dient der Verdeutlichung des bisherigen Rechtszustandes.

Die Amtsdauer der Divisionsgerichte beträgt gemäss Artikel 12 Absatz 1 Militärstrafgerichtsordnung drei Jahre. Bei den eidgenössischen wie auch bei den meisten kantonalen und kommunalen Behörden ist heute die Amtsdauer von vier Jahren üblich. Sie soll auch für die Richterwahlen Geltung haben (Art. 6 Abs. 1).

Nach geltendem Recht zählt das Divisionsgericht unter Einschluss des Präsidenten sieben Mitglieder. Eine derart hohe Zahl von Richtern ist für erstinstanzliche Gerichte in der Schweiz nirgends bekannt. Sie liess sich bis dahin dadurch rechtfertigen, dass ein Appellationsverfahren fehlte. Sicher wird die Bedeutung der Divisionsgerichte mit der Einführung der Appellation nicht herabgemindert. Eine Herabsetzung der Zahl der Richter auf fünf ist jedoch angezeigt. Für einfache Fälle liegt sie immer noch höher als bei den meisten zivilen Gerichten, die den Einzelrichter oder ein Dreiergericht vorsehen. Die Herabsetzung lässt sich jedoch auch für schwere Fälle durchaus verantworten, wenn berücksichtigt wird, dass das Urteil gegebenenfalls noch durch zwei Instanzen überprüft wird. Demgemäss sieht Artikel 7 die Gerichtsbesetzung mit einem Justizoffizier als Präsident sowie zwei Offizieren und zwei Unteroffizieren, Gefreiten oder Soldaten vor. Zur Gerichtsbesetzung gehört ebenfalls der Gerichtsschreiber, während der Auditor – entgegen dem Wortlaut des bisherigen Artikels 13 Militärstrafgerichtsordnung – nicht Mitglied des Gerichts ist, sondern die Anklage zu vertreten hat.

Im Gegensatz zur vorläufigen Beweisaufnahme schreibt die Militärstrafgerichtsordnung die Mitwirkung eines Gerichtsschreibers in der Voruntersuchung obligatorisch vor (Art. 14 MStGO). An dieser Vorschrift ist grundsätzlich festzuhalten, doch hat die Praxis gezeigt, dass die Mitwirkung eines Gerichtsschreibers hier nicht in allen Fällen notwendig und zweckmässig ist. Artikel 8 sieht daher vor, dass das Protokoll ausnahmsweise von einer anderen Person als dem Gerichtsschreiber geführt werden kann. Dies dürfte beispielsweise dann richtig sein, wenn es sich um einfache und kurze Einvernahmen handelt oder wenn in dringenden

Fällen ein Gerichtsschreiber nicht rechtzeitig zur Stelle sein kann. Voraussetzung ist allerdings, dass als Protokollführer eine schreibgewandte und zuverlässige Person eingesetzt wird.

Artikel 16 der Militärstraßgerichtsordnung sieht vor, dass der Bundesrat zur Beurteilung von Anklagen gegen Offiziere des Armeestabes eines der bestehenden Divisionsgerichte bezeichnet. Diese Bestimmung ist historisch zu erklären und hat angesichts des subsidiären Gerichtsstandes des Begehungsortes (Art. 28) keine Bedeutung mehr. Sie wird daher im neuen Gesetzestext nicht mehr aufgenommen.

## 421.32 Militärappellationsgerichte

### *Artikel 9*

Die Appellation ist grundsätzlich gegen alle Urteile der Divisionsgerichte mit Ausnahme der Abwesenheitsurteile möglich. Eine Appellation im Abwesenheitsverfahren ist unnötig, da dem Verurteilten jederzeit das Recht der Wiederaufnahme zusteht und damit das Verfahren vor Divisionsgericht nochmals durchzuführen ist. Die Appellation steht dann gegen das neue divisionsgerichtliche Urteil offen. Die besondere Erwähnung der Appellationsmöglichkeit beim Widerruf des bedingten Strafvollzuges ist aus redaktionellen Gründen notwendig: Der Entscheid über den Widerruf des bedingten Strafvollzuges stellt kein Urteil im technischen Sinne dar.

### *Artikel 10*

Es ist ausserordentlich schwierig, die voraussichtliche Belastung der Appellationsgerichte einigermaßen zuverlässig vorauszusagen. Nach Erfahrungen im zivilen Bereich ist bei 10–20 Prozent der Fälle mit einer Appellation zu rechnen. Wird von 15 Prozent ausgegangen, ergeben sich bei der gegenwärtigen Belastung der Divisionsgerichte rund 130 Fälle pro Jahr bei den französischsprachigen Gerichten, rund 110 für die deutschsprachigen und ungefähr 15 für die italienischsprachigen Gerichte. Trotzdem ein Gericht italienischer Sprache offensichtlich nicht stark belastet würde, sollte es nicht bloss als Kammer eines andern Gerichts ausgebildet sein. Richtig dürfte es sein, je zwei Gerichte für das deutsche und das französische, ein Gericht für das italienische Sprachgebiet einzusetzen. Da nicht vorausgesehen werden kann, wie stark die Appellationsgerichte belastet sein werden, kann die Zahl nicht im Gesetz fixiert, sondern muss vom Bundesrat bestimmt werden. Dagegen muss auf Gesetzesebene dafür gesorgt werden, dass mindestens für jede Sprachgruppe ein selbständiges und dezentralisiertes Gericht geschaffen wird.

### *Artikel 11*

Die Richter der Militärappellationsgerichte sollen wie die der Divisionsgerichte vom Bundesrat ernannt werden. Im Gegensatz zu den Divisionsgerichten sollten die Richter der Appellationsinstanz in der Regel juristische Bildung haben, um eine Annäherung an die Besetzung ziviler Appellationsgerichte zu erreichen.

### *Artikel 12*

Die Militärappellationsgerichte sind zahlenmässig und hinsichtlich der Gradstufen gleich zusammengesetzt wie die Divisionsgerichte. Im zivilen Bereich ist für Appellationsgerichte oft die Dreierbesetzung vorgesehen. Auch die Militärappellationsgerichte sollen jedoch Fachgerichte sein, was eine stärkere Präsenz der Truppenvertreter rechtfertigt. Als Richter sollen zwei Offiziere und zwei Unteroffiziere, Gefreite oder Soldaten amten. Die Vertretung der Anklage ist durch einen Auditor der Vorinstanz wahrzunehmen. Die Ernennung besonderer Auditoren für die Militärappellationsgerichte wäre möglich, jedoch kaum ökonomisch. In der Praxis dürfte es zweckmässig sein, wenn der Auditor, der vor Divisionsgericht tätig war, die Anklage auch vor Militärappellationsgericht vertritt.

### 421.33    Militärkassationsgericht

#### *Artikel 13*

Die sachliche Zuständigkeit des Militärkassationsgerichts soll gegenüber dem geltenden Recht erweitert werden. In allen jenen Fällen, wo gerichtliche Entscheidungen ohne eigentlichen Urteilscharakter ergehen, wird neu das Rechtsmittel des Rekurses eingeführt (vgl. Art. 190ff.), über den das Militärkassationsgericht zu entscheiden hat. Praktisch jeder Entscheid eines Militärgerichts kann damit, sei es durch Appellation und Kassationsbeschwerde, sei es durch Rekurs, vor das höchste Militärgericht gebracht werden. Da gegen Abwesenheitsurteile der Divisionsgerichte die Appellation nicht zulässig ist, kann in diesen Fällen direkt die Kassationsbeschwerde erhoben werden.

#### *Artikel 14*

Wie im geltenden Recht sollen auch in Zukunft die Richter und Ersatzrichter des Militärkassationsgerichts juristisch gebildete Wehrmänner sein. Die Wahlkompetenz wird vom Bundesrat auf die Bundesversammlung übertragen (vgl. dazu oben Ziff. 413).

#### *Artikel 15*

Auch weiterhin soll das Militärkassationsgericht für die Beurteilung von Kassationsbeschwerden mit fünf Richtern besetzt sein. Es wurde geprüft, ob für die Behandlung von Rekursen eine Dreierbesetzung angemessen wäre. Auf einen entsprechenden Vorschlag wird jedoch verzichtet in der Meinung, auch Rekursfälle könnten für den Betroffenen von hoher Bedeutung sein und rechtfertigten daher die volle Gerichtsbesetzung. Zudem ergäbe sich ein wenig prozessökonomisches Verfahren, indem das Militärkassationsgericht am gleichen Sitzungstag voraussichtlich nicht nur Kassationsbeschwerden, sondern auch Rekurse behandeln wird, so dass ohnehin vier Richter aufgeboten werden müssen.

Zur Diskussion stand ferner die Frage, ob dem Vorsitzenden des Militärkassationsgerichts der Grad eines Brigadiers zukommen sollte. Ein entsprechender Vorschlag wurde unter anderem damit begründet, dies rechtfertige sich, um die Unabhängigkeit des Militärkassationsgerichts vom Obergericht zu betonen. Eine

derartige Gradänderung ist jedoch weder nötig noch zweckmässig. Der Präsident des Gerichts sollte nicht durch einen höheren Grad noch mehr hervorgehoben werden, als er es von der Sache her bereits ist. Es besteht keinerlei Gefahr, dass der Oberauditor dank seines höheren Grades den Präsidenten des Militärkassationsgerichts beeinflussen könnte. Mit der Wahl der obersten Militärrichter durch die Bundesversammlung wird zudem deren Unabhängigkeit zusätzlich unterstrichen. Schliesslich spielt das Vorgesetztenverhältnis im Gericht keine Rolle. Es wird aus diesen Gründen vorgeschlagen, an der bisherigen Gradstufe für den Präsidenten des Militärkassationsgerichts festzuhalten.

Das Militärkassationsgericht setzt sich gemäss geltendem Recht nur aus Offizieren zusammen. Der Vorsitzende muss Justizoffizier sein, die übrigen Richter können Justiz- oder Truppenoffiziere sein. Die Struktur des Militärkassationsgerichts als reines Offiziersgericht entspricht den heutigen Auffassungen nicht mehr. Die Zusammensetzung des Gerichts aus Offizieren einerseits, Unteroffizieren und Soldaten andererseits hat sich bei den Divisionsgerichten bewährt und sollte daher auch für das Militärkassationsgericht eingeführt werden. Es wird daher vorgeschlagen, analog den anderen Militärgerichten den Präsidenten dem Kreis der Justizoffiziere zu entnehmen, die übrigen Richter jedoch je zur Hälfte aus Offizieren und Unteroffizieren oder Soldaten zu rekrutieren. Um Schwierigkeiten in der Besetzung des Gerichts zu vermeiden, ist die Zahl der Ersatzrichter auf vier zu erhöhen, von denen zwei Offiziere, zwei Unteroffiziere oder Soldaten sein sollen. Stellvertreter des Präsidenten sollte nicht mehr das an erster Stelle nach ihm gewählte Mitglied des Gerichts sein, sondern derjenige Offizier, der sich für diese Aufgabe am besten eignet. Der Stellvertreter soll daher in Zukunft vom Vorsitzenden selbst bezeichnet werden.

#### 421.4 *Oberauditor*

##### *Artikel 16*

Mit der Eliminierung der Kompetenzen des Oberauditors im Zusammenhang mit dem gerichtlichen Verfahren ist seine Funktion neu zu umschreiben. Es wird deutlich zum Ausdruck gebracht, dass der Oberauditor grundsätzlich Verwaltungsaufgaben zu erfüllen hat, also keine Eingriffsmöglichkeiten in das eigentliche Gerichtsverfahren besitzt. Die wichtige Funktion des Oberauditors hinsichtlich der Ausbildung der Justizoffiziere ist in Artikel 171 Absatz 2 der Militärorganisation (SR 510.10) geregelt und bedarf daher nicht der Aufnahme in den Militärstrafprozess.

Nach Artikel 25 Absatz 2 der Militärstrafgerichtsordnung ist der Oberauditor der unmittelbare Vorgesetzte der Auditoren und der Untersuchungsrichter. Auf diese Bestimmung wird verzichtet. Die Kompetenzen des Oberauditors gegenüber den Justizoffizieren ergeben sich aus seiner Funktion als Chef eines Dienstzweiges. Im übrigen ist die Tätigkeit der Untersuchungsrichter und Auditoren im Gesetz geregelt.

### *Artikel 17*

Nach geltendem Recht bezeichnet der Obergerichtspräsident seinen Stellvertreter selbst. Entsprechend dem Begehren der Basler Ständesinitiative wird als Wahlbehörde der Bundesrat bezeichnet.

Die Artikel 27 und 28 der Militärstrafgerichtsordnung regeln die Funktionen des Obergerichtspräsidenten vor dem ausserordentlichen Militärgericht. Mit dessen Aufhebung fallen auch diese Bestimmungen dahin.

### *421.5 Rechtshilfe*

#### *Artikel 18–25*

Ohne gegenseitige Rechtshilfe zwischen den Gerichten einerseits, Gerichten und Organen der gerichtlichen Polizei andererseits ist eine geordnete Strafverfolgung nicht denkbar. Die gegenseitige Rechtshilfe unter Militärgerichten wie auch zwischen Militärgerichten und bürgerlichen Strafgerichten ist im geltenden Recht in Artikel 36 geregelt. Die Anwendung dieser Bestimmung zeitigte in der Praxis keinerlei Probleme. Demgegenüber ergaben sich Schwierigkeiten in der Rechtshilfe zwischen den Militärgerichten und Polizeibehörden verschiedener Kantone. Militärpolizei steht in der Regel nur bei Dienstleistungen grösserer Detachements im Einsatz und ist für Spezialaufgaben, etwa bei schweren Verkehrsunfällen oder schweren Verbrechen in der Regel nicht ausgerüstet. Aus diesem Grunde sind die Militärgerichte auf die Mitarbeit der bürgerlichen Polizei angewiesen. Obwohl nach dem Sinne des Gesetzes schon mit dem bisherigen Wortlaut von Artikel 36 Absatz 2 Militärstrafgerichtsordnung die Mitarbeit der kantonalen Polizeiorgane gesichert sein sollte, drängt sich eine Neuformulierung der Bestimmung auf, welche diese Mitarbeit ausdrücklich erwähnt und damit abweichende Auffassungen in Zukunft verhindern sollte (Art. 18 Abs. 3). Der neue Vorschlag stellt fest, dass nicht nur die Militärgerichte und die bürgerlichen Gerichts- und Verwaltungsbehörden unter sich zur Rechtshilfe verpflichtet sind, sondern dass auch die Organe der militärischen und bürgerlichen Polizei gegenüber der Militärjustiz Rechtshilfe zu leisten haben. Ebenso sind die Polizeiorgane zur Rechtshilfe gegenüber Truppenkommandanten verpflichtet, soweit diese Massnahmen im Sinne von Artikel 97 Militärstrafprozess (Verhinderung der Flucht des Verdächtigen, Spuren- und Beweissicherung) zu treffen haben.

Bedeutet diese Neufassung bloss eine Verdeutlichung der bisherigen *ratio legis*, bringt Artikel 18 Absatz 3 auch die Konkretisierung des bisher ungeschriebenen Grundsatzes, dass die Polizei ungeachtet der Zuständigkeit eines bürgerlichen oder militärischen Gerichts in dringenden Fällen sofort eingreifen muss.

Eine Bestätigung der bisherigen Praxis enthält schliesslich Artikel 18 Absatz 4, wonach der Verkehr in Rechtshilfesachen unmittelbar von Behörde zu Behörde stattfindet.

Es ist hervorzuheben, dass die Polizeidienste der Kantone und Städte den Organen der Militärjustiz oder Truppenkommandanten, denen Befugnisse im Sinne von Artikel 97 zustehen, nicht unterstellt sind. Die Mitarbeit der Polizeidienststellen wie auch der kantonalen bürgerlichen Gerichte ist Rechtshilfe. Wie die bürgerlichen Gerichte wenden auch die zivilen Polizeidienststellen ihr eigenes Verfahrensrecht an und erledigen die ihnen von militärischen Organen erteilten Aufträge grundsätzlich in eigener Verantwortung. Die übrigen Änderungen im Abschnitt über die Rechtshilfe sind in erster Linie redaktioneller Art. So wurde beispielsweise der Inhalt der Artikel 41 und 42 des geltenden Rechts in den Artikeln 22 und 23 einfacher umschrieben. Auf die bisherige Unterscheidung zwischen Behörden und einzelnen Personen wird verzichtet und generell von Strafverfolgungsbehörden gesprochen. Unter Strafverfolgungsbehörden sind insbesondere Staatsanwälte, Bezirksanwälte, Untersuchungsrichter, Organe der gerichtlichen Polizei und der allgemeinen Polizeidienste zu verstehen.

Am Grundsatz der Unentgeltlichkeit der Rechtshilfe wird festgehalten (Art. 25). In Anpassung an die Entwicklung in der Praxis sollen jedoch nicht nur Auslagen für Expertisen und Zeugenverhöre, sondern ganz allgemein besondere Auslagen, zum Beispiel auch für Fotodossiers, vergütet werden.

## **422      Allgemeine Bestimmungen des Verfahrens**

### **422.1    Gerichtsstand**

#### *Artikel 26–32*

Artikel 46 der Militärstrafgerichtsordnung ermächtigt den Bundesrat, nähere Vorschriften über die örtliche Zuständigkeit der Gerichte für strafbare Handlungen zu erlassen, welche in Rekrutenschulen oder in anderen Instruktionkursen ausserhalb des Truppenverbandes begangen werden. In der Praxis hat es sich als zweckmässig erwiesen, aus sprachlichen Gründen vom Grundsatz der örtlichen Zuständigkeit am Waffenplatz abzuweichen. Dementsprechend hat der Bundesrat beispielsweise das deutschsprachige Divisionsgericht 3 als zuständiges Gericht bezeichnet für strafbare Handlungen, die von deutschsprechenden Wehrmännern auf Waffenplätzen im französischen Sprachgebiet begangen werden. Diese Regelung geht wohl über eine reine Ausführungsvorschrift hinaus und ist daher, da sie sich in der Praxis bewährt hat, in Artikel 27 Absatz 2 auf Gesetzesstufe zu verankern.

Artikel 31 (bisher Art. 50) ermächtigt das Eidgenössische Militärdepartement, aus sprachlichen oder anderen Gründen der Zweckmässigkeit ein anderes als das normalerweise zuständige Divisionsgericht mit der Beurteilung eines Straffalles zu beauftragen. Sprachliche Probleme ergeben sich jedoch nicht erst in der Hauptverhandlung, sondern bereits in der Voruntersuchung. Auch auf dieser Verfahrensstufe sollte sich der Wehrmann in seiner Muttersprache äussern können. Es



wird daher vorgeschlagen, den Obergerichtspräsidenten zu ermächtigen, bei besonderen Verhältnissen einen anderen als den zuständigen Untersuchungsrichter mit der Durchführung der vorläufigen Beweisaufnahme oder Voruntersuchung zu beauftragen.

Artikel 51 des geltenden Rechts weist den Entscheid über einen zwischen Militärgerichten strittigen Gerichtsstand dem Bundesrat zu. Mit der Einführung des Rekurses kann der Entscheid dem Militärkassationsgericht übertragen werden. Ist der Gerichtsstand bereits während der Voruntersuchung umstritten, so soll das Eidgenössische Militärdepartement entscheiden. Auch dieser Entscheid kann vorfrageweise in der Hauptverhandlung angefochten werden, womit ein Gerichtsentscheid provoziert und der Rekursweg geöffnet wird.

Redaktionelle Änderungen zur Anpassung an den heutigen Sprachgebrauch wurden vorgenommen bei den Artikeln 26, 28, 29 und 30.

#### 422.2 *Ausschliessung und Ablehnung von Gerichtspersonen*

##### *Artikel 33–37*

Einer Anregung der Basler Standesinitiative folgend und entsprechend dem Grundsatz, den Obergerichtspräsidenten bei Entscheidungen im Zusammenhang mit dem gerichtlichen Verfahren auszuschalten, wird der Entscheid über die Ausschliessung oder Ablehnung (Art. 36) bis zur Überweisung an das Gericht dem Präsidenten des Divisionsgerichts übertragen. Nach der Überweisung entscheidet wie bis anhin das Gericht.

Das bisherige Recht verlangt, das Ablehnungsgesuch sei anzubringen, sobald der zur Ablehnung Berechtigte erfährt, dass die abzulehnende Person die Amtsverrichtung übernommen hat. In der Praxis ist in der Regel nicht beweisbar, wann jemand von einem Ablehnungsgrund Kenntnis erhalten hat. Auf die wenig bedeutungsvolle Vorschrift ist daher zu verzichten (Art. 37 MStGO).

Bestimmungen über die Ablehnung und Ausschliessung des Obergerichtspräsidenten sind überflüssig geworden, so dass Artikel 57 Militärstrafgerichtsordnung nicht zu übernehmen ist.

Redaktionelle Änderungen werden vorgenommen in den Artikeln 33, 34, 35 und 37 Absatz 2.

#### 422.3 *Protokolle und Akten*

Die Vorschriften über die Protokolle des Militärstrafverfahrens finden sich im geltenden Recht für die Untersuchung in den Artikeln 58 ff., hinsichtlich der

Hauptverhandlung in Artikel 165. Aus systematischen Gründen sollen sie zusammengefasst werden. Die recht ausführlichen Normen über die Akten einer Strafsache können wesentlich vereinfacht werden.

#### *Artikel 38*

Ohne am materiellen Gehalt etwas zu ändern, werden die Vorschriften über die Protokollierung von Aussagen präziser und ausführlicher gefasst. Dies empfiehlt sich, um den Verschiedenheiten der kantonalen Prozessverfahren, die sich nicht selten auch in der Anwendung des Militärstrafverfahrens niederschlagen, im Sinne einer Vereinheitlichung der wesentlichen Punkte begegnen zu können. Artikel 38 ist ferner mit einer Vorschrift über das Vorgehen bei Nichtunterzeichnung eines Protokolls zu ergänzen.

Auch das Strafverfahren darf sich modernen Hilfsmitteln nicht verschliessen. Gegen ihre Anwendung ist so lange nichts einzuwenden, als die Persönlichkeitsrechte und die Sicherheit der Wahrheitsfindung nicht beeinträchtigt werden. Die Verwendung von Tonaufnahmen soll daher in Zukunft gestattet sein unter der Voraussetzung, dass alle am Prozess beteiligten Personen ausdrücklich zustimmen und dass damit die ordentliche Protokollführung nicht ersetzt wird. Tonaufnahmen sollen jedoch nur ausnahmsweise angeordnet werden und dürften in der Praxis vor allem dann in Frage kommen, wenn ein komplizierter Prozessstoff, beispielsweise mit schwierigen technischen Erklärungen und dergleichen, zur Diskussion steht. Aus diesem Grunde sind auch die vereinzelt geäusserten Bedenken gegen das für den Militärstrafprozess neue technische Hilfsmittel unbegründet. Die Tonaufnahme wird nie dazu Anlass geben dürfen, oberflächlich zu protokollieren oder auf eine Protokollführung gar ganz zu verzichten.

#### *Artikel 39*

Die Bestimmungen über die Protokollführung in der Hauptverhandlung erfahren materiell keine grundlegenden Änderungen, doch wird die wenig klare Formulierung des Artikels 165 Absatz 2 Militärstrafgerichtsordnung redaktionell verbessert. Die vollständige Niederschrift und Verlesung einer Aussage ist vom Präsidenten dann anzuordnen, wenn dem Wortlaut besondere Bedeutung zukommt. Der Präsident kann die Massnahme von sich aus oder auf Antrag der Parteien verfügen, wobei – was bis dahin dem Gesetz nur sinngemäss zu entnehmen war – der Entscheid, ob dem Wortlaut einer Aussage besondere Bedeutung zukomme, bei ihm liegt.

Artikel 41 der Verordnung über die Militärstrafrechtspflege (SR 322.2), wonach das Protokoll vom Präsidenten und vom Gerichtsschreiber zu unterzeichnen ist, wird in Absatz 3 übernommen.

#### *Artikel 40*

Wie jene über Einvernahmeprotokolle werden auch die Vorschriften über Protokollierung bei Augenschein und Hausdurchsuchung etwas ausführlicher formu-

liert. Entsprechend der – nicht dem Wortlaut des Gesetzes entsprechenden – bisherigen Praxis sollen Protokolle über Augenschein und Hausdurchsuchung nur vom Untersuchungsrichter unterzeichnet werden. Ein zwingender Grund dafür, auch andere Teilnehmer zur Unterschrift zu verpflichten, besteht nicht. Die meisten kantonalen Prozessordnungen sehen nur die Unterzeichnung durch den die Verhandlung leitenden Richter und allenfalls den Gerichtsschreiber vor.

#### *Artikel 41*

Die Regel, wonach bei Beschlagnahmung oder Verwahrung von Gegenständen ein Verzeichnis zu erstellen ist, stellt eine – wenn auch bedeutungsvolle – Äusserlichkeit dar. Systematisch gehört sie nicht, wie im geltenden Recht, zu den Vorschriften über die technische Durchführung von Durchsuchung und Beschlagnahme, sondern zu den Protokollvorschriften. Materiell wird die Vorschrift ergänzt: Die Vollständigkeit des Verzeichnisses beschlagnahmter Gegenstände ist vom bisherigen Inhaber oder einer beigezogenen Person unterschriftlich zu bestätigen. Die bisher fakultative Abgabe eines Doppels dieses Verzeichnisses wird hinfort obligatorisch sein. Die zusätzlichen Formvorschriften liegen im Interesse des Besitzers von beschlagnahmten Gegenständen.

#### *Artikel 42*

Die Vorschrift von Artikel 60 des geltenden Rechts, wonach Verfügungen in den Akten zu verurkunden sind, wird vereinfacht, wobei die bisher vorgesehene Mitunterzeichnung durch den Gerichtsschreiber nicht mehr ausdrücklich vorgeschrieben wird. Sowohl der Präsident eines Gerichts wie auch der Untersuchungsrichter erlassen einen Teil ihrer Verfügungen (z. B. Terminansetzungen, Durchsuchungsverfügungen u. dgl.) ohne Mitwirkung eines Gerichtsschreibers. Auf seine Unterschrift kann daher verzichtet werden. Umgekehrt dürften auch in Zukunft beispielsweise Verfügungen während der Hauptverhandlung sowohl durch den Präsidenten wie auch durch den Gerichtsschreiber unterzeichnet werden.

#### *Artikel 43 und 44*

Die bis dahin in den Artikeln 63 und 64 Militärstraferichtsordnung enthaltenen Vorschriften über die Archivierung von Akten und Zurückerstattung von Belegen werden redaktionell vereinfacht. Vorschriften über die Sammlung von Akten und die Erstellung von Verzeichnissen gehören nicht auf Gesetzesstufe. Damit kann auf Artikel 62 des geltenden Rechts verzichtet werden.

#### *Artikel 45*

Vorschriften über Akteneinsicht fehlen im geltenden Recht; dagegen enthält Artikel 74 der Verordnung über die Militärstrafrechtspflege (SR 322.2) eine entsprechende Norm. Sie soll, wie dies auch im Bundesstrafprozess der Fall ist, auf Gesetzesstufe verschoben werden: Gerichte und Verwaltungsbehörden erhalten Einsicht in die Akten rechtskräftig erledigter Strafsachen auf Gesuch hin, Privatpersonen kann Akteneinsicht gewährt werden, wenn sie ein schutzwürdiges Interesse

dartun, dem keine höheren Interessen entgegenstehen. Die vorgeschlagene Lösung entspricht allgemeinen Rechtsgrundsätzen und gestattet es, die Interessen von Gerichten und Verwaltungsbehörden wie auch von Privatpersonen weitgehend zu berücksichtigen. Der Entscheid über die Gewährung von Akteneinsicht muss beim Obergericht liegen, da seine Dienststelle mit der Materie (z. B. wenn Geheimnisse zu wahren sind) am besten vertraut ist.

#### 422.4 *Fristen*

##### *Artikel 46–48*

Mit Ausnahme einer vereinzelter Bestimmung im Zusammenhang mit dem Kassationsbeschwerdeverfahren (Art. 189 Abs. 4 MStGO) fehlen im geltenden Recht Vorschriften über Fristen und deren Wiederherstellung. Diese Lücke ist zu schliessen, wobei weitgehend die Bestimmungen des Gesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege (SR 177.110) berücksichtigt werden. Artikel 46 enthält die Vorschriften über die Berechnung der Fristen sowie die Feststellung, dass gesetzliche Fristen – im Gegensatz zu richterlich bestimmten Fristen – nicht erstreckbar sind.

Die Wiederherstellung einer Frist (Art. 47) ist zulässig, wenn der Gesuchsteller oder sein Vertreter unverschuldet davon abgehalten wurde, fristgemäss zu handeln. Wiederherstellungsgesuche sind unter gleichzeitiger Nachholung der versäumten Rechtshandlung innert zehn Tagen nach Wegfall des Hindernisses einzureichen. Wird ein Wiederherstellungsgesuch abgelehnt, kann der Entscheid mit Beschwerde beim Richter angefochten werden.

Um dem Rechtsunkundigen, der noch keinen Verteidiger hat oder auf dessen Mitarbeit verzichtet, die Einreichung von Eingaben nicht zu erschweren, sollen die Fristen auch dann als eingehalten gelten, wenn eine Eingabe fristgerecht bei einer unzuständigen schweizerischen Dienst- oder Amtsstelle eingereicht wird (Art. 48).

#### 422.5 *Öffentlichkeit und Sitzungspolizei*

##### *Artikel 49*

Der Grundsatz der Öffentlichkeit militärgerichtlicher Verhandlungen ist von fundamentaler Bedeutung und soll möglichst wenig eingeschränkt werden. Bis dahin sind solche Einschränkungen vorgesehen bei Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit. Die Praxis hat gezeigt, dass auch Interessen der Staatssicherheit den Ausschluss der Öffentlichkeit in mehr oder weniger grossem Umfang erheischen können. Der Ausschluss der Öffentlichkeit kann sich ferner im Interesse eines Beteiligten, handle es sich um einen Angeklagten oder einen Zeugen, als erforderlich erweisen. In der Praxis wurde der Ausschluss der Öffentlich-

keit im Interesse der Staatssicherheit bis dahin gestützt auf die Geheimhaltungsvorschriften der Armee verfügt. In Übereinstimmung mit dem Bundesstrafprozess sollen beide Ausschlussgründe in den Militärstrafprozess übernommen werden.

Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Möglichkeit, Bild- und Tonaufnahmen in Gerichtssälen durchzuführen, zu Missbräuchen Anlass geben kann. Abgesehen davon sind derartige Aufnahmen geeignet, die beteiligten Personen in ihrer freien Willensäußerung einzuschränken. Verschiedene Kantone und auch das Bundesgericht verbieten aus diesem Grunde Ton-, Film- und Fernsehaufnahmen im Gerichtssaal. Eine entsprechende Norm rechtfertigt sich auch für den Militärstrafprozess. Gegen den Vorschlag wurde in einem vereinzelt Fall eingewendet, das Verbot stehe in klarem Gegensatz zum Öffentlichkeitsprinzip und verkenne, dass dem Gerichtsvorsitzenden die Sitzungspolizeigewalt zustehe, die es ihm erlaube, Missbräuche zum Vorneherein zu vereiteln. Dazu ist zu bemerken, dass das Öffentlichkeitsprinzip durchaus gewährleistet ist, wenn in angemessenem Umfang Besucherplätze vorhanden sind. Das Öffentlichkeitsprinzip hat zum Zweck, dem interessierten Bürger die Verfolgung einer Gerichtsverhandlung und damit indirekt die Überwachung der gerichtlichen Tätigkeit zu gestatten. Dieses Recht wird durch das Verbot von Bild- und Tonaufnahmen in keiner Weise beschränkt. Es darf zudem nicht übersehen werden, dass beispielsweise Fernsehaufnahmen im Gerichtssaal für den Angeklagten eine härtere Strafe bedeuten könnten als das richterliche Urteil selbst. Auch die Meinung, der Präsident des Gerichts könne Missbräuche im Vorneherein vereiteln, ist verfehlt. Ob beispielsweise Fernseh- oder Filmaufnahmen das Verhalten des Angeklagten beeinträchtigen, ist unter Umständen erst im Verlaufe des Verfahrens feststellbar. Gegen Missbräuche mit Filmmaterial nach einer Hauptverhandlung könnte der Präsident überhaupt nichts unternehmen.

#### *Artikel 50*

Die Bestimmungen über die Sitzungspolizei werden sprachlich kürzer und zeitgemäss gefasst. Der Katalog der dem Vorsitzenden zur Verfügung stehenden Massnahmen für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in der Gerichtsverhandlung umfasste bis dahin die Möglichkeit der zwangsweisen Entfernung und nötigenfalls Verhaftung von Personen, welche die Ordnung stören. Im Sinne einer Klarstellung ist nun ein dreistufiges Vorgehen vorgesehen. Ruhestörer können weggewiesen, der Sitzungssaal kann geräumt und Widersetzliche können bis zum Schluss der Sitzung in polizeilichen Gewahrsam genommen werden. Personen, die sich in der Sitzung ungebührlich verhalten oder richterliche Anordnungen missachten, können wie bis anhin unter Vorbehalt der strafrechtlichen Verfolgung mit Ordnungsbussen oder Haft bestraft werden. Der Strafraum für Haft bleibt unverändert, während das Maximum der Ordnungsbussen in Anpassung an die Geldentwertung auf 300 Franken erhöht wird. Der Praxis entsprechend wird ferner festgehalten, dass dem Untersuchungsrichter die gleichen Befugnisse wie dem Gericht zustehen, doch wird der Strafraum in diesem Fall auf Ordnungsbussen bis zu 100 Franken oder einen Tag Haft beschränkt.

*Artikel 51*

Die Tatsache, dass Kantone und Gemeinden den Militärgerichten an ihren Sitzungsorten die erforderlichen Räume unentgeltlich zur Verfügung stellen, beruht auf Gewohnheitsrecht. Da sich in vereinzelt Fällen Schwierigkeiten ergeben haben, erweist sich eine gesetzliche Regelung als notwendig.

Zur Gewährleistung des Ordnungsdienstes im Gerichtssaal sowie zur Bedienung des Gerichts (Weibeldienst) sieht Artikel 67 Militärstrafgerichtsordnung den Einsatz von Truppen vor. Diese Lösung entspricht der heutigen Situation nicht mehr. Für den Weibeldienst könnten ohne weiteres auch in Zukunft geeignete Unteroffiziere oder Soldaten abkommandiert werden. Demgegenüber ist die Truppe für Polizeieinsätze weder ausgebildet noch ausgerüstet. Der Ordnungsdienst im Gerichtssaal ist daher den zuständigen kantonalen oder kommunalen Polizeibehörden zu übertragen. Diesen obliegt ohnehin der Ordnungsdienst ausserhalb des Gerichtssaales, so dass es sich auch aus dem Grunde rechtfertigt, die Verantwortung für ein allenfalls nötiges Ordnungsdispositiv in der gleichen Hand zu vereinigen. Artikel 51 Absatz 2 ist in diesem Sinne abgefasst und zudem gegenüber dem bisherigen Recht redaktionell vereinfacht. Gegen den Vorschlag wurde in einem Einzelfall eingewendet, die Aufgaben der Ordnungspolizei im Gerichtssaal seien der Heerespolizei zu übergeben, um eine konsequente Aufgabentrennung zwischen ziviler Polizei und Armee zu gewährleisten. Der an und für sich verständliche Vorschlag übersieht, dass bei unserem Milizsystem Heerespolizisten nicht von einem Tag auf den andern aufgeboden werden können. Zudem bestehen bei den Unteroffizieren und Soldaten der Heerespolizei die gesetzlichen Dienstleistungsbeschränkungen. Praktisch wäre es daher in der Regel kaum möglich, rechtzeitige Aufgebote zu erlassen, da sich die Notwendigkeit von Sicherheitsvorkehrungen in der Regel erst kurz vor der Verhandlung manifestiert. An der vorgeschlagenen Lösung muss daher festgehalten werden.

#### 422.6 *Einvernahme des Beschuldigten, freies Geleit*

Die Militärstrafgerichtsordnung enthält unter dem Abschnitt «V. Der Beschuldigte» Bestimmungen über die vorläufige Festnahme, Untersuchungshaft, Vorladung und Einvernahme. Diese wenig systematische Gliederung wird durch Bildung neuer Abschnitte mit einheitlichem Inhalt verbessert.

*Artikel 52*

Die Norm entspricht inhaltlich dem bisherigen Artikel 76, wird jedoch in verschiedener Hinsicht ergänzt. Die schriftliche Vorladung wird nur noch als Regel vorgesehen, da in dringenden Fällen oder wenn sich der Beschuldigte im Dienst befindet, die mündliche Vorladung geeigneter ist. Ergänzend wird die Verpflichtung der vorladenden Instanz normiert, den Beschuldigten auf die gesetzlichen Folgen des Ausbleibens aufmerksam zu machen. Die Zustellungsvorschriften

werden jenen, die für Zeugen gelten, angepasst. Der geltenden Praxis entsprechend sind Vorführungsbefehle in der Regel schriftlich zu erteilen.

### *Artikel 53*

Die bei Einvernahmen anzuwendenden Grundsätze werden materiell nicht verändert, jedoch im Interesse einer korrekten Behandlung des Beschuldigten wie auch einer objektiven Wahrheitsfindung wesentlich detaillierter dargestellt. Von besonderer Bedeutung ist Artikel 53 Absatz 5, der ausdrücklich verlangt, dass auch im Falle eines Geständnisses die näheren Umstände und die Beweggründe der Tat abzuklären sind. Beim Erlass von Strafmandaten wird der Richter für sein Urteil einzig auf die Untersuchungsakten angewiesen sein. Die Untersuchung muss daher ganz besonders in derartigen Fällen nicht nur über das Geständnis des Beschuldigten (welches Voraussetzung für das Strafmandatverfahren ist), sondern über alle im Hinblick auf die Strafzumessung bedeutenden Faktoren Aufschluss geben. Neu ist schliesslich die der bisherigen Praxis entsprechende Vorschrift, dass das Verfahren weiterzuführen ist, wenn der Beschuldigte die Aussage verweigert. Ein Strafverfahren soll nicht durch Schweigen blockiert werden können.

### *Artikel 54*

Bestimmungen über die Erteilung freien Geleits finden sich bis dahin bloss in Artikel 51 der Verordnung über die Militärstrafrechtspflege (SR 322.2), nicht jedoch in der Militärstrafgerichtsordnung. Sie gehören wie in der Bundesstrafrechtspflege (Art. 61 BStP, SR 312.0) auf Gesetzesstufe.

In der Praxis wird freies Geleit im Ausland wohnhaften Personen erteilt, die sich in der Schweiz eine strafbare Handlung zuschulden kommen liessen und deshalb zur Verhaftung ausgeschrieben sind. Das freie Geleit gestattet die Einreise in die Schweiz ohne das Risiko, beim Grenzübertritt verhaftet zu werden. Eine Ausdehnung des freien Geleits beispielsweise auf die ungehinderte Rückreise ins Ausland nach der Durchführung des Gerichtsverfahrens wäre indessen nicht zu verantworten. Sie würde den Täter, der sich vorerst der Strafverfolgung durch Flucht ins Ausland entzogen hat, gegenüber jenem, der die Folgen seines Verhaltens auf sich nimmt und sich in der Schweiz der Justiz stellt, privilegieren. Täter, die das freie Geleit beanspruchen und denen der bedingte Strafvollzug zugebilligt wird, können ohne weiteres ausreisen.

Analog zur Regelung im Bundesstrafprozess soll das freie Geleit an Bedingungen geknüpft werden können, bei deren Nichteinhaltung die Rechtswohltat erlischt. Ferner ist eine eingehende Orientierung des Täters, der freies Geleit beansprucht, notwendig. Er muss sich über die Folgen und insbesondere über die Tatsache, dass das freie Geleit bei einer unbedingten Strafe dahinfällt, Rechenschaft geben können. Es wird deshalb in Artikel 54 Absatz 3 ausdrücklich verlangt, dass der Beschuldigte oder Verurteilte bei Erteilung des freien Geleits auf die in Absatz 2 vorgesehenen Rechtsfolgen aufmerksam gemacht werden muss.

## 422.7 *Vorläufige Festnahme, Untersuchungs- und Sicherheitshaft*

### *Artikel 55*

Die vorläufige Festnahme ist ein provisorischer Freiheitsentzug ohne Haftbefehl im Sinne einer Polizeimassnahme und daher von der eigentlichen Verhaftung deutlich abzugrenzen. Sie ist nur dann zulässig, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen zur Verhaftung vorliegen. An diesem Grundsatz soll – mit einer Ausnahme – auch in Zukunft festgehalten werden. Der Ausnahmefall ergibt sich daraus, dass unter den Verhaftungsgründen des Artikels 57 die sogenannten dienstlichen Rücksichten gestrichen werden. Der Truppenkommandant kann jedoch unter Umständen in die Lage kommen, aus dienstlichen Gründen wenigstens eine vorläufige Festnahme verfügen zu müssen. Eine solche Massnahme wird sich allerdings nur in besonderen Fällen aufdrängen und es ist – um der Willkür vorzubeugen – eine restriktive Interpretation des Begriffes der dienstlichen Gründe notwendig. Es wird deshalb vorgeschlagen, die Möglichkeit der vorläufigen Festnahme nur dann vorzusehen, wenn die dienstlichen Gründe zwingend sind. Als weitere, im bisherigen Gesetz nicht vorgesehene Sicherung wird vorgeschlagen, die Höchstdauer der vorläufigen Festnahme auf drei Tage zu beschränken und den militärischen Vorgesetzten zu verpflichten, unverzüglich entweder ein Disziplinarverfahren oder eine militärgerichtliche Untersuchung einzuleiten.

Unter den gleichen Voraussetzungen wie der militärische Vorgesetzte soll auch der Untersuchungsrichter eine vorläufige Festnahme verfügen können. Die zeitliche Höchstgrenze wird hier auf sieben Tage festgelegt, da es sich in Fällen, wo eine vorläufige Festnahme notwendig ist, in der Regel um komplizierte Angelegenheiten handelt, deren Abklärung einen gewissen Zeitaufwand erfordert.

Dem Festgenommenen soll in jedem Fall ein Rechtsmittel gegen die vorläufige Festnahme zur Verfügung stehen. Erfolgt sie durch den militärischen Vorgesetzten, kann Beschwerde im Sinne von Artikel 209 ff. Militärstrafgesetz (SR 321.0) eingereicht werden, die im Weiterzugsfall zur gerichtlichen Beurteilung führt, während gegen Festnahmeverfügungen des Untersuchungsrichters die Beschwerde gemäss Artikel 162 des Militärstrafprozesses erhoben werden kann. Auch hier entscheidet eine richterliche Behörde.

Erfolgt eine vorläufige Festnahme zu Unrecht, so kann dem Betroffenen nach den Grundsätzen des Artikels 112 Militärstrafprozess eine Entschädigung ausgerichtet werden.

### *Artikel 56*

Der Wortlaut von Artikel 69 der Militärstrafgerichtsordnung gestattet es jedermann, eine auf frischer Tat oder unmittelbar nachher betroffene Person unter bestimmten Umständen vorläufig festzunehmen. Es handelt sich jedoch hier nicht um eine vorläufige Festnahme im Sinne des Artikels 55, sondern um das tatsächliche Festhalten zuhänden der zuständigen Behörden. Diesem Sinn ist Ausdruck



zu geben. Artikel 56 spricht aus diesem Grunde von Anhaltung, womit klar zum Ausdruck gebracht wird, dass das Festhalten einer Person nur gestattet ist, um sie sofort der nächsten Truppe oder Polizei zu übergeben.

#### *Artikel 57*

Im Bericht der Basler Grossratskommission im Zusammenhang mit der Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt wird das bisherige Haftrecht in verschiedenen Punkten kritisiert. In erster Linie postuliert der Bericht eine präzise und detaillierte Umschreibung der Voraussetzungen für die Inhaftierung. Zu berücksichtigen ist ferner Artikel 5 Ziffer 1 Buchstabe c der Europäischen Menschenrechtskonvention. Der neue Artikel 57 entspricht den gestellten Forderungen. Wie bereits im Zusammenhang mit der vorläufigen Festnahme erwähnt, fällt der Haftgrund der dienstlichen Rücksichten dahin. Im weiteren ist eine Verhaftung nicht mehr schlechthin im Interesse der Untersuchung möglich, sondern nur noch dann, wenn die Gefahr besteht, dass der Beschuldigte Tatspuren vernichtet oder Zeugen oder Mitbeschuldigte zu falschen Aussagen verleitet oder sonst den Zweck der Untersuchung gefährdet. Haftgrund ist demnach nicht mehr das Interesse an einem problemlos durchzuführenden Verfahren, sondern ein auf die Vereitelung einer objektiven Untersuchung hinielendes Verhalten des Täters.

Am Haftgrund der Fluchtgefahr muss festgehalten werden. Neu wird in Anlehnung an kantonale Strafprozessordnungen die Möglichkeit der Verhaftung dann vorgesehen, wenn Gefahr besteht, dass der Beschuldigte in Freiheit seine strafbare Tätigkeit fortsetzt. Dieser Haftgrund, der auch von der Menschenrechtskonvention ausdrücklich anerkannt ist, dürfte in der Praxis selten zur Anwendung gelangen, erweist sich jedoch im Interesse eines Schutzes der Öffentlichkeit als notwendig.

Ebenfalls in Übereinstimmung mit den Anregungen im Zusammenhang mit der Basler Standesinitiative wird darauf verzichtet, bei Flucht- und Kollusionsgefahr die Verhaftung obligatorisch vorzuschreiben. Demgemäss ist nun für alle Haftgründe eine Kann-Vorschrift vorgesehen.

Ein Vorschlag, die Haftgründe zu erweitern, beispielsweise zum Schutz vor Drittpersonen, erscheint nicht notwendig.

Am Grundsatz, dass die Verhaftung nur in der Voruntersuchung möglich ist, wird festgehalten. Dies ist um so eher zu verantworten, als dem Untersuchungsrichter im Stadium der vorläufigen Beweisaufnahme die vorläufige Festnahme als Polizeimassnahme zur Verfügung steht.

Dem Begehren, im Militärstrafprozess die Möglichkeit vorzusehen, einen wegen Fluchtgefahr verhafteten Täter gegen Kautions freizulassen, kann nicht entsprochen werden. Die Freilassung gegen Kautions führt dazu, dass Vermögensunterschiede Bedeutung erlangen können, was im bürgerlichen Bereich nicht zu befriedigenden vermag und im Militärstrafprozess überhaupt nicht zu verantworten ist.

Die Militärgerichte haben sich übrigens mit Fällen, in denen eine Kautions zur Diskussion stehen könnte, äusserst selten zu befassen.

Gegenüber einer Haftverfügung des Grossrichters besteht kein Rechtsmittel. In Artikel 162 wird diese Lücke geschlossen. Gegen Haftverfügungen der Präsidenten der Divisions- und der Militärappellationsgerichte kann Beschwerde geführt werden.

#### *Artikel 58*

Die Bestimmungen über den Haftbefehl werden im Interesse des Beschuldigten wesentlich detaillierter gefasst. Zusätzlich zu den in Artikel 71 Absatz 2 Militärstrafgerichtsordnung enthaltenen Angaben müssen auch der Verhaftungsgrund und eine Rechtsmittelbelehrung in den Haftbefehl aufgenommen werden. Dem Beschuldigten ist ein Doppel des Befehls zu übergeben.

#### *Artikel 59*

Die geltenden Vorschriften über die öffentliche Bekanntmachung von Haftbefehlen werden ergänzt mit dem der bisherigen Praxis entsprechenden Hinweis, dass die Polizeiorgane verpflichtet sind, bei der Fahndung mitzuwirken. Die Möglichkeit, bei schweren Straftaten die Fahndung mit Hilfe von Presse, Radio oder Fernsehen zu intensivieren, wird neu vorgesehen. Die übrigen Abweichungen des Artikels 59 vom geltenden Artikel 72 sind redaktioneller Natur.

#### *Artikel 60*

Artikel 60 fasst den Inhalt der Artikel 73 und 75 der Militärstrafgerichtsordnung zusammen und bestimmt ergänzend die Höchstdauer der Untersuchungshaft. Diese, bis dahin in der Militärstrafgerichtsordnung nicht geregelt, wird durch Artikel 36 der Verordnung über die Militärstrafrechtspflege (SR 322.22) auf 14 Tage beschränkt. Eine längere Haftdauer bedarf nach geltendem Recht der Zustimmung des Obergerichtes. Der Grundsatz, dass eine länger dauernde Untersuchungshaft von der Zustimmung einer höheren gerichtlichen Instanz abhängig zu machen ist, soll auf Gesetzesstufe erhoben werden, wobei an der bisherigen Zeitlimite festgehalten wird, da sie sich in der Praxis bewährt hat. Anstelle des Obergerichtes wird der Präsident des Divisionsgerichts für die Bewilligung von Hafterstreckungsgesuchen zuständig sein. Der Untersuchungsrichter hat das Hafterstreckungsgesuch unter Angabe der beantragten Fristverlängerung zu begründen.

Statt wie bis dahin am ersten Tag soll hinfort die erste Einvernahme eines Verhafteten am ersten Werktag nach seiner Zuführung erfolgen. Diese Regelung entspricht modernen kantonalen Prozessordnungen.

Über den Inhalt des Artikels 73 Militärstrafgerichtsordnung hinaus gehen die Bestimmungen, wonach der Beschuldigte jederzeit ein Haftentlassungsgesuch einreichen kann und freizulassen ist, sobald kein Haftgrund mehr besteht.

*Artikel 61*

Das Problem der sogenannten Sicherheitshaft, die der Verhinderung der Flucht eines Verurteilten dient, der gegen das Urteil ein Rechtsmittel eingelegt hat, ist im geltenden Recht nicht geregelt. Diese Lücke ist zu schliessen. Über die Anordnung oder Fortdauer der Sicherheitshaft entscheidet jener Gerichtspräsident, bei dem sich die Akten befinden.

*Artikel 62*

Die Bestimmung wird ohne materielle Änderung sprachlich verbessert.

422.8 *Untersuchungsmassnahmen*

Der Abschnitt VI des bisherigen Rechts wird mit Vorschriften über die Überwachung und Beschlagnahme bei PTT-Betrieben, die körperliche Untersuchung, Blutprobe, Abklärung des Geisteszustandes, über das Privat- und Berufsgeheimnis sowie über die Sektion und Exhumierung ergänzt.

*Artikel 63*

Ergänzend zum bisherigen Recht sollen der Beschlagnahme nicht nur Gegenstände unterliegen, die als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sind, sondern auch solche, die eingezogen werden müssen. Die Praxis hat gezeigt, dass die Durchführung einer Beschlagnahme durch den militärischen Untersuchungsrichter unter Umständen wenig prozessökonomisch ist. Eine Zusammenarbeit mit den zivilen Polizeidienststellen ist in der Regel ohnehin notwendig. In Anlehnung an Artikel 67 Absatz 2 der Bundesstrafrechtspflege (SR 312.0) soll daher die Möglichkeit geschaffen werden, mit der Durchführung der Beschlagnahme ein nach kantonalem Recht zuständiges Organ der gerichtlichen Polizei zu beauftragen.

*Artikel 64*

Diese Bestimmung wird redaktionell geändert.

*Artikel 65*

Angeichts der zurzeit noch hängigen parlamentarischen Initiative über den Schutz der persönlichen Geheimsphäre (Nr. 11.735, BBl 1976 I 529) darf davon ausgegangen werden, dass eine detaillierte Regelung für alle tangierten Bundesgesetze, also auch für den Militärstrafprozess, demnächst getroffen wird. Wir enthalten uns deshalb an dieser Stelle eines Vorschlags zum Problem der Überwachung und Beschlagnahme bei PTT-Betrieben und verweisen auf unsere Stellungnahme vom 11. August 1976 zur erwähnten Initiative (BBl 1976 II 1569).

*Artikel 66*

Die Bestimmungen über die Durchsuchung von Wohnungen oder anderen Räumlichkeiten, die bis dahin getrennt für Räume des Beschuldigten oder Verdächtigen

(Art. 82 MStGO) und solche anderer Personen (Art. 83 MStGO) geregelt waren, werden mit sprachlichen Modifikationen zusammengefasst. Präzisierend wird festgehalten, dass die Durchsuchung nötigenfalls auch die Person des Beschuldigten oder Verdächtigen betreffen kann.

### *Artikel 67*

Das geltende Recht enthält keine ausdrücklichen Vorschriften über die Untersuchung von Personen. Der neue Artikel 67 differenziert hinsichtlich der Voraussetzungen zwischen Verdächtigen oder Beschuldigten einerseits und Drittpersonen andererseits. Körperliche Untersuchungsmassnahmen gegenüber Dritten können nur in wichtigen Fällen angeordnet werden. Die Entnahme von Blutproben muss durch einen Arzt erfolgen. Schliesslich bringt Artikel 67 Absatz 3 die klare Rechtsgrundlage für die Einweisung eines Beschuldigten in eine Anstalt zur Abklärung seines Geisteszustandes. Es wird dabei – der Praxis entsprechend – festgehalten, dass der Aufenthalt in der Anstalt als Untersuchungshaft gilt.

### *Artikel 68 und 69*

Der Inhaber von Räumen oder Gegenständen ist nach dem geltenden Recht bloss berechtigt, an einer Durchsuchung teilzunehmen. Hinfort soll er obligatorisch zu einer derartigen Untersuchungsmassnahme beigezogen werden, falls er nicht ortsabwesend ist. Durchsuchungen bei Zivilpersonen hat nach wie vor ein Vertreter der bürgerlichen Behörde beizuwohnen, wobei im Hinblick auf die Stadtkantone statt eines Gemeindebeamten auch ein kantonales Organ in Frage kommen kann. Dagegen soll künftig auf die in Artikel 84 Absatz 3 Militärstrafgerichtsordnung vorgesehene Möglichkeit verzichtet werden, zur Durchsuchung einen Nachbarn beizuziehen, um die Privatsphäre des von der Durchsuchung Betroffenen möglichst wenig zu beeinträchtigen. Gegen Durchsuchungsverfügungen des Untersuchungsrichters wie auch eines Gerichtspräsidenten kann Beschwerde gemäss Artikel 162 erhoben werden. Die geltende Regelung der Durchsuchung weist eine empfindliche Lücke auf, indem eine Norm über den Schutz des Privat- und Berufsgeheimnisses fehlt. Abhilfe wird geschaffen durch Übernahme von Artikel 69 der Bundesstrafrechtspflege (SR 312.0) über den Schutz des Privat- und Berufsgeheimnisses. Die Tragweite der Bestimmung wird leicht ausgedehnt, indem auch Bild- und Tonträger dem Privat- und Berufsgeheimnis unterliegen können und demgemäss besonders zu schützen sind. Dem Inhaber von Schriftstücken, Bild- und Tonträgern steht die Möglichkeit offen, gegen die Durchsuchung Einspruch zu erheben, worauf der zuständige Richter über die Zulässigkeit der Durchsuchung zu entscheiden hat.

### *Artikel 70*

Die in Artikel 85 Militärstrafgerichtsordnung enthaltene Vorschrift über die Erstellung des Verzeichnisses beschlagnahmter Gegenstände sowie dessen Unterzeichnung findet sich nun in Artikel 41. Neu wird an dieser Stelle in Anlehnung an den Bundesstrafprozess die Rückgabe oder Verwertung von beschlagnahmten

Gegenständen normiert. Eine klare Regelung dieses Gebietes liegt sowohl im Interesse der beteiligten Personen wie auch der Gerichtsbehörden.

#### *Artikel 71*

Massnahmen wie die Sektion, der Aufschub der Bestattung, die Ausgrabung eines Leichnams und die Öffnung von Aschenurnen sind für die betroffenen Angehörigen von grosser Tragweite. Es rechtfertigt sich daher die – bis dahin fehlende – Regelung auf Gesetzesstufe. Angesichts der bedeutenden emotionellen Momente sollen derartige Massnahmen nur aus zwingenden Gründen angeordnet werden.

#### *422.9 Zeugen und Auskunftspersonen*

Die Vorschriften über die Zeugen werden neueren kantonalen Strafprozessordnungen und dem Bundesstrafprozess (SR 312.0) angepasst. Das in der Praxis entwickelte Institut der Auskunftsperson wird gesetzlich geregelt.

#### *Artikel 72*

Der Grundsatz, wonach jedermann verpflichtet ist, als Zeuge vor dem Richter zu erscheinen und unter Vorbehalt eines allfälligen Zeugnisverweigerungsrechts auszusagen, kann dem bisherigen Recht nur indirekt entnommen werden. Er ist gesetzlich zu verankern.

#### *Artikel 73*

Der Kreis der zur Zeugnisverweigerung berechtigten Personen wird hinsichtlich der Verwandten ohne materielle Änderung detaillierter umschrieben. Die Liste der aus beruflichen Gründen zur Zeugnisverweigerung berechtigten Personen umfasst bis dahin Geistliche, Ärzte und Rechtsanwälte. Sie soll unter Berücksichtigung moderner Strafprozessordnungen ausgedehnt werden auf Notare, Zahnärzte, Apotheker und Hebammen sowie ganz allgemein auf berufliche Hilfspersonen.

Nach geltendem Recht (Art. 87 Abs. 1 MStGO) sind unter anderem Personen zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigt, denen eine Aussage zu eigenem Nachteil an Vermögen oder Ehre gereichen würde. Diese Formulierung ist zu eng. Nach geltender Praxis und in Übereinstimmung mit anderen Strafprozessordnungen berechtigt ganz allgemein die Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung oder eines schweren Nachteils zur Zeugnisverweigerung. Artikel 73 Buchstabe c ist entsprechend formuliert, wobei selbstverständlich auch die Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung oder schwerer Nachteile für nahe Angehörige zur Zeugnisverweigerung berechtigt.

#### *Artikel 74*

Die Bestimmung enthält die in Artikel 86 Absatz 2 und Absatz 3 Militärstrafgerichtsordnung niedergelegten Vorschriften, wobei klarer als im bisherigen Text zum Ausdruck gebracht wird, dass der Richter den Zeugen auf sein Recht zur

Zeugnisverweigerung hinzuweisen hat. Ferner werden Vorschriften für jenen Fall aufgestellt, in dem ein Zeuge sich trotz seines Zeugnisverweigerungsrechts zur Aussage bereit findet, diese Erklärung jedoch während der Einvernahme widerruft. Analog zur Regelung in Artikel 76 Absatz 2 der Bundesstrafrechtspflege (SR 312.0) bleiben bereits gemachte Aussagen bestehen.

#### *Artikel 75*

Die Norm über die Entbindung von der Pflicht zur Dienstverschwiegenheit durch vorgesetzte Behörden (Art. 88 MStGO) war bis dahin zu eng gefasst, betraf sie doch nur Militärpersonen. Eine Erweiterung erfolgt in Absatz 1, indem der Ausdruck «Militärperson» durch «Person» ersetzt wird. Absatz 2 bestimmt, wie Artikel 78 der Bundesstrafrechtspflege (SR 312.0), dass Beamte nur mit Zustimmung der vorgesetzten Behörde als Zeugen einvernommen oder zur Herausgabe von Akten angehalten werden können.

#### *Artikel 76*

Die Bestimmung wurde materiell gegenüber dem geltenden Recht (Art. 89 MStGO) nicht verändert, jedoch neu gefasst.

#### *Artikel 77*

Die Vorschrift entspricht grundsätzlich Artikel 90 des geltenden Rechts, wird jedoch – abgesehen von redaktionellen Änderungen – ergänzt mit dem Hinweis, dass ein Zeuge andern Zeugen oder dem Beschuldigten gegenübergestellt werden kann. Die durchgeführte Ermahnung zur Wahrheit und der Hinweis auf die Straffolgen falschen Zeugnisses sind im Protokoll vorzumerken.

#### *Artikel 78*

Artikel 91 Absatz 1 Militärstrafgerichtsordnung sieht vor, die Einvernahme eines Zeugen beginne mit der Feststellung seiner persönlichen Verhältnisse und allfälliger seine Glaubwürdigkeit beeinflussender Tatsachen. Nach heutiger Rechtsauffassung soll jedoch ein Richter nicht weiter in die Persönlichkeitssphäre eines Zeugen eindringen, als dies unbedingt notwendig ist. Die persönlichen Verhältnisse des Zeugen sind daher nur so weit festzustellen, als sie für seine Glaubwürdigkeit und insbesondere seine Beziehungen zum Beschuldigten oder Verletzten von Bedeutung sein können. Artikel 78 entspricht aus diesen Überlegungen, allerdings sprachlich etwas modifiziert, Artikel 84 Absatz 1 der Bundesstrafrechtspflege (SR 312.0). Auf die bisherigen Hinweise für die technische Durchführung der Zeugeneinvernahme kann verzichtet werden: sie gehören in Ausführungserlasse. Ein Vorschlag, die Verhältnisse des Zeugen zusätzlich so weit abzuklären, als sie für das Vorliegen eines Zeugnisverweigerungsrechts von Bedeutung sind, erweist sich als unnötig. Artikel 74 Absatz 1 verpflichtet den Richter, die Frage des Zeugnisverweigerungsrechts zu prüfen und den Zeugen darauf aufmerksam zu machen. Dies entspricht übrigens der Praxis. Schon heute wird bei jeder militärischen Einvernahme der Zeuge auf ein allfälliges Zeugnisverweigerungsrecht hingewiesen.

### Artikel 79

Die Sanktionen gegenüber unentschuldigt ausbleibenden Zeugen (Art. 92 MStGO) sollen auf Busse und Kostenaufgabe beschränkt werden. Immerhin ist der Höchstbetrag der Busse von 100 auf 300 Franken zu erhöhen. Auf die Möglichkeit, bei Zahlungsunfähigkeit eine Haftstrafe bis zu fünf Tagen auszufallen, ist zu verzichten. Die Verhängung einer Haftstrafe für die blosse Nichtbefolgung einer Zeugenvorladung ist fragwürdig. Es rechtfertigt sich eine Differenzierung zum Fall der Zeugnisverweigerung, da das Nichterscheinen zur Zeugeneinvernahme im Gegensatz zur Verweigerung in der Regel reparabel ist. Nach wie vor sollen verhängte Bussen und Kostenaufgaben bei nachträglicher genügender Entschuldigung wieder aufgehoben werden.

### Artikel 80

Im Falle der Zeugnisverweigerung sieht Artikel 93 Absatz 1 Militärstrafgerichtsordnung Zwangshaft bis zu 90 Tagen sowie eine Geldstrafe bis zu 1000 Franken vor. Dieser Straffrahmen ist nach heutigem Rechtsempfinden wesentlich zu weit gespannt. So sehr dafür gesorgt werden muss, dass die Zeugnispflicht, die im Prozess ein bedeutendes Element zur Wahrheitsfindung darstellt, nicht leichtthin abgewertet wird, so wenig lassen übersetzte Strafandrohungen erwarten, ein widerspenstiger Zeuge werde sich dadurch beeindrucken lassen. Zudem ist zu beachten, dass das Institut der Beugehaft in letzter Zeit kritisiert wird; auch in der Lehre vertreten verschiedene Autoren die Auffassung, sie stelle ein antiquiertes prozessuales Zwangsmittel dar, auf das verzichtet werden könne. Eine vollkommene Abschaffung der Beugehaft wäre jedoch nicht zweckmässig, da sie in vielen Fällen doch als «Bedenkfrist» den Zeugen zu einer Änderung seines Standpunktes bewegen könnte. Auf die Möglichkeit der Zwangshaft sollte aus diesen Überlegungen nicht zum vorneherein verzichtet werden, doch ist ihre Dauer auf 24 Stunden zu beschränken, und sie ist wie bisher als fakultative Massnahme des Richters auszugestalten. Von der im geltenden Recht enthaltenen Möglichkeit, den Zeugen zu büssen, wurde – wie von den Zwangsmassnahmen ganz allgemein – in der Praxis wenig Gebrauch gemacht. Es ist auch nicht anzunehmen, dass sich ein widerspenstiger Zeuge durch eine blosse Busse, möge sie auch recht hoch bemessen werden, beeindrucken lässt. Auf die Busse für renitente Zeugen soll daher verzichtet werden.

Wie bereits festgestellt, ist die Zeugnispflicht ein für die Wahrheitsfindung wichtiges Rechtsinstitut. Es wäre aus diesem Grunde nicht zu verantworten, die Zwangsmöglichkeiten abzubauen, ohne gleichzeitig ein Korrelat zu schaffen. Deshalb wird die Möglichkeit vorgesehen, dem widerspenstigen Zeugen Bestrafung im Sinne von Artikel 292 des Strafgesetzbuches (SR 311.0) anzudrohen und ihn bei anhaltender Weigerung dem bürgerlichen Richter zu Bestrafung wegen Ungehorsams gegen amtliche Verfügungen zu überweisen. Damit erhält der widerspenstige Zeuge das Recht, sich in einem mit allen rechtsstaatlichen Garantien ausgestatteten zivilen Verfahren verteidigen zu können.

Die vorgeschlagene Lösung gibt dem Richter die Möglichkeit, einen Zeugen mit Hilfe der kurzen Beugehaft von 24 Stunden zur Aussage anzuhalten. Sie verzichtet auf die einen repressiven Charakter aufweisende Busse und bietet trotzdem einen angemessenen Schutz der Pflicht zur Zeugenaussage unter gleichzeitiger Einräumung eines rechtsstaatlichen Verfahrens für den auf seiner Weigerung beharrenden Zeugen.

#### *Artikel 81*

Der Inhalt des Artikels 94 Militärstrafgerichtsordnung wird mit redaktioneller Vereinfachung übernommen.

#### *Artikel 82*

Personen, die möglicherweise als Täter oder Teilnehmer an einer strafbaren Handlung in Frage kommen, sowie solche, die den Sinn einer Zeugeneinvernahme nicht zu erfassen vermögen, dürfen nicht als Zeugen, sondern nur als Auskunftspersonen einvernommen werden. Sie sollen nicht den scharfen Strafandrohungen bei falschem Zeugnis ausgesetzt werden. Das wesentliche Unterscheidungsmerkmal zwischen Auskunftsperson und Zeuge liegt darin, dass Aussagepflicht und Wahrheitszwang entfallen. Der Richter wird nach allgemeinen Grundsätzen die Auskunftsperson auf die fehlende Auskunftspflicht aufmerksam zu machen haben, wenn bei einer Einvernahme als Zeuge ein Zeugnisverweigerungsrecht bestehen würde.

Das Bedürfnis nach der Einführung des Instituts der Auskunftsperson ist praktisch unbestritten. Seine Nützlichkeit vor allem bei der vorläufigen Beweisaufnahme, wo man in vielen Fällen den Täter noch gar nicht kennt, ist erwiesen. Das Institut soll daher in den Militärstrafprozess aufgenommen werden.

#### *422.10 Sachverständige und Augenschein*

##### *Artikel 83–92*

Die Änderung des Abschnittes über Sachverständige und Augenschein bringt in erster Linie eine systematische Trennung, indem die Bestimmungen über Sachverständige in den Artikeln 82–91 zusammengefasst werden, während der Augenschein in Artikel 92 geregelt wird.

Artikel 83 enthält neben der Grundsatzregelung die der bisherigen Praxis entsprechende Vorschrift, wonach der Expertenauftrag zu umschreiben ist und dem Sachverständigen Akteneinsicht gewährt werden muss. Er soll ferner Beweisaufnahmen beiwohnen und zur Abklärung des Sachverhalts Fragen an Zeugen und Beschuldigte stellen können. Mit der neuen Formulierung von Artikel 83 Absatz 1 werden im übrigen die Artikel 95 und 96 des geltenden Rechts zusammengefasst.



Artikel 84 übernimmt die in Artikel 98 Militärstrafgerichtsordnung enthaltenen Vorschriften über die Ernennung von Sachverständigen. Im Sinne einer Vereinfachung wird dabei darauf verzichtet, den Hinweis auf die Folgen falscher Begutachtung obligatorisch vorzuschreiben. Darf der Richter beim Sachverständigen die Kenntnis dieser Bestimmungen voraussetzen, so soll er auf eine besondere Ermahnung verzichten können. Dies wird beispielsweise bei Personen zutreffen, die sich beruflich häufig mit Expertisen für Gerichte abzugeben haben und die gelegentlich die ständig wiederholten Hinweise als deplaziert empfinden. Irgendwelche Gefahren für die Sicherheit richterlicher Rechtsfindung sind mit dem Vorschlag nicht verbunden. Dass ein Sachverständiger seine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen hat, ist eine Selbstverständlichkeit. Einer gesetzlichen Regelung bedarf es in diesem Punkt nicht. Die bis dahin in Artikel 98 Absatz 2 Militärstrafgerichtsordnung enthaltene Verpflichtung, den Sachverständigen zur Wahrheit zu ermahnen, ist indirekt in der Verpflichtung, den Experten auf die Folgen falscher Begutachtung aufmerksam zu machen, enthalten.

Artikel 85 enthält die Bestimmungen über Ausschliessung und Ablehnung des Artikels 97 Militärstrafgerichtsordnung in vereinfachter Form, während Artikel 86 und 87 wörtlich mit den Artikeln 99 und 100 Militärstrafgerichtsordnung übereinstimmen.

Unentschuldigtes Ausbleiben des Experten oder unentschuldigte verspätete Abgabe sowie Verweigerung des Gutachtens werden nach geltendem Recht gemäss den für das Ausbleiben der Zeugen und die Verweigerung des Zeugnisses bestehenden Vorschriften geahndet (Art. 101 MStGO). Diese strenge Lösung liesse sich allenfalls für Sachverständige verantworten, die aus den in Artikel 86 genannten Gründen zur Erstattung von Gutachten verpflichtet sind. Ihre Anwendung auf Sachverständige, die einer solchen Pflicht nicht unterworfen sind, erscheint stossend. Es ist im übrigen nicht sinnvoll, einen Sachverständigen zwangsweise zu Erstattung eines Gutachtens zu verpflichten, weil damit das nötige Vertrauensverhältnis zwischen ihm und dem Gericht zum vorneherein getrübt werden kann. Immerhin darf auf Sanktionen nicht vollkommen verzichtet werden, da in der Praxis jene Fälle, in denen ein Sachverständiger den Gutachtensauftrag wohl annimmt, das Gutachten jedoch nicht oder nicht rechtzeitig abliefert, wiederholt zu Schwierigkeiten geführt haben. Es rechtfertigt sich hier, dem Experten allfällig entstandene Kosten aufzuerlegen und fakultativ die Möglichkeit einer Ordnungsbusse vorzusehen. Analog der für Zeugen geltenden Regelung sind diese Massnahmen dann wieder aufzuheben, wenn der Sachverständige nachträglich eine genügende Entschuldigung beibringt. Die im Vernehmlassungsverfahren vorgeschlagene Anwendung von Artikel 292 des Strafgesetzbuches (SR 311.0) wäre unverhältnismässig. Die der Zeugnisverweigerung entsprechende Ablehnung eines Gutachtensauftrages ist praktisch unbekannt; für die gelegentlich festzustellenden Verspätungen genügt eine Ordnungsstrafe.

Die Artikel 89, 90 und 91 entsprechen den Artikeln 102, 103 und 104 des geltenden Rechts, wobei einzig Artikel 104 redaktionell geändert wurde.

Die in Artikel 95 Militärstrafgerichtsordnung enthaltenen Vorschriften über den Augenschein werden in Artikel 92 mit einigen Ergänzungen übernommen. Der bundesgerichtlichen Praxis entsprechend ist dem Beschuldigten auf jeden Fall Gelegenheit zu geben, dem Augenschein beizuwohnen (BGE 98 Ia 337). Zeugen, Sachverständige und Auskunftspersonen können zum Augenschein beigezogen und an Ort und Stelle befragt werden.

#### 422.11 *Dolmetscher und Übersetzer*

##### *Artikel 93-95*

Die Vorschriften über Dolmetscher und Übersetzer werden jenen des Bundesstrafprozesses angepasst. So wird Artikel 98 der Bundesstrafrechtspflege (SR 312.0) mit einer geringfügigen redaktionellen Abweichung in Artikel 93 übernommen. Zusätzlich wird der Beizug eines Übersetzers für fremdsprachige Schriftstücke vorgesehen. Mit Artikel 95 soll eine Lücke geschlossen werden: Dolmetscher und Übersetzer sind auf die Straffolgen wissentlich falscher Übersetzung aufmerksam zu machen.

#### 422.12 *Verteidiger*

##### *Artikel 96*

Die Bestimmungen über die Verteidigung werden neu gegliedert, indem die Grundsätze über die Person des Verteidigers mit gewissen Ergänzungen nach wie vor in einer allgemeinen Norm geregelt bleiben, jene Bestimmungen jedoch, die sich auf die Aufgaben der Verteidigung in der Voruntersuchung und in der Hauptverhandlung beziehen, bei den entsprechenden Abschnitten eingefügt werden.

Nach dem geltenden Recht kann der Beschuldigte zu seinem Verteidiger jeden in bürgerlichen Ehren und Rechten stehenden Schweizer Bürger wählen. Die Regelung hat den Vorteil, dass der Beschuldigte beispielsweise eine ihm besonders nahestehende Person, die seine persönlichen Verhältnisse gut kennt, mit der Verteidigung beauftragen kann. Diesem Vorteil stehen jedoch schwerwiegende Nachteile gegenüber. Eine Person, die mit der Rechtspflege nicht vertraut ist, wird in der Regel nicht in der Lage sein, die Interessen des Angeklagten genügend zu wahren. Im Strafprozess spielen neben den persönlichen Verhältnissen vor allem Rechtsfragen eine Rolle, so dass der Beizug eines juristisch gebildeten Verteidigers im Interesse des Angeklagten liegt. Die Behauptung, in der Regel sei die juristische Lage in einem Prozess klar und es gehe um die Beweislage und das Verschulden, die von einem Laien ebenfalls gewürdigt werden könnten, geht an den Tatsachen vorbei. Ebenso unrealistisch ist die Annahme, bei juristischen Komplikationen werde der Beschuldigte in seinem eigenen Interesse einen Juristen als Verteidiger beauftragen. Zur Behauptung, die Rechtslage sei in einem Prozess in

der Regel klar, sei nur im Sinne eines Beispiels auf die mit dem sogenannten leichten Fall von Verbrechen oder Vergehen verbundene Problematik hingewiesen. Der Laie wird in der Regel bereits bei diesem Punkt, ganz abgesehen von anderen Rechtsfragen, überfordert sein. Die Annahme schliesslich, der Beschuldigte werde zur rechten Zeit die juristischen Probleme erkennen und einen Verteidiger beiziehen, wird praktisch von jedem Anwalt widerlegt werden können. In der Regel übersieht der juristische Laie Probleme und handelt demzufolge falsch oder zu spät. Dementsprechend ist festzustellen, dass in manchen Fällen die Rechte des Angeklagten durch die von ihm beigezogenen juristisch nicht gebildeten Privatpersonen nur ungenügend gewahrt worden sind. Dies kann auch durch den Einwand, es sei Sache des Gerichts, von Amtes wegen auch alle für den Angeklagten sprechenden Umstände zu berücksichtigen, nicht entkräftet werden. Abgesehen davon, dass auch das beste Gericht nicht unfehlbar ist, spielt in dem nach dem Unmittelbarkeitsprinzip abgewickelten Militärprozess das Gleichgewicht zwischen Anklage und Verteidigung eine nicht zu übersehende Rolle. Ist die Verteidigung ungenügend, entsteht ein Übergewicht der Anklage. Es wird daher vorgeschlagen, als Verteidiger in Zukunft nur noch juristisch gebildete und in bürgerlichen Ehren und Rechten stehende Schweizer Bürger zuzulassen. Als juristisch gebildet haben Personen zu gelten, die sich über ein abgeschlossenes Hochschulstudium (Lizentiat oder Doktorat) oder über den Besitz eines kantonalen Rechtsanwaltspatents ausweisen können.

Der Kreis der als Verteidiger zugelassenen Personen ist damit immer noch wesentlich weiter gezogen als in den meisten kantonalen Strafprozessordnungen oder im Bundesstraßprozess. Nach wie vor werden daher Personen vor Militärgericht auftreten, die in ihrem zivilen Beruf nicht als Anwälte tätig sind und damit der kantonalen Obergericht über die Anwälte nicht unterstehen. Diese Lösung ist für die Militärstrafrechtspflege vertretbar.

Gegen den Vorschlag wurde der Einwand erhoben, die bisherige Regelung sei «dem Öffentlichkeitsprinzip» nur dienlich gewesen. Es ist nicht ersichtlich, was die Person des Verteidigers mit dem Öffentlichkeitsprinzip überhaupt für einen Zusammenhang haben sollte. Das Öffentlichkeitsprinzip wird garantiert durch das Zutrittsrecht von Zuhörern zur Gerichtsverhandlung, nicht jedoch durch die Person des Verteidigers.

Will ein Verteidiger seine Aufgabe ordnungsgemäss erfüllen, so benötigt er neben freiem Verkehr mit dem Beschuldigten vollumfängliche Akteneinsicht. Dieser Grundsatz kann dann zu Schwierigkeiten führen, wenn in einem Strafverfahren der Sachverhalt im Interesse der Landesverteidigung oder der Sicherheit des Staates geheimgehalten werden muss. Auch wenn konkrete Beispiele fehlen, besteht offensichtlich die Gefahr, dass ein Verteidiger sein Akteneinsichtsrecht missbrauchen könnte. Angesichts der unter Umständen schwerwiegenden Folgen eines solchen Vertrauensmissbrauchs sollte die Möglichkeit geschaffen werden, vorsorglich einzugreifen, wenn die Person eines Verteidigers keine Gewähr für die

Respektierung der Geheimhaltungsvorschrift bietet. Es wird vorgeschlagen, in derartigen Fällen den Präsidenten des Gerichts zu ermächtigen, einen vom Beschuldigten beigezogenen Verteidiger abzulehnen, wobei selbstverständlich der Beschuldigte selbst einen anderen Verteidiger bezeichnen kann. Mit dieser Vorschrift soll eine Lücke des Gesetzes geschlossen werden.

Die bis dahin in Artikel 126 Absatz 3 Militärstrafgerichtsordnung enthaltene Vorschrift, wonach jeder rechtskundige Offizier der Division, welcher das Gericht angehört, zur Übernahme amtlicher Verteidigungen verpflichtet ist, wird mit einer redaktionellen Modifikation in den Grundsatzartikel 96 übernommen. Dem Vorschlag, auch Unteroffiziere und Soldaten mit amtlichen Verteidigungen zu betrauen, kann sicher nicht aus sachlichen Gründen opponiert werden. Beim Angeklagten könnte jedoch bei Zuteilung eines Unteroffiziers oder Soldaten als Verteidiger der Eindruck entstehen, er werde vor Gericht schlechter behandelt als sein Kamerad, der einen Offizier zugeteilt erhält. Sachlich wäre ein derartiger Eindruck zum vorneherein falsch. Emotionell wäre jedoch die Haltung des Betroffenen verständlich, ganz besonders, weil der Auditor immer im Offiziersrang steht. Um auch nur den Schein einer Ungleichbehandlung zu vermeiden, ist an der Vorschrift festzuhalten, dass mit der amtlichen Verteidigung nur Offiziere beauftragt werden können.

## 423 Verfahren

### 423.1 Einleitung des Verfahrens

#### Artikel 97

Das Verfahren bei Feststellung einer der Militärgerichtsbarkeit unterliegenden Handlung soll dem Grundsatz nach unverändert bleiben. Immerhin wird auf den nicht den Tatsachen entsprechenden Satz in Artikel 108 Militärstrafgerichtsordnung, dem am Tatort den Befehl führenden Vorgesetzten stünden für die Ermittlungen die Befugnisse des Untersuchungsrichters zu, verzichtet. Der Vorgesetzte kann bloss vorläufige Massnahmen treffen, also weder Verhaftungen, Beschlagnahmen noch Zeugeneinvernahmen usw. durchführen. Materiell entsteht gegenüber dem bisherigen Zustand keine Änderung, doch werden Missverständnisse ausgeschlossen. Die Kompetenz des zuständigen Vorgesetzten, für die Abklärung Hilfspersonen einzusetzen, wird auf Unteroffiziere ausgedehnt in der Meinung, fachlich ausgewiesene Unteroffiziere seien ebenfalls in der Lage, die vom Gesetz vorgesehenen Massnahmen zu treffen. Es sei beispielsweise an Verkehrsunfälle erinnert, wo Motorfahrer-Unteroffiziere die Tatbestandsaufnahme ohne weiteres durchführen können. Nach wie vor kann übrigens der Vorgesetzte im Sinne des Artikels 97 Offizier oder Unteroffizier sein. Ergänzend wird in Absatz 1 der bisheriger Praxis entsprechende Hinweis aufgenommen, dass für die Ermittlungen soweit nötig Organe der militärischen oder bürgerlichen Polizei beizuziehen sind.

Truppeninterne Abklärungen verfehlen weitgehend ihren Zweck, wenn das Ergebnis nicht schriftlich zuhanden jener Organe festgehalten wird, die sich mit dem Fall in späteren Verfahrensstadien befassen müssen. Es wird aus diesem Grunde die Führung eines Protokolls über die getroffenen Massnahmen und Aussagen bei Einvernahmen vorgeschrieben. Die für den Erlass von Untersuchungsbefehlen zuständige Stelle ist in jedem Fall zu benachrichtigen, wenn die Anordnung einer Voruntersuchung oder einer vorläufigen Beweisaufnahme zur Diskussion steht.

### *Artikel 98*

Der Katalog der zur Anordnung einer Voruntersuchung zuständigen Stellen wird unter Einbezug der vorläufigen Beweisaufnahme systematisch neu gegliedert und in verschiedenen Punkten den heutigen Bedürfnissen angepasst. Am Erfordernis, dass der Untersuchungsbefehl vom Kommandanten persönlich oder von seinem Stellvertreter auszugehen hat, wird nichts geändert. Im Interesse einer klaren Abgrenzung, deren Fehlen bis dahin gelegentlich zu Schwierigkeiten führte, wird der Kommandant als zuständige Stelle für die Anordnung von Untersuchungen für alle strafbaren Handlungen bezeichnet, die während des Militärdienstes begangen wurden. Das Eidgenössische Militärdepartement oder von ihm bezeichnete Dienststellen sind nur noch zur Anordnung von Untersuchungen zuständig, wenn eine Tat ausserhalb des Dienstes begangen wurde.

Im Vernehmlassungsverfahren wurde darauf hingewiesen, dass nach geltendem Recht der Kommandant unter Umständen seine Befugnisse missbrauchen und Fälle disziplinarisch erledigen könnte, die an und für sich in die Kompetenz des Gerichts gehören. Obwohl sich in dieser Hinsicht in der jüngeren Vergangenheit nur selten Schwierigkeiten ergeben haben, ist der Hinweis nicht unberechtigt. Es vermag nicht zu befriedigen, dass ein Kommandant eine Voruntersuchung trotz ausgewiesener Voraussetzungen verhindern kann. Allerdings kann es auch nicht darum gehen, die Stellung des Kommandanten als Gerichtsherr seiner Truppe dadurch anzutasten, dass neben ihm eine andere Stelle generell die Kompetenz zur Einleitung einer Voruntersuchung erhalten könnte. Zweckmässig ist jedoch der Einbau einer Sicherungsklausel, die Missbräuche verhindert. Dabei kommen zum vorneherein nur jene Fälle in Frage, wo der Kommandant entgegen dem Antrag des Untersuchungsrichters die Einleitung eines Verfahrens ablehnt. Vorgeschlagen wird eine Sicherung in dem Sinne, dass der Untersuchungsrichter dem Obergericht Bericht erstattet, wenn seiner Ansicht nach eine gerichtlich zu ahnende strafbare Handlung vorliegt, der Kommandant jedoch keine Voruntersuchung anordnet. Der Obergericht wird seinerseits den Sachverhalt prüfen und dem Eidgenössischen Militärdepartement die Akten zum Entscheid zustellen, wenn er sich der Ansicht des Untersuchungsrichters anschliesst. Unterstrichen muss die Tatsache werden, dass das vorgeschlagene Verfahren in keiner Weise einen Eingriff in das gerichtliche Verfahren bedeutet, sondern im Gegenteil seine Durchführung sichern soll.

*Artikel 99*

Voraussetzungen und Zweck der Voruntersuchung sind im geltenden Recht in den Artikeln 109 und 114 Militärstrafgerichtsordnung umschrieben. Es erfolgt eine Zusammenfassung und gleichzeitig eine klarere Umschreibung. Eine Voruntersuchung ist nach wie vor gegen einen bestimmten Täter gerichtet, demnach also anzuordnen, wenn eine Person einer strafbaren Handlung verdächtig ist und eine disziplinarische Erledigung ausser Betracht fällt. Nach dem geltenden Recht ist eine Voruntersuchung nur so weit zu führen, bis festgestellt werden kann, ob ein gerichtlich zu beurteilendes Verbrechen oder Vergehen vorliegt. Dieses Vorgehen könnte dazu führen, dass in der Hauptverhandlung unter Umständen wichtige Beweisstücke fehlen oder gar in der Zwischenzeit verlorengehen. In der Praxis werden aus diesen Gründen bereits in der Voruntersuchung alle bekannten Beweise erhoben und der Sachverhalt wird so vollständig wie möglich abgeklärt. Artikel 99 Absatz 2 ist dieser Praxis entsprechend ausgestaltet. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass eine ausführliche Voruntersuchung zu einer gewissen Doppelspurigkeit führen kann, muss doch in der Hauptverhandlung das gesamte Beweisverfahren erneut durchgeführt werden. Dieser Nachteil kann jedoch in Kauf genommen werden, da oft nur eine sofortige und umfassende Erhebung der Beweise die Abklärung des Falles gestattet. Zudem kann bei klarem Sachverhalt der Gang der Hauptverhandlung vereinfacht und übersichtlicher gestaltet werden. Vollends das Strafmandatverfahren liesse sich ohne umfassende Voruntersuchung nicht realisieren.

*Artikel 100*

Da sich das Institut der vorläufigen Beweisaufnahme aus der Praxis zu Artikel 108 Absatz 3 Militärstrafgerichtsordnung entwickelt hat, fehlt eine Regelung seiner Voraussetzungen und seines Zweckes auf Gesetzesstufe. Diese Lücke ist zu schliessen. Die vorläufige Beweisaufnahme kommt nur dann in Frage, wenn die Voraussetzungen zur Anordnung einer Voruntersuchung nicht oder noch nicht gegeben sind. Sie dient einerseits der Klärung des Sachverhalts, anderseits der Beurteilung der Frage, ob eine strafbare Handlung disziplinarisch oder militärgerichtlich zu erledigen sei. Administrativen Charakter hat die vorläufige Beweisaufnahme, wenn sie zur Abklärung des Sachverhalts bei Tötung oder erheblicher Verletzung von Militär- oder Zivilpersonen, bei schweren Sachschäden sowie beim Verfahren zum Ausschluss aus der Armee gemäss Artikel 16 der Militärorganisation (SR 510.10) durchgeführt wird.

*Artikel 101*

Die Vorschrift, wonach die vorläufige Beweisaufnahme ein Ermittlungsverfahren in den Formen und mit den Mitteln der Voruntersuchung darstellt, wird aus Artikel 23 der Verordnung über die Militärstrafrechtspflege (SR 322.2) in den Militärstrafprozess übernommen. Von Bedeutung ist dabei, dass hinfort auch bei vorläufigen Beweisaufnahmen zu administrativen Zwecken die normalen prozessualen Mittel verwendet werden können. Das Vorgehen beim Abschluss der vorläufigen Beweisaufnahme wird ebenfalls der Praxis entsprechend im Gesetz geregelt. Der

Untersuchungsrichter hat über den Sachverhalt und die rechtliche Würdigung der zuständigen Stelle Bericht zu erstatten. Er hat je nach dem Ergebnis zu beantragen, es sei eine Voruntersuchung einzuleiten, die Sache sei disziplinarisch zu erledigen oder dem Verfahren sei keine weitere Folge zu geben.

#### *Artikel 102*

Die wichtigsten Formvorschriften über den Erlass von Untersuchungsbefehlen werden gegenüber dem geltenden Recht ergänzt unter Zusammenfassung der bisherigen Artikel 111 und 113 Militärstrafgerichtsordnung. Bei Zweifeln über die Zuständigkeit soll der Untersuchungsrichter nur die dringenden Massnahmen treffen und die Akten an den Obergericht weiterleiten. Dieser hat abzuklären, wer für die Weiterführung der Untersuchung zuständig ist. Es handelt sich dabei keineswegs um eine abschliessende Bestimmung der Zuständigkeit. Den Parteien steht es nach wie vor offen, die Zuständigkeit des Gerichts zu bestreiten und die Frage vom Gericht entscheiden zu lassen.

#### *Artikel 103*

Dieser Artikel entspricht Artikel 112 Absatz 2 Militärstrafgerichtsordnung.

#### *Artikel 104*

Absatz 1 entspricht Artikel 117 Militärstrafgerichtsordnung, während die Absätze 2 und 3 aus Artikel 115 Militärstrafgerichtsordnung übernommen und lediglich redaktionell modifiziert werden. Ein Vorschlag, der Verdächtige oder Beschuldigte sei zur Befragung von Zeugen und Sachverständigen obligatorisch beizuziehen, muss abgelehnt werden. Der Erfolg einer Voruntersuchung kann nicht zuletzt davon abhängig sein, dass Zeugen und Beschuldigte getrennt voneinander einvernommen werden. Ein Obligatorium der vorgeschlagenen Art ist aus diesem Grunde weder in kantonalen Prozessordnungen noch im Bundesstrafprozess (SR 312.0) vorgesehen.

#### *Artikel 105 und 106*

Die in Artikel 107 Militärstrafgerichtsordnung enthaltenen Vorschriften über die Verteidigung in der Voruntersuchung werden – losgelöst von den allgemeinen Vorschriften über die Verteidigung – systematisch in den Abschnitt über die Voruntersuchung eingegliedert. Neu ist die Vorschrift, die den Präsidenten des Divisionsgerichts verpflichtet, dem Beschuldigten bei schweren Anschuldigungen oder in verwickelten Fällen bereits in der Voruntersuchung einen amtlichen Verteidiger zuzuordnen, falls dieser oder der Untersuchungsrichter ein entsprechendes Begehren stellt. Es wird darauf verzichtet, die Frage der Beiordnung eines amtlichen Verteidigers von der finanziellen Situation des Beschuldigten abhängig zu machen. Dagegen kann einem Vorschlag nicht gefolgt werden, die Verteidigung in der Voruntersuchung für alle Fälle obligatorisch vorzusehen. In einfachen Fällen und im Hinblick auf das nun zweistufig vorgesehene Unmittelbarkeitsprinzip erscheint eine derartige Ausdehnung der Verteidigungsrechte unnötig. Sie ist auch im zivilen Bereich unbekannt.

Artikel 106 entspricht inhaltlich den Absätzen 3–5 von Artikel 107 des geltenden Rechts. Im Vernehmlassungsverfahren wurde verlangt, dem Verteidiger sei unbeschränkte Akteneinsicht und Anwesenheit bei der Befragung von Zeugen und Sachverständigen sowie bei Augenscheinen zu gestatten und auf Absatz 2 sei zu verzichten. Eine Aufhebung von Absatz 2, der es gestattet, den Verkehr zwischen Verteidiger und dem verhafteten Beschuldigten zu beschränken oder zu untersagen, kann im Interesse der objektiven Rechtsfindung nicht in Frage kommen. Eine ähnliche Sicherung ist in allen kantonalen Prozessordnungen enthalten. Immerhin ist gegen den Entscheid des Untersuchungsrichters die Beschwerde an den Präsidenten des Divisionsgerichts zulässig. Im übrigen ist eine Lockerung der Inquisitionsmaxime zu verantworten, soweit dadurch der Zweck der Untersuchung nicht gefährdet wird. Die bisherige Kann-Vorschrift soll daher aufgegeben werden: Dem Verteidiger ist Akteneinsicht und Anwesenheit bei Untersuchungs-massnahmen zu gestatten, soweit der Zweck der Untersuchung nicht gefährdet wird. Auch in diesem Fall ist gegen den Entscheid Beschwerde an den Präsidenten des Divisionsgerichts zulässig.

#### *Artikel 107–109*

Gegenüber dem geltenden Recht (Art. 116, 118, 121 MStGO) sind bloss redaktionelle Änderungen vorgesehen. Artikel 119 Militärstrafgerichtsordnung ist überflüssig und wird daher nicht übernommen.

#### *Artikel 110 und 111*

Die Vorschriften über die Tätigkeit des Auditors, die Einstellung des Verfahrens und deren Folgen (Art. 122–124 MStGO) werden wesentlich vereinfacht und neu geordnet. Artikel 110 Absatz 1 entspricht dem bisherigen Artikel 122 Absatz 1 mit redaktionellen Anpassungen. Artikel 110 Absatz 2 enthält die Verpflichtung des Auditors, den Erlass eines Strafmandats zu beantragen, falls er die Voraussetzungen dazu als gegeben erachtet.

Artikel 122 Absatz 2 Militärstrafgerichtsordnung sieht die Einstellung des Verfahrens vor, falls die strafbare Handlung nur den Charakter eines Ordnungsfehlers hat oder kein genügender Grund besteht, um der Sache weitere Folge zu geben. Der Entscheid über die Einstellung wird vom Oberauditor getroffen. Im Hinblick auf eine Vereinfachung des Verfahrens und eine Entlastung des Oberauditors sollen hinfort Einstellungsverfügungen durch den Auditor erlassen werden können (Art. 111 Abs. 1). Immerhin zeigt die Praxis, dass eine Kontrolle notwendig ist. Sie kann erreicht werden durch die obligatorische Mitwirkung einer anderen Instanz oder durch die Einräumung eines Rechtsmittels. Da mit einer Einstellungsverfügung die Überweisung an die zuständige Stelle zu disziplinarischer Bestrafung verbunden sein kann, ist die Einräumung eines Rechtsmittels vorzuziehen. Demgemäss sollen Einstellungsverfügungen vom Beschuldigten wie auch vom Oberauditor mit Rekurs beim Präsidenten des Divisionsgerichts angefochten werden können (Art. 113). Dieses System gestattet einerseits die angestrebte Vereinfachung und gewährleistet anderseits eine Kontrolle der Rechtseinheit. Das Ein-



spracherecht des Obergerichtspräsidenten stellt keinen Eingriff in das Verfahren dar, führt es doch bloss zur gerichtlichen Prüfung der Einstellungsverfügung. Es besteht weder ein Anlass, noch wäre es zweckmässig, das Einsprucherecht einer anderen Instanz zuzuordnen.

Artikel 111 enthält im übrigen die Vorschriften des Artikels 123 Ziffern 2 und 3 Militärstrafgerichtsordnung.

#### *Artikel 112*

Die Kosten einer eingestellten Untersuchung können dem Beschuldigten ganz oder teilweise auferlegt werden, wenn er die Untersuchung durch ein «verwerfliches» Verhalten verursacht oder erschwert hat. Dagegen soll einem Beschuldigten eine Entschädigung nur dann ausgerichtet werden, wenn er das Verfahren weder durch «verwerfliches» noch durch «leichtfertiges» Verhalten verursacht oder erschwert hat. Eine Entschädigung ist nach geltendem Recht bloss für Untersuchungshaft und andere erlittene Nachteile auszurichten. In der Praxis sind verschiedentlich Schwierigkeiten aufgetreten, indem die Anwaltskosten dem Beschuldigten bei aufgehobener Untersuchung nur ungenügend ersetzt werden konnten. Es wird daher vorgeschlagen, in Zukunft nicht nur für Untersuchungshaft und andere erlittene Nachteile, sondern auch für Anwaltskosten eine angemessene Entschädigung auszurichten.

Der Entscheid über die Kostenaufgabe wie auch über die Entschädigung wird vom Auditor getroffen, wobei auch hier die Rekursmöglichkeit des Beschuldigten und des Obergerichtspräsidenten an den Präsidenten des Divisionsgerichts vorbehalten bleibt. Die bisherige Zuständigkeit des Eidgenössischen Militärdepartements wird damit aufgehoben.

#### *Artikel 113*

Gegen Einstellungs- und Entschädigungsverfügungen des Auditors kann beim Präsidenten des Divisionsgerichts Rekurs erhoben werden. Mit der Einstellungsverfügung selbst ist ohne weiteres auch der Kostenentscheid verbunden (Art. 112 Abs. 2); er wird daher im Rekursfall miterfasst. Demgegenüber können Entschädigungsverfügungen selbständig angefochten werden. Das Verfahren richtet sich nach den allgemeinen Bestimmungen über den Rekurs.

#### *Artikel 114*

Artikel 124 Militärstrafgerichtsordnung wird mit redaktionellen Änderungen übernommen.

### *423.2 Strafmandatverfahren*

#### *Artikel 115*

In verschiedenen Kantonen wird das Strafmandat vom Untersuchungsrichter erlassen. Diese Lösung lässt sich für den Militärstrafprozess nicht verantworten.

Einmal wäre es kaum möglich, angesichts der grossen Zahl der Untersuchungsrichter eine gewisse Rechtseinheit zu gewährleisten. Im weiteren sind die Untersuchungsrichter wohl für ihre besondere Aufgabe geschult, kennen jedoch die Praxis des urteilenden Gerichts zuwenig. An der für die Militärjustiz charakteristischen sauberen Trennung zwischen Untersuchungsbehörde, Anklage und urteilendem Gericht muss festgehalten werden. Gleiche Überlegungen schliessen auch den Auditor für den Erlass von Strafmandaten aus. Es wäre kaum verständlich, dem Ankläger richterliche Funktionen zuzuweisen. Alle diese Nachteile werden vermieden, wenn das Strafmandat vom Präsidenten des Divisionsgerichts ausgeht. Er verfügt über genügend Erfahrung, kennt die Gerichtspraxis und bietet Gewähr für die Einheitlichkeit der Rechtsprechung innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs.

Obwohl gemäss Artikel 110 Absatz 2 der Auditor die Durchführung des Strafmandatverfahrens beantragt, falls er die Voraussetzungen als gegeben erachtet, entscheidet der Präsident des Divisionsgerichts nach eigenem Ermessen innerhalb der durch das Gesetz vorgeschriebenen Grenzen. Er kann also auch dann ein Strafmandat erlassen, wenn der Auditor keinen entsprechenden Antrag gestellt hat.

Im übrigen ist ein Strafmandat nur zulässig, wenn dem Präsidenten des Divisionsgerichts eine Freiheitsstrafe von höchstens einem Monat, eine Geldbusse von höchstens 1000 Franken, eine Verbindung dieser Strafen oder eine Disziplinarstrafe angemessen scheint. Das Strafmandatverfahren kommt ferner nur dann zur Anwendung, wenn der Angeklagte die ihm zur Last gelegten Tatsachen anerkennt und sich schuldig erklärt hat. Es darf also nicht durchgeführt werden, wenn die Voruntersuchung irgendwelche Zweifel an der Schuld des Angeklagten offengelassen hat. Schliesslich soll das Strafmandatverfahren bei Ehrverletzungen ausgeschlossen sein. Trotzdem der Geschädigte im Verfahren nicht Partei ist, spielt bei Ehrverletzungsfällen der subjektive Tatbestand eine derart grosse Rolle, dass ihre Beurteilung dem Gericht vorbehalten bleiben muss. Zudem hat der Geschädigte – oft zu Recht – ein gewisses Interesse an einer öffentlichen Verhandlung und der damit verbundenen Publizität.

Hat eine neue Straftat den Widerruf einer früher ausgesprochenen Strafe zur Folge, so stehen indirekt viel schärfere Strafen zur Diskussion, als sie in Artikel 115 Absatz 1 Buchstabe *a* vorgesehen sind. Viele Angeklagte würden in der Praxis kaum realisieren, dass mit einem Strafmandat der Widerruf einer bedingt aufgeschobenen Strafe verbunden sein kann. Auch die Kenntnis des Umstandes, dass der Entscheid über den Widerruf ein selbständiger Entscheid ist und daher gesondert angefochten werden müsste, darf ihnen nicht zugemutet werden. Im Interesse des Angeklagten ist daher das Strafmandatverfahren auszuschliessen, wenn der Widerruf einer bedingt aufgeschobenen Strafe oder deren Ersatz durch eine Massnahme in Frage steht.

Endlich würde bei unbekanntem Aufenthalt des Angeklagten die Zulassung des Strafmandatverfahrens Unzukömmlichkeiten verursachen. Dem Vorteil, dass in diesem Fall mit einem Urteil die Verfolgungsverjährung beendet und die Vollstreckungsverjährung in Gang gesetzt würde, steht der Nachteil gegenüber, dass das Strafmandat nicht zugestellt werden könnte. Das Strafmandatverfahren ist aus diesem Grund bei unbekanntem Aufenthalt des Täters auszuschliessen. Unbekannter Aufenthalt ist anzunehmen, wenn das Strafmandat dem Bestraften nicht zugestellt werden kann. Ist der Täter zur Zeit der Hauptverhandlung immer noch unbekannten Aufenthalts, so findet das Abwesenheitsverfahren statt; hat er sich inzwischen gemeldet, so kommt es zu einer Beurteilung im ordentlichen Verfahren. Es kann dabei der Praxis überlassen bleiben, ob dem Angeklagten, der bei einer ersten Zustellung abwesend war, jedoch vor der Hauptverhandlung wieder auftaucht, das Strafmandat nochmals zuzustellen sei oder ob auf jeden Fall die Hauptverhandlung durchgeführt werden müsse.

#### *Artikel 116*

Das Strafmandat hat in formeller Hinsicht alle jene Punkte zu enthalten, die der Bestrafte kennen muss, um den Entscheid über eine allfällige Einsprache treffen zu können. Im Gegensatz zu verschiedenen kantonalen Verfahrensordnungen, die – wie beispielsweise im Kanton Bern – eine Motivierung des Strafmandatentscheides nicht vorsehen, wird eine kurze schriftliche Begründung ausdrücklich vorgeschrieben. Der Bestrafte soll über sämtliche Elemente verfügen, die er für seinen Entscheid hinsichtlich einer allfälligen Einsprache benötigt. Das Strafmandat hat deshalb nicht nur die erwiesene Handlung und den Straf- oder Disziplinaratbestand, den sie erfüllt, zu enthalten, sondern auch eine rechtliche Würdigung der Tat und die Gründe für die Strafzumessung. Selbstverständlich ist der Bestrafte auch über die Einspruchsmöglichkeit zu orientieren.

Einem Vorschlag, auf die Begründung des Strafmandates wie auch auf die Angabe der rechtlichen Würdigung der Tat und der Gründe für die Strafzumessung zu verzichten, kann nicht gefolgt werden. Allerdings könnte damit die Tätigkeit des Präsidenten des Divisionsgerichts vereinfacht werden. Bereits die Einführung des Strafmandatverfahrens an und für sich bewirkt jedoch eine Arbeitsentlastung. Die Vereinfachung soll nicht so weit gehen, dass Angaben, die für den Angeklagten von Bedeutung sind, entfallen.

#### *Artikel 117 und 118*

Das Strafmandat ist schriftlich zu eröffnen (Art. 117), und auch die Einsprache ist schriftlich einzureichen (Art. 118). Eine Begründung ist nur dann erforderlich, wenn sich die Einsprache bloss gegen den Entscheid über Kosten oder Entschädigung richtet, da in diesem Fall das Gericht ohne mündliche Verhandlung entscheidet.

Selbstverständlich ist es ausgeschlossen, dass im Einsprachefall jener Präsident, der das Strafmandat erlassen hat, das urteilende Gericht präsidiert. Mit der Auf-

lösung der Territorialgerichte wird jedoch jedes Divisionsgericht ohnehin über einen zweiten Präsidenten verfügen, der im Einsprachefall die Leitung des Gerichts zu übernehmen hat.

#### *Artikel 119 und 120*

Das Strafmandat wird zu einem rechtskräftigen Urteil, wenn keine Einsprache erhoben worden ist (Art. 119).

Der Rückzug einer Einsprache (Art. 120) soll bis zu Beginn der Hauptverhandlung möglich sein. Als spätester Zeitpunkt ist dabei das Stadium der Erledigung von Vorfragen zu betrachten. Bei einem allfälligen Rückzug der Einsprache können in Übereinstimmung mit kantonalen Strafprozessordnungen dem Bestraften die entstandenen Kosten auferlegt werden. Mit der Kann-Vorschrift wird die Möglichkeit geschaffen, bei einem Verurteilten, der weder bei der Erhebung noch beim Rückzug der Einsprache leichtfertig oder verwerflich gehandelt hat, von der Kostenaufgabe abzusehen.

#### *423.3 Vorbereitung der Hauptverhandlung*

##### *Artikel 121–125*

Die Änderungen in diesem Abschnitt sind vorwiegend redaktioneller Natur. So werden die Aufgaben des Präsidenten des Divisionsgerichts nach Eingang der Anklageschrift in Artikel 121 zusammengefasst (Art. 125 und 127 erster Satz MStGO), und auch der Artikel 128 Militärstrafergerichtsordnung entsprechende Artikel 122 bleibt materiell unverändert.

Der Grundsatz, wonach vor den Militärgerichten jeder Angeklagte durch einen Verteidiger verbeiständet sein muss, ist im geltenden Recht nicht ausdrücklich fixiert. Seine grosse Bedeutung rechtfertigt die Aufnahme ins Gesetz. Sie erfolgt in Artikel 123 Absatz 1. Der zweite Absatz entspricht Artikel 126 Absatz 1 Militärstrafergerichtsordnung, welcher mit einem Hinweis auf den amtlichen Verteidiger ergänzt wird. Die Ernennung eines amtlichen Verteidigers erfolgt nach geltendem Recht dann, wenn der Angeklagte innerhalb der ihm angesetzten Frist keinen Verteidiger bezeichnet hat oder der bezeichnete Verteidiger nicht rechtzeitig zur Stelle sein kann. Diese Formulierung ist zu eng. Ein amtlicher Verteidiger muss auch dann bestimmt werden, wenn der erbetene Verteidiger aus andern als zeitlichen Gründen sein Amt nicht ausüben kann oder will (Abs. 3). Absatz 4 entspricht Artikel 126 Absatz 4 Militärstrafergerichtsordnung und wurde bloss redaktionell geändert. Artikel 124 enthält mit einer redaktionellen Anpassung an den Wortlaut von Artikel 138 der Bundesstrafrechtspflege (SR 312.0) den Inhalt von Artikel 129 und 130 Militärstrafergerichtsordnung.

Ebenfalls den Bestimmungen der Bundesstrafrechtspflege angepasst werden die Vorschriften über vorsorgliche Beweismassnahmen in Artikel 125. Sie ersetzen die Artikel 131–133 Militärstrafergerichtsordnung.

#### 423.4 Hauptverhandlung

##### Artikel 126

Die Regeln über die Teilnahme der am Verfahren beteiligten Personen an der Hauptverhandlung werden – teilweise in Anpassung an die Bundesstrafprozessordnung – verfeinert. Am Grundsatz, wonach Richter, Gerichtsschreiber, Auditor, der Angeklagte und sein Verteidiger der ganzen Hauptverhandlung beiwohnen sollen, ist festzuhalten. Immerhin hat sich in der Praxis das Bedürfnis nach bestimmten Ausnahmen gezeigt. So verlangt das Unmittelbarkeitsprinzip die Einvernahme von ärztlichen Sachverständigen oder die Verlesung ihrer Gutachten, was unter Umständen für den Angeklagten eine schwere psychische Belastung mit sich bringen kann. Der Präsident soll befugt sein, in derartigen Fällen den Angeklagten in seinem eigenen Interesse von der Hauptverhandlung auszuschliessen. Selbstverständlich darf der Ausschluss nicht länger dauern, als dies zum Schutz des Angeklagten notwendig ist.

Andererseits kann ein Angeklagter durch ungebührliches Verhalten eine geordnete Verhandlung praktisch verunmöglichen. Um den Fortgang des Verfahrens zu gewährleisten, soll er von der Verhandlung ausgeschlossen werden können. Es versteht sich von selbst, dass diese Ausnahmebestimmung restriktiv interpretiert werden muss und nur in gravierenden Fällen zur Anwendung gelangen darf, bei denen andere Massnahmen nicht zum Erfolg führen. Beispielsweise genügt ein bloss unkorrektes Verhalten dem Gericht gegenüber nicht für einen Ausschluss. Die Bestimmung soll den geordneten Verlauf der Verhandlung sichern. So dürfte ein Ausschluss dann in Frage kommen, wenn der Angeklagte angetrunken vor Gericht erscheint und damit die ordnungsgemässe Durchführung der Hauptverhandlung verunmöglicht. Eine Entfernung des Angeklagten aus der Hauptverhandlung könnte beispielsweise auch für die Dauer der Einvernahme eines Mitangeklagten angezeigt sein.

Absatz 3 enthält die aus Artikel 147 der Bundesstrafrechtspflege (SR 312.0) übernommene Möglichkeit, den Angeklagten vom Erscheinen zur Hauptverhandlung zu dispensieren oder ihm die Entfernung aus der Hauptverhandlung auf seinen Wunsch hin zu gestatten. Artikel 147 Absatz 2 der Bundesstrafrechtspflege, wonach in einem solchen Fall die Vertretung durch einen Verteidiger gewährleistet sein muss, ist für den Militärstrafprozess überflüssig, da die Verteidigung obligatorisch ist.

Erscheint ein Angeklagter wohl zu Beginn der Hauptverhandlung, entfernt er sich jedoch während deren Dauer ohne Erlaubnis des Präsidenten, so muss das Verfahren nach dem geltenden Recht als Abwesenheitsverfahren fortgesetzt werden. Diese Lösung befriedigt nicht und kann – wie Erfahrungen in militärischen und bürgerlichen Strafprozessen bewiesen haben – zu Manipulationen missbraucht werden. Ein Angeklagter, der sich unerlaubterweise entfernt, verdient das Recht der Wiederaufnahme nicht. Das Problem wird mit der Übernahme des Artikels

399 der Strafprozessordnung des Kantons Waadt gelöst: Entfernt sich der Angeklagte ohne Erlaubnis aus der Hauptverhandlung, so soll das ordentliche Verfahren fortgesetzt werden können.

#### *Artikel 127*

Artikel 137 Militärstrafgerichtsordnung schreibt vor, Angeklagte, die trotz gehöriger Vorladung unentschuldigt ausbleiben, polizeilich vorführen zu lassen. Erst wenn sich diese Massnahme als erfolglos erwiesen hat, darf das Abwesenheitsverfahren zur Anwendung gelangen. Die Praxis zeigt, dass die Zwischenstufe eines polizeilichen Vorführungsbefehls in vielen Fällen nutzlos ist. Das Gericht soll aus diesem Grunde auf die Vorführung verzichten und das Abwesenheitsverfahren durchführen können, falls ein Vorführungsbefehl keinen Erfolg verspricht. Nachteile entstehen aus dieser Lösung für den Angeklagten nicht, da er voraussetzungslos die Wiederaufnahme des Verfahrens verlangen kann.

#### *Artikel 128 und 129*

Die Vorführung von Sachverständigen bei unentschuldigtem Ausbleiben in der Hauptverhandlung, wie sie das geltende Recht vorsieht, ist unverhältnismässig. Die Bestimmung kommt in der Praxis nie zur Anwendung. Nur Zeugen sollen daher noch vorgeführt werden können (Art. 128), während Sachverständige den Verteidigern gleichgestellt werden. Es können ihnen die aus dem unentschuldigten Ausbleiben bei der Hauptverhandlung entstandenen Kosten auferlegt werden (Art. 129).

#### *Artikel 130–136*

Diese Bestimmungen entsprechen materiell dem bisherigen Recht, werden jedoch systematisch neu gruppiert, redaktionell vereinfacht und dem heutigen Sprachgebrauch angepasst.

#### *Artikel 137*

Die Bestimmung enthält den bisher in Artikel 153 Militärstrafgerichtsordnung enthaltenen Grundsatz, wonach Urkunden und Augenscheinprotokolle zu verlesen sind. Für Zeugen, Sachverständige und Mitangeklagte ist wie im geltenden Recht grundsätzlich die Einvernahme in der Hauptverhandlung vorgesehen. Nach wie vor darf eine Verlesung der Protokolle von früheren Aussagen nur aus zwingenden Gründen erfolgen. Eine Ausnahme sieht Absatz 2 Buchstabe *d* bei Aussagen vor, die für die Urteilsfindung nicht entscheidend ins Gewicht fallen. Wenn sich das Gericht die nötigen Kenntnisse durch Verlesung früherer Aussagen verschaffen kann, so soll es auf die Vorladung von Zeugen, die nichts Wesentliches auszusagen haben, verzichten können. Dies dürfte beispielsweise im Appellationsverfahren gelegentlich der Fall sein. Welche Aussagen für die Urteilsfindung nicht entscheidend ins Gewicht fallen, hat das Gericht zu entscheiden. Wird einer Aussage seitens einer Partei besondere Bedeutung beigemessen, wird die Befragung durchzuführen sein, wenn das Begehren nicht offensichtlich

trölerisch oder rechtsmissbräuchlich erhoben wird. Dem Vorschlag, die in Absatz 2 Buchstabe *c* genannten «andern Gründe» abschliessend aufzuzählen, kann nicht entsprochen werden, da sie zu zahlreich und verschieden sind. In Frage kommen beispielsweise der längere Aufenthalt eines Zeugen in Übersee, eine schwere Erkrankung, die Verweigerung der Aussage und dergleichen.

#### *Artikel 138*

Die Möglichkeit, bis zum Schluss des Beweisverfahrens neue Beweismassnahmen zu beantragen, ergibt sich indirekt aus Artikel 154 Absatz 1 des geltenden Rechts. Obwohl Beweisanträge aus Gründen der Prozessökonomie möglichst frühzeitig gestellt werden sollen, rechtfertigt sich eine klare Ausgestaltung dieses Grundsatzes. Der Vorschlag entspricht grundsätzlich Artikel 157 Absatz 2 der Bundesstrafrechtspflege (SR 312.0).

Es wurde vorgeschlagen, neue Beweisanträge bis zum Schluss der Parteiverhandlung zuzulassen. Eine derartige Lösung wäre nicht praktisch, da die Verfahrensordnung für die Parteivorträge erheblich gestört würde.

#### *Artikel 139*

Die im geltenden Recht in den Artikeln 135, 136, 154 und 160 Absatz 4 enthaltenen Vorschriften über die Unterbrechung der Hauptverhandlung werden in einer einzigen Bestimmung zusammengefasst. Inhaltlich ergibt sich bloss die Änderung, dass auch bei längerer Unterbrechung die Hauptverhandlung nicht unbedingt wiederholt werden muss. Die Parteien können darauf verzichten.

#### *Artikel 140*

Die Bestimmung wird sprachlich vereinfacht.

#### *Artikel 141*

Es wird eine bestehende Lücke geschlossen: Ist ein Urteil – das nur auf Freispruch oder Verurteilung lauten kann – aus prozessrechtlichen Gründen unzulässig, so wird das Verfahren eingestellt.

#### *Artikel 142*

Die Bestimmungen über die Urteilsfällung entsprechen dem geltenden Recht (Art. 158 MStGO) mit der Ausnahme, dass für eine Verurteilung zum Tode die Einstimmigkeit des Gerichts verlangt wird. Die Todesstrafe ist ein Sonderfall, da sie irreversibel ist und nur in schwersten Fällen zur Anwendung gelangt. Dementsprechend soll ihre Angemessenheit durch Einstimmigkeit dokumentiert werden.

#### *Artikel 143 und 144*

Beide Bestimmungen enthalten gegenüber dem geltenden Recht (Art. 159 und 160 MStGO) redaktionelle Korrekturen, wobei darauf hinzuweisen ist, dass Artikel 160 Absatz 4 Militärstrafgerichtsordnung in Artikel 139 übernommen wurde.

*Artikel 145*

Von der Möglichkeit, einen Freigesprochenen zur disziplinarischen Bestrafung den zuständigen Vorgesetzten zu überweisen, wurde in der Praxis nicht Gebrauch gemacht. Sie wird daher aufgehoben. Ebenso kann auf Artikel 160a Absatz 3 verzichtet werden, da der Freispruch mit disziplinarischer Bestrafung ein Urteil darstellt und infolgedessen an eine höhere Instanz weitergezogen werden kann.

*Artikel 146*

Die Normen über die Sicherheitshaft müssen im Zusammenhang mit der Übernahme des Massnahmenrechts in das Militärstrafgesetz modifiziert werden. Über die Unzurechnungsfähigkeit eines Täters wird nicht in einem Einstellungsentscheid des Auditors (bis dahin des Oberauditors) zu befinden sein, sondern durch das Gericht. Artikel 162 Absatz 2 Militärstrafgerichtsordnung kann aus diesem Grunde aufgehoben werden. Demgegenüber wird ergänzend die in der Praxis bis dahin als selbstverständlich betrachtete Bestimmung aufgenommen, dass ein verurteilter Täter zur Sicherung des Strafvollzugs in Haft gesetzt werden kann. Die Regelung entspricht Artikel 5 der Menschenrechtskonvention. Die Verhaftung nach dem Urteil wird sich entweder auf Artikel 5 Ziffer 1 Buchstabe *a* (rechtmässige Haft nach Verurteilung durch ein zuständiges Gericht) oder Buchstabe *c* (Fluchtgefahr) der Menschenrechtskonvention stützen.

*Artikel 147*

Falls im gleichen Verfahren mehrere Täter beurteilt werden, stellt sich die in der Militärstrafgerichtsordnung bis dahin nicht geregelte Frage nach der Haftung für die Gerichtskosten. Das Gericht hat in seinem Urteil zu bestimmen, ob und inwieweit eine solidarische Haftung Platz greift (Abs. 2). Wie Absatz 1 entspricht auch Absatz 3 dem geltenden Recht (Art. 163 MStGO), jedoch mit der Ergänzung, dass dem Freigesprochenen nicht nur dann, wenn er das Verfahren durch verwerfliches Verhalten verursacht hat, sondern auch wenn er es dadurch erschwert hat, die Kosten ganz oder teilweise auferlegt werden können.

Artikel 6 Ziffer 3 Buchstabe *e* der Menschenrechtskonvention gestattet dem Angeklagten, die unentgeltliche Beiziehung eines Dolmetschers zu verlangen, wenn er der Verhandlungssprache des Gerichts nicht mächtig ist. Obwohl derartige Fälle selten sein dürften, sieht Artikel 147 Absatz 4 vor, dass der Bund nicht nur die Vergütungen an Richter und Justizoffiziere, sondern auch jene an Dolmetscher und Übersetzer trägt.

*Artikel 148*

Bei Urteilen, welche geheimzuhaltende Tatsachen zum Gegenstand haben, wird nach der bisherigen Praxis in öffentlicher Sitzung nur das Dispositiv bekanntgegeben. Eine Urteilsbegründung erfolgt nur so weit, als damit keine Geheimnisse verletzt werden. Die positive Normierung dieser Praxis erfolgt in Absatz 3, während die beiden ersten Absätze materiell Artikel 164 Militärstrafgerichtsordnung entsprechen.



### Artikel 149

Im Vergleich zum bisherigen Recht werden die an das schriftliche Urteil zu stellenden Anforderungen wesentlich detaillierter dargestellt. Ergänzend wird beigelegt, dass Redaktions- oder Rechnungsfehler sowie Kanzleiversehen von Amtes wegen zu berichtigen sind.

### 423.5 *Verfahren gegen Abwesende und Wiederaufnahme*

Die Revisionsbedürftigkeit der Vorschriften über das Abwesenheitsverfahren ist unbestritten. Eine Aufhebung lässt sich allerdings nicht verantworten, weil nach Artikel 9 des Militärstrafgesetzes (SR 321.0) im Militärstrafverfahren das Ubiquitätsprinzip gilt, also auch im Ausland begangene Handlungen verfolgt werden müssen. Dabei ist von Bedeutung, dass militärische Delikte nicht zu den Auslieferungsdelikten gehören. Es kann nicht bestritten werden, dass dem Abwesenheitsverfahren insofern Mängel anhaften, als die persönlichen Verhältnisse des Angeklagten oft nur ungenügend abgeklärt werden können und das Urteil nicht vollstreckbar ist. Demgegenüber spielt es jedoch eine wichtige Rolle, dass bei einem Kontumazialurteil die Verfolgungsverjährung durch die Vollstreckungsverjährung ersetzt wird. Das Abwesenheitsverfahren stellt übrigens keine Besonderheit des Militärstrafprozesses dar, sondern ist auch im Bundesstrafprozess (SR 312.0) sowie im Bundesgesetz über das Verwaltungsstrafrecht (SR 313.0) ausdrücklich vorgesehen. Ebenso kennen es kantonale Strafprozessordnungen.

Die vorgeschlagenen Änderungen bringen in erster Linie eine Verbesserung der Stellung des Angeklagten, im weiteren jedoch eine Präzisierung und Ergänzung der Verfahrensvorschriften.

### Artikel 150

Bereits im Zusammenhang mit Artikel 127 wurde darauf hingewiesen, dass die Voraussetzungen zur Durchführung des Abwesenheitsverfahrens in dem Sinne geändert werden, dass auf das Erfordernis, eine eigentliche Fahndung durchzuführen, gegebenenfalls verzichtet werden soll. Diese Vereinfachung ist in Absatz 1 berücksichtigt. Das Abwesenheitsverfahren ist durchzuführen, falls der Angeklagte trotz gehöriger Vorladung unentschuldigt nicht zur Hauptverhandlung erscheint und auf eine Vorführung verzichtet wird oder falls er überhaupt nicht vorgeladen werden kann. Immerhin kann gemäss Absatz 2 die Beurteilung verschoben werden, wenn das persönliche Erscheinen des Angeklagten zur Abklärung des Sachverhalts unerlässlich ist. In der geltenden Militärstrafgerichtsordnung ist die Verteidigung im Abwesenheitsverfahren nicht vorgesehen. Dies aus der Überlegung, ein Verteidiger kenne den Standpunkt des abwesenden Angeklagten nur ungenügend und sei demzufolge zu einer wirkungsvollen Tätigkeit ausserstande. Die Auffassungen zu dieser Frage haben sich gewandelt, und die fehlende Verteidigung im Abwesenheitsverfahren wird nun allgemein als rechtsstaatlicher Mangel empfunden. Bereits bei der Änderung der Verordnung über die Militärstrafrechts-

pflege (SR 322.2) im Jahre 1968 wurden die starren Vorschriften gelockert. Der Grossrichter wurde ermächtigt, einen privaten Verteidiger zuzulassen oder einen amtlichen Verteidiger zu ernennen. Heute rechtfertigt sich die Ausdehnung der obligatorischen Verteidigung auf das Abwesenheitsverfahren. Der Vorschlag, bloss eine Kann-Vorschrift vorzusehen, vermag nicht zu befriedigen. Er wird mit Überlegungen der Prozessökonomie begründet. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Militärgerichte in der Regel mehrere Verhandlungen am gleichen Sitzungstag durchführen, so dass die Bestellung des amtlichen Verteidigers für einen Kontumazialfall in der Regel keine ins Gewicht fallenden zusätzlichen Umtriebe mit sich bringt.

Das geltende Recht schliesst im Abwesenheitsverfahren den Freispruch aus. Diese im Kommentar Haefliger zu Artikel 166 Militärstrafgerichtsordnung (Ziff. 10) als prozessuale Ungehorsamsstrafe bezeichnete Lösung entspricht ebenfalls nicht rechtsstaatlichen Grundsätzen und muss daher aufgegeben werden. Hinfort soll auch im Abwesenheitsverfahren sowohl ein verurteilendes wie auch ein freisprechendes Erkenntnis erfolgen können. Das Verfahren ist nur dann einzustellen, wenn sich weder die Schuld noch die Nichtschuld des Täters feststellen lässt.

#### *Artikel 151*

Wie vorzugehen sei, wenn ein in Abwesenheit verurteilter Täter sich stellt oder festgenommen wird, ist in Artikel 167 Militärstrafgerichtsordnung nur rudimentär geregelt. Klare Verfahrensnormen sollen nun sowohl den Strafverfolgungsbehörden wie auch dem Verurteilten das richtige Vorgehen erleichtern. So wird vorgeschrieben, dass dem in Abwesenheit Verurteilten, der sich stellt oder festgenommen wird, das Abwesenheitsurteil mit Begründung durch die Polizeiorgane oder den Untersuchungsrichter eröffnet werden muss. Das Begehren um Aufhebung des Abwesenheitsurteils kann innert zehn Tagen seit der Eröffnung gestellt werden. Da das Begehren nicht begründet werden muss, ist die Ansetzung einer längeren Frist unnötig.

Falls sich – dies wird in den meisten Fällen zutreffen – eine Ergänzung der Voruntersuchung als notwendig erweist, wird sie durch den Präsidenten des Divisionsgerichts angeordnet und vom Untersuchungsrichter durchgeführt. Damit wird ein Grundsatz der geltenden Praxis ins Gesetz übernommen.

#### *Artikel 152*

Ein Verzicht auf die Aufhebung des Abwesenheitsurteils ist schriftlich oder mündlich zu Protokoll zu erklären. Stellt der Verurteilte innerhalb der Frist von zehn Tagen kein Wiederaufnahmebegehren oder folgt er unentschuldigst einer gehörigen Vorladung des Gerichts nicht, so wird dieses Verhalten einem Verzicht gleichgestellt. Der ausdrückliche wie auch der stillschweigende Verzicht auf das Begehren um Aufhebung des Abwesenheitsurteils ist endgültig.

### *Artikel 153*

Die in den Artikeln 151 und 152 enthaltenen Verfahrensvorschriften sind für den Verurteilten von grosser Bedeutung. Sie müssen ihm aus diesem Grunde bei der Eröffnung des Abwesenheitsurteils bekanntgegeben werden. Da nicht von sämtlichen Polizeidienststellen die Kenntnis dieser Vorschriften verlangt werden kann, muss die Orientierung des Angeklagten durch einen dem Urteil beizufügenden Hinweis sichergestellt werden. Die entsprechende Vorschrift wird in einen Ausführungserlass aufgenommen.

### *Artikel 154*

Die Bestimmungen über das Wiederaufnahmeverfahren beziehen sich nach der geltenden Militärstrafgerichtsordnung nur auf Täter, die das Begehren um Aufhebung des Abwesenheitsurteils und Durchführung des ordentlichen Verfahrens in der Schweiz stellen. Es fehlt eine Bestimmung für Wehrmänner, denen ein Abwesenheitsurteil im Ausland zur Kenntnis gebracht wird. Auch solche Verurteilte sollten die Möglichkeit haben, die Wiederaufnahme zu verlangen, wobei selbstverständlich die Voraussetzungen des Artikels 150 gelockert werden müssen. Sie sollten ebenfalls im Sinne einer Ausnahme von der Teilnahme an der Hauptverhandlung dispensiert werden können. Voraussetzung für diese Vereinfachungen ist allerdings, dass der Verurteilte im Ausland wohnt, das heisst ansässig ist.

Die Einführung besonderer Erleichterungen für im Ausland wohnhafte schweizerische Wehrmänner könnte auf den ersten Blick als stossend empfunden werden. Die Praxis zeigt jedoch, dass diesen Landsleuten eine militärgerichtliche Verurteilung auch von geringer Tragweite erhebliche Schwierigkeiten verursachen kann und es ihnen oft nicht zuzumuten ist, die weite Reise in die Schweiz zu unternehmen. Die Ausnahmeregelung ist aus diesen Überlegungen angebracht.

Abweichend vom ordentlichen Wiederaufnahmeverfahren ist ein Begehren um Dispensation im Abwesenheitsverfahren zu begründen. Der Richter muss feststellen können, dass dem Gesuchsteller die Reise in die Schweiz aus familiären, beruflichen oder finanziellen Gründen nicht möglich ist. Bei Ablehnung des Dispositionsbegehrens wird das Gesuch um Aufhebung des Abwesenheitsurteils und Neubeurteilung gegenstandslos, das heisst, der Verurteilte befindet sich in der gleichen Rechtslage wie vor Einreichung seines Gesuchs. Er kann demnach sein Wiederaufnahmegesuch in der Schweiz jederzeit neu stellen.

### *423.6 Besondere Vorschriften für das Verfahren über den Widerruf des bedingten Strafvollzuges*

### *Artikel 155*

Der Entscheid über den Widerruf des bedingten Strafvollzuges muss vom Richter getroffen werden. Die Praxis des Bundesgerichts verlangt zudem in jedem Fall die Anhörung des Verurteilten. Angesichts der Bedeutung des Widerrufsentscheides ist die Appellation zuzulassen.

Diese Umstände bedingen die Aufnahme besonderer Verfahrensvorschriften über den Widerruf des bedingten Strafvollzuges. Es ist in jedem Fall eine Hauptverhandlung durchzuführen, wobei die Anhörung des Verurteilten sichergestellt wird und beide Parteien ihre Anträge stellen und begründen können.

In der Regel wird der Entscheid über den Widerruf des bedingten Strafvollzuges gleichzeitig mit einem neuen Urteil zu treffen sein. Es kann der Praxis überlassen bleiben, ob die beiden Verhandlungen gleichzeitig oder aber unmittelbar hintereinander durchzuführen sind. Eine besondere Verhandlung ist auf jeden Fall anzusetzen, wenn der Widerruf des bedingten Strafvollzuges nicht mit einem neuen Urteil im Zusammenhang steht.

#### *423.7 Besondere Vorschriften über das Verfahren nach Artikel 16 der Militärorganisation*

##### *Artikel 156–158*

Die Artikel 170–172 des geltenden Rechts werden mit geringfügigen redaktionellen Änderungen übernommen.

#### *423.8 Zivilrechtliche Ansprüche in Strafsachen*

Nach den geltenden lückenhaften Vorschriften der Militärstrafgerichtsordnung über das Adhäsionsverfahren (Art. 177–181 MStGO) muss der zivilrechtliche Anspruch spätestens bei Beginn der Hauptverhandlung angemeldet werden. Wenn Art und Höhe des Schadens nicht schon aufgrund der Voruntersuchung feststehen, ist es Sache des Geschädigten, die erforderlichen Beweismittel zu beschaffen (Verhandlungsmaxime). Die Zivilansprüche können nur beurteilt werden, wenn sie liquid sind. Die Adhäsionsklage kann nur gegen den Angeklagten erhoben werden. Öffentlich-rechtliche Ansprüche gegen den Bund aus dessen Haftung für Schäden infolge militärischer Übungen oder aus der Militärversicherung sind nicht zugelassen. Zivilrechtliche Ansprüche dürfen vom Gericht nur auf Antrag des Verletzten beurteilt werden und nicht von Amtes wegen (MKGE 6 Nr. 58). Der Verletzte hat das Recht, seine Zivilansprüche vor den bürgerlichen Gerichten zu verfolgen. Nach der bestehenden Praxis sollen die Militärgerichte die Behandlung zivilrechtlicher Ansprüche ablehnen, wenn es unmöglich ist, den Schaden zu ermitteln. Das Strafverfahren darf dadurch nicht erschwert oder verzögert werden. Die Verhandlung über den zivilrechtlichen Anspruch findet erst nach der Verkündung des Strafurteils statt. Gegen ein Urteil über einen zivilrechtlichen Anspruch ist kein Rechtsmittel zulässig. Wird das Urteil im Strafpunkt zufolge Gutheissung einer Kassationsbeschwerde oder eines Revisionsverfahrens aufgehoben, so fällt das Urteil im Zivilpunkt dahin. Dasselbe gilt, wenn ein Abwesenheitsurteil auf Verlangen des Verurteilten aufgehoben wird. Findet in einem solchen Fall eine neue Verhandlung vor Militärgericht statt, kann auch der zivilrechtliche Anspruch wieder geltend gemacht werden.

Da die Adhäsionsprozesse vor Militärgericht selten sind, erhebt sich die Frage, ob auf sie verzichtet werden könne. Für die Beibehaltung des Adhäsionsverfahrens sprechen jedoch gewichtige Überlegungen. Abgesehen davon, dass es in den bürgerlichen Strafprozessordnungen allgemein eingeführt ist, sind in erster Linie Gründe der Prozessökonomie zu berücksichtigen. Sowenig es Aufgabe eines Strafgerichts sein kann, komplexe und schwierige zivilrechtliche Fragen zu beurteilen, so sehr liegt es im Interesse des Angeklagten wie auch des Geschädigten, für liquide zivilrechtliche Ansprüche kein weiteres Prozessverfahren durchführen zu müssen. Das Adhäsionsverfahren ist daher beizubehalten, doch müssen die Verfahrensvorschriften ausgebaut werden. Dabei sind in erster Linie die Voraussetzungen des Adhäsionsverfahrens klarer zu umschreiben.

#### *Artikel 159*

Eine Verdeutlichung von Artikel 177 MStGO erweist sich als notwendig: Nur der Geschädigte selbst kann zivilrechtliche Ansprüche aus einer unter das Militärstrafgesetz fallenden strafbaren Handlung geltend machen (Abs. 1 und 2). Selbstverständlich werden damit die Artikel 26–29 der Militärorganisation (SR 510.10) nicht berührt, Ansprüche gegen die Eidgenossenschaft also nicht der Beurteilung durch die Militärgerichte unterstellt.

Das geltende Recht nennt die Gründe nicht, die ein Militärgericht berechtigen, die Behandlung zivilrechtlicher Ansprüche abzulehnen. In Anlehnung an Artikel 210 Absatz 2 der Bundesstrafrechtspflege (SR 312.0) ist nun die Verweisung des Geschädigten an den Zivilrichter vorgesehen, wenn die Beurteilung des zivilrechtlichen Anspruchs auf Schwierigkeiten stossen würde. Die Formulierung schliesst nicht aus, dass das Gericht bei bloss teilweise bestrittenen zivilrechtlichen Forderungen die liquiden Ansprüche adhäsionsweise beurteilt und den Geschädigten bloss für den illiquiden Teil seiner Forderung auf den Zivilweg verweist. Abweichend von der Bundesstrafrechtspflege soll eine Verweisung an den Zivilrichter schon dann möglich sein, wenn die Beurteilung des Zivilpunktes Schwierigkeiten bietet (bisheriges Recht: ausserordentliche Schwierigkeiten). Es wird damit zum Ausdruck gebracht, dass der Fortgang des militärischen Strafverfahrens durch die Behandlung des Zivilpunktes nicht beeinträchtigt werden darf, also nur einfach zu erledigende Fälle im Adhäsionsverfahren beurteilt werden können. Diese Lösung drängt sich nicht zuletzt deswegen auf, weil Strafgerichte für kompliziertere zivilrechtliche Forderungsprozesse nicht geeignet sind. Im Abwesenheitsverfahren muss die Behandlung zivilrechtlicher Ansprüche ausgeschlossen bleiben. Da im Abwesenheitsverfahren jederzeit die Wiederaufnahme verlangt werden kann, wäre eine definitive Beurteilung des Zivilpunktes nicht möglich.

#### *Artikel 160*

Das geltende Recht (Art. 178 Abs. 1 MStGO) wird präzisiert: Zivilrechtliche Ansprüche können von der Eröffnung der Voruntersuchung an bis zu Beginn der Hauptverhandlung geltend gemacht werden. Der Geschädigte, der vor der Hauptverhandlung einen zivilrechtlichen Anspruch gestellt hat, wird vorgeladen,

doch ist ihm das Erscheinen wie in verschiedenen kantonalen Strafprozessordnungen freigestellt. Im Interesse der Prozessökonomie soll hinfort ein zivilrechtlicher Anspruch nicht mehr nach dem Strafverfahren, sondern gleichzeitig zur Behandlung kommen. Die Tatsache, dass der Geschädigte im Strafprozess keine Parteistellung einnimmt, wird dadurch nicht berührt, die Stellung des Angeklagten also nicht erschwert. Da nur liquide oder leicht abzuklärende Ansprüche von den Militärgerichten beurteilt werden, entsteht auch für die Zivilpartei keine Beeinträchtigung ihrer Rechte. Der Einbau des Adhäsionsverfahrens in den normalen Strafprozess gelangt darin zum Ausdruck, dass Absatz 3 vorsieht, der Geschädigte erhalte nach dem Auditor das Wort zur Stellung und Begründung seiner Anträge.

#### *Artikel 161*

Der Grundsatz, wonach die Beurteilung von zivilrechtlichen Ansprüchen nur dann zulässig ist, wenn der Angeklagte verurteilt oder im Sinne von Artikel 145 disziplinarisch bestraft wird, jedoch nicht bei einem Freispruch, konnte bis dahin Artikel 178 Absatz 2 Militärstrafgerichtsordnung nur indirekt entnommen werden. Er wird nun positiv normiert.

#### *423.9 Aufgehobene Bestimmungen des geltenden Rechts*

Artikel 179 Militärstrafgerichtsordnung schliesst jedes Rechtsmittel gegen Urteile über zivilrechtliche Ansprüche aus. Es besteht kein Anlass, an dieser Vorschrift festzuhalten, da sie rechtsstaatlichen Prinzipien widerspricht. Der Entscheid über zivilrechtliche Ansprüche soll mit Appellation bzw. mit Rekurs angefochten werden können. Auch die Revision wird neu zugelassen. Der Verurteilte wird mit einer allfälligen Appellation auch die Beurteilung im Zivilpunkt rügen können. Will er nur den Zivilpunkt aufgreifen, steht ihm – wie dem Geschädigten – der Rekurs zur Verfügung.

An der in Artikel 180 Militärstrafgerichtsordnung enthaltenen Regel, wonach das Urteil über den privatrechtlichen Anspruch hinfällig wird, falls das Strafurteil infolge Kassation oder Revision aufgehoben wird, kann nicht festgehalten werden. Es ist in der Praxis durchaus möglich, dass eine Appellation bloss das Strafmass oder ähnliche mit dem Zivilpunkt in keinem Zusammenhang stehende Fragen betrifft. In derartigen Fällen würde sich eine automatische Aufhebung des Zivilurteils nicht rechtfertigen. Es wird Sache des Appellationsgerichts sein, von Fall zu Fall zu entscheiden, ob bei erfolgreicher Appellation eine Aufhebung des Zivilurteils Platz greifen muss oder nicht. Die gleichen Überlegungen gelten für die Revision.

Schliesslich kann auf die Übernahme von Artikel 181 Militärstrafgerichtsordnung verzichtet werden. Es ist selbstverständlich, dass bei Ablehnung der Beurteilung eines zivilrechtlichen Anspruchs der Geschädigte sein Recht vor den bürgerlichen Gerichten suchen kann.

## 424      **Rechtsmittel**

### 424.1    *Beschwerde*

#### *Artikel 162*

Nach geltendem Recht ist eine Beschwerde nur gegen Amtshandlungen und wegen Versäumnis des Untersuchungsrichters zulässig. Der Kreis der beschwerdeberechtigten Personen wird ausführlich umschrieben (Art. 182 MStGO).

Wie der Untersuchungsrichter haben auch die Präsidenten der Divisions- und der Militärappellationsgerichte das Recht, gewisse Verfügungen zu treffen, die nicht rein prozessleitender Natur sind. Es geht in erster Linie um Haft-, Beschlagnahme- und Durchsuchungsverfügungen. Es sind dies praktisch die einzigen Amtshandlungen des Präsidenten, die in der Vorbereitungsphase der Hauptverhandlung stattfinden können und daher nicht einer Überprüfung durch das Gesamtgericht unterliegen. Die Beschwerdemöglichkeit wird daher auf diese Punkte ausgedehnt. Gegen Verfügungen und Versäumnisse des Untersuchungsrichters bleibt sie im bisherigen sehr weiten Umfange gewahrt.

Der Kreis der beschwerdeberechtigten Personen erfährt keine Änderung, doch wird die Beschwerdelegitimation einfacher umschrieben.

#### *Artikel 163*

Aus rechtsstaatlichen Gründen und unter Berücksichtigung der Menschenrechtskonvention ist der Beschwerdeentscheid nicht mehr vom Obergericht, sondern von einem richterlichen Organ zu treffen. Als Beschwerdeinstanzen werden die Präsidenten der Divisionsgerichte, der Militärappellationsgerichte bzw. des Militärkassationsgerichts als Einzelrichter eingesetzt. Damit wird eine Forderung der Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt erfüllt.

Die Einführung eines Beschwerderechts gegen den Auditor ist unnötig. Er ist einzig zum Erlass von Einstellungsverfügungen zuständig, die ihrerseits selbständig angefochten werden können.

#### *Artikel 164*

Die Frist zur Einreichung der Beschwerde wird von drei auf fünf Tage verlängert. Die Beschwerde ist schriftlich zu begründen, damit eine genügende Grundlage für das Einholen der Stellungnahme des Beschwerdegegners vorhanden ist. In vielen Fällen dürften die schriftlichen Stellungnahmen der Parteien nicht genügen; die Beschwerdeinstanz hat daher von Amtes wegen allenfalls notwendige weitere Erhebungen zu veranlassen.

#### *Artikel 165*

Selbstverständlich kann einer Beschwerde wie bis anhin grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung zuerkannt werden, da damit unter Umständen der Fortgang einer Untersuchung in Frage gestellt wäre oder der Untersuchungszweck vereitelt

oder gefährdet würde. In Härtefällen wurde jedoch in der Praxis entgegen dem Wortlaut des Gesetzes die aufschiebende Wirkung erteilt, was nun positiv normiert wird.

#### *Artikel 166*

Was im Einzelfall bei Gutheissung einer Beschwerde vorzukehren ist, kann im Gesetz nur allgemein umschrieben werden. Die Beschwerdeinstanz soll in jedem Fall das Nötige veranlassen können, beispielsweise Haftverfügungen aufheben, Weisungen über die Durchführung von Beweismassnahmen erteilen oder Fristen zur Vornahme bestimmter Amtshandlungen ansetzen.

#### *Artikel 167*

Eine Kostenregelung für das Beschwerdeverfahren ist dem geltenden Recht nicht bekannt. Diese Lücke ist zu schliessen. Grundsätzlich gehen die Kosten des Beschwerdeverfahrens zu Lasten des Bundes; sie können dem Beschwerdeführer auferlegt werden, wenn er das Verfahren leichtfertig veranlasst hat.

### 424.2 *Appellation*

#### *Artikel 168*

Die Appellation wird gegen alle Urteile der Divisionsgerichte wie auch gegen Entscheide, mit denen ein bedingter Strafvollzug widerrufen oder nicht widerrufen wird, zugelassen. Ausgenommen von diesem Grundsatz sind die Abwesenheitsurteile, bei denen eine Appellation auszuschliessen ist, weil jederzeit die Wiederaufnahme und Neubeurteilung der Strafsache in erster Instanz verlangt werden kann und gegen das neue Urteil die Appellation zulässig ist. Von der Appellation ausgenommen sind ferner Entscheidungen über privatrechtliche Ansprüche, die unabhängig vom Strafpunkt angefochten werden, sowie solche über Kosten und Entschädigung. Die Einführung einer Appellation ausschliesslich für die Behandlung zivilrechtlicher Ansprüche ginge zu weit, da sich die Militärgerichte nur mit liquiden oder einfachen Zivilrechtsangelegenheiten zu befassen haben.

#### *Artikel 169*

Die Bestimmung enthält die üblichen Grundsätze hinsichtlich der Legitimation und der Wirkung einer Appellation, wobei das Recht des Auditors, zugunsten des Angeklagten zu appellieren, ausdrücklich statuiert wird. Dass die Appellation die Rechtskraft des Urteils hemmt, ist selbstverständlich.

#### *Artikel 170*

Die Appellation kann innert fünf Tagen schriftlich oder mündlich erklärt werden; eine Begründung ist nicht notwendig.

Die Praxis der zivilen Gerichte zeigt, dass in vielen Fällen kein Bedürfnis nach einer umfassenden Appellation besteht. Die Möglichkeit, nur gegen selbständige



Teile des Urteils zu appellieren, soll auch im Militärstraßprozess eingeräumt werden.

#### *Artikel 171*

Der Rückzug der Appellation soll bis zum Schluss des Beweisverfahrens, also noch während der Dauer der oberinstanzlichen Hauptverhandlung, möglich sein. Hinsichtlich der Kostentragung beim Rückzug einer Appellation wurde eine flexible Formulierung gewählt, die es gestattet, in besonderen Fällen trotz des Rückzuges die Kosten auf die Gerichtskasse zu nehmen.

#### *Artikel 172*

Die Bestimmung über die Übermittlung der Akten hat rein formelle Bedeutung.

#### *Artikel 173*

Betrachtet der Präsident des Militärappellationsgerichts die Appellationserklärung als verspätet, so hat er die Akten dennoch dem Gericht zu unterbreiten. Stellt dieses fest, dass die Appellationserklärung verspätet erfolgte, ist auf die Sache nicht einzutreten.

#### *Artikel 174*

Hinsichtlich der Vorbereitung der Hauptverhandlung gelten grundsätzlich die gleichen Vorschriften wie für das Verfahren vor Divisionsgericht. Abweichend davon werden jedoch die Akten bei den Richtern in Zirkulation gesetzt.

#### *Artikel 175*

Falls der Angeklagte allein appelliert hat und zur Verhandlung nicht erscheint oder nicht vorgeladen werden kann, gilt die Appellation eine Stunde nach dem Verhandlungstermin als verwirkt. Macht der Säumige glaubhaft, dass er unverschuldet der Vorladung keine Folge leisten konnte, wird die Verwirkung widerrufen.

#### *Artikel 176*

Auch wenn der Auditor allein appelliert hat, muss die Verhandlung durchgeführt werden. Bleibt der Angeklagte unentschuldigt aus, so kann seine Vorführung angeordnet werden. Wie im Verfahren vor Divisionsgericht soll auf die Vorführung verzichtet werden können, wenn sie keinen Erfolg verspricht. In diesem Fall oder wenn der Angeklagte nicht vor Gericht gestellt werden kann, wird das Abwesenheitsverfahren durchgeführt. Dem Verurteilten steht das Recht zu, die Wiederaufnahme zu verlangen.

#### *Artikel 177*

Für die Hauptverhandlung gelten sinngemäss die gleichen Bestimmungen wie in der ersten Instanz, sofern sie nicht ausgesprochen auf das erstinstanzliche Verfahren zugeschnitten sind. Ergänzend wird die Reihenfolge der Parteivorträge und die Unterbrechung der Hauptverhandlung geregelt.

*Artikel 178*

Die reformatio in peius wird ausdrücklich ausgeschlossen bei Appellation des Angeklagten sowie insoweit, als der Auditor ausdrücklich zugunsten des Angeklagten appelliert hat. Im übrigen ist die Kognitionsbefugnis des Militärappellationsgerichts in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht frei.

*Artikel 179*

Grundsätzlich gehen die Kosten des Appellationsverfahrens zu Lasten des Bundes, wenn die Appellation des Angeklagten ganz oder teilweise gutgeheissen wird. In der Praxis wird von diesem Grundsatz abzuweichen sein, wenn der Angeklagte bei einer vollumfänglichen Appellation beispielsweise nur in einem unbedeutenden Nebenpunkt durchdringt. Auch im Falle einer Niederlage für den Appellanten ist seine Kostentragung nicht obligatorisch vorgesehen. Das Gericht soll die Möglichkeit haben, bei besonderen Umständen die Kostenaufgabe zu reduzieren oder ganz darauf zu verzichten. Im übrigen gelten hinsichtlich der Kosten und Entschädigung die allgemeinen Grundsätze des Artikels 112 Absatz 3, wobei immerhin im Sinne einer Ergänzung festgehalten wird, dass eine Entschädigung für Anwaltskosten auch zugesprochen werden kann, wenn die Appellation nur teilweise Erfolg hatte.

*424.3 Kassation**Artikel 180*

Kassation ist zulässig gegen Urteile der Militärappellationsgerichte und gegen Abwesenheitsurteile der Divisionsgerichte. Im Gegensatz zur Appellation ist die Zulassung der Kassationsbeschwerde im Abwesenheitsverfahren sinnvoll, weil mit ihr Rechtsverletzungen und Verfahrensmängel gerügt werden können, bei deren Beurteilung die Person des Täters keine Rolle spielt.

Neu zugelassen wird die Kassationsbeschwerde gegen Entscheidungen der Militärappellationsgerichte über den Widerruf des bedingten Strafvollzugs. Wie bereits in anderem Zusammenhang ausgeführt, könnten solche Entscheidungen für den Betroffenen schwerer wiegen als ein neues Urteil. Ein voll ausgebauter Instanzenzug ist daher gerechtfertigt.

*Artikel 181*

Die Kassationsgründe des geltenden Rechts bedürfen, nicht zuletzt wegen der Einführung der Appellation, keiner grundsätzlichen Änderung. Materiell etwas erweitert wird der Kassationsgrund von Artikel 181 Absatz 1 Buchstabe e (Art. 188 Abs. 1 Ziff. 7 MStGO). Nicht nur beim Fehlen einer Begründung, sondern auch dann, wenn diese unzureichend ist, muss die Kassation ausgesprochen werden. Eine Lücke wird ferner dadurch geschlossen, dass die Kassation auch auszusprechen ist, wenn wesentliche tatsächliche Feststellungen des Urteils dem Ergebnis der Beweisverhandlung widersprechen (Art. 181 Bst. f). Im übrigen wer-

den die Kassationsgründe neu gruppiert und redaktionell vereinfacht. So werden die Ziffern 2 und 4 von Artikel 188 Militärstraßgerichtsordnung zusammengefasst: Die Abwesenheit einer Person, deren Anwesenheit das Gericht vorschreibt, ist ein Spezialfall der nicht vorschriftsgemässen Gerichtsbesetzung (Art. 181 Bst. a). Ebenso bedeutet die unzulässige Beschränkung der Verteidigungsrechte (Art. 188 Ziff. 6) nichts anderes als die Verletzung wesentlicher Verfahrensvorschriften während der Hauptverhandlung, wie sie in Artikel 181 Buchstabe c in neuer Formulierung geregelt ist.

Unter der heutigen Rechtslage kann, abgesehen von den Fällen der Verletzung des Strafgesetzes und des Fehlens von Entscheidungsgründen, Kassation nur dann begehrt werden, wenn die Partei während der Hauptverhandlung einen bezüglichen Antrag gestellt oder den Mangel gerügt hat (Art. 188 Abs. 2 MStGO). Diese Beschränkung des Kassationsrechts wird gemildert. Immerhin ist daran festzuhalten, dass bei den unter Buchstaben a und c genannten Kassationsgründen (vorschriftswidrige Gerichtsbesetzung, Verletzung von Verfahrensvorschriften während der Hauptverhandlung) die Kassation nur begehrt werden kann, wenn die Partei während der Hauptverhandlung einen entsprechenden Antrag gestellt oder den Mangel gerügt hat. Es muss verhindert werden, dass eine Partei stillschweigend Verfahrensfehler akzeptiert und sie erst mit Kassationsbeschwerde rügt, wenn das Urteil ungünstig ausgefallen ist. Es liesse sich an und für sich vertreten, auch bei der Frage der sachlichen Zuständigkeit die Kassation nur zuzulassen, wenn der Mangel während der Verhandlung gerügt wurde. Die Praxis zeigt jedoch, dass Zuständigkeitsfragen unter Umständen schwierig zu lösen sind oder der Aufmerksamkeit der Parteien überhaupt entgehen. Das Interesse an einem Urteil durch das sachlich zuständige Gericht überwiegt. Der Zeitpunkt der Bestreitung der Zuständigkeit soll für die Zulässigkeit der Kassationsbeschwerde nicht mehr ausschlaggebend sein.

#### *Artikel 182*

Zu Recht sind von verschiedener Seite die kurzen Fristen des militärischen Kassationsverfahrens kritisiert worden. Die Frist zur Anmeldung des Kassationsbegehrens wird daher von 24 Stunden auf fünf Tage nach der mündlichen Eröffnung des Urteils verlängert. Eine noch längere Frist, wie sie vereinzelt vorgeschlagen wurde, rechtfertigt sich nicht, da für die Anmeldung der Kassationsbeschwerde keine Begründung gefordert ist.

Nach der Praxis des Militärkassationsgerichts (EMKG 3 Nr. 46) wird die Einreichung der Kassationsbeschwerde bei einem andern Justizoffizier des Gerichts als dem in Artikel 189 Militärstraßgerichtsordnung vorgesehenen Gerichtsschreiber als gültig anerkannt. Der neue Gesetzestext (Abs. 2) geht noch einen Schritt weiter und lässt die Einreichung des Begehrens ganz allgemein beim Gericht zu. Sie kann demnach hinfort sowohl an den Präsidenten, den Gerichtsschreiber wie auch an einen andern Richter der Vorinstanz adressiert sein. Diese Vereinfachung verlangt aus Gründen der Rechtssicherheit die schriftliche Einreichung des Kas-

sationsbegehrens. Die Fristen für die schriftliche Begründung der Kassation betragen bis dahin höchstens zehn Tage, konnten in der Praxis also verkürzt werden. In Anpassung an Artikel 272 des Bundesstrafprozesses (SR 312.0) wird die Begründungsfrist auf 20 Tage ausgedehnt.

Artikel 190 Militärstrafgerichtsordnung räumt dem Obergericht das Recht ein, bei der Übermittlung des Kassationsbegehrens an den Präsidenten des Kassationsgerichts Bemerkungen und Anträge beizufügen. Hinfort sollen die Akten direkt vom vorinstanzlichen Gericht zum Militärkassationsgericht weitergeleitet werden, womit die Stellungnahme des Obergerichtes entfällt.

#### *Artikel 183*

Die Norm entspricht Artikel 191 Militärstrafgerichtsordnung und wird lediglich redaktionell geändert.

#### *Artikel 184*

Entsprechend dem Charakter des obersten Militärgerichts als reine Kassationsinstanz finden keine Parteiverhandlungen statt. Dagegen wird neu die Möglichkeit eines zweiten Schriftenwechsels vorgesehen. Das Militärkassationsgericht prüft nach wie vor nur die gestellten Anträge. Bei den Kassationsgründen der vorschriftswidrigen Gerichtsbesetzung, der falschen sachlichen Zuständigkeit und der Verletzung wesentlicher Verfahrensvorschriften werden lediglich die im Kassationsbegehren aufgeführten Tatsachen berücksichtigt, während das Gericht bei den übrigen Kassationsgründen (Art. 181 Bst. d, e und f) an die Begründung des Kassationsbegehrens nicht gebunden ist. Diese Regelung entspricht Artikel 192 Militärstrafgerichtsordnung.

#### *Artikel 185*

Die Bestimmung enthält gegenüber dem bisherigen Recht eine der Praxis (MKGE 5 Nr. 88) entsprechende Erweiterung. Es wird ausdrücklich festgehalten, dass sich der Entscheid des Militärkassationsgerichts nicht zuungunsten des Angeklagten auswirken darf, wenn er allein oder insoweit der Auditor ausdrücklich zu seinen Gunsten die Kassationsbeschwerde eingereicht hat. Dies bedeutet, dass die Vorinstanz, an welche eine Sache zur Neuerteilung zurückgewiesen wurde, auf jeden Fall kein schärferes Urteil fällen darf als jenes, das durch Kassation aufgehoben wurde. Die Bestimmung dürfte selten zur Anwendung gelangen, ist jedoch im Interesse eines ausgebauten Rechtsschutzes für den Angeklagten gerechtfertigt.

#### *Artikel 186*

Nach Artikel 194 Militärstrafgerichtsordnung kann das Militärkassationsgericht das Urteil selbst fällen, wenn ein Urteil wegen falscher Anwendung des Gesetzes kassiert wird (Art. 194 MStGO). Diese Möglichkeit ist nur dem Militärstrafprozess bekannt und findet sich in zivilen Strafprozessordnungen nicht. Sie entspricht nicht dem Gedanken der Kassation und ist auch insoweit störend, als der

Täter von einem Gericht verurteilt wird, das ihn nie gesehen hat. Auf die eigene Urteilsfällung durch das Kassationsgericht ist aus diesem Grunde zu verzichten.

Artikel 186 fasst im übrigen die Artikel 194, 195 und 196 des geltenden Rechts zusammen mit der Ergänzung, dass die Sache an die zuständige Behörde zu weisen ist, wenn ein Urteil infolge sachlicher Unzuständigkeit kassiert wird.

#### *Artikel 187*

Artikel 198 Militärstrafgerichtsordnung wird mit redaktionellen Änderungen übernommen.

#### *Artikel 188*

Die Kostenfolgen im Kassationsverfahren sind in Artikel 193 Militärstrafgerichtsordnung nur rudimentär geregelt, indem lediglich die Möglichkeit der Auflegung einer Gerichtsgebühr an den unterlegenen Beschwerdeführer vorgesehen ist. Artikel 188 entspricht inhaltlich den Kosten- und Entschädigungsbestimmungen bei den anderen gerichtlichen Instanzen und bringt damit vor allem eine grosszügigere Regelung der Entschädigung an den obsiegenden Beschwerdeführer.

#### *Artikel 189*

Das Urteil des Militärkassationsgerichts ist den Parteien, dem Präsidenten der Vorinstanz und dem Obergericht zuzustellen. Ferner sollen – ähnlich wie dies Artikel 148 Absatz 3 vorsieht – geheimzuhaltende Urteile dem Verurteilten und dem Verteidiger nur im Dispositiv schriftlich mitgeteilt werden. Dem Informationsbedürfnis kann mit der Einräumung des Rechts, in die schriftliche Urteilsbegründung Einsicht zu nehmen, Rechnung getragen werden.

### *424.4 Rekurs*

#### *Artikel 190*

Die Anpassung des Militärstrafgesetzes (SR 321.0) an die neuen Bestimmungen des Strafgesetzbuches (SR 311.0) verlangt ein neues Rechtsmittel. Mit Rekurs sollen Entscheidungen der Divisions- und Militärappellationsgerichte angefochten werden können, die nicht der Kassationsbeschwerde unterliegen. Die Aufzählung der Rekursgründe ist nicht abschliessend, sondern beschränkt sich auf die wichtigsten Fälle. So soll der Entscheid über Vollstreckung aufgeschobener Strafen nach Vollzug richterlicher Massnahmen, über die Wiedereinsetzung in die Amtsfähigkeit, die Löschung des Strafregistereintrages, die Verweigerung der Wiederaufnahme des Verfahrens und über Kostenaufgabe und Ablehnung von Entschädigungsbegehren mit Rekurs angefochten werden können. Ebenso steht das Rechtsmittel des Rekurses zur Verfügung gegen Entscheidungen über zivilrechtliche Ansprüche. Wird jedoch ein Urteil im Strafpunkt mit Kassationsbeschwerde angefochten, so kann gleichzeitig auch der Zivilpunkt einbezogen werden. Auf

den Rekurs kann in derartigen Fällen verzichtet werden, womit ein doppelspuriges Verfahren vermieden wird.

Als weitere dem Rekurs unterliegende Entscheidungen sind jene über Einziehung und Verfall von Geschenken und anderen Zuwendungen, über die Wiedermöglichkeit zur persönlichen Dienstleistung und über Haftverfügung im Anschluss an die Hauptverhandlung zu nennen. Eine Reduktion des im Gesetz enthaltenen Kataloges der Rekursfälle zugunsten der Kassationsbeschwerde oder der Appellation rechtfertigt sich nicht. Von einer Lösung, welche neben Urteilen auch Entscheidungen im Sinne von Artikel 190 der Appellation zugänglich macht, ist wie im bürgerlichen Bereich abzusehen, da hierfür kein Bedürfnis besteht.

#### *Artikel 191*

Die Legitimation zum Rekurs entspricht jener zur Kassationsbeschwerde mit der Ergänzung, dass Rekurs vom Geschädigten hinsichtlich seiner zivilen Ansprüche erhoben werden kann.

#### *Artikel 192*

Da der Rekurs mit Begründung eingereicht werden muss, ist eine Rekursfrist von 20 Tagen vorgesehen. Wie beim Kassationsverfahren findet keine Parteiverhandlung statt, doch kann ein weiterer Schriftenwechsel angeordnet werden. Eine Parteiverhandlung ist unnötig, weil mit Ausnahme des Urteils über zivilrechtliche Ansprüche dem Rekurs in der Regel Entscheidungen der vorinstanzlichen Gerichte unterliegen, die nicht auf einem kontradiktorischen Verfahren beruhen.

Das Kassationsgericht ist an das vorinstanzliche Urteil im Strafpunkt lediglich dann gebunden, wenn auf dem Rekursweg nur der Entscheid über einen zivilrechtlichen Anspruch oder über Kostenaufgabe und Entschädigungsbegehren gerügt wird. Der Entscheid darf sich nicht zuungunsten des Rekurrenten auswirken.

#### *Artikel 193*

Dem Militärkassationsgericht wird die Möglichkeit eingeräumt, die Sache zu neuer Entscheidung an die Vorinstanz zurückzuweisen oder selber zu entscheiden. Eine Zurückweisung wird dann am Platze sein, wenn zusätzliche Abklärungen, wie Einvernahmen, Einholen von Berichten und dergleichen notwendig sind.

#### *Artikel 194*

Die Regelung über Kosten und Entschädigung entspricht grundsätzlich jener im Kassationsverfahren.

### *424.5 Revision*

Das Revisionsverfahren ist in der Militärstrafgerichtsordnung bloss in den Grundzügen geregelt und weist daher verschiedene Lücken und Ungenauigkeiten

auf. Sie sollen in Anlehnung an die Bundesstrafrechtspflege (SR 312.0) behoben werden.

#### *Artikel 195*

Die Voraussetzungen für die Revision müssen genauer umschrieben werden, wobei die Formulierung weitgehend Artikel 229 der Bundesstrafrechtspflege (SR 312.0) entspricht. Abweichend davon wird auf eine Befristung für die Einreichung von Revisionsgesuchen verzichtet. Dies bedeutet, dass zugunsten des Verurteilten jederzeit, also auch nach eingetretener Verjährung, ein Revisionsbegehren gestellt werden kann. Umgekehrt schliessen die Verjährungsbestimmungen des Militärstrafgesetzes (SR 321.0) die Revision zuungunsten des Beurteilten nach Ablauf der Verjährungsfrist aus.

#### *Artikel 196*

Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Adhäsionsverfahrens wird die Revision ebenfalls in bezug auf zivilrechtliche Ansprüche eingeführt. Übereinstimmend mit Artikel 230 der Bundesstrafrechtspflege (SR 312.0) muss die Revision, falls sie sich auf die Revisionsgründe des Artikels 195 Buchstaben *b-d* bezieht, innerhalb von 30 Tagen nach Entdeckung des Revisionsgrundes nachgesucht werden. Sie wird auf jeden Fall unzulässig nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren seit Zustellung der Urteilsausfertigung.

#### *Artikel 197*

Der Kreis der zur Einreichung eines Revisionsbegehrens berechtigten Personen wird analog zu Artikel 231 der Bundesstrafrechtspflege (SR 312.0) neu umschrieben. Der Auditor bedarf zur Einreichung eines Revisionsbegehrens nicht mehr der Weisung des Eidgenössischen Militärdepartements.

#### *Artikel 198*

Revisionsgesuche sind unter Beilage der Beweismittel zu begründen. Das Revisionsbegehren ist ein ausserordentliches Rechtsmittel und kann daher grundsätzlich keine Suspensivwirkung entfalten. In der Praxis kann diese Vorschrift zu stossenden Ergebnissen führen. Der Präsident des Militärkassationsgerichts soll daher in besondern Fällen bereits dem Gesuch aufschiebende Wirkung erteilen können. Davon nicht berührt wird der Grundsatz, dass das frühere Urteil bis zur gänzlichen oder teilweisen Aufhebung durch das Militärkassationsgericht rechtskräftig bleibt.

Ein besonderes Problem stellt sich im Zusammenhang mit der Todesstrafe. Artikel 211 Militärstrafgerichtsordnung sieht vor, dass in Kriegszeiten das Gericht den sofortigen Vollzug eines Todesurteils verfügen kann, ohne Rücksicht unter anderem auf ein Revisionsgesuch, «wenn das Wohl des Vaterlandes nach einstimmiger Ansicht des Gerichts dies erfordert». Da aus rechtsstaatlichen Gründen diese Bestimmung aufgehoben wird, könnte in der Praxis durch wiederholte Revisionsgesuche der Vollzug eines Todesurteils überhaupt verunmöglicht werden.

Aus diesem Grunde soll bei Todesurteilen das Gesamtgericht über die Frage entscheiden, ob dem Revisionsgesuch aufschiebende Wirkung zu erteilen sei.

#### *Artikel 199*

Die amtliche Verteidigung im Revisionsverfahren ist im geltenden Recht nicht vorgesehen. Da Revisionen oft komplizierte Abklärungen bedingen, wird auch hier die Möglichkeit einer amtlichen Verteidigung geschaffen. Revisionsgesuche rechtsunkundiger Personen ohne Rechtsbeistand bedürfen vielfach der Ergänzung. Deshalb soll ein amtlicher Verteidiger bereits vor dem eigentlichen Verfahren, das heisst zur Ergänzung des eingereichten Gesuches zugeteilt werden können.

#### *Artikel 200*

Der Präsident des Militärkassationsgerichts soll im Interesse der einwandfreien Abklärung die Kompetenz haben, seinerseits Erhebungen durchzuführen oder sie durchführen zu lassen.

#### *Artikel 201*

Die Bestimmung entspricht Artikel 203 des geltenden Rechts mit redaktionellen Änderungen.

#### *Artikel 202*

Im Gegensatz zum geltenden Recht soll das Militärkassationsgericht bei Aufhebung des Urteils die Sache gegebenenfalls auch an ein anderes Gericht als jenes, das geurteilt hat, zur Neuurteilung zurückweisen können. Richtet sich das Revisionsgesuch gegen ein Urteil des Militärkassationsgerichts, so ist bei Gutheissung die Neuurteilung vom zuständigen Militärappellationsgericht durchzuführen. Auch in diesem Fall bleibt die Zuweisung an ein anderes Gericht gleicher Instanz möglich.

Der unterliegende Gesuchsteller hat die Verfahrenskosten und eine Gerichtsgebühr zu tragen.

#### *Artikel 203*

Artikel 202 Militärstrafgerichtsordnung wird mit redaktioneller Änderung übernommen.

#### *Artikel 204*

Die Regelung der Folgen eines Freispruches im wiederaufgenommenen Verfahren entspricht sinngemäss Artikel 237 Absatz 1 der Bundesstrafrechtspflege (SR 312.0) mit der Abweichung, dass das urteilende Gericht die Frage der Entschädigung nicht auf Antrag hin, sondern von Amtes wegen zu entscheiden hat.



## 425      **Strafvollzug**

### *Artikel 205–207*

Die Bestimmungen sind redaktionell geändert.

### *Artikel 208*

Disziplinarbussen, die von einer kantonalen Militärbehörde ausgesprochen werden, verfallen nicht mehr dem Bund, sondern dem betreffenden Kanton (Art. 191a MStG; SR 311.0). Ein entsprechender Vorbehalt ist neu in Absatz 1 enthalten. Absatz 2 ist redaktionell vereinfacht.

### *Artikel 209*

Neben redaktionellen Änderungen ist im Zusammenhang mit der Aufnahme des Massnahmenrechtes in das Militärstrafgesetz (SR 321.0) auch die Durchführung des Massnahmenvollzugs zu regeln. Auf Artikel 209 Absatz 4 Militärstrafgerichtsordnung, wonach der Verurteilte der zuständigen Polizeibehörde des Kantons zugeführt wird, kann verzichtet werden; es handelt sich um eine Selbstverständlichkeit.

### *Artikel 210*

Die Norm entspricht wörtlich der bisherigen Fassung von Artikel 210 Militärstrafgerichtsordnung. Artikel 211 Militärstrafgerichtsordnung wird nicht übernommen, da diese Bestimmung ihrem Inhalt nach dem Standrecht entspricht (vgl. Kommentar Haefliger, Art. 211 Note 1) und rechtsstaatlichen Grundsätzen widerspricht. Die Überlegung, fehlendes Standrecht führe in gewissen Situationen zur Selbstjustiz, ist zwar verständlich, vermag jedoch die Beibehaltung des Standrechtes nicht zu rechtfertigen.

### *Artikel 211*

Artikel 212 Militärstrafgerichtsordnung wird redaktionell geändert.

### *Artikel 212*

Zum Grundsatz, wonach der Bund für die Kosten des Straf- und Massnahmenvollzugs aufzukommen hat, wird der Vorbehalt des Rückgriffsrechtes gegenüber unterstützungspflichtigen Verwandten im Sinne von Artikel 328 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (SR 210) angebracht. Ein Rückgriff soll allerdings nur für Massnahmen nach den Artikeln 43, 44 und 100<sup>bis</sup> des Strafgesetzbuches (SR 311.0) möglich sein. Er rechtfertigt sich in diesen Fällen, da die Massnahmen eine fürsorgerische Behandlung ersetzen, die auch unabhängig von einem Strafurteil hätte durchgeführt werden müssen. Aus diesem Grunde kann auf die Rückgriffsmöglichkeit, die übrigens weniger weit geht als Artikel 368 des Strafgesetzbuches, nicht verzichtet werden. Selbstverständlich ist bei einem allfälligen Rückgriff der Betroffene vor den Verwandten zu belangen.

## **426      Strafverfahren gegenüber Ausländern nach Massgabe der internationalen Abkommen zum Schutze der Kriegsofper**

### *Artikel 213 und 214*

Beide Bestimmungen entsprechen wörtlich den Artikeln 214 und 215 Militärstrafgerichtsordnung.

## **427      Übergangs- und Schlussbestimmungen**

### *Artikel 215–218*

Das neue Recht soll auf alle hängigen Verfahren sofort Anwendung finden. Bei hängigen Kassationsbeschwerden wird die Möglichkeit eingeräumt, sie zurückzuziehen und durch eine Appellation zu ersetzen.

## **5      Finanzielle und personelle Auswirkungen**

### **51      Finanzielle Auswirkungen**

#### **511      Militärstrafgesetz**

Es entstehen keine zusätzlichen Kosten.

#### **512      Militärstrafprozess**

Die Kosten für die erstinstanzlichen Gerichte werden voraussichtlich gleichbleiben, doch ist eine einigermaßen zuverlässige Schätzung unmöglich. Gemessen an der Zahl der Gerichtssitzungen im Jahre 1975 dürfte sich aus der Reduktion der Zahl der Richter bei den Divisionsgerichten eine Einsparung ergeben (Wegfall von Gradsold und Reisespesen). Die Einführung des Strafmandatverfahrens wird eine Reduktion der Gerichtssitzungen zur Folge haben, doch kann deren Umfang nicht vorausgesehen werden. Ein leichter Rückgang der Verteidigerkosten im Zusammenhang mit der Einführung des Strafmandatverfahrens ist ebenfalls zu erwarten. Dagegen dürften Mehrkosten aus der Einsetzung der Gerichtspräsidenten als Weiterzugsinstanz im Disziplinarbeschwerdeverfahren entstehen (Gradsold, Reisespesen, Verteidigung). Die Einführung von Appellationsgerichten wird einen Mehraufwand in der Grössenordnung von 50 000–100 000 Franken nach sich ziehen. Den Appellationsgerichten müssen Sekretariate beigegeben werden, was zusätzliche Personal- und Kanzleikosten von schätzungsweise 150 000 Franken mit sich bringt.

Die Einführung der Appellation dürfte zu einer gewissen Reduktion des Sitzungsaufwandes beim Militärkassationsgericht führen.

Der Bund wird in Zukunft auch die Kosten des Vollzugs von Massnahmen zu tragen haben. Es ist jedoch anzunehmen, dass die Verhängung von Massnahmen durch Militärgerichte recht selten, der diesbezügliche Mehraufwand also eher bescheiden sein wird.

## **52 Personelle Auswirkungen**

### **521 Militärstrafgesetz**

Personelle Auswirkungen ergeben sich keine.

### **522 Militärstraßprozess**

Der erhöhte Personaleinsatz infolge der Einführung von Appellationsgerichten und der Zuweisung des Weiterzuges im Disziplinarbeschwerdeverfahren an die Gerichtspräsidenten wird durch die Reduktion der Richterzahl in erster Instanz ausgeglichen. Ein Mehraufwand an Kanzleipersonal von mindestens drei Beamten wird sich aus der Einführung der Appellationsgerichte ergeben.

## **53 Auswirkungen auf Kantone und Gemeinden**

### **531 Militärstrafgesetz**

Verfügungen im Zusammenhang mit der bedingten Entlassung werden nicht mehr durch das Eidgenössische Militärdepartement, sondern durch die zuständige kantonale Behörde getroffen. Andere Auswirkungen ergeben sich nicht.

### **532 Militärstraßprozess**

Kantone und Gemeinden werden durch die Änderung des Militärstraßprozesses nicht stärker belastet.

## **6 Verfassungsmässigkeit**

### **61 Militärstrafgesetz**

Die Verfassungsmässigkeit der Vorlage ist gegeben durch die Artikel 20 und 64<sup>bis</sup> der Bundesverfassung, welche das Heerwesen und die Gesetzgebung im Gebiete des Strafrechtes zur Bundessache erklären.

**62      Militärstraßprozess**

Die Verfassungsmässigkeit der Vorlage ist gegeben durch Artikel 20 der Bundesverfassung, welche die Gesetzgebung über das Heereswesen zur Bundessache erklärt.

5337

(Entwurf)

## **Militärstrafgesetz (MStG)**

### **Änderung vom**

*Die Bundesversammlung  
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 7. März 1977<sup>1)</sup>,

*beschliesst:*

#### **I**

Das Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927<sup>2)</sup> wird wie folgt geändert:

### **1. Änderung von Bezeichnungen**

<sup>1</sup> Die Bezeichnung «Heer» wird in den Artikeln 4 Ziffern 2 und 3, 86a, 87 Ziffern 1 und 2, 88, 89, 90, 141 Absatz 1, 143 Ziffer 1, 160 Absatz 2, 161 Ziffer 1, 162 Absatz 3 und 165 Ziffer 1 durch «Armee» ersetzt.

<sup>2</sup> In den Artikelbezeichnungen werden die römischen Numeralien «bis», «ter», «quater», «quinquies» usw. durch die Buchstaben «a», «b», «c», «d» usw. ersetzt.

<sup>3</sup> (Betrifft nur den französischen Text)

<sup>1)</sup> BBl 1977 II 1

<sup>2)</sup> SR 321.0

## 2. Änderung von Gliederungstiteln und Artikeln

### *Art. 2 Ziff. 1, 3 und 7*

Dem Militärstrafrecht unterstehen:

1. Dienstpflichtige und Hilfsdienstpflichtige während ihres Militärdienstes, ausgenommen Urlauber für die in den Artikeln 115–137 und 145–179 genannten strafbaren Handlungen, sofern diese in keinem Zusammenhang mit dem Dienst der Truppe stehen;

3. Dienstpflichtige und Hilfsdienstpflichtige, die ausserhalb des Dienstes in Uniform auftreten, für strafbare Handlungen nach den Artikeln 61–114 und 138–144;

7. Zivilpersonen, die dauernd oder zu besondern Verrichtungen bei der Truppe angestellt sind;

### *Art. 4 Ziff. 1*

In Kriegszeiten unterstehen dem Militärstrafrecht ausser den in den Artikeln 2 und 3 genannten Personen:

1. Personen, die der Truppe folgen, ohne ihr direkt anzugehören;

### *Art. 6 Abs. 1*

<sup>1</sup> Sind an einem rein militärischen Verbrechen oder Vergehen (Art. 61–85) oder an einem Verbrechen oder Vergehen gegen die Landesverteidigung oder gegen die Wehrkraft des Landes (Art. 86–107) oder gegen das Völkerrecht im Falle bewaffneter Konflikte (Art. 108–114) neben Personen, die dem Militärstrafrecht unterstehen, andere Personen beteiligt, so sind diese gleichfalls nach diesem Gesetze strafbar.

### *Art. 10*

2. Zurechnungsfähigkeit.  
Unzurechnungsfähigkeit

Wer wegen Geisteskrankheit, Schwachsinn oder schwerer Störung des Bewusstseins zur Zeit der Tat nicht fähig war, das Unrecht seiner Tat einzusehen oder gemäss seiner Einsicht in das Unrecht der Tat zu handeln, ist nicht strafbar. Vorbehalten sind die Massnahmen nach den Artikeln 43 und 44 des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup>.

### *Art. 11*

Verminderte  
Zurechnungs-  
fähigkeit

War der Täter zur Zeit der Tat in seiner geistigen Gesundheit oder in seinem Bewusstsein beeinträchtigt oder geistig mangelhaft entwickelt, so dass die Fähigkeit, das Unrecht seiner Tat einzusehen

<sup>1)</sup> SR 311.0

oder gemäss seiner Einsicht in das Unrecht der Tat zu handeln, herabgesetzt war, so kann der Richter die Strafe nach freiem Ermessen mildern (Art. 47). Vorbehalten sind Massnahmen nach den Artikeln 42-44 und 100<sup>bis</sup> des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup>.

### *Art. 11b (neu)*

<sup>1</sup> Der Untersuchungsrichter oder das Gericht ordnet eine Untersuchung des Beschuldigten an, wenn Zweifel über dessen Zurechnungsfähigkeit bestehen oder wenn zum Entscheid über die Anordnung einer sichernden Massnahme Erhebungen über dessen körperlichen oder geistigen Zustand nötig sind.

Zweifelhafter  
Geisteszu-  
stand des  
Beschuldigten

<sup>2</sup> Die Sachverständigen äussern sich über die Zurechnungsfähigkeit des Beschuldigten und darüber, ob und in welcher Form eine Massnahme nach den Artikeln 42-44 und 100<sup>bis</sup> des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup> zweckmässig sei.

### *Art. 12*

<sup>1</sup> Wird der Täter wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen oder unter Annahme verminderter Zurechnungsfähigkeit verurteilt, so kann der Richter, sofern es sich um einen Dienst- oder Hilfsdienstpflichtigen handelt, den Ausschluss aus der Armee anordnen.

Ausschluss  
aus der Armee  
als sichernde  
Massnahme

<sup>2</sup> Der Ausschluss kann vom Eidgenössischen Militärdepartement aufgehoben werden, wenn die Voraussetzungen weggefallen sind.

### *Art. 13*

<sup>1</sup> Kinder, die das 7. Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben, fallen nicht unter dieses Gesetz. <sup>3. a.</sup> Kinder

<sup>2</sup> Begeht ein Kind, welches das 7., aber noch nicht das 15. Altersjahr zurückgelegt hat, eine von diesem Gesetz mit Strafe bedrohte Tat, so gelten die Artikel 83 ff. des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup>. Zuständig sind die bürgerlichen Behörden.

### *Art. 14*

Begeht ein Jugendlicher, der das 15., aber noch nicht das 18. Altersjahr zurückgelegt hat, eine von diesem Gesetz mit Strafe <sup>b.</sup> Jugendliche

<sup>1)</sup> SR 311.0

bedrohte Tat, so gelten die Artikel 90 ff. des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup> sowie die Bestimmungen des Bundesrates nach Artikel 397<sup>bis</sup> Buchstabe *d* des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup>. Zuständig sind die bürgerlichen Behörden.

*Art. 14a (neu)*

c. Junge  
Erwachsene

<sup>1</sup> Hat der Täter zur Zeit der Tat das 18., aber noch nicht das 25. Altersjahr zurückgelegt, so gelten unter Vorbehalt von Absatz 2 die allgemeinen Bestimmungen dieses Gesetzes.

<sup>2</sup> Die Artikel 100 Absatz 2, 100<sup>bis</sup> und 100<sup>ter</sup> des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup> sind anwendbar. Zuständige Behörde nach den Artikeln 100<sup>bis</sup> und 100<sup>ter</sup> des Strafgesetzbuches ist die entsprechende Behörde des Vollzugskantons.

2. Freiheits-  
strafen und  
sichernde  
Massnahmen.  
Zuchthaus-  
strafe

*Art. 28 Randtitel und Abs. 2*

<sup>2</sup> Aufgehoben

*Art. 29 Abs. 2*

Aufgehoben

*Art. 29a*

(Betrifft nur den französischen Text)

*Art. 29b (neu)*

Vollzug der  
Freiheitsstra-  
fen;  
Unterbre-  
chung

<sup>1</sup> Freiheitsstrafen werden unter Vorbehalt von Artikel 30 nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup> vollzogen.

<sup>2</sup> Der Vollzug darf nur aus wichtigen Gründen unterbrochen werden.

<sup>3</sup> Muss der Verurteilte während des Strafvollzugs in eine Heil- oder Pflgeanstalt verbracht werden, so wird ihm der Aufenthalt in dieser Anstalt auf die Strafe angerechnet. Die zuständige Behörde des Vollzugskantons kann die Anrechnung ganz oder teilweise ausschliessen, wenn der Anstaltsaufenthalt wegen Krankheiten oder anderen Ursachen erforderlich wurde, die offenkundig schon vor dem Strafantritt bestanden haben. Die Anrechnung unterbleibt, wenn der Verurteilte die Verbringung arglistig veranlasst oder soweit er die Verlängerung des Aufenthalts in der Anstalt arglistig herbeigeführt hat.

<sup>1)</sup> SR 311.0



*Art. 29c (neu)*

<sup>1</sup> Die Bestimmungen über sichernde Massnahmen nach den Artikeln 42–45 des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup> sind anwendbar. Sichernde  
Massnahmen

<sup>2</sup> Zuständige Behörde nach diesen Bestimmungen ist die entsprechende Behörde des Vollzugskantons.

<sup>3</sup> Bei den Hinweisen in den Artikeln 42 Ziffer 4 Absatz 1, 43 Ziffer 2 Absatz 2 und 45 Ziffer 5 des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup> gelten die entsprechenden Bestimmungen des Militärstrafgesetzes (Art. 50, 32 Ziff. 2, 29b Abs. 2 und 3).

<sup>4</sup> Sichernde Massnahmen werden nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup> vollzogen.

*Art. 30*

Die Gefängnisstrafe kann nach den vom Bundesrat zu erlassenden Vorschriften militärisch vollzogen werden. Der Richter entscheidet darüber nach freiem Ermessen. Militärischer  
Vollzug der  
Gefängnis-  
strafe

*Art. 31 Ziff. 1–3, Ziff. 4 Abs. 1, 2 und 4*

1. Hat der zu Zuchthaus oder Gefängnis Verurteilte zwei Drittel der Strafe, bei Gefängnis mindestens drei Monate, verbüsst, so kann ihn die zuständige Behörde des Vollzugskantons bedingt entlassen, wenn sein Verhalten während des Strafvollzuges nicht dagegen spricht und anzunehmen ist, dass er sich in der Freiheit bewährt.

Hat ein zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe Verurteilter fünfzehn Jahre verbüsst, so kann ihn die zuständige Behörde des Vollzugskantons bedingt entlassen.

Die zuständige Behörde des Vollzugskantons prüft von Amtes wegen, ob der Gefängene bedingt entlassen werden kann. Sie holt einen Bericht der Anstaltsleitung ein. Sie hört den Verurteilten an, wenn er kein Gesuch gestellt hat oder wenn auf Gesuch hin eine bedingte Entlassung nicht ohne weiteres gegeben ist.

2. Die zuständige Behörde des Vollzugskantons bestimmt dem bedingt Entlassenen eine Probezeit, während der er unter Aufsicht gestellt werden kann. Diese Probezeit beträgt mindestens ein und höchstens fünf Jahre. Wird ein zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe Verurteilter bedingt entlassen, so beträgt die Probezeit fünf Jahre.

<sup>1)</sup> SR 311.0

3. Die zuständige Behörde des Vollzugskantons kann dem bedingt Entlassenen Weisungen über sein Verhalten während der Probezeit erteilen, insbesondere über Berufsausübung, Aufenthalt, ärztliche Betreuung, Verzicht auf alkoholische Getränke sowie Schadensdeckung.

4. Begeht der Entlassene während der Probezeit eine strafbare Handlung, für die er zu einer drei Monate übersteigenden und unbedingt zu vollziehenden Freiheitsstrafe verurteilt wird, so ordnet die zuständige Behörde des Vollzugskantons die Rückversetzung an. Wird der Entlassene zu einer milderen oder zu einer bedingt zu vollziehenden Strafe verurteilt, so kann die zuständige Behörde des Vollzugskantons von der Rückversetzung absehen.

Handelt der Entlassene trotz förmlicher Mahnung der zuständigen Behörde des Vollzugskantons einer ihm erteilten Weisung zuwider, entzieht er sich beharrlich der Schutzaufsicht oder täuscht er in anderer Weise das auf ihn gesetzte Vertrauen, so ordnet die zuständige Behörde des Vollzugskantons die Rückversetzung an. In leichten Fällen kann sie davon absehen.

Wird von der Rückversetzung abgesehen, so kann die zuständige Behörde des Vollzugskantons den Entlassenen verwarnen, ihm weitere Weisungen erteilen und die Probezeit um höchstens die Hälfte der ursprünglich festgesetzten Dauer verlängern.

*Art. 32 Ziff. 1 Abs. 1, Ziff. 2 Abs. 3, Ziff. 3 und 4*

1. Der Richter kann den Vollzug einer Freiheitsstrafe von nicht mehr als 18 Monaten oder einer Nebenstrafe mit Ausnahme des Ausschlusses aus der Armee und der Degradation aufschieben, wenn Vorleben, Charakter und dienstliche Führung des Verurteilten erwarten lassen, er werde dadurch von weiteren Verbrechen oder Vergehen abgehalten, und wenn er den gerichtlich oder durch Vergleich festgestellten Schaden, soweit es ihm zuzumuten war, ersetzt hat.

2. Absatz 3 aufgehoben

3. Begeht der Verurteilte während der Probezeit ein Verbrechen oder Vergehen, handelt er trotz förmlicher Mahnung des Richters einer ihm erteilten Weisung zuwider, entzieht er sich beharrlich der Schutzaufsicht oder täuscht er in anderer Weise das auf ihn gesetzte Vertrauen, so lässt der Richter die Strafe vollziehen.

Wenn begründete Aussicht auf Bewährung besteht, kann der Richter in leichten Fällen statt dessen, je nach den Umständen, den Verurteilten verwarnen, zusätzliche Massnahmen nach Ziffer 2 an-

ordnen oder die im Urteil bestimmte Probezeit um höchstens die Hälfte verlängern.

Bei Verbrechen oder Vergehen während der Probezeit entscheidet der dafür zuständige Richter auch über den Vollzug der bedingt aufgeschobenen Strafe oder deren Ersatz durch die vorgesehenen Massnahmen. In den übrigen Fällen ist der Richter zuständig, der den bedingten Strafvollzug angeordnet hat.

Trifft eine durch den Widerruf vollziehbar erklärte Strafe mit dem Vollzug einer Massnahme nach Artikel 43, 44 oder 110<sup>bis</sup> des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup> zusammen, so ist der Strafvollzug aufzuschieben.

Der Vollzug der aufgeschobenen Strafe kann nicht mehr angeordnet werden, wenn seit Ablauf der Probezeit fünf Jahre verstrichen sind.

4. Bewährt sich der Verurteilte bis zum Ablauf der Probezeit und sind die Bussen und die unbedingt ausgesprochenen Nebenstrafen vollzogen, so verfügt die zuständige Behörde des Vollzugskantons die Löschung des Urteils im Strafregister.

#### *Art. 33 Ziff. 1 Abs. 1*

1. Bestimmt es das Gesetz nicht ausdrücklich anders, so ist der Höchstbetrag der Busse 40 000 Franken.

#### *Art. 34*

1. Die zuständige Behörde bestimmt dem Verurteilten zur Bezahlung eine Frist von einem bis zu drei Monaten. Hat der Verurteilte in der Schweiz keinen festen Wohnsitz, so ist er anzuhalten, die Busse sofort zu bezahlen oder Sicherheit dafür zu leisten. Vollzug

Die zuständige Behörde kann dem Verurteilten gestatten, die Busse in Teilzahlungen zu entrichten, deren Betrag und Fälligkeit sie nach seinen Verhältnissen bestimmt. Sie kann ihm auch gestatten, die Busse durch freie Arbeit, namentlich für den Bund, einen Kanton oder eine Gemeinde abzuverdienen. Die zuständige Behörde kann in diesen Fällen die gewährte Frist verlängern.

2. Bezahlte der Verurteilte die Busse nicht fristgerecht und verdient er sie auch nicht ab, so ordnet die zuständige Behörde die Betreibung an, wenn davon ein Ergebnis zu erwarten ist.

3. Bezahlte der Verurteilte die Busse nicht und verdient er sie auch nicht ab, so wird sie durch den Richter in Haft umgewandelt.

<sup>1)</sup> SR 311.0

Der Richter kann im Urteil selbst oder durch nachträglichen Beschluss die Umwandlung ausschliessen, wenn ihm der Verurteilte nachweist, dass er schuldlos ausserstande ist, die Busse zu bezahlen. Bei nachträglicher Ausschliessung der Umwandlung ist das Verfahren unentgeltlich.

Im Falle der Umwandlung in Haft werden 30 Franken Busse einem Tag Haft gleichgesetzt, doch darf die Umwandlungsstrafe die Dauer von drei Monaten nicht übersteigen. Die Bestimmungen über den bedingten Strafvollzug sind auf die Umwandlungsstrafe anwendbar.

4. Sind die Voraussetzungen von Artikel 32 Ziffer 1 gegeben, so kann der Richter im Urteil anordnen, dass der Eintrag der Verurteilung zu einer Busse im Strafregister zu löschen sei, wenn der Verurteilte bis zum Ablauf einer vom Richter anzusetzenden Probezeit von einem bis zu zwei Jahren nicht wegen einer während dieser Zeit begangenen strafbaren Handlung verurteilt wird und wenn die Busse bezahlt, abverdient oder erlassen ist. Artikel 32 Ziffern 2 und 3 gelten sinngemäss.

Die Löschung ist von der zuständigen Behörde des mit dem Vollzug betrauten Kantons von Amtes wegen vorzunehmen.

5. Für Disziplinarbussen gilt Artikel 191a.

#### Art. 36

4. Neben-  
strafen.  
Ausschluss  
aus der Armee

<sup>1</sup> Wer zu Zuchthaus verurteilt oder nach Artikel 42 des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup> verwahrt wird, ist vom Richter aus der Armee auszuschliessen.

<sup>2</sup> Wer zu Gefängnis verurteilt wird, kann vom Richter aus der Armee ausgeschlossen werden.

<sup>3</sup> Der Ausschluss tritt mit Rechtskraft des Urteils ein.

#### Art. 37

Degradation

<sup>1</sup> Hat sich ein Offizier, Unteroffizier oder Gefreiter durch ein Verbrechen oder Vergehen seines Grades unwürdig gemacht, so degradiert ihn der Richter.

<sup>2</sup> Degradierte Offiziere, Unteroffiziere und Gefreite sind von der Erfüllung der Dienstpflicht ausgeschlossen.

<sup>3</sup> Sie können im Falle aktiven Dienstes durch Verfügung des Oberbefehlshabers der Armee wieder zur Dienstleistung zugelassen werden; die Degradation bleibt aufrechterhalten.

<sup>4</sup> Die Folgen der Degradation treten mit Rechtskraft des Urteils ein.

*Art. 38 Ziff. 2 Abs. 2 (neu) Ziff. 3 Abs. 2*

2. ...

Wer als Gewohnheitsverbrecher nach Artikel 42 des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup> in eine Verwahrungsanstalt eingewiesen wird, bleibt zehn Jahre lang nicht wählbar.

3. ...

Die Dauer wird vom Tage an gerechnet, an welchem die Freiheitsstrafe verbüsst oder erlassen ist, bei bedingter Entlassung für den in der Probezeit sich bewährenden Täter beginnend mit dem Tag, an dem er bedingt entlassen wurde, bei der Verwahrung mit dem Tag der endgültigen Entlassung.

**Art. 41**

<sup>1</sup> Der Richter verfügt ohne Rücksicht auf die Strafbarkeit einer bestimmten Person die Einziehung von Gegenständen und Vermögenswerten, die durch eine strafbare Handlung hervorgebracht oder erlangt worden sind, an oder mit denen eine strafbare Handlung begangen wurde oder die zur Begehung einer strafbaren Handlung bestimmt waren,

5. Andere Massnahmen.  
Einziehung.  
a. Gegenstand und Voraussetzungen

a. soweit die Einziehung zur Beseitigung eines unrechtmässigen Vorteils oder Zustandes als geboten erscheint oder

b. wenn die Gegenstände die Sicherheit von Menschen, die Sittlichkeit oder die öffentliche Ordnung gefährden.

<sup>2</sup> Treffen die Voraussetzungen von Absatz 1 auf einzelne Teile eines Gegenstandes zu, so werden nur diese eingezogen, sofern die Trennung ohne erhebliche Beschädigung des Gegenstandes möglich ist und keinen unverhältnismässigen Aufwand erfordert.

<sup>3</sup> Der Richter kann anordnen, dass die eingezogenen Gegenstände unbrauchbar zu machen oder zu vernichten sind.

<sup>4</sup> Sind Gegenstände oder Vermögenswerte bei demjenigen, der durch sie einen unrechtmässigen Vorteil erlangt hat und bei dem sie

einzuziehen wären, nicht mehr vorhanden, so wird auf eine Ersatzforderung des Bundes in der Höhe des unrechtmässigen Vorteils erkannt.

*Art. 41a (neu)*

b. Rechte  
Dritter

<sup>1</sup> Ist ein Dritter anspruchsberechtigter Eigentümer des einzuziehenden Gegenstandes oder Vermögenswertes oder hat er den Anspruch auf Verschaffung von Eigentum in Unkenntnis der strafbaren Handlung erworben, so wird ihm der Gegenstand oder Vermögenswert ausgehändigt, es sei denn, dieser sei unbrauchbar zu machen oder zu vernichten.

<sup>2</sup> Steht einem Dritten am Gegenstand oder Vermögenswert ein anderes Recht als Eigentum zu, so wird ihm ein allfälliger Verwertungserlös nach Abzug der Verwertungskosten bis zur Höhe seines Rechts ausgehändigt.

<sup>3</sup> Die Ansprüche Dritter erlöschen fünf Jahre seit der amtlichen Bekanntmachung der Einziehung.

*Art. 42*

Verfall von  
Geschenken  
und andern  
Zuwendungen

<sup>1</sup> Geschenke und andere Zuwendungen, die dazu bestimmt waren, eine strafbare Handlung zu veranlassen oder zu belohnen, verfallen dem Bund. Sind sie nicht mehr vorhanden, so schuldet der Empfänger dem Bund deren Wert.

<sup>2</sup> Artikel 41a gilt sinngemäss.

*Art. 42a*

Verwendung  
zugunsten des  
Geschädigten

<sup>1</sup> Ist jemand durch ein Verbrechen oder Vergehen geschädigt worden und wird ihm der Schädiger den Schaden voraussichtlich nicht ersetzen, so kann ihm der Richter bis zur Höhe des gerichtlich oder durch Vergleich festgesetzten Schadenersatzes eingezogene Gegenstände und Vermögenswerte sowie Geschenke und andere Zuwendungen, die dem Bund verfallen sind, oder deren Verwertungserlös unter Abzug der Verwertungskosten zuerkennen.

<sup>2</sup> Ist jemand durch ein Verbrechen oder Vergehen erheblich geschädigt worden und dadurch in Not geraten, und wird ihm der Schädiger den Schaden voraussichtlich nicht ersetzen, so kann ihm der Richter auch die vom Verurteilten bezahlte Busse zuerkennen.

<sup>3</sup> Diese Zuwendungen erfolgen nur auf Verlangen des Geschädigten und gegen Abtretung des entsprechenden Teils seiner Forderung an den Bund.

*Art. 53*

(Betrifft nur den französischen Text)

*Art. 55*

Die Verjährung beginnt mit dem Tag, an dem das Urteil rechtlich vollstreckbar wird, beim bedingten Strafvollzug oder beim Vollzug einer Massnahme mit dem Tag, an dem der Vollzug einer Strafe angeordnet wird.

Beginn

*Art. 57 (neu)*

Wenn das Verhalten des aus der Armee ausgeschlossenen, aber nicht degradierten oder nach Artikel 42 des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup> verwahrten Täters es rechtfertigt, und dieser den gerichtlich oder durch Vergleich festgestellten Schaden, soweit es ihm zuzumuten war, ersetzt hat, so kann ihn der Richter auf sein Gesuch hin wieder zur persönlichen Dienstleistung zulassen.

Wiederzulassung zur persönlichen Dienstleistung

*Art. 58*

Ist der Täter unfähig erklärt worden, Mitglied einer Behörde oder Beamter zu sein, und ist das Urteil seit mindestens zwei Jahren vollzogen oder bei bedingtem Strafvollzug die Probezeit abgelaufen, so kann ihn der Richter auf sein Gesuch hin als wieder wählbar erklären, wenn sein Verhalten dies rechtfertigt und wenn er den gerichtlich oder durch Vergleich festgestellten Schaden ersetzt hat.

Wiedereinsetzung in die Amtsfähigkeit

*Art. 59*

<sup>1</sup> Der Strafregisterführer löscht den Eintrag von Amtes wegen, wenn seit dem Urteil über die richterlich zugemessene Dauer der Freiheitsstrafe hinaus folgende Fristen verstrichen sind:

Löschung des Eintrags im Strafregister

- a. bei Zuchthaus sowie bei Verwahrung nach Artikel 42 des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup>: zwanzig Jahre;
- b. bei Gefängnis, den übrigen sichernden Massnahmen und der Massnahme nach Artikel 100<sup>bis</sup> des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup>: fünfzehn Jahre;
- c. bei Gefängnis mit militärischem Strafvollzug, bei Haft und den nach Artikel 37<sup>bis</sup> Ziffer 1 des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup> vollziehba-

<sup>1)</sup> SR 311.0

ren Gefängnisstrafen von nicht mehr als drei Monaten: zehn Jahre.

<sup>2</sup> Bei Busse als Hauptstrafe wird der Eintrag zehn Jahre nach dem Urteil gelöscht.

<sup>3</sup> Der Richter kann auf Gesuch des Verurteilten die Löschung verfügen, wenn das Verhalten des Verurteilten dies rechtfertigt und der Verurteilte den gerichtlich oder durch Vergleich festgestellten Schaden, soweit es ihm zuzumuten war, ersetzt hat, die Busse bezahlt, abverdient oder erlassen und das Urteil bezüglich der Nebenstrafen vollzogen ist. Der Ausschluss aus der Armee und die Degradation gelten mit der Rechtskraft des Urteils als vollzogen. In diesen Fällen betragen die Fristen für die Löschung seit Vollzug des Urteils:

- a. bei Zuchthaus und Verwahrung nach Artikel 42 des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup>: zehn Jahre;
- b. bei Gefängnis, den übrigen sichernden Massnahmen und der Massnahme nach Artikel 100<sup>bis</sup> des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup>: fünf Jahre;
- c. bei Gefängnis mit militärischem Vollzug, bei Haft, den nach Artikel 37<sup>bis</sup> Ziffer 1 des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup> vollziehbaren Gefängnisstrafen von nicht mehr als drei Monaten und der Busse als Hauptstrafe: zwei Jahre.

<sup>4</sup> Die Löschung kann auch verfügt werden, wenn die Strafe verjährt ist, jedoch nicht früher, als wenn sie vollzogen worden wäre und der Vollzug mit der Rechtskraft des Urteils begonnen hätte.

<sup>5</sup> Die Löschung kann schon früher verfügt werden, wenn ein besonders verdienstliches Verhalten des Verurteilten dies rechtfertigt.

<sup>6</sup> Der für die Löschung des zuletzt eingetragenen Urteils zuständige Richter kann auch die gleichzeitige Löschung der andern Eintragungen verfügen, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind.

*Art. 60 Abs. 2 und Abs. 3 (neu)*

<sup>2</sup> Wenn sich ein bedingt Entlassener bewährt hat, so laufen die Fristen zur Stellung des Rehabilitationsgesuches vom Tage der bedingten Entlassung an. War der Verurteilte nach Artikel 42 des

<sup>1)</sup> SR 311.0



Strafgesetzbuches<sup>1)</sup> verwahrt, so ist eine Rehabilitation nicht früher als fünf Jahre nach seiner endgültigen Entlassung zulässig.

<sup>3</sup> Weist der Richter ein Gesuch um Rehabilitation ab, so kann er verfügen, dass das Gesuch binnen einer Frist, die zwei Jahre nicht übersteigen soll, nicht erneuert werden darf.

*Art. 72 Ziff. 1 Abs. 1*

1. Wer ein Reglement oder eine andere Dienstvorschrift, die er kennt oder bei pflichtgemäsem Verhalten kennen sollte, nicht befolgt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

*Art. 81 Ziff. 2 Abs. 1*

2. Handelt der Täter aus religiösen oder ethischen Gründen in schwerer Gewissensnot, so wird er mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Haft bestraft. Der Richter kann den zu Gefängnis oder Haft Verurteilten aus der Armee ausschliessen.

*Art. 86 Randtitel*

1. Verräterei.  
Landesverräterische  
Verletzung  
militärischer  
Geheimnisse

*Art. 100*

<sup>1</sup> Wer eine Militärperson in der Ausübung des Dienstes hindert oder stört, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

Störung des  
Militärdienstes

<sup>2</sup> Im aktiven Dienst ist die Strafe Gefängnis.

<sup>3</sup> In leichten Fällen erfolgt disziplinarische Bestrafung.

*Art. 106 Abs. 4 (neu)*

<sup>4</sup> In leichten Fällen erfolgt disziplinarische Bestrafung.

*Art. 145 Ziff. 7*

Aufgehoben

*Art. 146 Ziff. 4*

Aufgehoben

*Art. 148 Ziff. 3*

Aufgehoben

*Art. 148a Abs. 3*

<sup>3</sup> Der Berechtigte kann seinen Strafantrag zurückziehen, wenn das Urteil der ersten Instanz noch nicht verkündet ist.

*Art. 148b (neu)*Verfolgungs-  
verjährung.

Die Verfolgung der Ehrverletzungen verjährt in zwei Jahren.

*Art. 180*Disziplinar-  
fehler

<sup>1</sup> Einen Disziplinarfehler begeht, wer Befehlen der Vorgesetzten, Dienstvorschriften oder der militärischen Ordnung zuwiderhandelt, sofern das Verhalten nicht als Verbrechen oder Vergehen strafbar ist.

<sup>2</sup> Der leichte Fall eines Verbrechens oder Vergehens ist dem Disziplinarfehler gleichgestellt.

*Art. 181*

Schuld

<sup>1</sup> Strafbar ist nur, wer schuldhaft handelt.

<sup>2</sup> Das fahrlässig begangene Verbrechen oder Vergehen ist nur dann als leichter Fall disziplinarisch strafbar, wenn auch die fahrlässige Begehung des Deliktes mit Strafe bedroht ist.

*Art. 181a (neu)*Straf-  
zumessung

<sup>1</sup> Art und Mass der Strafe sind nach dem Verschulden zu bestimmen.

<sup>2</sup> Der Freiheitsentzug durch vorläufige Festnahme wird auf die Arreststrafe angerechnet.

<sup>3</sup> Bei geringem Verschulden kann von einer Bestrafung abgesehen werden.

*Art. 182*Persönliche  
Geltung

Wer dem Militärstrafrecht untersteht, ist auch der Disziplinarstrafordnung unterstellt.

*Art. 183*

1. Die Verfolgung eines Disziplinarfehlers verjährt in zwölf Monaten und die Vollstreckung einer Disziplinarstrafe in sechs Monaten. Verjährung

Die Unterbrechung der Verjährung ist ausgeschlossen.

2. Die Verfolgungsverjährung ruht während einer vorläufigen Beweisaufnahme, einer Voruntersuchung oder eines Verfahrens vor Gericht.

*Gliederungstitel***Zweiter Abschnitt: Disziplinarstrafen***Art. 184*

Durch den Verweis wird der Bestrafte gerügt und ermahnt. 1. Verweis  
Der Verweis wird schriftlich erteilt und ist ausdrücklich als Strafe zu bezeichnen.

*Art. 185*

<sup>1</sup> Die kürzeste Dauer des einfachen Arrestes ist ein Tag, die längste zehn Tage. 2. Arreststrafen. Einfacher Arrest

<sup>2</sup> Der einfache Arrest wird wenn möglich in Einzelhaft vollzogen. Der Arrestant leistet Dienst.

*Art. 186*

<sup>1</sup> Die kürzeste Dauer des scharfen Arrestes ist drei Tage, die längste zwanzig Tage. Scharfer Arrest

<sup>2</sup> Der scharfe Arrest wird in Einzelhaft vollzogen. Der Arrestant leistet keinen Dienst.

*Art. 187*

<sup>1</sup> Während des Dienstes sind die Arreststrafen in der Regel sofort und ohne Unterbrechung zu vollziehen. Es ist unzulässig, zur Erschwerung der Strafe den Vollzug auf die Zeit nach dem Dienst zu verschieben. Arrestvollzug während des Dienstes

<sup>2</sup> Kann die Arreststrafe nicht vollständig bei der eigenen oder einer andern Truppe verbüsst werden, so erfolgt der Vollzug durch die kantonale Militärbehörde des Entlassungs- oder Wohnortes.

<sup>3</sup> Auf Waffenplätzen müssen die nötigen Arrestlokale vorhanden sein.

<sup>4</sup> Die Arrestlokale müssen den gesundheitspolizeilichen Anforderungen entsprechen.

*Art. 188*

Arrestvollzug  
ausserhalb des  
Dienstes

<sup>1</sup> Mit dem Vollzug ausserhalb des Dienstes zu verbüssender Arreststrafen ist der Wohnortskanton zu beauftragen.

<sup>2</sup> Bei Vollzug von einfachem Arrest kann dem Arrestanten Arbeit zugewiesen werden. Es ist ihm gestattet, sich selbst angemessene Arbeit zu beschaffen.

<sup>3</sup> Der Arrestant ist gegen die Folgen von Krankheit und Unfall nach den Vorschriften über die Militärversicherung versichert.

<sup>4</sup> Angehörige eines Arrestanten, die infolge des Vollzugs der Arreststrafe in Not geraten, werden vom Eidgenössischen Militärdepartement unterstützt.

*Art. 189*

Gemeinsame  
Bestimmungen

<sup>1</sup> Der Vollzug von Arreststrafen in Strafanstalten oder Untersuchungsgefängnissen ist unzulässig.

<sup>2</sup> Die Arrestanten dürfen in der Regel keine Besuche empfangen.

*Art. 191*

3. Disziplinar-  
busse

Sind Disziplinarfehler oder leichte Fälle von Verbrechen oder Vergehen ausserhalb des Dienstes begangen worden, so kann statt Arrest eine Disziplinarbusse bis zu 400 Franken ausgesprochen werden.

*Art. 191a (neu)*

Vollzug von  
Disziplinar-  
bussen

<sup>1</sup> Die Bestimmungen über den Vollzug der Busse (Art. 34) sind unter Vorbehalt der Absätze 2–4 auf Disziplinarbussen anwendbar.

<sup>2</sup> Die Frist zur Bezahlung von Disziplinarbussen beträgt höchstens zwei Monate.

<sup>3</sup> Bei Nichtbezahlung werden Disziplinarbussen in scharfen Arrest umgewandelt, wobei 30 Franken einem Tag Arrest gleichgesetzt werden, doch darf die Umwandlungsstrafe 20 Tage nicht überschreiten.

<sup>4</sup> Die im Gesetz dem Richter vorbehaltenen Entscheide werden von der Disziplinarinstanz getroffen. Vorbehalten bleiben die Beschwerde und die Weiterziehung nach den Artikeln 209 ff.

<sup>5</sup> Disziplarbussen, die von einer kantonalen Militärbehörde ausgesprochen werden, verfallen dem betreffenden Kanton.

#### Art. 192

<sup>1</sup> Zivilpersonen können, soweit sie der Disziplinarstrafordnung unterstehen, mit Arrest oder mit Disziplinarbusse bis zu 400 Franken, im Wiederholungsfall bis zu 1000 Franken bestraft werden.

4. Disziplinarstrafen gegen Zivilpersonen

<sup>2</sup> Internierte, Kriegsgefangene sowie Personen, die bei der Truppe angestellt sind oder dieser in Kriegszeiten folgen, ohne ihr direkt anzugehören, dürfen nur mit Arrest bestraft werden.

#### Art. 193

Die Bestimmungen über die Einziehung und den Verfall von Geschenken und andern Zuwendungen (Art. 41 ff.) gelten sinngemäss.

5. Einziehung und Verfall von Geschenken

#### Art. 194 Randtitel

(Betrifft nur den französischen Text)

6. Ausschluss anderer Strafen

#### Art. 194a (neu)

Der Bundesrat erlässt die nähern Vorschriften über den Vollzug der Disziplinarstrafen.

7. Vollzugsvorschriften

#### Art. 195 Abs. 1 Bst. c

<sup>1</sup> Für die im Dienst begangenen Disziplinarfehler steht die Disziplinarstrafgewalt den Truppenkommandanten zu:

- c. gegenüber andern Personen, die unter ihre Befehlsgewalt gestellt sind, insbesondere gegenüber Internierten, Kriegsgefangenen, Flüchtlingen sowie Personen, die bei der Truppe angestellt sind oder dieser in Kriegszeiten folgen, ohne ihr direkt anzugehören.

#### Art. 198 Bst. b und c

Der Kommandant eines Bataillons oder einer Abteilung kann verhängen:

- b. einfachen Arrest;
- c. scharfen Arrest bis zu zehn Tagen;

*Art. 199 Bst. b*

Der Kommandant eines Regiments kann verhängen:  
b. einfachen Arrest;

*Art. 203*

Feststellung  
des  
Sachverhalts,  
Verteidigungs-  
recht des  
Beschuldigten

Art und Umstände des Disziplinarfehlers sind abzuklären. Der Beschuldigte wird dazu zu Protokoll angehört oder es wird ihm Gelegenheit gegeben, sich schriftlich zu äussern.

*Art. 204*

Meldung an  
zuständige  
Stelle

<sup>1</sup> Ist ein Vorgesetzter oder eine militärische Dienststelle zur Ahndung eines Disziplinarfehlers nicht zuständig, so muss der zuständigen Stelle unverzüglich Meldung erstattet werden.

<sup>2</sup> Reicht die Strafbefugnis nicht aus, so werden die Akten mit einem Strafantrag auf dem Dienstweg an die zuständige Stelle weitergeleitet. Diese kann alsdann dem Strafantrag entsprechen oder, nach Rücksprache mit dem Antragsteller, im Rahmen ihrer Befugnisse eine andere Strafe verfügen, der zuständigen vorgesetzten Stelle eine höhere Strafe beantragen oder von einer Bestrafung absehen.

*Art. 205*

Anhaltung

<sup>1</sup> Wer bei einem Disziplinarfehler ertappt wird, kann von jedem Vorgesetzten oder Höheren oder jedem militärischen Polizei- oder Kontrollorgan zur Feststellung der Personalien und des Sachverhalts angehalten werden.

<sup>2</sup> Die vorläufige Festnahme nach Artikel 55 des Militärstrafprozesses <sup>1)</sup> bleibt vorbehalten.

*Art. 206 Randtitel, Abs. 1 und Abs. 3 (neu)*

Eröffnung der  
Strafverfü-  
gung.  
Akteneinsicht

<sup>1</sup> Die Strafverfügung ist dem Beschuldigten schriftlich unter Hinweis auf den begangenen Disziplinarfehler zu eröffnen.

<sup>3</sup> Der Bestrafte hat nach Eröffnung der Strafverfügung Anspruch auf Akteneinsicht.

*Art. 208*

Aufgehoben

*Art. 209*

Beschwerde-  
instanz

<sup>1</sup> Gegen Disziplinarstrafverfügungen kann der Bestrafte Beschwerde erheben.

<sup>1)</sup> SR 322.1

<sup>2</sup> Diese ist zu richten gegen Verfügungen

- a. des zuständigen Vorgesetzten an den nächsthöheren Vorgesetzten;
- b. eines Korpskommandanten an den Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartements, solange kein Oberbefehlshaber der Armee ernannt ist;
- c. der zuständigen Stellen, denen die Strafgewalt vom Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartements übertragen wurde, an den Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartements;
- d. des Obergerichtes an den Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartements;
- e. einer kantonalen Militärbehörde an den Direktor der Eidgenössischen Militärverwaltung;
- f. des Vorstehers des Eidgenössischen Militärdepartements und des Generals an das Militärkassationsgericht.

<sup>3</sup> Lautet der Entscheid über eine Beschwerde auf Verweis oder Busse, so ist er endgültig.

#### *Art. 210*

<sup>1</sup> Die Disziplinarbeschwerde ist schriftlich einzureichen, während des Dienstes innert 24 Stunden, ausserhalb des Dienstes innert fünf Tagen nach Eröffnung der Disziplinarstrafverfügung.

Form und  
Frist,  
Aussetzung  
des  
Strafvollzugs

<sup>2</sup> Die Beschwerde hemmt den Vollzug der Disziplinarstrafe.

#### *Art. 211 Abs. 1 und 3*

<sup>1</sup> Die Beschwerdeinstanz veranlasst nötigenfalls weitere Erhebungen; insbesondere hat sie den Strafenden und, wenn er die Beschwerde nicht begründet hat, den Beschwerdeführer anzuhören oder anhören zu lassen.

<sup>3</sup> Der Entscheid über eine Disziplinarbeschwerde ist den Beteiligten unter Angabe der Gründe schriftlich zu eröffnen. Frist und zuständige Stelle für die Weiterziehung sind anzugeben.

#### *Art. 212 Abs. 1, 3 und 4*

<sup>1</sup> Lautet der Entscheid über eine Disziplinarbeschwerde auf einfachen oder scharfen Arrest, so kann er vom Bestraften schriftlich weitergezogen werden, und zwar der Entscheid

- a. eines Vorgesetzten bis zum Grad eines Obersten an den *Präsidenten des zuständigen Divisionsgerichts als Einzelrichter*;
  - b. eines höheren Vorgesetzten und des Direktors der Eidgenössischen Militärverwaltung unter Vorbehalt von Buchstabe c an den *Präsidenten des zuständigen Militärappellationsgerichts als Einzelrichter*;
  - c. des Vorstehers des Eidgenössischen Militärdepartements und des Generals an das Militärkassationsgericht.
- <sup>3</sup> Die Weiterziehung hemmt den Vollzug der Disziplinarstrafe.
- <sup>4</sup> Die ausgesprochene Strafe darf nicht verschärft werden.

### Art. 213

#### Verfahren

<sup>1</sup> Für das Verfahren vor der Weiterzugsinstanz gelten die Vorschriften des Militärstraßprozesses <sup>1)</sup> über die Fristen (Art. 46 ff. MStP), die Öffentlichkeit und die Sitzungspolizei (Art. 49 ff. MStP) sowie über die Hauptverhandlung und deren Vorbereitung (Art. 121 ff. MStP) sinngemäss. Die Artikel 122, 127, 142 Absätze 2 und 3, 144 Absatz 3, 145 Absatz 1, 146 und 150–154 des Militärstraßprozesses <sup>1)</sup> finden keine Anwendung.

<sup>2</sup> Die Disziplinarstrafverfügung und der Beschwerdeentscheid ersetzen die Anklageschrift.

<sup>3</sup> Der Auditor kann der Hauptverhandlung fernbleiben, wenn er zur Weiterziehung schriftlich Stellung genommen hat.

<sup>4</sup> Die Säumnisfolgen richten sich sinngemäss nach Artikel 175 des Militärstraßprozesses <sup>1)</sup>.

<sup>5</sup> Der Entscheid ist endgültig.

### Art. 213a (neu)

#### Fristen, Wiederherstellung

<sup>1</sup> Die vom Gesetz bestimmten Fristen können nicht erstreckt werden.

<sup>2</sup> Die Wiederherstellung einer Frist ist zulässig, wenn der Beschwerdeführer unverschuldet abgehalten worden ist, fristgemäss zu handeln. Das begründete Gesuch ist während des Dienstes innert 24 Stunden, ausserhalb des Dienstes innert fünf Tagen nach Wegfall des Hindernisses schriftlich unter Angabe der Beweismittel bei der

<sup>1)</sup> SR 322.1



Beschwerdeinstanz einzureichen. Gleichzeitig ist die versäumte Beschwerde nachzuholen.

<sup>3</sup> Über das Gesuch entscheidet die Beschwerdeinstanz endgültig.

*Art. 214*

Wegen Einreichung einer Disziplinarbeschwerde oder wegen einer Weiterziehung darf keine Strafe verhängt werden.

Schutz des  
Beschwerde-  
und  
Weiterzie-  
hungsrechts

*Art. 214a (neu)*

Der Bundesrat erlässt die nähern Vorschriften.

Nähere  
Vorschriften

*Art. 218 Abs. 1*

<sup>1</sup> Untersteht eine Person dem Militärstrafrecht, so ist sie unter Vorbehalt von Artikel 13 Absatz 2 und Artikel 14 der Militärgerichtsbarkeit unterworfen.

*Art. 228*

Die Rehabilitation wird durch das Gericht ausgesprochen, welches das Urteil gefällt hat.

Zuständigkeit

*Art. 229*

Das Rehabilitationsgesuch ist dem Präsidenten des zuständigen Gerichts einzureichen. Die Ausweise darüber, dass der Gesuchsteller sich wohlverhalten hat und den gerichtlich oder vergleichsweise festgestellten Schaden, soweit es ihm zuzumuten war, ersetzt hat, sind beizulegen.

Rehabilita-  
tionsgesuch

*Art. 230 Abs. 1*

<sup>1</sup> Der Präsident des zuständigen Gerichts übermittelt das Gesuch dem Auditor zur Begutachtung und Antragstellung. Das Gericht entscheidet aufgrund der Akten, der vom Gesuchsteller beigebrachten Ausweise und gegebenenfalls eigener Erhebungen.

*Art. 231*

<sup>1</sup> Der Beschluss des Gerichts ist dem Gesuchsteller und dem Auditor schriftlich mitzuteilen.

Mitteilung  
und  
Veröffentli-  
chung

<sup>2</sup> Spricht das Gericht die Rehabilitation aus, so wird der Beschluss auch der Regierung des Wohnsitzkantons des Rehabilitierten mitgeteilt. Der Beschluss wird auf Antrag des Rehabilitierten im Bundesblatt und im Amtsblatt des Wohnsitzkantons bekanntgemacht.

*Art. 232b Bst. a*

Das Recht der Begnadigung mit Bezug auf Urteile, die aufgrund des Militärstrafgesetzes ergangen sind, wird ausgeübt:

- a. in den Fällen, in denen ein Militärgericht geurteilt hat, durch den Bundesrat; wenn der Oberbefehlshaber der Armee ernannt worden ist, durch diesen. Lautet das Urteil auf Todesstrafe, so steht das Recht zur Begnadigung der Bundesversammlung zu,

*Art. 232c Abs. 4*

<sup>4</sup> Die Einreichung eines Begnadigungsgesuches hemmt den Strafvollzug nur, wenn das Urteil auf Todesstrafe lautet.

*Art. 234*

Aufgehoben

## II

<sup>1</sup> Das Verhältnis der neuen Bestimmungen zum bisherigen Recht bestimmt sich nach den Artikeln 215, 216 Ziffer 2 und 217 Absatz 2.

<sup>2</sup> Wehrmänner, gegen die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eine militärgerichtliche Voruntersuchung eröffnet worden ist, bleiben für die betreffende strafbare Handlung dem Militärstrafrecht unterstellt, auch wenn nach dem neuen Recht das bürgerliche Strafrecht anwendbar wäre.

## III

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

(Entwurf)

## **Militärstraßprozess (MStP)**

*Die Bundesversammlung  
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

gestützt auf Artikel 20 der Bundesverfassung,

nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 7. März 1977<sup>1)</sup>,

*beschliesst:*

### **Erster Titel: Gerichtsordnung**

#### **Erstes Kapitel: Grundsatz**

##### **Art. 1**

##### *Unabhängigkeit*

Die Unabhängigkeit der Militärstrafrechtspflege ist gewährleistet.

#### **Zweites Kapitel: Justizoffiziere**

##### **Art. 2**

##### *Einteilung und Ernennung*

<sup>1</sup> Als Justizoffiziere können Offiziere eingeteilt werden, die ein juristisches Hochschulstudium abgeschlossen haben oder ein kantonales Rechtsanwaltspatent besitzen.

<sup>2</sup> Ausnahmsweise können auch andere Offiziere eingeteilt werden, wenn sie über hinreichende juristische Kenntnisse verfügen und eine entsprechende zivile Tätigkeit ausüben.

<sup>3</sup> Die Justizoffiziere müssen als Truppenoffiziere gedient haben und in der Regel mindestens den Grad eines Oberleutnants bekleiden.

<sup>1)</sup> BBl 1977 II 1

<sup>4</sup> Der Bundesrat bezeichnet Grad und Funktion der Justizoffiziere.

<sup>5</sup> Er teilt der Militärjustiz die erforderlichen Justizoffiziere zu. Diese werden mit Ausnahme des von der Bundesversammlung gewählten Präsidenten des Militärkassationsgerichts vom Obergericht je nach der Geschäftslast den Militärgerichten zugeteilt.

### Art. 3

#### *Funktionen*

<sup>1</sup> Aus der Zahl der Justizoffiziere werden ernannt:

- a. in der Regel der Obergericht;
- b. sein Stellvertreter;
- c. der Präsident des Militärkassationsgerichts;
- d. die Präsidenten der Militärappellationsgerichte und der Divisionsgerichte;
- e. die Auditoren;
- f. die Untersuchungsrichter;
- g. die Gerichtsschreiber.

<sup>2</sup> Die Justizoffiziere können auch zu Mitgliedern des Militärkassationsgerichts gewählt werden.

<sup>3</sup> Eine Anzahl von Justizoffizieren steht zur Verfügung des Bundesrates oder des Obergerichts.

<sup>4</sup> Der Obergericht sorgt für die Stellvertretung der Justizoffiziere.

## **Drittes Kapitel: Gerichte**

### **Erster Abschnitt: Divisionsgerichte**

#### Art. 4

#### *Sachliche Zuständigkeit*

Die Divisionsgerichte beurteilen die der Militärgerichtsbarkeit unterworfenen strafbaren Handlungen.

#### Art. 5

#### *Zahl der Gerichte, Sprachen*

<sup>1</sup> Der Bundesrat bestimmt die Zahl der Divisionsgerichte und ihrer Abteilungen.

<sup>2</sup> Er regelt ihre Zuständigkeit. Vorbehalten bleibt Artikel 31.

<sup>3</sup> Bei der Bestellung sind die Sprachen der zugehörigen Truppen zu berücksichtigen.

## Art. 6

### *Wahl der Richter*

<sup>1</sup> Die Präsidenten, Richter und Ersatzrichter werden vom Bundesrat für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt.

<sup>2</sup> Als Richter und Ersatzrichter werden Wehrmänner aus der Truppe gewählt, für welche die Divisionsgerichte zuständig sind. Sie behalten ihre militärische Stellung bei.

## Art. 7

### *Zusammensetzung*

<sup>1</sup> Die Divisionsgerichte und ihre Abteilungen werden gebildet aus einem Präsidenten, der Justizoffizier ist und den Grad eines Obersten oder Oberstleutnants bekleidet, sowie aus vier Richtern und einem Gerichtsschreiber.

<sup>2</sup> Als Richter amten zwei Offiziere und zwei Unteroffiziere, Gefreite oder Soldaten.

<sup>3</sup> Ein Auditor vertritt die Anklage.

## Art. 8

### *Voruntersuchung*

Die Voruntersuchung wird von einem Untersuchungsrichter geführt. Ein Gerichtsschreiber führt das Protokoll; ausnahmsweise kann damit eine andere Person betraut werden.

## **Zweiter Abschnitt: Militärappellationsgerichte**

## Art. 9

### *Sachliche Zuständigkeit*

Die Militärappellationsgerichte entscheiden über:

- a. Appellationen gegen Urteile der Divisionsgerichte mit Ausnahme der Abwesenheitsurteile;
- b. Appellationen gegen Entscheidungen der Divisionsgerichte über den Widerruf des bedingten Strafvollzugs.

## Art. 10

*Zahl der Gerichte, Sprachen*

<sup>1</sup> Der Bundesrat bestimmt die Zahl der Militärappellationsgerichte und allenfalls ihrer Abteilungen unter Berücksichtigung der Amtssprachen.

<sup>2</sup> Er regelt ihre Zuständigkeit.

## Art. 11

*Wahl der Richter, fachliche Voraussetzungen*

<sup>1</sup> Der Präsident, die Richter und Ersatzrichter werden vom Bundesrat für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt.

<sup>2</sup> Als Richter und Ersatzrichter sind in der Regel juristisch gebildete Wehrmänner aus der Truppe, für welche das Militärappellationsgericht zuständig ist, zu wählen. Sie behalten ihre militärische Stellung bei.

## Art. 12

*Zusammensetzung*

<sup>1</sup> Die Militärappellationsgerichte und ihre Abteilungen werden gebildet aus einem Präsidenten, der Justizoffizier ist und den Grad eines Obersten oder Oberstleutnants bekleidet, sowie aus vier Richtern und einem Gerichtsschreiber.

<sup>2</sup> Als Richter amten zwei Offiziere und zwei Unteroffiziere, Gefreite oder Soldaten.

<sup>3</sup> Ein Auditor des Divisionsgerichts, welches in der Sache geurteilt hat, vertritt die Anklage.

**Dritter Abschnitt: Militärkassationsgericht**

## Art. 13

*Sachliche Zuständigkeit*

<sup>1</sup> Das Militärkassationsgericht entscheidet über Kassationsbeschwerden gegen

- a. Urteile sowie Entscheidungen über den Widerruf des bedingten Strafvollzugs von Militärappellationsgerichten;
- b. Abwesenheitsurteile der Divisionsgerichte.

<sup>2</sup> Ferner entscheidet es über Rekurse.

## Art. 14

*Wahl der Richter, fachliche Voraussetzungen*

<sup>1</sup> Der Präsident, die Richter und Ersatzrichter werden von der Bundesversammlung für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt.

<sup>2</sup> Als Richter und Ersatzrichter sind juristisch gebildete Wehrmänner zu wählen. Sie behalten ihre militärische Stellung bei.

## Art. 15

*Zusammensetzung*

<sup>1</sup> Das Militärkassationsgericht wird gebildet aus dem Präsidenten, der Justizoffizier ist und den Grad eines Obersten bekleidet, sowie aus vier Richtern und einem Gerichtsschreiber.

<sup>2</sup> Als Richter amten zwei Offiziere und zwei Unteroffiziere, Gefreite oder Soldaten. Dem Militärkassationsgericht gehören ferner vier Ersatzrichter an, von denen zwei Offiziere und zwei Unteroffiziere, Gefreite oder Soldaten sind.

<sup>3</sup> Der Präsident ernennt aus dem Kreise der ordentlichen Richter einen Offizier als Stellvertreter.

**Viertes Kapitel: Obergericht**

## Art. 16

*Funktion*

Der Obergericht ist für die Verwaltung der Militärjustiz unter Aufsicht des Eidgenössischen Militärdepartements zuständig.

## Art. 17

*Wahl, Grad*

<sup>1</sup> Der Obergericht und sein Stellvertreter werden vom Bundesrat auf eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt.

<sup>2</sup> Der Obergericht bekleidet den Grad eines Brigadiers, sein Stellvertreter den Grad eines Obersten oder Oberstleutnants, wenn sie die Voraussetzungen hierzu erfüllen.

## Fünftes Kapitel: Rechtshilfe

### Art. 18

#### *Grundsätze*

<sup>1</sup> Die Militärgerichte sind zur gegenseitigen Rechtshilfe verpflichtet.

<sup>2</sup> Ebenso haben die Militärgerichte und die bürgerlichen Gerichts- und Verwaltungsbehörden von Bund und Kantonen sich gegenseitig Rechtshilfe zu leisten.

<sup>3</sup> Die Organe der militärischen und der bürgerlichen Polizei sind gegenüber der Militärjustiz und den Truppenkommandanten, soweit diesen Befugnisse nach Artikel 97 ff. zustehen, zur Rechtshilfe verpflichtet. Sie leisten diese in dringenden Fällen auch unaufgefordert.

<sup>4</sup> In Rechtshilfesachen verkehren die Behörden direkt miteinander.

### Art. 19

#### *Kenntnisgabe von Straftakten*

Sind an einer strafbaren Handlung neben Personen, die dem Militärstrafrecht unterstehen, auch andere Personen beteiligt, so geben sich die militärischen und bürgerlichen Strafverfolgungsbehörden von ihren Akten gegenseitig Kenntnis.

### Art. 20

#### *Zulässigkeit der Rechtshilfe*

Die Rechtshilfe soll nur dann in Anspruch genommen werden, wenn die ersuchende Strafverfolgungsbehörde für die Amtshandlung nicht zuständig ist oder sie nur unter erheblichen Schwierigkeiten vornehmen könnte.

### Art. 21

#### *Anstände*

Anstände wegen Verweigerung der Rechtshilfe erledigt der Bundesrat.

### Art. 22

#### *Vorsorgliche Amtshandlungen militärischer Strafverfolgungsbehörden*

Militärische Strafverfolgungsbehörden dürfen vorsorgliche Amtshandlungen gegenüber Personen, die der bürgerlichen Gerichtsbarkeit unterstehen, ohne Bewilligung der zuständigen Strafverfolgungsbehörde nur in dringenden Fällen vornehmen. Dieser ist von der Amtshandlung Kenntnis zu geben.



## Art. 23

*Vorsorgliche Amtshandlungen bürgerlicher Strafverfolgungsbehörden*

Bürgerliche Strafverfolgungsbehörden dürfen vorsorgliche Amtshandlungen gegenüber Personen, die der militärischen Gerichtsbarkeit unterstehen, ohne Bewilligung des zuständigen Truppenkommandanten nur in dringenden Fällen vornehmen. Diesem ist von der Amtshandlung Kenntnis zu geben.

## Art. 24

*Vorladungen bürgerlicher Gerichte an Militärpersonen*

<sup>1</sup> Werden Militärpersonen von bürgerlichen Gerichten vorgeladen, so erteilt der zuständige Vorgesetzte den erforderlichen Urlaub, wenn nicht wichtige militärische Interessen entgegenstehen.

<sup>2</sup> Wird der Urlaub nicht bewilligt, so ist das Gericht unverzüglich zu benachrichtigen.

<sup>3</sup> Vorbehalten bleibt Artikel 222 des Militärstrafgesetzes <sup>1)</sup>.

## Art. 25

*Unentgeltlichkeit*

Die Rechtshilfe wird unentgeltlich geleistet. Vorbehalten bleibt die Vergütung von besondern Auslagen.

**Zweiter Titel: Das Strafverfahren****Erstes Kapitel: Allgemeine Bestimmungen****Erster Abschnitt: Gerichtsstand**

## Art. 26

*Zugehörigkeit*

<sup>1</sup> Militärpersonen, die einer Heereseinheit angehören oder zugeteilt sind, unterstehen der Gerichtsbarkeit des für ihren Truppenteil zuständigen Divisionsgerichtes.

<sup>2</sup> Für Militärpersonen, die Armeetruppen angehören, bezeichnet der Bundesrat die zuständige Militärgerichtsbarkeit.

<sup>1)</sup> SR 321.0

## Art. 27

*Schulen und Kurse*

<sup>1</sup> Militärpersonen, die in Rekrutenschulen oder in andern Instruktionskursen ausserhalb der nach Truppenordnung organisierten Verbände Dienst leisten, unterstehen der Gerichtsbarkeit des für den Waffenplatz zuständigen Divisionsgerichts.

<sup>2</sup> Der Bundesrat erlässt die nähern Vorschriften; er kann die Zuständigkeit aus sprachlichen Gründen abweichend ordnen.

## Art. 28

*Ort der Begehung*

In allen anderen Fällen ist der Gerichtsstand bei dem Gericht begründet, in dessen Kreis die strafbare Handlung begangen wurde. Ist der Ort der Begehung nicht bekannt oder unbestimmt, so bezeichnet der Bundesrat das zuständige Gericht.

## Art. 29

*Subsidiäre Gerichtsstände*

<sup>1</sup> Wurde die strafbare Handlung im Ausland begangen und ist der Gerichtsstand der Zugehörigkeit nicht gegeben, so ist das Gericht zuständig, in dessen Kreis der Beschuldigte zur Zeit der Einleitung des Verfahrens seinen Wohnsitz hat.

<sup>2</sup> Hatte der Beschuldigte in diesem Zeitpunkt keinen Wohnsitz in der Schweiz, so ist das Gericht seines letzten schweizerischen Wohnsitzes, und, wenn er niemals in der Schweiz gewohnt hat, das Gericht des Kreises zuständig, in dem er festgenommen wurde.

<sup>3</sup> Genügen diese Bestimmungen nicht, um den Gerichtsstand zu ermitteln, so bestimmt das Eidgenössische Militärdepartement das zuständige Gericht.

## Art. 30

*Gerichtsstand bei mehreren strafbaren Handlungen und bei Mittäterschaft*

<sup>1</sup> Ist eine Person mehrerer strafbarer Handlungen beschuldigt, welche einzeln unter die Zuständigkeit verschiedener Gerichte fallen würden, so ist der Gerichtsstand bei dem Gericht begründet, welches für die schwerste Tat zuständig ist. Sind mehrere dieser Handlungen als gleich schwer zu betrachten, so ist das Gericht zuständig, bei dem die Voruntersuchung zuerst eingeleitet wurde.

<sup>2</sup> Sind mehrere Personen der Mittäterschaft an einer strafbaren Handlung beschuldigt, so ist das Gericht zuständig, bei dem die Voruntersuchung zuerst eingeleitet wurde.

<sup>3</sup> Für die Teilnehmer ist das Gericht des Täters zuständig.

## Art. 31

### *Besonderer Gerichtsstand*

<sup>1</sup> Das Eidgenössische Militärdepartement kann aus sprachlichen oder andern Gründen der Zweckmässigkeit auf Antrag des Oberauditors ausnahmsweise ein anderes als das zuständige Divisionsgericht mit der Beurteilung eines Straffalles beauftragen.

<sup>2</sup> Wenn es die Verhältnisse erfordern, kann der Oberauditor einen andern Untersuchungsrichter als den des zuständigen Divisionsgerichts mit der Durchführung der vorläufigen Beweisaufnahme oder Voruntersuchung beauftragen.

## Art. 32

### *Strittiger Gerichtsstand*

Wenn die Zuständigkeit zwischen Militärgerichten strittig ist oder wenn eine Partei, ohne die Zuständigkeit der Militärgerichte überhaupt zu bestreiten, gegen die Zuständigkeit des Militärgerichts, von welchem der Straffall behandelt wird, Einwendungen erhebt, so entscheidet bis zum Abschluss der Voruntersuchung das Eidgenössische Militärdepartement.

## **Zweiter Abschnitt: Ausschluss und Ablehnung von Gerichtspersonen**

## Art. 33

### *Ausschliessung*

<sup>1</sup> Als Richter, Untersuchungsrichter, Auditor oder Gerichtsschreiber können an einer Gerichtsverhandlung nicht teilnehmen:

- a. Verwandte oder Verschwägte des Beschuldigten in auf- oder absteigender Linie oder in der Seitenlinie bis und mit dem Grad von Geschwisterkindern;
- b. Personen, die am Ausgang des Prozesses ein Interesse haben;
- c. Personen, die im Prozess als Zeugen oder Sachverständige einvernommen worden sind.

<sup>2</sup> Personen, bei denen einer dieser Gründe vorliegt, haben davon der zuständigen Behörde rechtzeitig Kenntnis zu geben.

## Art. 34

*Ablehnung*

Der Auditor und der Beschuldigte sind berechtigt, Richter, Untersuchungsrichter und Gerichtsschreiber wegen Befangenheit abzulehnen. Im Antrag sind die Gründe glaubhaft zu machen, aus denen die Befangenheit hergeleitet wird.

## Art. 35

*Ausstand*

Richter, Auditoren, Untersuchungsrichter und Gerichtsschreiber können ihre Ablehnung wegen Befangenheit selbst beantragen.

## Art. 36

*Entscheid*

Über Ausschliessung oder Ablehnung entscheidet bis zur Überweisung an das Gericht der Präsident des Divisionsgerichts, nachher das zuständige Gericht.

## Art. 37

*Zulässigkeit*

<sup>1</sup> Ein Antrag auf Ausschliessung oder Ablehnung ist stets zulässig.

<sup>2</sup> In der Hauptverhandlung muss das Gesuch unmittelbar nach Verlesung der Anklageschrift gestellt werden.

**Dritter Abschnitt: Protokolle und Akten***1. Protokolle*

## Art. 38

*Inhalt und Form*

<sup>1</sup> Die Aussagen einvernommener Personen sind ihrem wesentlichen Inhalt nach zu protokollieren, ebenso wichtige Fragen des Untersuchungsrichters. Am Schluss der Einvernahme ist das Protokoll von der einvernommenen Person zu lesen oder ihr vorzulesen. Hernach ist es mit allfälligen Berichtigungen und Ergänzungen von ihr, vom Untersuchungsrichter und vom Protokollführer zu unterzeichnen.

<sup>2</sup> Wird die Unterzeichnung des Protokolls verweigert oder kann sie aus anderen Gründen nicht erfolgen, so ist dies unter Angabe der Gründe zu vermerken.

<sup>3</sup> In Ausnahmefällen können Aussagen mit Einwilligung aller Beteiligten nicht nur im Protokoll, sondern auch auf Tonträgern festgehalten werden.

#### Art. 39

##### *Hauptverhandlung*

<sup>1</sup> Das Protokoll über die Hauptverhandlung muss deren Gang und Ergebnisse im wesentlichen wiedergeben sowie die im Laufe der Verhandlung gestellten Anträge, ergangenen Entscheidungen und den Urteilsspruch enthalten.

<sup>2</sup> Der Präsident ordnet von sich aus oder auf Antrag einer Partei die vollständige Niederschrift und Verlesung einer Aussage an, wenn ihrem Wortlaut besondere Bedeutung zukommt.

<sup>3</sup> Das Protokoll ist vom Präsidenten und vom Gerichtsschreiber zu unterzeichnen.

#### Art. 40

##### *Augenschein und Hausdurchsuchung*

<sup>1</sup> Protokolle über Augenscheine und Hausdurchsuchungen haben deren Ergebnis genau festzuhalten sowie Ort und Zeit der Durchführung und die Namen der Personen anzugeben, die daran teilgenommen haben. Pläne, Fotografien und Zeichnungen sind, wenn nötig, beizufügen.

<sup>2</sup> Die Protokolle sind vom Richter zu unterzeichnen, wenn er die Massnahme selbst durchgeführt hat.

#### Art. 41

##### *Beschlagnahme und Verwahrung*

<sup>1</sup> Über beschlagnahmte oder verwahrte Gegenstände ist ein genaues Verzeichnis aufzunehmen und den Akten beizufügen.

<sup>2</sup> Der Richter unterzeichnet das Verzeichnis, wenn er die Massnahme selbst durchgeführt hat. Der bisherige Inhaber der Gegenstände oder die nach Artikel 68 Absatz 3 beigezogene Person muss durch Unterschrift bestätigen, dass das Verzeichnis vollständig ist. Sie erhalten ein Doppel.

#### 2. Akten

#### Art. 42

##### *Verfügungen*

Verfügungen und deren Vollzug sind in den Akten festzuhalten.

## Art. 43

*Aufbewahrung*

Nach Erledigung der Strafsache werden die Akten beim Eidgenössischen Militärdepartement aufbewahrt.

## Art. 44

*Rückgabe von Belegen*

Zu den Akten genommene Belege dürfen dem Berechtigten in der Regel erst nach rechtskräftiger Erledigung der Strafsache gegen Empfangsschein zurückgegeben werden.

## Art. 45

*Akteneinsicht*

<sup>1</sup> Gerichte und Verwaltungsbehörden können auf begründetes Gesuch hin Akten einer rechtskräftig erledigten Strafsache einsehen. Privatpersonen kann nur Einsicht gewährt werden, wenn sie ein schutzwürdiges Interesse glaubhaft machen und diesem keine höhern Interessen entgegenstehen.

<sup>2</sup> Der Oberauditor entscheidet über die Gewährung der Einsicht und deren Umfang.

**Vierter Abschnitt: Fristen**

## Art. 46

*Berechnung, Erstreckung*

<sup>1</sup> Bei Berechnung der Fristen wird der Tag, an dem die Frist zu laufen beginnt, nicht mitgezählt. Ist der letzte Tag einer Frist ein Samstag, ein Sonntag oder ein vom jeweiligen kantonalen Recht anerkannter Feiertag, so endet sie am nächstfolgenden Werktag. Schriftliche Eingaben müssen spätestens am letzten Tag der Frist an die zuständige Stelle gelangt oder zu deren Händen der schweizerischen Post übergeben worden sein.

<sup>2</sup> Die vom Gesetz bestimmten Fristen sind nicht erstreckbar. Richterlich bestimmte Fristen können auf begründetes Gesuch hin, das vor Ablauf der Frist zu stellen ist, erstreckt werden.

## Art. 47

*Wiederherstellung*

<sup>1</sup> Eine Frist kann wiederhergestellt werden, wenn sie der Gesuchsteller oder sein Vertreter unverschuldet nicht einhalten konnte.

<sup>2</sup> Das begründete Gesuch ist innert zehn Tagen nach Wegfall des Hindernisses schriftlich unter Angabe der Beweismittel einzureichen. Gleichzeitig ist die versäumte Rechtshandlung nachzuholen.

<sup>3</sup> Über das Gesuch entscheidet die in der Sache zuständige Stelle.

<sup>4</sup> Gegen den ablehnenden Entscheid kann innert zehn Tagen von der schriftlichen Mitteilung an Beschwerde geführt werden

- a. gegen Entscheide des Untersuchungsrichters an den Präsidenten des Divisionsgerichts;
- b. gegen Entscheide des Präsidenten des Divisionsgerichts oder des Divisionsgerichts an das Militärappellationsgericht;
- c. gegen Entscheide des Präsidenten des Militärappellationsgerichts oder des Militärappellationsgerichts an das Militärkassationsgericht.

#### Art. 48

##### *Eingabe bei einer unzuständigen Stelle*

Die Frist gilt auch dann als gewahrt, wenn eine Eingabe rechtzeitig bei einer unzuständigen schweizerischen Dienst- oder Amtsstelle eingereicht wurde. Die Eingabe ist unverzüglich an die zuständige Stelle weiterzuleiten.

### **Fünfter Abschnitt: Öffentlichkeit und Sitzungspolizei**

#### Art. 49

##### *Öffentlichkeit*

<sup>1</sup> Die Verhandlungen vor den Militärgerichten sind mit Ausnahme der Beratungen und Abstimmungen öffentlich.

<sup>2</sup> Das Gericht kann die Öffentlichkeit ausschliessen, soweit eine Gefährdung der Landesverteidigung, der Staatssicherheit, der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit zu befürchten ist oder das Interesse eines Beteiligten es erfordert.

<sup>3</sup> Der Urteilsspruch muss öffentlich verkündet werden.

<sup>4</sup> Bild- und Tonaufnahmen im Gerichtssaal sind unter Vorbehalt von Artikel 38 Absatz 3 verboten.

#### Art. 50

##### *Sitzungspolizei*

<sup>1</sup> Der Präsident des Gerichts sorgt für Ruhe und Ordnung in der Verhandlung. Er kann Ruhestörer wegweisen, den Sitzungssaal räumen und Widersetzliche bis zum Schluss der Sitzung in polizeilichen Gewahrsam nehmen lassen.

<sup>2</sup> Das Gericht kann denjenigen, der sich in der Sitzung ungebührlich verhält oder richterliche Anordnungen missachtet, unter Vorbehalt der strafrechtlichen Verfolgung mit einer Ordnungsbusse bis zu 300 Franken oder mit Haft bis zu drei Tagen bestrafen. Die Haft kann sofort vollzogen werden.

<sup>3</sup> Dem Untersuchungsrichter stehen die gleichen Befugnisse zu. Er kann eine Ordnungsbusse bis zu 100 Franken oder Haft von einem Tag verhängen.

## Art. 51

### *Sitzungslokale, Vollzugsorgane*

<sup>1</sup> Die Kantone und Gemeinden stellen den Militärgerichten an den Sitzungs-orten die erforderlichen Räume unentgeltlich zur Verfügung. Besondere Auslagen werden vom Bund ersetzt.

<sup>2</sup> Die am Sitzungsort zuständige Polizeibehörde stellt auf Ersuchen des Präsidenten des Gerichts die nötigen Organe für den Vollzug seiner Anordnungen zur Verfügung, insbesondere für die Vorführung von Angeklagten und für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.

## **Sechster Abschnitt: Einvernahme des Beschuldigten, freies Geleit**

## Art. 52

### *Vorladung*

<sup>1</sup> Der Beschuldigte wird zur Einvernahme in der Regel schriftlich vorgeladen. Er ist auf die gesetzlichen Folgen des Ausbleibens aufmerksam zu machen.

<sup>2</sup> Die Vorladung wird durch die Post, durch eine Militärperson oder durch Vermittlung bürgerlicher Behörden zugestellt.

<sup>3</sup> Leistet der Beschuldigte der Vorladung keine Folge, so kann er vorgeführt werden. Der Vorführungsbefehl ist in der Regel schriftlich zu erteilen.

## Art. 53

### *Durchführung*

<sup>1</sup> Dem Beschuldigten ist mitzuteilen, welcher Tat er beschuldigt wird. Er ist aufzufordern, sich über die Beschuldigung auszusprechen sowie Tatsachen und Beweismittel zu seiner Verteidigung anzuführen. Zur Ergänzung, Erläuterung oder Berichtigung der Aussage und zur Beseitigung von Widersprüchen sind entsprechende Fragen zu stellen.

<sup>2</sup> Die persönlichen Verhältnisse des Beschuldigten sind mit aller Sorgfalt abzuklären.



<sup>3</sup> Der Untersuchungsrichter hat allen belastenden und entlastenden Umständen mit gleicher Sorgfalt nachzugehen.

<sup>4</sup> Auch bei einem Geständnis sind die nähern Umstände und die Beweggründe der Tat abzuklären.

<sup>5</sup> Zwang, Drohung, Versprechungen, unwahre Angaben und verfängliche Fragen sind untersagt.

<sup>6</sup> Weigert sich der Beschuldigte auszusagen, so ist das Verfahren ohne Rücksicht darauf weiterzuführen.

#### Art. 54

##### *Freies Geleit*

<sup>1</sup> Der Präsident des Gerichts kann einem landesabwesenden Beschuldigten oder einem in Abwesenheit Verurteilten freies Geleit erteilen. Dieses kann an bestimmte Bedingungen geknüpft werden.

<sup>2</sup> Das freie Geleit erlischt, wenn der Beschuldigte oder der Verurteilte im ordentlichen Verfahren zu einer unbedingten Freiheitsstrafe verurteilt wird oder die Bedingungen nicht erfüllt hat, unter denen es ihm erteilt worden ist.

<sup>3</sup> Auf diese Rechtsfolgen ist der Beschuldigte oder Verurteilte bei Erteilung des freien Geleits aufmerksam zu machen.

### **Siebenter Abschnitt: Vorläufige Festnahme, Untersuchungs- und Sicherheitshaft**

#### Art. 55

##### *Vorläufige Festnahme*

<sup>1</sup> Der militärische Vorgesetzte des Beschuldigten oder Verdächtigen kann die vorläufige Festnahme für höchstens drei Tage verfügen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen der Verhaftung vorliegen oder wenn es zwingende dienstliche Gründe erfordern. Es sind unverzüglich die zur Abklärung des Sachverhalts erforderlichen Massnahmen zu treffen (Art. 97 MStP und Art. 203 MStG<sup>1)</sup>).

<sup>2</sup> Unter den gleichen Voraussetzungen kann der Untersuchungsrichter in einer vorläufigen Beweisaufnahme diese Festnahme für höchstens sieben Tage verfügen.

<sup>3</sup> Gegen die vorläufige Festnahme kann im Falle von Absatz 1 Beschwerde nach den Artikeln 209 ff. des Militärstrafgesetzes<sup>1)</sup>, im Falle von Absatz 2 Beschwerde nach Artikel 162 des Militärstrafprozesses erhoben werden.

<sup>4</sup> Bei zu Unrecht erfolgter vorläufiger Festnahme gilt hinsichtlich Entschädigung Artikel 112 Absatz 3 sinngemäss.

<sup>1)</sup> SR 321.0

## Art. 56

*Anhaltung*

Wer auf frischer Tat ertappt oder unmittelbar danach verfolgt wird, kann bei Fluchtgefahr oder zur Feststellung der Personalien von jedermann angehalten werden. Er ist sofort der nächsten Truppe oder der Polizei zu übergeben.

## Art. 57

*Verhaftung*

Der Beschuldigte, gegen den die Voruntersuchung angeordnet wurde, kann verhaftet werden, wenn er einer mit Freiheitsstrafe bedrohten Tat verdächtig ist und Grund zur Annahme besteht:

- a. dass er sich der Strafverfolgung durch Flucht entziehen würde;
- b. dass er Spuren der Tat vernichten, Beweismittel beiseite schaffen oder verändern oder Zeugen, Mitbeschuldigte oder Auskunftspersonen zu falschen Aussagen verleiten oder sonst den Zweck der Untersuchung gefährden würde;
- c. dass er, in Freiheit belassen, seine strafbare Tätigkeit fortsetzen würde.

## Art. 58

*Haftbefehl*

<sup>1</sup> Die Verhaftung des Beschuldigten erfolgt aufgrund eines schriftlichen Haftbefehls des Untersuchungsrichters und, nach Abschluss der Untersuchung, des Präsidenten des zuständigen Gerichts.

<sup>2</sup> Der Haftbefehl enthält:

- a. die Personalien des Beschuldigten;
- b. die ihm vorgeworfene strafbare Handlung;
- c. den Grund der Verhaftung;
- d. die Rechtsmittelbelehrung.

<sup>3</sup> Der Haftbefehl ist dem Beschuldigten bei der Verhaftung bekanntzugeben unter Aushändigung eines Doppels gegen Empfangsbestätigung.

## Art. 59

*Fahndung*

<sup>1</sup> Kann der Haftbefehl nicht vollzogen werden, so ist die Fahndung anzuordnen. Der Haftbefehl kann öffentlich bekanntgemacht werden. Dabei ist anzuzeigen, wem der Verhaftete zuzuführen ist.

<sup>2</sup> Die Polizeiorgane sind verpflichtet, bei der Fahndung mitzuwirken.

<sup>3</sup> Bei schweren Straftaten kann die Bekanntgabe durch Presse, Radio oder Fernsehen angeordnet werden.

#### Art. 60

##### *Erste Einvernahme, Haftdauer*

<sup>1</sup> Der Verhaftete ist spätestens am ersten Werktag nach seiner Zuführung an den Richter über den Gegenstand der Beschuldigung einzuvernehmen.

<sup>2</sup> Der Beschuldigte darf nur mit Einwilligung des Präsidenten des Divisionsgerichts länger als 14 Tage in Haft gehalten werden. Hafterstreckungsgesuche sind unter Angabe der beantragten Haftverlängerung zu begründen.

<sup>3</sup> Der Beschuldigte kann jederzeit ein Haftentlassungsgesuch einreichen.

<sup>4</sup> Sobald kein Verhaftungsgrund mehr besteht, ist der Verhaftete freizulassen.

#### Art. 61

##### *Entscheid über Sicherheitshaft*

Wird gegen ein Urteil ein Rechtsmittel eingereicht, so entscheidet über die Anordnung oder Fortdauer der Sicherheitshaft der Präsident des Gerichts, welches das Urteil gefällt hat. Sind die Akten an die Rechtsmittelinstanz weitergeleitet, so entscheidet deren Präsident.

#### Art. 62

##### *Freiheitsbeschränkung*

Der Verhaftete darf in seiner Freiheit nicht weiter beschränkt werden, als es der Zweck der Haft oder die Aufrechterhaltung der Ordnung im Gefängnis erfordert.

### **Achter Abschnitt: Untersuchungsmassnahmen**

#### Art. 63

##### *Beschlagnahme*

<sup>1</sup> Gegenstände und Vermögenswerte, die als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sind oder der Einziehung unterliegen, sind mit Beschlagnahme zu belegen und zu verwahren oder in anderer Weise sicherzustellen.

<sup>2</sup> Die Beschlagnahme wird vom Untersuchungsrichter und, nach Abschluss der Untersuchung, vom Präsidenten des Divisionsgerichts oder des Militärappellationsgerichts verfügt. Mit der Durchführung kann die kantonale gerichtliche Polizei beauftragt werden.

## Art. 64

*Herausgabe von beschlagnahmten Gegenständen*

Wer einen mit Beschlagnahme belegten Gegenstand oder Vermögenswert in seinem Gewahrsam hat, ist verpflichtet, diesen auf Verlangen herauszugeben. Verweigert der Inhaber die Herausgabe des Gegenstandes, so ist ihm dieser zwangsweise wegzunehmen.

## Art. 65

*Überwachung und Beschlagnahme bei PTT-Betrieben*

(Ergänzung erfolgt mit besonderer Vorlage.)

## Art. 66

*Durchsuchung von Wohnungen und Personen*

<sup>1</sup> Die Durchsuchung einer Wohnung, anderer Räume oder unmittelbar zu einem Haus gehörender umfriedeter Liegenschaften kann jederzeit angeordnet werden, wenn es wahrscheinlich ist, dass sich der Beschuldigte oder Verdächtige darin verborgen hält oder dass sich Beweisgegenstände oder Spuren der strafbaren Handlung darin befinden.

<sup>2</sup> Der Beschuldigte oder Verdächtige darf ebenfalls durchsucht werden.

## Art. 67

*Körperliche Untersuchung, Blutprobe, Abklärung des Geisteszustandes*

<sup>1</sup> Zur Abklärung einer Straftat können eine körperliche Untersuchung des Beschuldigten oder Verdächtigen und die Entnahme einer Blutprobe durch einen Arzt angeordnet werden.

<sup>2</sup> Gegenüber einem Dritten können solche Massnahmen ohne seine Einwilligung nur in wichtigen Fällen angeordnet werden.

<sup>3</sup> Zur Abklärung des Geisteszustands kann der Beschuldigte in eine geeignete Anstalt eingewiesen werden. Der Aufenthalt in dieser Anstalt gilt als Untersuchungshaft.

## Art. 68

*Anordnung, Beizug von Drittpersonen*

<sup>1</sup> Die Anordnung von Durchsuchungen steht dem Untersuchungsrichter und, nach Abschluss der Voruntersuchung, dem Präsidenten des Divisionsgerichts oder des Militärappellationsgerichts zu. Mit der Durchführung kann die kantonale gerichtliche Polizei beauftragt werden.

<sup>2</sup> Zur Nachtzeit darf die Durchsuchung nur bei unmittelbarer Gefahr vorgenommen werden.

<sup>3</sup> Der Inhaber der Räume oder Gegenstände ist zur Durchsuchung beizuziehen. Ist er abwesend, so ist bei Wehrmännern ein Dienstkamerad, bei Zivilpersonen ein erwachsener Angehöriger oder Hausgenosse beizuziehen.

<sup>4</sup> Findet die Durchsuchung bei einer Zivilperson statt, so ist wenn möglich ein Organ der Gemeinde oder des Kantons beizuziehen.

#### Art. 69

##### *Privat- oder Berufsgeheimnis*

<sup>1</sup> Die Durchsuchung von Schriftstücken, Bild- und Tonträgern ist mit grösster Schonung des Privatgeheimnisses und unter Beachtung des Berufsgeheimnisses im Sinne von Artikel 73 Buchstabe *b* durchzuführen.

<sup>2</sup> Insbesondere sollen sie nur durchsucht werden, wenn anzunehmen ist, dass sich solche darunter befinden, die für die Untersuchung von Bedeutung sind.

<sup>3</sup> Dem Inhaber von Schriftstücken, Bild- und Tonträgern ist wenn möglich Gelegenheit zu geben, sich vor der Durchsuchung über ihren Inhalt auszusprechen. Erhebt er gegen die Durchsuchung Einspruch, so werden sie versiegelt und verwahrt. In diesem Falle entscheidet über die Zulässigkeit der Durchsuchung bis zur Hauptverhandlung der Präsident des zuständigen Divisionsgerichts, im Hauptverfahren das Gericht. Der Entscheid ist endgültig.

#### Art. 70

##### *Rückgabe oder Verwertung von beschlagnahmten Gegenständen*

<sup>1</sup> Beschlagnahmte Gegenstände und Vermögenswerte sind, sobald sie für das Strafverfahren nicht mehr benötigt werden und weder der Einziehung unterliegen noch dem Bund verfallen, dem Berechtigten zurückzugeben.

<sup>2</sup> Die nach den Artikeln 41 und 42 des Militärstrafgesetzes <sup>1)</sup> eingezogenen Gegenstände und Vermögenswerte, die aufzubewahren, zu verwerten oder unbrauchbar zu machen sind, hat der Richter nach rechtskräftiger Erledigung des Falles dem Oberkriegskommissariat abzuliefern.

<sup>3</sup> Das Oberkriegskommissariat sorgt für die Verwertung, sofern innert der Frist von Artikel 41a Absatz 3 des Militärstrafgesetzes <sup>1)</sup> keine Ansprüche Dritter geltend gemacht worden sind. Dem Verderben oder einer raschen Wertverminderung ausgesetzte Gegenstände und Vermögenswerte sind rechtzeitig zu verwerten. Der Erlös ist während der genannten Frist zur Verfügung der anspruchsberechtigten Dritten zu halten.

<sup>4</sup> Sind anspruchsberechtigte Dritte nicht anders zu ermitteln, so kann das Oberkriegskommissariat eine einmalige Ausschreibung im Bundesblatt veranlassen.

## Art. 71

### *Sektion, Exhumierung*

Aus zwingenden Gründen können die Sektion, der Aufschub der Bestattung, die Ausgrabung des Leichnams oder die Öffnung der Aschenurne angeordnet werden.

## Neunter Abschnitt: Zeugen und Auskunftspersonen

## Art. 72

### *Zeugnispflicht*

Jedermann ist verpflichtet, als Zeuge vor dem Richter zu erscheinen und unter Vorbehalt der nachfolgenden Bestimmungen Zeugnis abzulegen.

## Art. 73

### *Zeugnisverweigerung*

Das Zeugnis können verweigern:

- a. die Verwandten und Verschwägerten des Beschuldigten oder Verdächtigen in gerader Linie, die Geschwister, Schwager und Schwägerin, der Ehegatte, auch wenn die Ehe geschieden ist, Pflege- und Stiefkinder, Pflege- und Stiefeltern, Stiefgeschwister sowie die Verlobte des Beschuldigten; durch Adoption begründete Verwandtschaftsverhältnisse sind dem natürlichen Verwandtschaftsverhältnis gleichgestellt;
- b. Geistliche, Anwälte, Notare, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Hebammen sowie deren berufliche Hilfspersonen über Geheimnisse, die ihnen aufgrund ihres Berufs anvertraut worden sind oder die sie bei ihrer Berufstätigkeit wahrgenommen haben;
- c. Personen, die nach glaubwürdiger Angabe sich selbst oder einen unter Buchstabe a genannten Angehörigen der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung oder eines schweren Nachteils, insbesondere für Ehre und Vermögen, aussetzen würden.

## Art. 74

### *Hinweis auf Zeugnisverweigerungsrecht*

<sup>1</sup> Ist ein Zeuge zur Zeugnisverweigerung berechtigt, so ist er darauf aufmerksam zu machen. Dies ist im Protokoll zu vermerken.

<sup>2</sup> Erklärt sich ein Zeuge trotzdem zur Aussage bereit, so kann er diese Erklärung auch während der Einvernahme widerrufen. Die bereits gemachten Aussagen bleiben bestehen.

#### Art. 75

##### *Dienstverschwiegenheit*

<sup>1</sup> Ist eine Person über Tatsachen als Zeuge einzuvernehmen, über die sie sich ohne Verletzung der Pflicht der Dienstverschwiegenheit nicht äussern kann, so hat der Richter vorerst bei der zuständigen Dienststelle die Befreiung von dieser Pflicht zu erwirken.

<sup>2</sup> Ein Beamter darf nur mit Zustimmung seiner vorgesetzten Behörde über ein Amtsgeheimnis als Zeuge einvernommen oder zur Herausgabe von Akten angehalten werden. Im übrigen gilt das eidgenössische und kantonale Verwaltungsrecht.

#### Art. 76

##### *Vorladung*

<sup>1</sup> Zeugen werden in der Regel schriftlich zur Einvernahme vorgeladen. Die Vorladung wird durch die Post, durch eine Militärperson oder durch Vermittlung bürgerlicher Behörden zugestellt. Die Zeugen sind auf die gesetzlichen Folgen des Ausbleibens aufmerksam zu machen.

<sup>2</sup> Im Dienst befindliche Militärpersonen können schriftlich oder mündlich zur Einvernahme als Zeugen befohlen werden.

#### Art. 77

##### *Einvernahme*

<sup>1</sup> Jeder Zeuge ist in Abwesenheit der andern Zeugen einzuvernehmen. Er kann andern Zeugen oder dem Beschuldigten gegenübergestellt werden.

<sup>2</sup> Die Zeugen sind unter Hinweis auf die Straffolgen eines falschen Zeugnisses zur Wahrheit zu ermahnen. Dies ist im Protokoll zu vermerken.

#### Art. 78

##### *Persönliche Verhältnisse*

Die persönlichen Verhältnisse des Zeugen, insbesondere seine Beziehungen zum Beschuldigten oder Verletzten, sind so weit festzustellen, als sie für seine Glaubwürdigkeit von Bedeutung sein können.

## Art. 79

*Ausbleiben von Zeugen*

<sup>1</sup> Ein Zeuge, der unentschuldigt ausbleibt, sich ohne Erlaubnis entfernt oder sich in die Unmöglichkeit versetzt, auszusagen, wird mit Busse bis zu 300 Franken bestraft. Er hat auch die Kosten zu bezahlen, die er durch seinen Ungehorsam verursacht hat.

<sup>2</sup> Der ungehorsame Zeuge kann vorgeführt werden. Der Vorführungsbefehl ist in der Regel schriftlich zu erteilen.

<sup>3</sup> Bei nachträglicher genügender Entschuldigung sind Strafverfügung und Kostenaufgabe aufzuheben.

## Art. 80

*Widerrechtliche Zeugnisverweigerung*

<sup>1</sup> Verweigert ein Zeuge ohne gesetzlichen Grund das Zeugnis oder entzieht er sich der Zeugnispflicht, so kann er bis zu 24 Stunden in Haft gesetzt werden. Gleichzeitig kann ihm bei andauernder Weigerung unter Hinweis auf Artikel 292 des Strafgesetzbuches <sup>1)</sup> die Bestrafung wegen Ungehorsams gegen eine amtliche Verfügung mit Haft oder Busse angedroht werden.

<sup>2</sup> Bleibt der Zeuge trotz erfolgter Androhung bei seiner Weigerung, so ist er dem bürgerlichen Richter zur Bestrafung zu überweisen.

<sup>3</sup> Der Zeuge hat die durch seine Weigerung verursachten Kosten zu bezahlen.

<sup>4</sup> Entschädigungsbegehren Dritter bleiben vorbehalten.

## Art. 81

*Entschädigung*

Die Zeugen haben Anspruch auf Entschädigung für Zeitversäumnis und Reisekosten nach den Vorschriften des Bundesrates.

## Art. 82

*Auskunftsperson*

<sup>1</sup> Als Auskunftspersonen und nicht als Zeugen sind einzuvernehmen:

- a. Personen, die als Täter oder Teilnehmer in Frage kommen können;
- b. Personen, die den Sinn der Zeugeneinvernahme nicht zu erfassen vermögen.

<sup>1)</sup> SR 311.0



<sup>2</sup> Auskunftspersonen sind verpflichtet, Vorladungen zur Einvernahme Folge zu leisten. Bei unentschuldigtem Ausbleiben können sie vorgeführt werden. Für Vorladung und Vorführungsbefehl gilt Artikel 52.

<sup>3</sup> Auskunftspersonen sind nicht zur Aussage verpflichtet.

<sup>4</sup> Die Bestimmungen über die Einvernahme des Beschuldigten gelten sinngemäss auch für die Auskunftsperson.

<sup>5</sup> Auskunftspersonen können für Zeitversäumnis und Reisekosten nach den Vorschriften des Bundesrates entschädigt werden.

## **Zehnter Abschnitt: Sachverständige und Augenschein**

### **Art. 83**

#### *Sachverständige*

<sup>1</sup> Wenn die Abklärung eines Sachverhaltes besondere Kenntnisse erfordert, kann der Untersuchungsrichter oder das Gericht Sachverständige beiziehen. Ihre Aufgabe ist zu umschreiben.

<sup>2</sup> Den Sachverständigen ist Einsicht in die Akten zu gewähren und das Recht einzuräumen, Beweisaufnahmen beizuwohnen und zur Abklärung des Sachverhaltes Fragen an Zeugen und Beschuldigte zu stellen.

### **Art. 84**

#### *Ernennung*

Den Sachverständigen ist die Ernennung unter Hinweis auf die Artikel 86 und 87 schriftlich zu eröffnen. Sie sind auf die Folgen falscher Begutachtung aufmerksam zu machen, sofern deren Kenntnis nicht vorauszusetzen ist.

### **Art. 85**

#### *Ausschliessung und Ablehnung*

Für die Sachverständigen gelten sinngemäss die Bestimmungen über Ausschliessung und Ablehnung von Gerichtspersonen.

### **Art. 86**

#### *Pflicht zur Erstattung von Gutachten*

Der Sachverständige muss die Ernennung annehmen, wenn er

a. zur Erstattung entsprechender Gutachten öffentlich angestellt ist;

- b. die Wissenschaft, die Kunst oder das Gewerbe, deren Kenntnis Voraussetzung der Begutachtung ist, als Beruf ausübt oder
- c. zur Ausübung öffentlich bestellt oder ermächtigt ist.

#### Art. 87

##### *Ablehnung der Ernennung*

Dieselben Gründe, die einen Zeugen berechtigen, das Zeugnis zu verweigern, berechtigen einen Sachverständigen zur Ablehnung der Ernennung.

#### Art. 88

##### *Pflichtwidriges Verhalten*

<sup>1</sup> Verweigert der Sachverständige ohne gesetzlichen oder andern wichtigen Grund die Annahme eines Gutachtenauftrages, liefert er ein Gutachten ohne hinreichende Begründung nicht oder nicht rechtzeitig ab, oder leistet er einer Vorladung unentschuldigt keine Folge, so werden ihm die durch sein Verhalten entstandenen Kosten auferlegt. Er kann überdies mit einer Ordnungsbusse bis zu 500 Franken bestraft werden.

<sup>2</sup> Bei nachträglicher genügender Entschuldigung sind diese Anordnungen aufzuheben.

#### Art. 89

##### *Abgabe des Gutachtens*

Der Richter bestimmt, ob das Gutachten schriftlich oder mündlich erstattet werden soll, und setzt den Abgabetermin fest.

#### Art. 90

##### *Neue Begutachtung*

Besteht zwischen mehreren Gutachten ein Widerspruch, oder findet der Richter ein Gutachten ungenügend, so kann er eine neue Begutachtung durch dieselben oder durch andere Sachverständige anordnen.

#### Art. 91

##### *Entschädigung*

Die Sachverständigen haben Anspruch auf Entschädigung nach den Vorschriften des Bundesrates.

## Art. 92

*Augenschein*

<sup>1</sup> Ein Augenschein wird angeordnet, wenn er zur Abklärung des Sachverhaltes beitragen kann.

<sup>2</sup> Dem Beschuldigten ist Gelegenheit zu geben, dem Augenschein beizuwohnen. Zeugen, Sachverständige und Auskunftspersonen können zum Augenschein vorgeladen werden. Es können Befragungen durchgeführt werden.

**Elfter Abschnitt: Dolmetscher und Übersetzer**

## Art. 93

*Beizug*

<sup>1</sup> Wird mit Personen verhandelt, welche der Gerichtssprache nicht mächtig sind, so ist nötigenfalls ein Dolmetscher beizuziehen. Kommt dem Wortlaut einer Aussage besondere Bedeutung zu, so ist sie auch in der Fremdsprache ins Protokoll aufzunehmen.

<sup>2</sup> Zu Verhandlungen mit tauben oder stummen Personen ist ein Dolmetscher beizuziehen, wenn schriftlicher Verkehr nicht genügt.

<sup>3</sup> Zur Übersetzung fremdsprachiger Schriftstücke ist, soweit notwendig, ein Übersetzer beizuziehen.

## Art. 94

*Ausschliessung und Ablehnung*

Für Dolmetscher und Übersetzer gelten sinngemäss die Bestimmungen über Ausschliessung und Ablehnung von Gerichtspersonen.

## Art. 95

*Straffolgen bei falscher Übersetzung*

Dolmetscher und Übersetzer sind auf die Straffolgen wissentlich falscher Übersetzung aufmerksam zu machen (Art. 179 MStG <sup>1)</sup>).

## **Zwölfter Abschnitt: Verteidiger**

### **Art. 96**

#### *Zulassung, Verpflichtung*

<sup>1</sup> Als Verteidiger werden in bürgerlichen Ehren und Rechten stehende Schweizer Bürger zugelassen, die ein juristisches Hochschulstudium abgeschlossen haben oder ein kantonales Rechtsanwaltspatent besitzen.

<sup>2</sup> In Strafverfahren, in denen der Sachverhalt mit Rücksicht auf die Landesverteidigung oder die Staatssicherheit geheimgehalten werden muss, kann der Präsident des Gerichts den vom Beschuldigten beigezogenen Verteidiger ablehnen. Der Beschuldigte ist aufzufordern, einen andern Verteidiger zu bezeichnen.

<sup>3</sup> Jeder juristisch gebildete Offizier aus der Truppe, die in den Zuständigkeitsbereich des Gerichts fällt, ist verpflichtet, auf Befehl des Präsidenten des Gerichts die amtliche Verteidigung zu übernehmen.

## **Zweites Kapitel: Verfahren**

### **Erster Abschnitt: Einleitung des Verfahrens**

#### **Art. 97**

#### *Massnahmen der Truppe*

<sup>1</sup> Ist eine der Militärgerichtsbarkeit unterliegende strafbare Handlung begangen worden, so hat der am Tatort den Befehl führende Vorgesetzte oder ein von ihm bezeichneter geeigneter Offizier oder Unteroffizier die nötigen Massnahmen zu treffen, um die Flucht des Verdächtigen zu verhindern, die Spuren der Tat festzustellen und den Beweis zu sichern. Soweit nötig sind die Organe der militärischen oder bürgerlichen Polizei beizuziehen.

<sup>2</sup> Die getroffenen Massnahmen sowie die wesentlichen Aussagen des Verdächtigen und der übrigen befragten Personen sind in einem Protokoll festzuhalten.

<sup>3</sup> Der für die Anordnung der Voruntersuchung zuständigen Stelle ist ohne Verzug Bericht zu erstatten.

#### **Art. 98**

#### *Zuständigkeit für die Anordnung der vorläufigen Beweisaufnahme und der Voruntersuchung*

<sup>1</sup> Bei strafbaren Handlungen, die während des Militärdienstes begangen wurden, sind zur Anordnung der vorläufigen Beweisaufnahme oder Voruntersuchung zuständig:

a. in Schulen und Kursen: der Kommandant;

b. in Truppendiensten:

1. im Regimentsverband: der Regimentskommandant;

2. bei kleineren, selbständig im Dienst befindlichen Truppenkörpern oder Einheiten: der betreffende Kommandant;

3. in allen übrigen Fällen: der Kommandant oder Stabschef.

<sup>2</sup> Für ausserhalb des Dienstes begangene strafbare Handlungen ist das Eidgenössische Militärdepartement oder die von ihm bezeichnete Dienststelle zur Anordnung der vorläufigen Beweisaufnahme oder Voruntersuchung zuständig.

<sup>3</sup> Wird die Voruntersuchung nach der vom Untersuchungsrichter durchgeführten vorläufigen Beweisaufnahme durch den Kommandanten nicht angeordnet, liegt aber nach Ansicht des Untersuchungsrichters eine gerichtlich zu ahnende strafbare Handlung vor, so erstattet er dem Oberauditor Bericht.

<sup>4</sup> Der Oberauditor kann den Bericht mit seinem Antrag an das Eidgenössische Militärdepartement weiterleiten. Dieses oder die von ihm bezeichnete Dienststelle kann die Voruntersuchung verfügen. Der Entscheid ist endgültig.

#### Art. 99

##### *Voraussetzungen und Zweck der Voruntersuchung*

<sup>1</sup> Ist eine Person einer strafbaren Handlung verdächtig und fällt eine disziplinarische Erledigung ausser Betracht, so ist die Voruntersuchung anzuordnen.

<sup>2</sup> Die Voruntersuchung hat den Zweck festzustellen, ob eine strafbare Handlung vorliegt. Es sind alle Umstände der Tat abzuklären, die für das richterliche Urteil oder für die Einstellung des Verfahrens von Bedeutung sein können.

#### Art. 100

##### *Voraussetzungen und Zweck der vorläufigen Beweisaufnahme*

<sup>1</sup> Fehlen die Voraussetzungen einer Voruntersuchung, so ist eine vorläufige Beweisaufnahme anzuordnen. Dies gilt vor allem, wenn

a. Beweismittel beschafft oder ergänzt werden müssen, insbesondere bei unbekannter Täterschaft und ungeklärtem oder verwickeltem Sachverhalt;

b. Ungewissheit darüber besteht, ob eine strafbare Handlung disziplinarisch oder militärgerichtlich zu erledigen sei.

<sup>2</sup> Bei Tötung oder erheblicher Verletzung von Militär- oder Zivilpersonen, bei schweren Sachschäden sowie in Fällen von Artikel 156 ist eine vorläufige Be-

weisaufnahme auch dann anzuordnen, wenn keine strafbare Handlung gegeben oder anzunehmen ist.

#### Art. 101

##### *Verfahren in der vorläufigen Beweisaufnahme*

<sup>1</sup> Die vorläufige Beweisaufnahme ist ein Ermittlungsverfahren in den Formen und mit den Mitteln der Voruntersuchung.

<sup>2</sup> Der Untersuchungsrichter erstattet über den festgestellten Sachverhalt sowie dessen rechtliche Würdigung Bericht und beantragt je nach dem Ergebnis der zuständigen Stelle:

- a. eine Voruntersuchung anzuordnen;
- b. die Sache disziplinarisch zu erledigen;
- c. dem Verfahren keine weitere Folge zu geben.

#### Art. 102

##### *Untersuchungsbefehl*

<sup>1</sup> Der Befehl zur vorläufigen Beweisaufnahme oder zur Voruntersuchung ist schriftlich zu erlassen. In dringenden Fällen kann er mündlich mit sofortiger schriftlicher Bestätigung erteilt werden. Dem Untersuchungsrichter sind Protokolle und Beweisstücke zu übergeben.

<sup>2</sup> Der Befehl hat eine kurze Darstellung des Sachverhalts zu enthalten. Verdächtige oder Beschuldigte sind genau zu bezeichnen.

<sup>3</sup> Bestehen Zweifel über die Zuständigkeit, so trifft der Untersuchungsrichter nur die dringenden Massnahmen und leitet die Akten an den Oberauditor weiter.

#### Art. 103

##### *Unabhängigkeit des Untersuchungsrichters*

Der Untersuchungsrichter führt die Untersuchung ohne Einmischung der militärischen Vorgesetzten des Verdächtigen oder Beschuldigten.

#### Art. 104

##### *Durchführung des Verfahrens*

<sup>1</sup> Die vorläufige Beweisaufnahme und die Voruntersuchung werden ohne Verzug durchgeführt.

<sup>2</sup> Sie sind nicht öffentlich.

<sup>3</sup> Der Verdächtige oder Beschuldigte kann zur Befragung von Zeugen und Sachverständigen beigezogen werden.

#### Art. 105

##### *Beizug des Verteidigers*

<sup>1</sup> Der Verteidiger kann bereits in der Voruntersuchung beigezogen werden.

<sup>2</sup> Bei schweren Anschuldigungen oder in verwickelten Fällen bestellt der Präsident des Divisionsgerichts auf Gesuch des Beschuldigten oder auf Antrag des Untersuchungsrichters in der Voruntersuchung einen amtlichen Verteidiger.

#### Art. 106

##### *Rechte des Verteidigers*

<sup>1</sup> Der Verteidiger hat das Recht, Untersuchungshandlungen zu beantragen. Soweit der Zweck der Untersuchung nicht gefährdet wird, ist dem Verteidiger auch Akteneinsicht und Anwesenheit bei der Befragung von Zeugen und Sachverständigen sowie bei Augenscheinen zu gestatten.

<sup>2</sup> Wenn es der Untersuchungszweck erfordert, kann der Untersuchungsrichter den Verkehr zwischen Verteidiger und verhaftetem Beschuldigten beschränken oder untersagen.

<sup>3</sup> Nach Abschluss der Voruntersuchung steht dem Verteidiger unbeschränkte Einsicht in die Akten zu. Er kann mit dem Beschuldigten frei verkehren.

#### Art. 107

##### *Ausdehnung der Voruntersuchung*

Der Untersuchungsrichter dehnt die Voruntersuchung von Amtes wegen auf Personen und strafbare Handlungen aus, die im Untersuchungsbefehl nicht genannt sind.

#### Art. 108

##### *Abschluss der Voruntersuchung*

Nach Abschluss der Voruntersuchung übermittelt der Untersuchungsrichter die Akten dem Auditor zur Anklageerhebung oder zur Einstellung des Verfahrens. Dem Beschuldigten ist vom Abschluss der Voruntersuchung Kenntnis zu geben.

## Art. 109

*Ergänzung der Voruntersuchung*

Der Auditor und der Beschuldigte können innert einer vom Untersuchungsrichter zu bestimmenden angemessenen Frist Ergänzung der Voruntersuchung verlangen.

## Art. 110

*Anklage, Antrag auf Durchführung des Strafmandatverfahrens*

<sup>1</sup> Ergibt die Voruntersuchung hinreichende Verdachtsgründe für ein Verbrechen oder Vergehen, so erhebt der Auditor ohne Verzug Anklage. Er übermittelt die Akten mit der Anklageschrift dem Präsidenten des Divisionsgerichts und stellt dem Angeklagten ein Doppel zu.

<sup>2</sup> Erachtet der Auditor die Voraussetzungen für ein Strafmandat nach Artikel 115 als gegeben, so stellt er den entsprechenden Antrag.

## Art. 111

*Einstellung des Verfahrens*

<sup>1</sup> Liegt nur ein Disziplinarfehler vor oder ist die Sache nicht weiter zu verfolgen, so stellt der Auditor das Verfahren ein.

<sup>2</sup> Die Einstellungsverfügung ist dem Beschuldigten und dem Obergericht mit kurzer Begründung schriftlich zu eröffnen.

<sup>3</sup> Liegt ein Disziplinarfehler vor, so übermittelt der Auditor nach Eintritt der Rechtskraft der Einstellungsverfügung die Akten dem zuständigen militärischen Vorgesetzten oder der zuständigen militärischen Dienststelle zur disziplinarischen Behandlung.

<sup>4</sup> Ist die Sache nicht weiter zu verfolgen, so übermittelt der Auditor nach Eintritt der Rechtskraft der Einstellungsverfügung die Akten dem Eidgenössischen Militärdepartement zur Aufbewahrung.

## Art. 112

*Kosten und Entschädigung*

<sup>1</sup> Die Kosten der eingestellten Untersuchung trägt der Bund.

<sup>2</sup> Die Kosten können dem Beschuldigten ganz oder teilweise auferlegt werden, wenn dieser die Untersuchung durch verwerfliches Verhalten verursacht oder erschwert hat. Der Kostenentscheid ist in die Einstellungsverfügung aufzunehmen.



<sup>3</sup> Dem Beschuldigten, gegen den die Untersuchung eingestellt wird, ist auf sein Begehren durch den Auditor eine Entschädigung für die Untersuchungshaft und andere erlittene Nachteile sowie eine angemessene Entschädigung für Anwaltskosten zuzusprechen, sofern er das Verfahren nicht durch verwerfliches oder leichtfertiges Verhalten verursacht oder erschwert hat.

#### Art. 113

##### *Rekurs*

Gegen Einstellungs- und Entschädigungsverfügungen können der Beschuldigte und der Oberauditor Rekurs an den Präsidenten des Divisionsgerichts erheben. Im übrigen gelten die Artikel 192 und 194 sinngemäss.

#### Art. 114

##### *Anklageschrift*

Die Anklageschrift enthält:

- a. die Personalien des Angeklagten;
- b. die Umschreibung der dem Angeklagten zur Last gelegten Tat mit ihren gesetzlichen Merkmalen;
- c. die gesetzlichen Bestimmungen, welche die Tat mit Strafe bedrohen;
- d. die Angabe der Beweismittel;
- e. die Namen der Richter, Ersatzrichter und des Gerichtsschreibers des Divisionsgerichts sowie allfällige Ausschluss- oder Ablehnungsbegehren des Auditors.

### **Zweiter Abschnitt: Strafmandatverfahren**

#### Art. 115

##### *Voraussetzungen*

<sup>1</sup> Der Präsident des Divisionsgerichts erlässt ein Strafmandat,

- a. wenn er eine Freiheitsstrafe von höchstens einem Monat, eine Geldbusse von höchstens 1000 Franken, eine Verbindung dieser Strafen oder eine Disziplinarstrafe für angemessen hält und
- b. wenn der Angeklagte die ihm zur Last gelegten Tatsachen anerkennt und sich schuldig erklärt hat.

<sup>2</sup> Artikel 145 gilt sinngemäss.

<sup>3</sup> Das Strafmandatverfahren findet nicht statt:

- a. bei Ehrverletzungen;

- b. wenn der Widerruf einer bedingt aufgeschobenen Strafe oder deren Ersatz durch die Massnahmen nach Artikel 32 Ziffer 3 Absätze 1 und 2 des Militärstrafgesetzes <sup>1)</sup> oder Artikel 41 Ziffer 3 Absätze 1 und 2 des Strafgesetzbuches <sup>2)</sup> in Frage steht;
- c. bei unbekanntem Aufenthalt des Angeklagten.

## Art. 116

### *Form und Begründung*

Das Strafmandat ist schriftlich auszufertigen und kurz zu begründen. Es enthält:

- a. die Personalien des Angeklagten;
- b. die erwiesene Handlung;
- c. den Straf- oder Disziplinarstraftatbestand, den diese Handlung erfüllt;
- d. die rechtliche Würdigung der Tat;
- e. die Gründe für die Strafzumessung;
- f. den Urteilsspruch;
- g. den Entscheid über die Kosten und über eine allfällige Entschädigung an den Angeklagten;
- h. den Hinweis, dass das Strafmandat rechtskräftig wird, sofern nicht innert zehn Tagen beim Präsidenten des Divisionsgerichts schriftlich Einsprache erhoben wird;
- i. das Datum sowie die Unterschrift des Präsidenten des Divisionsgerichts.

## Art. 117

### *Eröffnung*

Das Strafmandat wird dem Bestraften und dem Auditor schriftlich eröffnet. Kann es dem Bestraften nicht zugestellt werden, so findet das ordentliche Verfahren statt.

## Art. 118

### *Einsprache*

<sup>1</sup> Innert zehn Tagen nach der Eröffnung können der Bestrafte und der Auditor gegen das Strafmandat beim Präsidenten des Divisionsgerichts schriftlich Einsprache erheben.

<sup>1)</sup> SR 321.0

<sup>2)</sup> SR 311.0

<sup>2</sup> Richtet sich die Einsprache nur gegen den Entscheid über die Kosten oder die Entschädigung, so muss sie einen begründeten Antrag enthalten.

<sup>3</sup> Wird rechtzeitig Einsprache erhoben, so fällt das Strafmandat dahin. Es findet das ordentliche Verfahren statt. In diesem Verfahren kann der Richter, der das Strafmandat erlassen hat, nicht den Vorsitz führen.

<sup>4</sup> Richtet sich die Einsprache nur gegen den Entscheid über die Kosten oder die Entschädigung, so entscheidet das Gericht ohne Parteiverhandlung.

#### Art. 119

##### *Rechtskraft*

Das Strafmandat wird zu einem rechtskräftigen Urteil, wenn keine Einsprache erhoben worden ist.

#### Art. 120

##### *Rückzug der Einsprache*

<sup>1</sup> Das Strafmandat tritt wieder in Kraft, wenn die Einsprache zurückgezogen wird. Der Rückzug ist spätestens bis zu Beginn der Hauptverhandlung möglich. Richtet sich jedoch die Einsprache nur gegen den Entscheid über die Kosten oder die Entschädigung, so ist der Rückzug bis zum Entscheid des Gerichts möglich.

<sup>2</sup> Zieht der Bestrafte die Einsprache zurück, so können ihm die entstandenen Kosten auferlegt werden.

### **Dritter Abschnitt: Vorbereitung der Hauptverhandlung**

#### Art. 121

##### *Ansetzung der Hauptverhandlung*

Nach Eingang von Anklageschrift und Akten bestimmt der Präsident des Divisionsgerichts ohne Verzug Ort und Zeit der Hauptverhandlung.

#### Art. 122

##### *Ersatzrichter*

Kann das Gericht aus den Richtern und Ersatzrichtern nicht gebildet werden, so bezeichnet der Präsident des Divisionsgerichts ausserordentliche Ersatzrichter.

## Art. 123

*Verteidigung*

<sup>1</sup> In der Hauptverhandlung muss der Angeklagte einen Verteidiger haben.

<sup>2</sup> Hat der Angeklagte keinen Verteidiger beigezogen und wurde ihm in der Voruntersuchung auch keiner von Amtes wegen beigegeben, so fordert ihn der Präsident des Divisionsgerichts auf, innert einer bestimmten Frist einen solchen zu bezeichnen.

<sup>3</sup> Bezeichnet der Angeklagte innert dieser Frist keinen Verteidiger oder ist dieser nicht in der Lage, sein Amt auszuüben, so ernennt der Präsident einen amtlichen Verteidiger.

<sup>4</sup> Nach Bestellung des Verteidigers setzt der Präsident dem Angeklagten eine angemessene Frist, innert welcher er allfällige Ablehnungsbegehren anzubringen und seine Beweismittel zu bezeichnen hat.

## Art. 124

*Anordnung von Beweismassnahmen*

<sup>1</sup> Der Präsident des Divisionsgerichts kann von sich aus die Vorladung von Zeugen und Sachverständigen verfügen sowie andere Beweismassnahmen anordnen.

<sup>2</sup> Der Präsident kann die Vorladung von Zeugen und Sachverständigen sowie die Anordnung von Beweismassnahmen wegen Unerheblichkeit ablehnen. In diesem Falle ist die betroffene Partei berechtigt, ihr Begehren bei Beginn der Hauptverhandlung zu wiederholen.

<sup>3</sup> Der Präsident eröffnet seine Verfügungen den Parteien schriftlich.

## Art. 125

*Vorsorgliche Beweismassnahmen*

<sup>1</sup> Kann ein Beweis in der Hauptverhandlung, beispielsweise wegen Krankheit eines Zeugen oder Sachverständigen, voraussichtlich nicht erhoben werden oder ist es zweckmässig, vor der Hauptverhandlung einen richterlichen Augenschein vorzunehmen, so führt der Präsident des Divisionsgerichts diese Beweisaufnahme selbst durch oder lässt sie durch einen oder mehrere Richter vornehmen.

<sup>2</sup> Den Parteien ist wenn möglich Gelegenheit zu geben, der Beweisaufnahme beizuwohnen. Sind sie nicht erschienen, so ist ihnen das Protokoll vor der Hauptverhandlung vorzulegen.

#### Vierter Abschnitt: Hauptverhandlung

##### Art. 126

###### *Teilnahme*

<sup>1</sup> Die Richter, der Gerichtsschreiber, der Auditor, der Angeklagte und der Verteidiger müssen der ganzen Hauptverhandlung beiwohnen.

<sup>2</sup> Der Präsident des Divisionsgerichts kann anordnen, dass sich der Angeklagte aus der Hauptverhandlung entfernt, insbesondere wenn dieser sich ungebührlich benimmt oder wenn zu befürchten ist, dass die Kenntnis eines ärztlichen Gutachtens diesem zum Nachteil gereichen würde.

<sup>3</sup> Der Präsident kann auf Gesuch ausnahmsweise den Angeklagten vom Erscheinen befreien oder ihm gestatten, sich aus der Hauptverhandlung zu entfernen.

<sup>4</sup> Das ordentliche Verfahren kann auch dann fortgesetzt werden, wenn sich der Angeklagte ohne Erlaubnis des Präsidenten aus der Hauptverhandlung entfernt.

##### Art. 127

###### *Ausbleiben des Angeklagten*

<sup>1</sup> Bleibt der Angeklagte trotz ordnungsgemässer Vorladung ohne genügende Entschuldigung aus, so kann seine Vorführung angeordnet werden.

<sup>2</sup> Kann der Angeklagte nicht vor Gericht gestellt werden oder wird auf seine Vorführung verzichtet, so wird das Abwesenheitsverfahren durchgeführt.

##### Art. 128

###### *Ausbleiben von Zeugen*

<sup>1</sup> Bleibt ein Zeuge trotz ordnungsgemässer Vorladung aus, so kann seine Vorführung angeordnet werden. Ist diese nicht möglich, und hält das Gericht sein Erscheinen für notwendig, so vertagt es die Verhandlung auf Kosten des Ausgebliebenen.

<sup>2</sup> Artikel 79 findet Anwendung.

##### Art. 129

###### *Ausbleiben des Verteidigers oder eines Sachverständigen*

Muss die Verhandlung wegen nicht entschuldigter Ausbleibens des Verteidigers oder eines Sachverständigen verschoben werden, so kann ihm das Gericht die dadurch verursachten Kosten auferlegen.

## Art. 130

*Eröffnung der Hauptverhandlung*

<sup>1</sup> Der Präsident des Divisionsgerichts eröffnet die Hauptverhandlung.

<sup>2</sup> Er gibt die Zusammensetzung des Gerichts bekannt und stellt die Anwesenheit der Parteien fest.

## Art. 131

*Feststellung der Personalien: Verlesen der Anklageschrift*

<sup>1</sup> Der Präsident des Divisionsgerichts stellt die Personalien des Angeklagten fest.

<sup>2</sup> Die Anklageschrift wird verlesen, sofern die Parteien nicht darauf verzichten.

## Art. 132

*Erledigung von Einsprachen: Unzuständigkeit des Gerichts*

<sup>1</sup> Hierauf entscheidet das Gericht über Einsprachen gegen seine Besetzung oder sachliche Zuständigkeit, über Begehren um Ergänzung der Beweismittel sowie über Verjährungseinreden und Vorfragen, welche die Möglichkeit oder Zulässigkeit der Durchführung der Verhandlung betreffen.

<sup>2</sup> Das Gericht lehnt von Amtes wegen seine Zuständigkeit ab, wenn der Straffall nicht der Militärgerichtsbarkeit unterliegt. Die nach Artikel 223 des Militärstrafgesetzes <sup>1)</sup> vom Bundesgericht getroffenen Entscheidungen sind für das Gericht und die Parteien verbindlich.

## Art. 133

*Befragung des Angeklagten*

<sup>1</sup> Der Präsident des Divisionsgerichts befragt den Angeklagten über seine persönlichen und militärischen Verhältnisse sowie über die ihm in der Anklageschrift zur Last gelegte Tat. Er stellt auf Verlangen eines Richters, des Auditors oder des Verteidigers weitere Fragen zur Abklärung des Sachverhalts.

<sup>2</sup> Gesteht der Angeklagte die Tat und ist sein Geständnis glaubwürdig, so kann das Gericht mit Zustimmung der Parteien von einem weitem Beweisverfahren ganz oder teilweise absehen.

## Art. 134

*Vorlage von Beweisstücken; Einvernahme von Zeugen*

<sup>1</sup> Der Präsident des Divisionsgerichts legt dem Gericht die Beweisstücke vor und befragt die Zeugen in der von ihm bestimmten Reihenfolge. Vor der Einvernahme mahnt er sie zur Wahrheit und macht sie auf die Folgen eines wissentlich falschen Zeugnisses aufmerksam.

<sup>2</sup> Nach der Einvernahme eines jeden Zeugen können Richter und Parteien weitere Fragen zur Abklärung des Sachverhalts stellen lassen.

<sup>3</sup> Zeugen, deren Aussagen sich widersprechen, können einander gegenübergestellt werden.

<sup>4</sup> Zeugen dürfen nach ihrer Einvernahme den Verhandlungen beiwohnen.

## Art. 135

*Widersprüche, Unklarheiten*

<sup>1</sup> Zur Feststellung oder Behebung von Widersprüchen in den Aussagen können Einvernahmen wiederholt oder Protokolle der Voruntersuchung ganz oder teilweise verlesen werden.

<sup>2</sup> Erinnert sich ein Zeuge nicht mehr oder nicht mehr genau an eine Wahrnehmung, über die er früher berichtet hat, so können die entsprechenden Protokolle ganz oder teilweise verlesen werden.

## Art. 136

*Befragung von Sachverständigen*

Die Sachverständigen werden in der Regel nach Beendigung der Zeugeneinvernahmen befragt. Sie können den Verhandlungen beiwohnen.

## Art. 137

*Verlesen von Urkunden und Protokollen*

<sup>1</sup> Urkunden und Augenscheinsprotokolle sind zu verlesen.

<sup>2</sup> Die Befragung von Zeugen, Sachverständigen und Mitangeklagten kann durch das Verlesen der Protokolle ihrer früheren Aussagen ersetzt werden, wenn

- a. die Person inzwischen verstorben ist;
- b. eine Vorladung wegen unbekannten Aufenthalts nicht möglich war;
- c. die Einvernahme in der Hauptverhandlung aus andern Gründen nicht stattfinden kann;

- d. es sich um Aussagen handelt, die für die Urteilsfindung nicht entscheidend ins Gewicht fallen.

#### Art. 138

##### *Neue Beweisanträge*

- <sup>1</sup> Die Parteien können bis zum Schluss des Beweisverfahrens neue Beweisanträge stellen.
- <sup>2</sup> Das Gericht sorgt jedoch dafür, dass die Verhandlung nicht unnötig verlängert wird.

#### Art. 139

##### *Unterbrechung oder Verschiebung der Hauptverhandlung*

- <sup>1</sup> Das Gericht kann die Hauptverhandlung von sich aus oder auf Antrag einer Partei für neue Beweisaufnahmen, für die Neuerstellung oder Ergänzung der Anklageschrift oder aus andern wichtigen Gründen sowie für die dadurch bedingte Vorbereitung der Parteivorträge unterbrechen oder verschieben.
- <sup>2</sup> Bei längerer Unterbrechung muss die Hauptverhandlung wiederholt werden, sofern die Parteien nicht ausdrücklich darauf verzichten.

#### Art. 140

##### *Parteivorträge; letztes Wort des Angeklagten*

- <sup>1</sup> Nach Abschluss der Beweisverhandlung folgen die Vorträge des Auditors und des Verteidigers über die Schuldfrage und die Strafzumessung. Jeder Partei steht das Recht eines zweiten Vortrages zu.
- <sup>2</sup> Der Angeklagte hat das letzte Wort.

#### Art. 141

##### *Urteil*

- <sup>1</sup> Das Urteil lautet auf Freispruch oder Verurteilung.
- <sup>2</sup> Erweist sich die Beurteilung aus prozessrechtlichen Gründen als unzulässig, so wird das Verfahren eingestellt.

#### Art. 142

##### *Urteilsfällung*

- <sup>1</sup> Über das Ergebnis der Beweisaufnahme entscheidet das Gericht nach seiner freien, in der Hauptverhandlung gewonnenen Überzeugung.



<sup>2</sup> Das Urteil wird mit einfacher Stimmenmehrheit gefällt. Dies gilt auch für Zwischenurteile.

<sup>3</sup> Für eine Verurteilung zum Tode bedarf es der Einstimmigkeit des Gerichts.

#### Art. 143

##### *Gegenstand des Urteils*

Gegenstand des Urteils ist die in der Anklageschrift bezeichnete Tat. Bei deren Würdigung darf das Gericht nur die Ergebnisse der Hauptverhandlung berücksichtigen.

#### Art. 144

##### *Änderung des rechtlichen Gesichtspunkts*

<sup>1</sup> Das Gericht ist an die rechtliche Beurteilung, die der Anklage zugrunde liegt, nicht gebunden.

<sup>2</sup> Eine Verurteilung aufgrund von Strafbestimmungen, die nicht in der Anklageschrift aufgeführt sind, darf nur erfolgen, wenn der Angeklagte zuvor auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes hingewiesen und ihm Gelegenheit zur Verteidigung gegeben worden ist.

<sup>3</sup> In gleicher Weise ist vorzugehen, wenn in der Hauptverhandlung Umstände vorgebracht werden, welche die Strafbarkeit erhöhen.

#### Art. 145

##### *Leichter Fall eines Verbrechens oder Vergehens*

<sup>1</sup> Nimmt das Gericht einen im Militärstrafgesetz <sup>1)</sup> vorgesehenen leichten Fall eines Verbrechens oder Vergehens an oder wertet es die Tat als blossen Disziplinarfehler, so verhängt es unter Freisprechung des Angeklagten eine Disziplinarstrafe.

<sup>2</sup> Das Gericht kann alle Disziplinarstrafen aussprechen.

<sup>3</sup> Hat das Gericht den Angeklagten verurteilt, disziplinarisch bestraft oder freigesprochen, so darf über ihn danach wegen der gleichen Tat keine Disziplinarstrafe mehr verhängt werden.

#### Art. 146

##### *Sicherheitshaft*

Das Gericht kann einen Verurteilten oder einen wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochenen Angeklagten zur Sicherung des Vollzuges einer Freiheitsstrafe oder Massnahme in Haft setzen.

<sup>1)</sup> SR 321.0

## Art. 147

*Kosten und Entschädigung*

<sup>1</sup> Dem Verurteilten werden die Kosten der Untersuchung und der Hauptverhandlung auferlegt. Aus besondern Gründen kann ihm das Gericht die Kosten ganz oder teilweise erlassen.

<sup>2</sup> Das Gericht bestimmt, ob und inwieweit mehrere Verurteilte solidarisch haften.

<sup>3</sup> Dem Freigesprochenen können die Kosten ganz oder teilweise auferlegt werden, wenn er das Verfahren durch verwerfliches Verhalten verursacht oder erschwert hat.

<sup>4</sup> Die Vergütungen an Richter, Justizoffiziere, Dolmetscher und Übersetzer trägt der Bund.

<sup>5</sup> Das Gericht entscheidet über Entschädigungsbegehren nach den Grundsätzen des Artikels 112 Absatz 3.

## Art. 148

*Urteilsöffnung*

<sup>1</sup> Der Präsident des Divisionsgerichts eröffnet den Parteien das Urteil in öffentlicher Sitzung und erteilt ihnen die Rechtsmittelbelehrung.

<sup>2</sup> Die Eröffnung erfolgt durch Verlesen des Urteilsspruchs und Mitteilung der wesentlichen Entscheidungsgründe.

<sup>3</sup> Von der Mitteilung der Entscheidungsgründe ist soweit abzusehen, als diese mit Rücksicht auf die Landesverteidigung oder die Staatssicherheit geheimgehalten werden müssen. Die Einsichtnahme in die schriftliche Urteilsausfertigung ist dem Verurteilten und seinem Verteidiger auf Gesuch hin durch den Präsidenten des Gerichts zu gestatten.

## Art. 149

*Form des Urteils*

<sup>1</sup> Das Urteil wird schriftlich ausgefertigt. Es enthält Ort und Zeit der Verhandlung, die Namen der Richter, des Gerichtsschreibers, des Auditors, des Angeklagten und seines Verteidigers, die in der Anklage bezeichneten strafbaren Handlungen, die Anträge der Parteien sowie

a. bei Verurteilung:

1. den Sachverhalt;

2. die erwiesenen Tatsachen, welche die einzelnen Merkmale der strafbaren Handlung begründen;
3. die Gründe für die Strafzumessung und die Massnahmen;
4. die gesetzlichen Bestimmungen;
5. den Urteilsspruch;

*b. bei Freispruch:*

1. den Sachverhalt;
2. die Feststellung, dass die dem Angeklagten vorgeworfene Tat nicht erwiesen oder nicht strafbar ist;
3. die Gründe für allfällige Massnahmen;
4. den Urteilsspruch;

*c. bei Freispruch nach Artikel 145:*

1. den Sachverhalt;
2. die erwiesenen Tatsachen, welche die einzelnen Merkmale des Disziplinarfehlers begründen;
3. die Gründe für die Zumessung der Disziplinarstrafe;
4. den Urteilsspruch.

<sup>2</sup> Die Ausfertigung enthält den begründeten Entscheid über die Kosten, allenfalls über einen zivilrechtlichen Anspruch des Geschädigten und über eine Entschädigung an den Angeklagten.

<sup>3</sup> Der Präsident des Divisionsgerichts und der Gerichtsschreiber unterzeichnen das Urteil.

<sup>4</sup> Redaktions- oder Rechnungsfehler oder Kanzleiversehen, die keinen Einfluss auf den Urteilsspruch oder auf den erheblichen Inhalt der Begründung haben, werden von Amtes wegen berichtigt.

## **Fünfter Abschnitt: Verfahren gegen Abwesende und Wiederaufnahme**

### **Art. 150**

#### *Besondere Vorschriften für die Hauptverhandlung*

<sup>1</sup> Erscheint der Angeklagte trotz ordnungsgemässer Vorladung unentschuldigt nicht vor Gericht, kann er nicht vorgeladen oder vorgeführt werden oder macht er sich verhandlungsunfähig, so wird das Abwesenheitsverfahren durchgeführt.

<sup>2</sup> Das Gericht kann die Beurteilung verschieben, wenn das persönliche Erscheinen des Angeklagten unerlässlich ist. Es nimmt trotzdem die unaufschiebbaren Beweiserhebungen vor.

<sup>3</sup> Hat der Angeklagte keinen Verteidiger beigezogen, so ernennt der Präsident des Divisionsgerichts einen amtlichen Verteidiger.

<sup>4</sup> Das Urteil lautet auf Verurteilung oder Freispruch. Ergibt die Verhandlung, dass sich in Abwesenheit des Angeklagten weder seine Schuld noch seine Nichtschuld feststellen lässt, so stellt das Gericht das Verfahren vorläufig ein.

#### Art. 151

##### *Neubeurteilung im ordentlichen Verfahren*

<sup>1</sup> Wenn der in Abwesenheit Verurteilte sich stellt oder festgenommen wird, so ist ihm das Abwesenheitsurteil mit Begründung durch die Polizei oder den Untersuchungsrichter zu eröffnen. Der Verurteilte kann innert zehn Tagen das Begehren um Aufhebung des Abwesenheitsurteils stellen. In diesem Falle kann der Präsident des Divisionsgerichts die Ergänzung der Voruntersuchung durch den Untersuchungsrichter anordnen; dieser überweist anschliessend die Akten dem Auditor.

<sup>2</sup> Nach Aufhebung des Abwesenheitsurteils durch das Gericht findet die Neubeurteilung im ordentlichen Verfahren statt.

#### Art. 152

##### *Verzicht auf Aufhebung des Abwesenheitsurteils*

<sup>1</sup> Verzichtet der in Abwesenheit Verurteilte nach Kenntnisnahme des Urteils auf dessen Aufhebung, so hat er dies schriftlich oder mündlich zu Protokoll zu erklären. Der Verzicht ist endgültig.

<sup>2</sup> Der Verzicht auf Aufhebung des Abwesenheitsurteils wird angenommen, wenn der in Abwesenheit Verurteilte

- a. innert zehn Tagen seit Aushändigung des Abwesenheitsurteils kein Begehren um Neubeurteilung im ordentlichen Verfahren stellt;
- b. einer ordnungsgemässen Vorladung des Gerichts unentschuldigt keine Folge leistet.

#### Art. 153

##### *Eröffnung des Abwesenheitsurteils*

Der in Abwesenheit Verurteilte wird bei der Eröffnung des Urteils auf die in den Artikeln 151 und 152 erwähnten Rechtsfolgen aufmerksam gemacht.

## Art. 154

*Dispensation im Abwesenheitsverfahren*

<sup>1</sup> Ein im Ausland ansässiger und in Abwesenheit verurteilter Schweizer kann, auch wenn die Voraussetzungen von Artikel 151 Absatz 1 nicht gegeben sind, die Aufhebung des Abwesenheitsurteils und die Neuurteilung im ordentlichen Verfahren sowie die Dispensation von der Teilnahme an der Hauptverhandlung verlangen. Die Begehren sind zu begründen.

<sup>2</sup> Dem Dispensationsbegehren ist zu entsprechen, wenn der in Abwesenheit Verurteilte nachweist, dass es ihm aus familiären, beruflichen oder finanziellen Gründen nicht möglich ist, an der Hauptverhandlung teilzunehmen, und wenn auf sein persönliches Erscheinen verzichtet werden kann. Über das Dispensationsbegehren entscheidet der Präsident des Gerichts endgültig.

<sup>3</sup> Bei Ablehnung des Dispensationsbegehrens wird das Gesuch um Aufhebung des Abwesenheitsurteils und Neuurteilung gegenstandslos.

**Sechster Abschnitt: Verfahren bei Widerruf des bedingten Strafvollzugs**

## Art. 155

*Hauptverhandlung*

<sup>1</sup> Hat das Divisionsgericht oder das Militärappellationsgericht über den Widerruf des bedingten Strafvollzugs zu entscheiden, so ist eine Hauptverhandlung durchzuführen.

<sup>2</sup> Der Verurteilte ist anzuhören, der Auditor und der Verteidiger stellen und begründen ihre Anträge. Der Verurteilte hat das letzte Wort.

**Siebenter Abschnitt: Verfahren bei Ausschluss von der persönlichen Dienstleistung nach Artikel 16 der Militärorganisation**

## Art. 156

*Einleitung des Verfahrens*

<sup>1</sup> Das militärgerichtliche Verfahren in den Fällen des Artikels 16 der Militärorganisation <sup>1)</sup> wird durch das Eidgenössische Militärdepartement mit der Anordnung einer vorläufigen Beweisaufnahme eingeleitet.

<sup>2</sup> Liegen Gründe für einen Ausschluss vor, so überweist das Eidgenössische Militärdepartement die Akten dem zuständigen Divisionsgericht.

<sup>1)</sup> SR 510.10

## Art. 157

*Anklageschrift, Hauptverhandlung*

<sup>1</sup> Der Auditor erhebt Anklage auf Ausschluss von der persönlichen Dienstleistung wegen Unwürdigkeit. In der Anklageschrift sind alle Tatsachen, welche die Unwürdigkeit begründen, unter Angabe der Beweismittel aufzuführen.

<sup>2</sup> Die Bestimmungen über die Hauptverhandlung und das Rechtsmittelverfahren gelten sinngemäss.

## Art. 158

*Unzulässigkeit der Begnadigung*

Bei Ausschluss von der persönlichen Dienstleistung ist eine Begnadigung nicht zulässig.

**Achter Abschnitt: Zivilrechtliche Ansprüche in Strafsachen**

## Art. 159

*Zulassung; Verweisung an den Zivilrichter*

<sup>1</sup> Der Geschädigte kann zivilrechtliche Ansprüche aus einer unter das Militärstrafgesetz<sup>1)</sup> fallenden strafbaren Handlung gegen den Angeklagten vor den Militärgerichten geltend machen.

<sup>2</sup> Die Militärgerichte können den Geschädigten an den Zivilrichter verweisen, wenn die Beurteilung des zivilrechtlichen Anspruchs Schwierigkeiten bereiten würde.

<sup>3</sup> Im Abwesenheitsverfahren kann ein zivilrechtlicher Anspruch nicht geltend gemacht werden.

## Art. 160

*Verfahren*

<sup>1</sup> Der zivilrechtliche Anspruch kann von der Eröffnung der Voruntersuchung an bis zu Beginn der Hauptverhandlung geltend gemacht werden.

<sup>2</sup> Hat der Geschädigte vor der Hauptverhandlung einen zivilrechtlichen Anspruch geltend gemacht, so ist er zu dieser vorzuladen. Das Erscheinen ist ihm freigestellt.

<sup>3</sup> In der Hauptverhandlung erhält der Geschädigte nach dem Auditor das Wort zur Stellung und Begründung seiner Anträge.

## Art. 161

*Zulässigkeit der Beurteilung*

Ein zivilrechtlicher Anspruch wird nur beurteilt, wenn der Angeklagte verurteilt oder vom Gericht disziplinarisch bestraft wird.

**Drittes Kapitel: Rechtsmittel****Erster Abschnitt: Beschwerde**

## Art. 162

*Zulässigkeit*

<sup>1</sup> Die Beschwerde ist zulässig gegen Amtshandlungen und gegen Versäumnisse des Untersuchungsrichters sowie gegen Haft-, Beschlagnahme- und Durchsuchungsverfügungen der Präsidenten der Divisions- und der Militärappellationsgerichte.

<sup>2</sup> Beschwerde kann erheben, wer unmittelbar betroffen ist.

## Art. 163

*Zuständigkeit*

Als Einzelrichter entscheiden endgültig:

- a. der Präsident des zuständigen Divisionsgerichts, wenn sich die Beschwerde gegen den Untersuchungsrichter richtet;
- b. der Präsident des zuständigen Militärappellationsgerichts, wenn sich die Beschwerde gegen den Präsidenten des Divisionsgerichts richtet;
- c. der Präsident des Militärkassationsgerichts, wenn sich die Beschwerde gegen den Präsidenten des Militärappellationsgerichts richtet.

## Art. 164

*Einreichung; Frist*

<sup>1</sup> Die Beschwerde ist spätestens fünf Tage, nachdem der Betroffene von der anzufechtenden Verfügung oder Amtshandlung Kenntnis erhalten hat, mit schriftlicher Begründung bei der Beschwerdeinstanz einzureichen. Bei Rechtsverweigerung kann jederzeit Beschwerde erhoben werden.

<sup>2</sup> Befindet sich der Beschwerdeführer in Haft, so genügt die fristgerechte Übergabe an den Gefängniswärter, der für die Weiterleitung besorgt ist.

<sup>3</sup> Die Beschwerdeinstanz holt unverzüglich die Stellungnahme des Beschwerdegegners ein und veranlasst nötigenfalls weitere Erhebungen.

#### Art. 165

##### *Wirkung*

Die Beschwerde hat nur aufschiebende Wirkung, wenn es die Beschwerdeinstanz anordnet.

#### Art. 166

##### *Beschwerdeentscheid*

Wird die Beschwerde gutgeheissen, so trifft die Beschwerdeinstanz die erforderlichen Massnahmen. Sie kann namentlich Verfügungen aufheben und dem Beschwerdegegner Weisungen erteilen.

#### Art. 167

##### *Kosten*

Die Kosten trägt der Bund. Sie können dem Beschwerdeführer auferlegt werden, wenn er das Beschwerdeverfahren leichtfertig veranlasst hat.

### **Zweiter Abschnitt: Appellation**

#### Art. 168

##### *Zulässigkeit*

<sup>1</sup> Die Appellation ist zulässig gegen Urteile der Divisionsgerichte mit Ausnahme der Abwesenheitsurteile.

<sup>2</sup> Wird lediglich der Entscheid über einen privatrechtlichen Anspruch oder über Kosten und Entschädigung angefochten, so ist einzig der Rekurs zulässig.

<sup>3</sup> Die Appellation ist ferner zulässig gegen Entscheide der Divisionsgerichte, mit denen ein bedingter Strafvollzug widerrufen oder nicht widerrufen wird.

#### Art. 169

##### *Legitimation, Wirkung*

<sup>1</sup> Die Appellation kann vom Angeklagten oder seinem Verteidiger sowie vom Auditor eingereicht werden. Der Auditor kann auch zugunsten des Angeklagten appellieren.

<sup>2</sup> Die Appellation hemmt die Rechtskraft des Urteils.



## Art. 170

*Einreichung, Frist*

<sup>1</sup> Die Appellation ist innert fünf Tagen seit der mündlichen Eröffnung des Urteils beim Divisionsgericht schriftlich oder mündlich zu erklären. Sie kann auf selbständige Teile des Urteils beschränkt werden.

<sup>2</sup> Das Gericht gibt der Gegenpartei von der Appellationserklärung Kenntnis.

## Art. 171

*Rückzug*

<sup>1</sup> Die Appellation kann bis zum Schluss des Beweisverfahrens schriftlich oder mündlich zu Protokoll zurückgezogen werden.

<sup>2</sup> Zieht der Angeklagte die Appellation zurück, so trägt er in der Regel die entstandenen Kosten.

<sup>3</sup> Die Abschreibungsverfügung wird vom Präsidenten des Gerichts getroffen, bei dem sich die Akten befinden.

## Art. 172

*Übermittlung der Akten*

Nach Zustellung des schriftlich begründeten Urteils an die Parteien übermittelt der Präsident des Divisionsgerichts die Akten dem Militärappellationsgericht.

## Art. 173

*Einhaltung der Frist; Verspätung*

Der Präsident des Militärappellationsgerichts prüft, ob die Appellation rechtzeitig eingereicht wurde. Nimmt er an, dass sie verspätet ist, so legt er die Akten dem Gericht vor, das hierüber im schriftlichen Verfahren entscheidet.

## Art. 174

*Vorbereitung der Hauptverhandlung*

Der Präsident des Militärappellationsgerichts bereitet die Hauptverhandlung vor und lässt die Akten bei den Richtern zirkulieren. Er setzt den Parteien eine angemessene Frist für allfällige Ablehnungsbegehren und Beweisanträge. Im übrigen gelten die Artikel 121–125 sinngemäss.

## Art. 175

*Säumnisfolgen*

<sup>1</sup> Kann dem Angeklagten die Vorladung zur Hauptverhandlung nicht zugestellt werden oder bleibt er, ohne vom Erscheinen dispensiert zu sein, trotz ordnungsgemässer Vorladung aus, so gilt die Appellation eine Stunde nach dem Verhandlungstermin als verwirkt.

<sup>2</sup> Die Verwirkung wird widerrufen, wenn der Säumige glaubhaft macht, dass er unverschuldet der Vorladung keine Folge leisten konnte.

<sup>3</sup> Das Gesuch um Aufhebung der Säumnisfolgen ist innert zehn Tagen nach Empfang der Mitteilung über die Verwirkung der Appellation beim Militärappellationsgericht einzureichen.

<sup>4</sup> Kann das Gesuch aus wichtigen Gründen nicht fristgemäss gestellt werden, so ist es innerhalb von zehn Tagen seit Wegfall des Hindernisses einzureichen.

## Art. 176

*Vorführung des Angeklagten; Abwesenheitsverfahren*

Hat der Auditor die Appellation erklärt, und bleibt der Angeklagte trotz gehöriger Vorladung ohne genügende Entschuldigung aus, so kann seine Vorführung angeordnet werden. Kann er nicht vor Gericht gestellt werden oder wird auf seine Vorführung verzichtet, so finden die Bestimmungen über das Verfahren gegen Abwesende und die Wiederaufnahme Anwendung.

## Art. 177

*Hauptverhandlung*

<sup>1</sup> Das Gericht kann nötigenfalls die Hauptverhandlung von sich aus oder auf Antrag einer Partei unterbrechen oder verschieben.

<sup>2</sup> Bei den Parteivorträgen hat der Appellant das erste Wort. Haben beide Parteien appelliert, so spricht zuerst der Auditor. Jeder Partei steht das Recht eines zweiten Vortrags zu. Der Angeklagte hat das letzte Wort.

<sup>3</sup> Im übrigen gelten für die Hauptverhandlung vor dem Appellationsgericht sinngemäss die Artikel 126, 128–130, 131 Absatz 1, 132–138, 142 und 143, 144 Absatz 1, 145 und 146, 148 und 149.

## Art. 178

*Kognition*

<sup>1</sup> Das Militärappellationsgericht ist bei der Neubeurteilung der Strafsache in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht frei. Es ist an die Anträge der Parteien nicht gebunden.

<sup>2</sup> Das Urteil darf nicht zuungunsten des Angeklagten abgeändert werden, wenn er allein oder insoweit der Auditor ausdrücklich zu seinen Gunsten appelliert hat.

#### Art. 179

##### *Kosten, Entschädigung*

<sup>1</sup> Wird die Appellation des Angeklagten ganz oder teilweise gutgeheissen, so trägt in der Regel der Bund die Kosten des Appellationsverfahrens. In den andern Fällen trifft das Militärappellationsgericht den Kostenentscheid nach seinem Ermessen.

<sup>2</sup> Hat die Appellation des Angeklagten ganz oder teilweise Erfolg, so ist ihm in der Regel eine Entschädigung für Anwaltskosten zuzusprechen, wenn er keinen amtlichen Verteidiger hatte.

<sup>3</sup> Über weitere Entschädigungsbegehren entscheidet das Gericht nach Artikel 112 Absatz 3.

#### **Dritter Abschnitt: Kassation**

#### Art. 180

##### *Zulässigkeit*

<sup>1</sup> Die Kassationsbeschwerde kann erhoben werden

- a. gegen Urteile der Militärappellationsgerichte;
- b. gegen Entscheidungen der Militärappellationsgerichte über den Widerruf des bedingten Strafvollzugs;
- c. gegen Abwesenheitsurteile der Divisionsgerichte.

<sup>2</sup> Für die Fälle von Buchstabe c gelten die Artikel 181–189 sinngemäss.

#### Art. 181

##### *Kassationsgründe*

<sup>1</sup> Die Kassation ist auszusprechen, wenn

- a. das Gericht nicht vorschriftsgemäss besetzt war;
- b. das Gericht seine sachliche Zuständigkeit zu Unrecht bejaht oder verneint hat;
- c. während der Hauptverhandlung wesentliche Verfahrensvorschriften verletzt worden sind, sofern dem Beschwerdeführer dadurch ein Rechtsnachteil entstanden ist;
- d. das Urteil eine Verletzung des Strafgesetzes enthält;

- e. das Urteil keine hinreichenden Entscheidungsgründe enthält;
- f. wesentliche tatsächliche Feststellungen des Urteils dem Ergebnis der Beweisverhandlung widersprechen.

<sup>2</sup> Aus den in den Buchstaben *a* und *c* genannten Gründen kann die Kassation nur begehrt werden, wenn die Partei während der Hauptverhandlung einen entsprechenden Antrag gestellt oder den Mangel gerügt hat.

#### Art. 182

##### *Legitimation, Frist, Schriftenwechsel, Wirkung*

<sup>1</sup> Die Kassation kann vom Angeklagten oder seinem Verteidiger sowie vom Auditor verlangt werden.

<sup>2</sup> Das Kassationsbegehren ist innert fünf Tagen nach der mündlichen Eröffnung des Urteils schriftlich beim Gericht anzumelden, das geurteilt hat.

<sup>3</sup> Bei Zustellung des Urteils setzt der Präsident des Gerichts dem Beschwerdeführer eine Frist von 20 Tagen zur schriftlichen Begründung des Kassationsbegehrens. Nach deren Eingang stellt er sie dem Kassationsgegner zur Vernehmlassung innert 20 Tagen zu. Anschliessend übermittelt er die Akten mit den Rechtschriften und seinem allfälligen Bericht dem Präsidenten des Militärkassationsgerichts.

<sup>4</sup> Das Kassationsbegehren hemmt den Eintritt der Rechtskraft des Urteils.

#### Art. 183

##### *Vorbereitung der Verhandlung*

Der Präsident des Militärkassationsgerichts setzt die Akten bei den Mitgliedern des Gerichts in Zirkulation und trifft die für die Verhandlung erforderlichen Anordnungen.

#### Art. 184

##### *Weiterer Schriftenwechsel, Kognition*

<sup>1</sup> Eine Parteiverhandlung findet nicht statt. Hingegen kann ein weiterer Schriftenwechsel angeordnet werden.

<sup>2</sup> Das Militärkassationsgericht prüft nur die gestellten Anträge.

<sup>3</sup> Stützt sich die Kassation auf Artikel 181 Absatz 1 Buchstabe *a*, *b* oder *c* so werden lediglich die im Kassationsbegehren aufgeführten Tatsachen berücksichtigt.

<sup>4</sup> Bei Kassationsbegehren, die sich auf Artikel 181 Absatz 1 Buchstabe *d*, *e* oder *f* stützen, ist das Militärkassationsgericht nicht an die Begründung des Kassationsbegehrens gebunden.

#### Art. 185

##### *Beurteilung*

<sup>1</sup> Hält das Militärkassationsgericht die Kassationsbeschwerde für begründet, so hebt es den angefochtenen Entscheid auf.

<sup>2</sup> Das Militärkassationsgericht darf nicht zuungunsten des Angeklagten entscheiden, wenn er allein oder insoweit der Auditor ausdrücklich zu seinen Gunsten die Kassationsbeschwerde eingereicht hat.

#### Art. 186

##### *Rückweisung*

<sup>1</sup> Wird das Urteil aufgehoben, so weist das Militärkassationsgericht die Sache zur Neubeurteilung an die Vorinstanz zurück.

<sup>2</sup> Aus besondern Gründen kann es die Sache auch einem andern Gericht gleicher Instanz zuweisen.

<sup>3</sup> Hebt das Militärkassationsgericht das Urteil in Anwendung von Artikel 181 Absatz 1 Buchstabe *b* auf, so überweist es die Sache der zuständigen Behörde.

#### Art. 187

##### *Neubeurteilung*

Der Neubeurteilung ist die rechtliche Begründung des Urteils des Militärkassationsgerichts zugrunde zu legen.

#### Art. 188

##### *Kosten, Entschädigung*

<sup>1</sup> Wird die Kassationsbeschwerde des Angeklagten ganz oder teilweise gutgeheissen, so trägt in der Regel der Bund die Kosten des Kassationsverfahrens. In den andern Fällen trifft das Militärkassationsgericht den Kostenentscheid nach seinem Ermessen.

<sup>2</sup> Hat die Kassationsbeschwerde des Angeklagten ganz oder teilweise Erfolg, so ist ihm in der Regel eine Entschädigung für Anwaltskosten zuzusprechen, wenn er keinen amtlichen Verteidiger hatte.

<sup>3</sup> Über weitere Entschädigungsbegehren entscheidet das Gericht nach den Grundsätzen des Artikels 112 Absatz 3.

#### Art. 189

##### *Urteileröffnung*

<sup>1</sup> Das schriftlich begründete Urteil des Militärkassationsgerichts ist den Parteien, dem Präsidenten der Vorinstanz und dem Obergericht zuzustellen.

<sup>2</sup> Von Urteilen, die Angaben enthalten, die im Interesse der Landesverteidigung oder der Staatssicherheit geheimgehalten werden müssen, wird dem Verurteilten und seinem Verteidiger nur der Urteilsspruch schriftlich mitgeteilt.

<sup>3</sup> Der Präsident gestattet ihnen auf Gesuch hin, die schriftliche Urteilsausfertigung einzusehen.

#### Vierter Abschnitt: Rekurs

#### Art. 190

##### *Zulässigkeit*

Gegen Entscheide der Divisions- und Militärappellationsgerichte kann, sofern die Appellation und die Kassationsbeschwerde nicht zulässig sind, Rekurs an das Militärkassationsgericht erhoben werden, namentlich in folgenden Fällen:

- a. Vollstreckung aufgeschobener Strafen nach Vollzug richterlicher Massnahmen;
- b. Wiedereinsetzung in die Amtsfähigkeit;
- c. Löschung des Eintrags im Strafregister;
- d. Verweigerung der Wiederaufnahme des Verfahrens;
- e. Entscheid über zivilrechtliche Ansprüche;
- f. Entscheid über Kostenauflage und Ablehnung von Entschädigungsbegehren;
- g. Einziehung und Verfall von Geschenken und anderen Zuwendungen;
- h. Wiedenzulassung zur persönlichen Dienstleistung;
- i. Anordnung von Haft im Anschluss an die Urteileröffnung.

#### Art. 191

##### *Legitimation*

Der Rekurs kann vom Angeklagten, seinem Verteidiger und vom Auditor, sowie vom Geschädigten hinsichtlich seiner zivilrechtlichen Ansprüche erhoben werden.

## Art. 192

*Frist, Verfahren*

<sup>1</sup> Der Rekurs ist innert 20 Tagen nach der schriftlichen Mitteilung des angefochtenen Entscheids schriftlich mit Antrag und Begründung dem Präsidenten des Gerichts einzureichen, dessen Entscheid angefochten wird. Der Präsident setzt dem Rekursgegner eine Frist von 20 Tagen zur Vernehmlassung. Hierauf übermittelt er die Akten mit den Rechtsschriften und seinem allfälligen Bericht dem Präsidenten des Militärkassationsgerichts.

<sup>2</sup> Das Militärkassationsgericht ist bei Rekursen nach Artikel 190 Buchstaben *e* und *f* an den Entscheid über die Bestrafung gebunden, im übrigen entscheidet es frei. Artikel 185 Absatz 2. gilt sinngemäss.

<sup>3</sup> Eine Parteiverhandlung findet nicht statt, hingegen kann ein weiterer Schriftenwechsel angeordnet werden.

## Art. 193

*Entscheid*

Wird der Rekurs gutgeheissen, kann das Militärkassationsgericht den Fall zu neuer Entscheidung an die Vorinstanz zurückweisen oder in der Sache selber entscheiden.

## Art. 194

*Kosten, Entschädigung*

<sup>1</sup> Wird der Rekurs eines Angeklagten oder Geschädigten ganz oder teilweise gutgeheissen, so trägt in der Regel der Bund die Kosten des Rekursverfahrens. In den andern Fällen trifft das Militärkassationsgericht den Kostenentscheid nach seinem Ermessen.

<sup>2</sup> Hat der Rekurs eines Angeklagten oder Geschädigten ganz oder teilweise Erfolg, so ist ihm in der Regel eine Entschädigung für Anwaltskosten zuzusprechen, wenn er keinen amtlichen Verteidiger hatte.

**Fünfter Abschnitt: Revision**

## Art. 195

*Revisionsgründe*

<sup>1</sup> Die Revision eines rechtskräftigen Urteils eines Militärgerichts kann verlangt werden, wenn:

- a. Tatsachen oder Beweismittel vorliegen, die dem Richter im früheren Verfahren nicht bekannt waren und die allein oder zusammen mit den früher fest-

gestellten Tatsachen geeignet sind, Freispruch oder erheblich geringere Bestrafung des Verurteilten, Verurteilung eines Freigesprochenen oder Verurteilung wegen einer schwereren Straftat zu bewirken;

- b.* durch eine Straftat auf das Ergebnis des frühern Verfahrens eingewirkt wurde;
- c.* seit Erlass des frühern Urteils ein neues Strafurteil ausgesprochen wurde, das mit dem frühern unvereinbar ist;
- d.* der Freigesprochene nach Erlass des Urteils ein glaubwürdiges Geständnis abgelegt hat.

<sup>2</sup> Nach Ablauf der Verjährungsfrist ist die Revision zuungunsten des Beurteilten ausgeschlossen.

#### Art. 196

##### *Zivilrechtliche Ansprüche*

<sup>1</sup> Wegen zivilrechtlicher Ansprüche kann um Revision nachgesucht werden:

- a.* aus den in Artikel 195 Buchstaben *b-d* genannten Gründen;
- b.* wenn entscheidende dem Gericht nicht vorgebrachte Tatsachen oder Beweismittel entdeckt werden, die geeignet sind, eine andere Beurteilung des zivilrechtlichen Anspruchs herbeizuführen.

<sup>2</sup> Die Revision aus den in Absatz 1 Buchstabe *b* genannten Gründen muss innert 30 Tagen nach ihrer Entdeckung verlangt werden. Nach Ablauf von zehn Jahren seit Zustellung der Urteilsausfertigung kann die Revision nicht mehr verlangt werden.

#### Art. 197

##### *Legitimation*

Die Revision können beantragen:

- a.* der Auditor;
- b.* der Verurteilte, nach seinem Tod seine Verwandten und Verschwägerten in auf- oder absteigender Linie, seine Geschwister sowie der Ehegatte;
- c.* der gesetzliche Vertreter des Verurteilten;
- d.* der Geschädigte wegen zivilrechtlicher Ansprüche.

#### Art. 198

##### *Gesuch, Wirkung*

<sup>1</sup> Das Revisionsgesuch ist dem Präsidenten des Militärkassationsgerichts einzureichen.



<sup>2</sup> Im Gesuch sind die Gründe und die Beweismittel anzugeben.

<sup>3</sup> Das Gesuch hemmt den Vollzug des Urteils nur, wenn der Präsident es verfügt; bei Todesurteilen entscheidet das Gericht.

## Art. 199

### *Amtliche Verteidigung*

Erscheint das Revisionsgesuch nicht zum vorneherein als aussichtslos, so kann der Präsident des Militärkassationsgerichts zur Ergänzung des Gesuches und für das weitere Verfahren einen amtlichen Verteidiger bestellen.

## Art. 200

### *Weitere Abklärungen*

Hält der Präsident des Militärkassationsgerichts weitere Abklärungen für notwendig, so nimmt er diese selbst vor oder lässt sie durch ein Mitglied des Gerichts oder den Untersuchungsrichter vornehmen.

## Art. 201

### *Rechtskraft des angefochtenen Urteils*

Bis zum Entscheid über das Revisionsbegehren bleibt das angefochtene Urteil in Rechtskraft.

## Art. 202

### *Entscheid, Kosten*

<sup>1</sup> Wird das Revisionsbegehren gutgeheissen, so hebt das Militärkassationsgericht das Urteil auf und weist die Sache an das Gericht, welches rechtskräftig geurteilt hat, zur Neuurteilung zurück.

<sup>2</sup> Richtet sich das Revisionsbegehren gegen ein Urteil des Militärkassationsgerichts, so überweist es die Sache zur Neuurteilung an das zuständige Militärappellationsgericht.

<sup>3</sup> Aus besondern Gründen kann es die Sache auch einem andern Gericht gleicher Instanz zuweisen.

<sup>4</sup> Wird das Gesuch abgewiesen, so können dem Gesuchsteller die Kosten des Verfahrens und eine Gerichtsgebühr auferlegt werden.

## Art. 203

*Neue Beurteilung*

<sup>1</sup> Die neue Behandlung des Falles erfolgt nach den Bestimmungen über das ordentliche Verfahren.

<sup>2</sup> Die vom Militärkassationsgericht als erheblich bezeichneten Beweismittel dürfen dabei nicht als unerheblich ausgeschlossen werden.

## Art. 204

*Rehabilitation*

<sup>1</sup> Wird der Verurteilte im wiederaufgenommenen Verfahren freigesprochen, so wird er in alle Rechte wieder eingesetzt. Bussen und Kosten werden zurückerstattet. Es wird ihm eine angemessene Entschädigung zugesprochen.

<sup>2</sup> Das Gericht kann die Veröffentlichung des Urteils anordnen.

**Viertes Kapitel: Strafvollzug**

## Art. 205

*Rechtskraft*

Ein Urteil wird rechtskräftig, wenn die Frist zur Einreichung der Appellation oder des Kassationsbegehrens unbenützt verstrichen ist oder das Begehren zurückgezogen oder abgewiesen wurde.

## Art. 206

*Vollzugsbefehl*

Ist ein Urteil rechtskräftig geworden, so setzt der Präsident des Gerichts unter die Ausfertigung des Urteils den schriftlichen Vollzugsbefehl.

## Art. 207

*Mitteilung des Urteils*

Bei Verurteilung wird das Urteil durch Vermittlung des Eidgenössischen Militärdepartementes der Regierung des Vollzugskantons zugestellt.

## Art. 208

*Vollzug von Busse und Einziehung*

<sup>1</sup> Der Vollzug der Bussen, die Einziehung von Gegenständen und Vermögenswerten sowie Geschenken und andern Zuwendungen erfolgt durch die kantonalen Behörden. Der Ertrag ist unter Vorbehalt von Artikel 191a Absatz 5 des Militärstrafgesetzes <sup>1)</sup> dem Bund abzuliefern.

<sup>2</sup> Die Kantone ermöglichen das Abverdienen von Bussen durch Arbeit.

## Art. 209

*Vollzug von Freiheitsstrafen*

<sup>1</sup> Freiheitsstrafen und Massnahmen werden, unter Vorbehalt des militärischen Vollzugs der Gefängnisstrafe vom Wohnsitzkanton des Verurteilten vollzogen.

<sup>2</sup> Das Eidgenössische Militärdepartement kann ausnahmsweise den Vollzug einem andern Kanton übertragen. Es bestimmt den Vollzugskanton, wenn der Verurteilte keinen Wohnsitz in der Schweiz hat.

## Art. 210

*Vollzug der Todesstrafe*

<sup>1</sup> Die Todesstrafe wird nach dem Befehl des Kommandanten derjenigen Einheit vollzogen, welcher der Verurteilte angehört. Gehört der Verurteilte keinem schweizerischen Truppenverbande an, so beauftragt der Bundesrat einen Offizier mit dem Urteilsvollzug.

<sup>2</sup> Die Todesstrafe wird durch Erschiessen vollzogen. Hiezu wird eine Abteilung Gewehrtragender kommandiert. Näheres regelt der Bundesrat.

## Art. 211

*Einzug von Gerichtskosten*

Sind dem Verurteilten Kosten auferlegt worden, so werden sie nach den Vorschriften über die Vollstreckung der Zivilurteile eingezogen. Eine Umwandlung in Haft findet nicht statt.

<sup>1)</sup> SR 321.0

## Art. 212

*Vollzugskosten; Rückgriffsrecht*

<sup>1</sup> Die Kosten des Vollzugs von Strafen und Massnahmen trägt die Eidgenossenschaft nach den vom Bundesrat zu erlassenden Vorschriften.

<sup>2</sup> Gegen den Betroffenen und die nach Artikel 328 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches <sup>1)</sup> unterstützungspflichtigen Verwandten steht dem Bund für die Kosten des Vollzugs von Massnahmen nach den Artikeln 43, 44 und 100<sup>bis</sup> des Strafgesetzbuches <sup>2)</sup> ein Rückgriffsrecht zu.

**Fünftes Kapitel: Strafverfahren gegen Ausländer**

## Art. 213

*Genfer Abkommen*

Für Strafverfahren, die in Kriegszeiten gegen Ausländer durchgeführt werden, bleiben die vom vorliegenden Gesetz abweichenden Bestimmungen der Genfer Abkommen über den Schutz der Kriegsoffer <sup>3)</sup> vorbehalten.

## Art. 214

*Abweichung von Strafmindestmassen*

Bei den Verbrechen und Vergehen von Ausländern, die keine Treupflicht gegenüber der Schweiz verletzen, ist der Richter nicht an die im Gesetze vorgesehenen Strafmindestmassen gebunden.

**Dritter Titel: Schlussbestimmungen**

## Art. 215

*Vollzug*

Der Bundesrat erlässt die Vollzugsvorschriften.

<sup>1)</sup> SR 210

<sup>2)</sup> SR 311.0

<sup>3)</sup> SR 0.518

## Art. 216

*Aufhebung bisherigen Rechts*

Das Bundesgesetz vom 28. Juni 1889<sup>1)</sup> über die Militärstraßgerichtsordnung wird aufgehoben.

## Art. 217

*Übergangsrecht*

<sup>1</sup> Beim Inkrafttreten dieses Gesetzes hängige Verfahren werden nach neuem Recht weitergeführt.

<sup>2</sup> Hängige Kassationsbeschwerden können vom Beschwerdeführer innert 20 Tagen nach einer entsprechenden Mitteilung des Präsidenten des Militärkassationsgerichts zurückgezogen und gleichzeitig in eine Appellation umgewandelt werden.

<sup>3</sup> Die Amtsdauer der von der Bundesversammlung oder vom Bundesrat zu wählenden Richter und Ersatzrichter der Militärgerichte wird in der Weise bestimmt, dass sie nach Inkrafttreten dieses Gesetzes mit der vierjährigen Amtsdauer der Behörden und Beamten des Bundes übereinstimmt.

## Art. 218

*Referendum und Inkrafttreten*

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

5337

o

<sup>1)</sup> BS 3 456; AS 1951 437, 1968 212

## Synoptische Darstellung MStP/MStGO

MStP Artikel	MStGO Artikel	MStP Artikel	MStGO Artikel
1 (neu)	—	51	67
2	10, 12 Abs. 2	52	76
3	9, 15	53	77 und 78
4	11 Abs. 1	54 (neu)	—
5	11 Abs. 2	55	68
6	12 Abs. 1	56	69
7	13, 14 Abs. 3	57	70
8	14 Abs. 1 und 2	58	71
9 (neu)	—	59	72
10 (neu)	—	60	73 und 75
11 (neu)	—	61 (neu)	—
12 (neu)	—	62	74
13	19	63	79
14	18	64	80
15	17	65	81
16	25 Abs. 1	66	82 und 83
17	27	67 (neu)	—
18	36 und 37	68	84
19	38	69 (neu)	—
20	39	70 (neu)	—
21	40	71 (neu)	—
22	41 Abs. 1, 42 Abs. 1	72 (neu)	—
23	41 Abs. 2, 42 Abs. 2	73	86 Abs. 1, 87 Abs. 1
24	43	74	86 Abs. 2 und 3
25	44	75	88
26	45	76	89
27	46	77	90
28	47	78	91 Abs. 1
29	48	79	92
30	49	80	93
31	50	81	94
32	51	82 (neu)	—
33	52	83	95
34	53	84	98
35	54	85	97
36	55	86	99
37	56	87	100
38	58 und 59 Abs. 2	88	101
39	61 und 165	89	102
40	59 Abs. 1	90	103
41	85 Abs. 1	91	104
42	60	92	95 Abs. 1
43	63	93	105
44	64	94	106
45 (neu)	—	95 (neu)	—
46 (neu)	—	96	107 und 126 Abs. 3
47 (neu)	—	97	108
48 (neu)	—	98	110
49	65	99	109, 114 Abs. 1
50	66	100	108 Abs. 3

MStP Artikel	MStGO Artikel	MStP Artikel	MStGO Artikel
101 (neu)	–	152 (neu)	–
102	111 und 113	153 (neu)	–
103	112 Abs. 2, 117	154 (neu)	–
104	115	155 (neu)	–
105	107 Abs. 2	156	170
106	107 Abs. 3, 4 und 5	157	171
107	116	158	172
108	118	159	177
109	121	160	178 Abs. 1
110	122 Abs. 1	161	178 Abs. 2
111	122 Abs. 2, 123 Ziff. 3	162	182
112	122 Abs. 3, 122 <sup>bis</sup> Abs. 1, 122 <sup>ter</sup>	163	183
113 (neu)	–	164	184
114	124	165	185
115 (neu)	–	166 (neu)	–
116 (neu)	–	167 (neu)	–
117 (neu)	–	168 (neu)	–
118 (neu)	–	169 (neu)	–
119 (neu)	–	170 (neu)	–
120 (neu)	–	171 (neu)	–
121	127 erster Satz	172 (neu)	–
122	128	173 (neu)	–
123	126	174 (neu)	–
124	129 und 130	175 (neu)	–
125	131, 132 und 133	176 (neu)	–
126	134, 66 Abs. 2	177 (neu)	–
127	137	178 (neu)	–
128	138	179 (neu)	–
129	139	180	187
130	140 Abs. 1	181	188
131	141	182	189 Abs. 1–3, 5
132	142	183	191
133	144 und 145 Abs. 2	184	192
134	145 Abs. 1, 146	185	193 Abs. 1
135	148, 151, 152	186	194, 195, 196
136	147	187	198
137	150 und 153	188	193 Abs. 2
138 (neu)	–	189	197
139	135, 136, 154, 160 Abs. 4	190 (neu)	–
140	155	191 (neu)	–
141	157	192 (neu)	–
142	158	193 (neu)	–
143	159	194 (neu)	–
144	160	195	199 Abs. 1 und 2
145	160a	196 (neu)	–
146	162 Abs. 1	197	199 Abs. 1 und 2
147	163	198	200
148	164	199 (neu)	–
149	161	200 (neu)	–
150	166	201	203
151	167	202	201 Abs. 1 und 3
		203	202

<b>MStP</b>	<b>MStGO</b>	<b>MStP</b>	<b>MStGO</b>
Artikel	Artikel	Artikel	Artikel
204 (neu)	—	212	213
205	205	213	214
206	206	214	215
207	207	215 (neu)	—
208	208	216	220
209	209	217 (neu)	—
210	210	218	219, 221
211	212		



## **Botschaft über die Änderung des Militärstrafgesetzes und die Totalrevision der Militärstrafgerichtsordnung Vom 7. März 1977**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1977
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	18
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	77.029
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	02.05.1977
Date	
Data	
Seite	1-196
Page	
Pagina	
Ref. No	10 047 024

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.